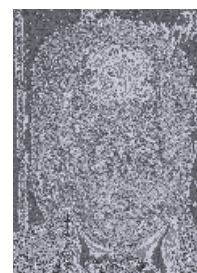
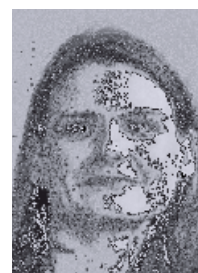
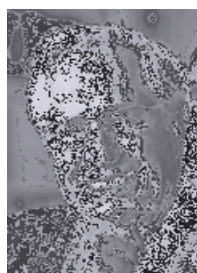




# zur debatte

1/2011

Themen der Katholischen Akademie in Bayern



4

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué legt dar, weshalb Wachstum auch positive Seiten hat

13

Prof. Dr. Armin Grunwald erläutert die Chancen und Risiken von „Climate Engineering“

26

Über den Einfluss von Glaube und Spiritualität schreibt Prof. Dr. Hans Maier

28

Dr. Bernhard Vogel ist sich sicher, dass Glaubenswerte Orientierung geben

29

Das Moderne am Konservatismus zeigt Prof. Dr. Andreas Rödder auf

32

Auch Fußball-Stars haben Probleme bei der Integration, erzählt Hamit Altintop

32

Dr. Regina Trüb analysiert die Situation von integrationswilligen jungen Menschen

42

Oberbürgermeister Christian Ude führt in die Karikatur-Kunst des Gabor Benedek ein

## Wohlstand durch Wachstum – ein Auslaufmodell?



Foto: dpa

Trägt das Wachstum dazu bei, die Kluft zwischen arm und reich zu überwinden, oder ist das Wachstum eher die Ursache für diese Kluft? Die Streitfrage.

Sie waren grundsätzlich gegenteiliger Meinung – und vertraten ihre Ansätze mit Nachdruck und Sachverstand. Professor Meinhard Miegel propagierte einen „Wohlstand ohne Wachstum“ und belegte, dass das möglich und wünschenswert sei. Professor Karl-Heinz Paqué hingegen brachte eine Fülle von Argumenten für beständiges

und nachhaltiges Wachstum. Die beiden Intellektuellen tauschten am 26. November 2010 bei der Abendveranstaltung „Wohlstand durch Wachstum – ein Auslaufmodell?“ ihre konträren Ansichten aus. In die engagierte Diskussion griff auch das Publikum ein. „zur debatte“ veröffentlicht die beiden Referate.

## Wohlstand ohne Wachstum

Meinhard Miegel

I.

Wer der Frage nachgeht, ob Wohlstand durch Wachstum ein Auslaufmodell sei, ist unversehens mit Begriffen konfrontiert, die der Jurist als „unbestimmt“ bezeichnen würde. Denn sowohl der Wohlstands- als auch der Wachstumsbegriff haben nicht nur im Laufe der Geschichte einen tief greifenden Bedeutungswandel erfahren. Sie sind auch vielschichtig und daher mitunter schillernd. Eine einigermaßen Ziel führende Behandlung des Themas erfordert deshalb zunächst eine Klärung dessen, was im Folgenden unter Wohlstand und Wachstum verstanden werden soll.

Beginnen wir mit dem etwas einfacheren der beiden Begriffe, dem Wachstum. Bis vor etwa 200 Jahren, also bis zum Beginn der Industrialisierung, stand Wachstum fast ausschließlich für expansive Veränderungen in der Natur: das Wachstum der Wälder, der Feldfrüchte, des Viehs und wohl auch des Menschen, so lange dieser noch nicht „er-wachsen“ war. Daneben wurde der Begriff gelegentlich für geistige Entfaltungsprozesse verwendet, so wenn vom „Wachstum in der Kraft des Herren“ die Rede war. Und noch seltener stand er für gesellschaftliche Entwicklungen wie das Hineinwachsen eines Volkes in eine Kultur.

Das Wachstum der Wirtschaft, das heute im Mittelpunkt des Interesses steht, spielte demgegenüber während des längsten Teils der Menschheitsgeschichte keine Rolle. Verwunderlich ist das nicht, war ein solches Wachstum



Prof. Dr. Meinhard Miegel, Vorstandsvorsitzender von „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“

doch praktisch unbekannt. Zwar gab es immer wieder einmal „goldene Zeitalter“. Doch abgesehen davon, dass deren Früchte schnell wieder vergingen, war die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt so langsam, dass sie von den Menschen kaum wahrgenommen wurde. Nach Schätzungen von Wirtschaftshistorikern dauerte es tausend Jahre, von Karl dem Großen bis Napoleon, ehe sich in Europa die Gütermenge pro



# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In dieser ersten Ausgabe 2011 der „debatte“ finden Sie zunächst einen deutlichen Schwerpunkt auf gesellschaftspolitischen Fragestellungen: Wohlstand nur mit oder ohne Wachstum; Zusammenhang von Klima und Entwicklungspolitik; Möglichkeiten, die Erderwärmung zu stoppen; nicht zuletzt die Karikaturen von Gabor Benedek.

Auf der anderen Seite der Themenwaage liegen elf Berichte über die Situation der Kirche, des Christentums, allgemein der Religionen in Frankreich, die vergangenen November in Paris auf den dortigen beiden Symposien unserer Akademie vorgestellt worden waren.

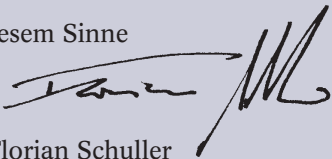
Dass beide Bereiche – einerseits Wirtschaft/Gesellschaft/Politik, andererseits Religion/Glaube/Weltanschauung – aber viel miteinander zu tun haben, wurde nicht zuletzt an jenem Abend deutlich, als über das neu erschienene Buch „Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ mit größter Verve und Leidenschaft diskutiert wurde; denn nicht nur das konkrete Handeln von Menschen wird von deren ethischen Grundüberzeugungen geprägt, sondern genauso ihre geschichtliche Einordnung und Deutung durch das vorausliegende Menschbild der Rezensenten und Historiker – für mich persönlich ein spannender Ertrag dieses streitfreudigen Abends ...

Modernes Verständnis von „konservativ“ und „Spiritual Care“ als Sorge um den kranken, alten oder sterbenden Menschen in all seinen personalen Dimensionen sind zwei weitere Bereiche, in denen konkret wird, was man grundsätzlich vom Menschen hält, aber auch von der Welt, letztlich von Gott.

Unsere „Junge Akademie“ ist diesmal sogar mit drei Berichten vertreten – ein Zeichen von deren deutlich gesteigerter Aktivität und Nachfrage. Was dabei eines der Themen im Aufgreifen der derzeit laufenden Ausstellung im Freisinger Diözesanmuseum war, möge Ihnen als Wunsch erfahrener Gegenwart inmitten all unserer manchmal so disparaten Lebenswelten zugesprochen werden, nämlich: „Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde“!

In diesem Sinne  
Ihr

Dr. Florian Schuller



Kopf der Bevölkerung verdoppelt hatte. Dass nicht nur der Wald oder das Vieh, sondern auch die Wirtschaft wächst, ist mithin eine historisch neue Erfahrung, die sich im Grunde genommen erst im Laufe des 19. Jahrhundert einstellte und sogar erst in der Mitte des 20. Jahrhunderts jene überragende Bedeutung erlangte, die sie bis heute hat. Seitdem haben sich immer mehr Völker auf dieses Wachstum fokussiert und nur von ihm ist die Rede in Verlautbarungen von Regierungen und statistischen Ämtern oder Erfolgsbilanzen von Unternehmen. Und nur um dieses Wachstum geht es bei Konjunkturprogrammen, Exporthilfen oder der Ankurbelung der Binnenachfrage.

Erfasst wird es durch das so genannte BIP, das ist der „monetär erfasste Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in den Grenzen einer Volkswirtschaft auf dem Markt bzw. durch den Staat her- oder bereitgestellt werden und dem Endverbrauch dienen“. Das BIP ist folglich eine vor allem *quantitative* Größe, in die *qualitative* Veränderungen wie ressourcenschonendere, umweltverträglichere und innovativere Produktionsweisen oder die Steigerung des Gebrauchsnutzen eines Produktes – wenn überhaupt – nur mittelbar eingehen. Von diesem Wachstum soll im Folgenden ausgegangen werden.

## II.

Der Wohlstandsbegriff spiegelt die Geschichte des Wachstumsbegriffs wider. Vor Beginn der Industrialisierung stand er in erster Linie für Immaterielles: für Gesundheit und ein gutes Verhältnis zu Mitmenschen und Gott. Das änderte sich mit der voranschreitenden Diesseitswendung der Gesellschaft im 18. und beschleunigt im 19. Jahrhundert. Nunmehr wurde Wohlstand zunehmend mit der Verfügungsgewalt über materielle Güter gleich gesetzt, weshalb auch mit einiger Berechtigung gesagt werden konnte, dass durch deren Mehrung der Wohlstand zunehme. Die Kurzformel lautete: Wohlstand entsteht durch Wachstum. Dass dies ein Zirkelschluss war, dessen Aussagekraft der Feststellung entsprach, dass Armut von „Poverté“ komme, störte nur wenige. Der Wohlstandsbegriff blieb für lange Zeit auf Materielles verengt.

Doch mittlerweile regt sich Widerstand gegen diese Verengung. Immer mehr Menschen erkennen den Wahrheits- und Weisheitsgehalt jenes Bibelsatzes, wonach sie nicht allein von Brot leben. Gewiss, Menschen brauchen Brot und nicht nur Brot, um physisch überleben zu können. Aber Wohlstand ist für sie zugleich auch körperliche und geistige Gesundheit, Familie, Freunde, Nachbarn, Arbeitskollegen oder kurz: gesellschaftliche Einbindung, gesellschaftliche Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, sozialer Zusammenhalt, ein befriedetes Gemeinwesen, Bildungschancen, ein Mindestmaß an Fairness und Gerechtigkeit, eine intakte Umwelt und nicht zuletzt – im Blick auf kommende Generationen – zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweisen. Zu den meisten dieser Wohlstandsformen trägt das BIP-Wachstum wenig oder nichts bei und nicht selten beeinträchtigt es diese sogar. Wachstum, das den Wohlstand schmälert!

Durch die generationenlange Fokussierung auf den wachstumsgetriebenen, materiellen Wohlstand sind die zahlreichen anderen Wohlstandsformen weithin aus dem Blick und deshalb gelegentlich auch unter die Räder geraten. Ein einfaches Beispiel mag dies verdeutlichen. Dass eine hungernde Bevölkerung danach strebt, ihre Nahrungsmittelproduktion zu steigern, ist

unmittelbar einsichtig. Aber irgendwann werden alle satt und wenn sie auch dann noch ihren Konsum vergrößern, wendet sich das Wachstum gegen sie. Hohes Übergewicht bedrückt die Menschen in den früh industrialisierten Ländern millionenfach und Diabetes und andere ernährungsbedingte Leiden werden zu Volkskrankheiten. Über- und Falschnahrung heben einen Großteil des medizinischen Fortschritts wieder auf und verursachen in einem Land wie Deutschland jährlich Schäden in hohen Milliardenbeträgen.

Der Wohlstandsfaktor gesellschaftliche Einbindung einschließlich unterschiedlichster Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten kommt viel zu kurz. Eine auf Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung fokussierte Gesellschaft kann gar nicht anders, als unter Produktionsstärkeren und -schwächeren zu selektieren. Erstere werden nach Kräften gefördert, letztere nach Möglichkeit ruhig gestellt. Die Folge: Der Anteil derer, die sich nicht (mehr) gesellschaftlich eingebunden fühlen, nimmt objektiv und subjektiv zu. Da ist es dann nur noch ein kleiner Schritt zu einer allmählich entfremdeten Gesellschaft mit allen damit einhergehenden Wohlstandsverlusten.

## III.

In gewisser Weise wirken Wirtschaftswachstum und materielle Wohlstandsmehrung ähnlich wie viele Medikamente. Wohl dosiert und in ihrer Anwendung sorgfältig kontrolliert sind ihre Wirkungen ganz überwiegend segensreich, obwohl in aller Regel keineswegs frei von unerwünschten Neben- und Folgewirkungen. Werden sie hingegen überdosiert oder nicht hinreichend kontrolliert, schlägt ihr Nutzen rasch in Schaden um, der unter Umständen den Niedergang von Gesellschaften bzw. Siechtum und Tod des Patienten bedeuten kann. Anders gwendet: Die Wirkungen von Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstandsmehrung sind ambivalent wie die Wirkungen von Medikamenten.

*Hinzu kommt die seit Beginn der Industrialisierung zügig voranschreitende Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die in nur einem Jahrhundert Europa von einem der rohstoffreichsten zum rohstoffärmsten Kontinent werden ließ.*

Für Medikamente ist dies seit langem anerkannt, weshalb kein verantwortungsvoller Arzt eine Medizin auch nur einen Tag länger verabreichen wird als unbedingt erforderlich. Bei Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstandsmehrung liegen die Dinge komplizierter. Denn zum einen gibt es noch immer Milliarden von Menschen, die ohne die Wachstumsmedizin nicht überleben können. Sie würden verdursten und verhungern oder zumindest keine menschenwürdige Existenz haben. Wie aber steht es mit den anderen? Mit uns, den Völkern der früh industrialisierten, materiell reichen Länder? Wir leiden längst keine materielle Not mehr, sind aber durch eine lange Periode von Wirtschaftswachstum und materieller Wohlstandsmehrung wachstumsüchtig geworden wie Menschen, die durch den anhaltenden Gebrauch von Arzneien medikamentensüchtig geworden sind. Wie diese glauben auch die Völker früh industrialisierter Länder, ohne die

Wachstumsdroge keine Herausforderung mehr meistern zu können. Ihr Wohl und Wehe hängt von dieser Droge ab: individuelle Zufriedenheit sowie die Funktionsfähigkeit ihrer Gesellschaft – vom Arbeitsmarkt über die Sozialsysteme und öffentlichen Haushalte bis hin zur freiheitlich-demokratischen Ordnung.

So ziehen alle an einem Strang: Die einen aus existenzieller Not, die anderen aus Gewohnheit. Dass dadurch die Lebensgrundlagen aller beeinträchtigt oder gar zerstört werden, wird mittlerweile nur noch von besonders Uneinsichtigen bezweifelt. Für alle anderen sind die Belege erdrückend: weiträumige Bodenerosionen, mit Schadstoffen überfrachtete Weltmeere, ein rapider Artenschwund, schrumpfende Waldgebiete und klimatische Veränderungen, die binnen kurzem die Wachstumserfolge der zurückliegenden 200 Jahre wieder zunichte machen könnten.

## IV.

Hinzu kommt die seit Beginn der Industrialisierung zügig voranschreitende Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die in nur einem Jahrhundert Europa von einem der rohstoffreichsten zum rohstoffärmsten Kontinent werden ließ und nunmehr die ganze Welt erfasst hat. Der Krieg um Rohstoffe ist voll entbrannt und noch weiß niemand, ob er dereinst durch äußerste Ressourcenschonung und innovative Durchbrüche beigelegt werden kann. Bisher jedenfalls sind diese nicht mehr als Hoffnungswerte.

Hinzuweisen ist schließlich auf die gigantischen Schuldenberge, die fast alle früh industrialisierten Länder um höherer Wachstumsraten willen aufgehäuft haben. Nie glaubten sie mit dem auskommen zu können, was sie regulär erwirtschafteten. Immer musste es noch einen Zuschlag geben, den Kinder und Enkel finanzieren sollten. Wohl kaum jemals zuvor haben Menschen so rigoros auf Kosten ihrer Nachfahren gelebt wie die Völker der früh industrialisierten Länder während der zurückliegenden Jahrzehnte.

Und warum das alles? Warum fordern gerade die materiell wohlhabendsten Völker – wir Deutsche eingeschlossen – der Erde ein Vielfaches dessen ab, was diese an regenerierbaren Ver- und Entsorgungskapazitäten bereitstellen kann und warum verbrauchen gerade sie in rasender Geschwindigkeit unersetzbare Ressourcen, deren Substitution bislang nur in den Sternen steht? Was macht sie glauben, dass sie Anspruch auf einen sechsmal so hohen materiellen Lebensstandard haben wie der Durchschnitt der übrigen Menschheit und was treibt sie zu einer Art des Wirtschaftens an, die nach den Worten der deutschen Bundeskanzlerin „die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstört“?

Die Antworten, die auf Fragen wie diese gegeben werden, überzeugen nicht. Da heißt es, das Wachstum der Wirtschaft diene der Befriedigung materieller Bedürfnisse und erzeuge so individuelle Zufriedenheit. Richtig hieran ist, dass Menschen, die materielle Not leiden, durch einen Anstieg ihres Lebensstandards zufriedener werden. Doch ihre Zufriedenheit erhöht sich mit steigendem Lebensstandard nicht immer weiter. In Deutschland beispielsweise entkoppelten sich die Zunahme an Lebenszufriedenheit und materieller Wohlstand bereits vor rund 50 Jahren, just zu dem Zeitpunkt, als der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard erklärte, dass weitere Wachstum der Wirtschaft könne und solle nunmehr nicht länger das vorrangige gesellschaftliche Ziel sein. Auf dem erreichten Wohlstandsniveau – es lag bei etwa 40 Prozent des



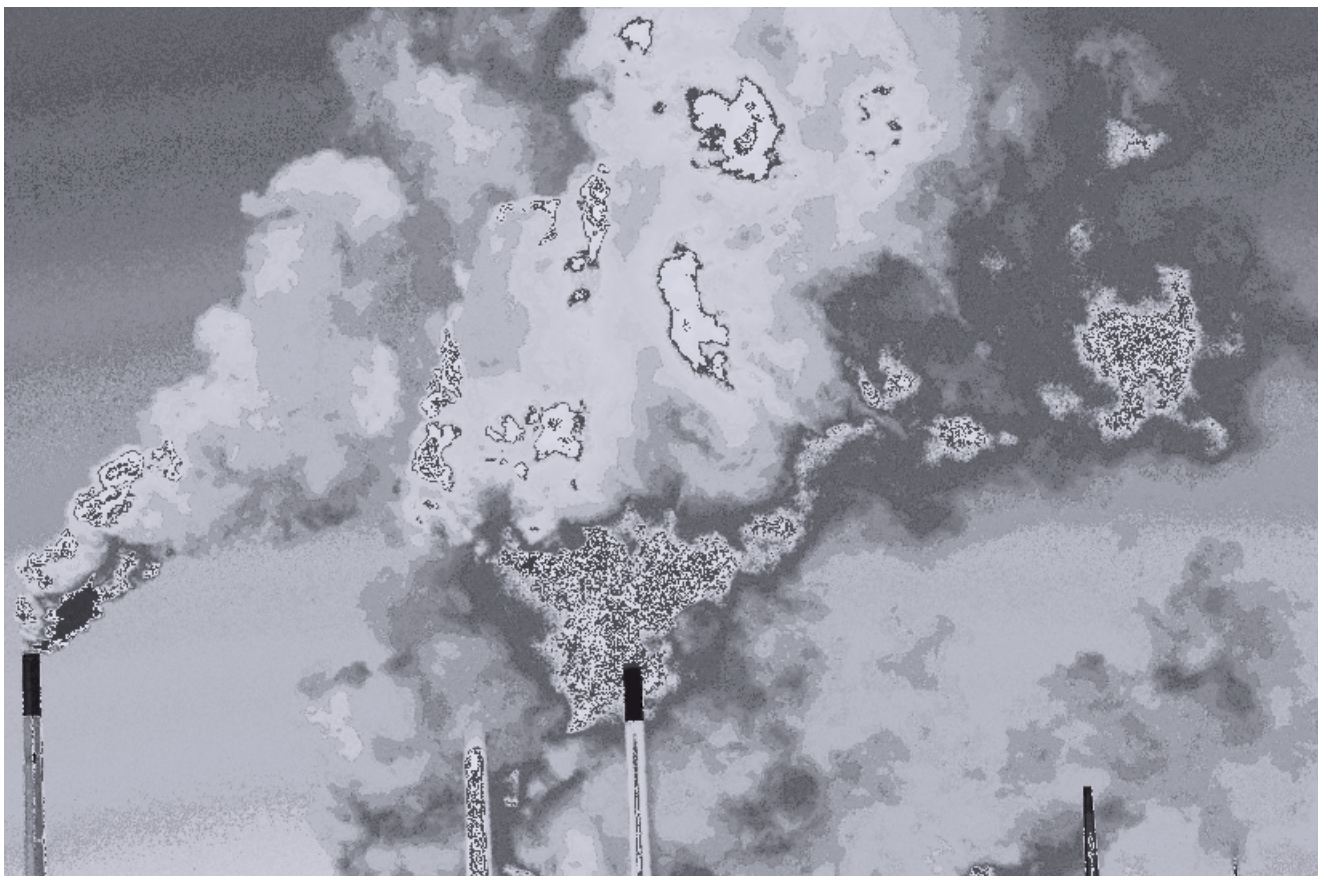


Foto: dpa

*Das Wachstum in den früh industrialisierten Ländern kostet noch heute enorme Ressourcen und schädigt die Umwelt. Unser Foto zeigt die Abgase eines deutschen Kohlekraftwerks.*

heutigen – müsse es um Wichtigeres gehen: die Ganzheitlichkeit des Menschen.

#### V.

Fragt man die Bevölkerung Deutschlands heute, wie es mit ihrem Streben nach mehr Besitz stehe, dann erklären gerade einmal 27 Prozent, sie wollten mehr, 59 Prozent sie seien zufrieden mit dem, was sie haben und zehn Prozent – keineswegs nur Wohlhabendere – weniger täte es auch. Dabei fällt auf, dass bei den über 45-Jährigen der Wunsch nach mehr Besitz steil abnimmt. Bei den über 60-Jährigen sind es noch ganze vier Prozent. Dabei wissen die meisten noch nicht einmal um die Schattenseiten ihrer Einkommens- und Vermögensverwendung. Erfahren sie von den Schäden, die mit der Produktion der von ihnen nachgefragten Güter einhergehen, dann zucken viele, wie unlängst ein Test in einer deutschen Großstadt zeigte, erschrocken zurück. Nein, das wollten sie dann doch nicht – mit dem Kauf eines an sich nicht wirklich benötigten Baumwollhemdes zur Zerstörung einer Region beitragen. Hätten die Menschen klarere Vorstellungen von dem, was sie mit ihrem überflüssigen Konsum anrichten, würde sich in den früh industrialisierten Ländern die Wachstumsfrage vermutlich gar nicht mehr stellen. Aber viele haben diese Vorstellungen nicht, weshalb es möglich ist, selbst in den saturiertesten Gesellschaften „die Binnen-nachfrage“ – zu Lasten der Lebensgrundlagen aller – „anzukurbeln“. Nüchtern betrachtet ist dies im eigentlichen Wortsinn pervers.

Aber, so ein weiterer Antwortversuch, gibt es nicht auch in den reichen Ländern noch immer Arme, die des Wachstums bedürfen? Es gibt sie, doch die Verfünfachung der Gütermenge, die in den zurückliegenden Jahrzehnten stattgehabt hat, hat weder ihre Zahl noch ihren Anteil verringert. Im Gegenteil. Zwar sind die Menschen von heute aus der Sicht der 1950er Jahre wohl-situ-iert. Nur aus heutiger Sicht sind sie eben noch immer (relativ) arm, ein

Zustand, der nicht durch Wachstum, sondern nur durch eine gerechtere Verteilung des Erwirtschafteten überwunden werden kann.

Wie aber steht es mit dem Wachstum um der Beschäftigung willen? Wer in den früh industrialisierten Ländern die Beschäftigungskarte zieht, befindet sich stets in der Vorhand. Aber sie sticht ebenso wenig wie alle anderen Antwortversuche. Denn wozu arbeiten Menschen? Um fortwährend wachsende Güterberge aufzuhäufen, für die sie abnehmend Verwendung haben oder arbeiten sie, um am Erwirtschafteten teilzuhaben? Vieles spricht für Letzteres. Dann aber ist es Zeit, an Formen der Teilhabe zu denken, die ohne größere Schäden an Umwelt, Natur und Gesellschaft auskommen.

Ein Umdenken erfordert auch die Bewirtschaftung öffentlicher Haushalte. Wenn seit Jahrzehnten Bund, Länder und Gemeinden beschwörend erklären, ohne Wirtschaftswachstum seien Einnahmen und Ausgaben nicht zur Deckung zu bringen und eine Konsolidierung der Haushalte unmöglich, dann ist dies beschämend und erschreckend zugleich. Noch vor zwei Generationen genügte der Politik ein Bruchteil der heutigen Einnahmen, um nicht nur alle Ausgaben zu bestreiten, sondern auch noch Schulden ihrer Vorgänger zu tilgen und Rücklagen zu bilden. Was war die Antwort des Oberbürgermeisters einer deutschen Kreisstadt auf die Frage, warum diese noch nie Schulden gehabt habe? Weil mein Kämmerer es ablehnt, Schulden zu machen!

#### VI.

Schließlich: Wachstum als Voraussetzung technischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Wäre dem wirklich so, hätte die Menschheit bis zum Ausbruch der industriellen Revolution mehr oder minder auf der Stelle treten müssen. Wirtschaftlich tat sie das auch. Aber in vielerlei anderer Hinsicht: den Künsten, der Philosophie oder Bereichen der Wissenschaft entwickelte sie sich zum

Teil stürmisch. Und im Übrigen bedeutet Stillstand des Wachstums ja auch nicht, dass die gesamte Wirtschaft in einen Zustand der Starre verfiere. Vieles wird schrumpfen, anderes jedoch dynamisch voranschreiten. Für technischen und gesellschaftlichen Fortschritt ist also Sorge getragen. Oder muss die Zahl komponierter Schlager ständig größer werden, um deren Qualität zu heben? Das offenkundig Unsinnige dieser Frage gilt auch für anderes. Es muss nicht alles wachsen, um besser zu werden. Manchmal ist Schrumpfung sogar der Qualität zuträglicher.

Was aber treibt die reichen Völker dann an, unentwegt mit der Wachstumspeitsche zu knallen? Weil sie nichts anderes gelernt haben, sagen die einen. Weil sie so geprägt sind, sagen andere. Und Dritte erklären – fast schon resignierend – weil sie zu Wachstum verdammt sind. Das klingt faustisch oder genauer mephistophelisch. Ob weiteres Wachstum gut oder schlecht ist, ob es unseren Wohlstand mehrt oder schmälert, steht gar nicht mehr zur Debatte. Wir sind dazu verdammt!

Die Zeit ist überreif, in den früh industrialisierten Ländern alles zu unternehmen, damit nur noch das wächst, was ohne Gefährdung oder auch nur Beeinträchtigung unserer Lebensgrundlagen wachsen kann. Das wird im materiellen Bereich immer noch viel sein, wenn auch nicht mehr so viel wie bisher. Gerade dadurch könnten jedoch lange verschüttete Kräfte frei werden, die die Menschen befähigen, bewusst zu leben, ihre Sinne zu nutzen, Zeit für Muße, für sich selbst und andere zu haben, sich der Natur, der Kunst und des Lernens zu erfreuen, Stille zu erfahren und sinnenfroh zu genießen. Das wird ein anderer Wohlstand sein als derzeit. Aber er wird menschengemäßer sein. Wohlstand durch Wachstum? Wohlstand braucht auch Wachstum und sei es das Wachstum in der Natur. Aber menschengemäßer Wohlstand hat eine weite spirituell-kulturelle Dimension. Ohne diese Dimension ist er kärglich. □

## Themen „zur Debatte“

Editorial	2
<b>Wohlstand durch Wachstum – ein Auslaufmodell?</b>	
Wohlstand ohne Wachstum Meinhard Miegel	1
Zwei mal drei Gründe für Wachstum Karl-Heinz Paqué	4
<b>Klima- und Entwicklungspolitik Zwischen Millenniums- und Klimagipfel</b>	
Perspektiven aus der Sicht der Studie „Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“ Johannes Müller SJ	6
Die Armen trifft es am härtesten. Gedanken zu den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs Thomas Loster	8
MDG-Gipfel – ein kritischer Rückblick Bernhard Bornhorst	9
Cancún legt Grundlage für eine Aufwärts- spirale im internationalen Klimaschutz. Christoph Bals	11
<b>Climate Engineering Verantwortung, Risiko, Technikfolgen</b>	
Eine Einleitung Klaus Arntz	13
„Lasst uns die Erde kühlen!“ Armin Grunwald	13
<b>Kontroverse Debatte über das Auswärtige Amt und das Dritte Reich</b>	16
<b>Studien- und Kontaktreise nach Paris</b>	
Zur schwierigen politischen Lage in Frankreich heute Henri Ménudier	17
Die Situation der Religion im Frankreich von heute Frédéric Lenoir	22
Zur aktuellen Situation der Katholiken in Frankreich Philippe Levillain	23
Zur aktuellen Situation der Protestanten André Encrevé	23
Zur aktuellen Situation der Muslime in Frankreich Franck Frégosi	24
Das jüdische Denken in Frankreich Rabbi Rivon Krygier	24
Religion und intellektuelles Leben in Frankreich Christophe Charle	25
Vision und pastorale Perspektiven der Kirche von Paris Weihbischof Mgr. Jérôme Beau	25
Einfluss von Glaube und Spiritualität auf die Kultur Hans Maier	26
Die Entwicklung in Frankreich Rémi Brague	27
Glaubenswerte – Orientierungen für die Politik Bernhard Vogel	28
<b>Wie modern ist konservativ?</b>	
Zur Aktualität einer klassischen Denkform Andreas Rödder	29
Junge Akademie <b>Zwischen FC Bayern und Uni</b>	32
Junge Akademie <b>In Zukunft viel Arbeit</b>	
Das Optimum der Kirche liegt in der Zukunft Erik Händeler	34
Junge Akademie <b>Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde</b>	37
<b>Spiritual Care</b>	
Spiritual Care – eine gemeinsame Aufgabe in Krankenpflege, Medizin und Seelsorge Eckhard Frick	38
Spiritual Care als Forschungs- und Lehrgebiet. Perspektiven und Ausblicke Traugott Roser	40
<b>Vernissage</b>	
Gabor Benedek „Schwarz auf Weiß“ Eine Einleitung Christian Ude	42
Impressum	44
Presse	17/33/44



# Zwei mal drei Gründe für Wachstum

Karl-Heinz Paqué

## „Globale“ Gründe

### 1. Wachstum verbessert die Lebensqualität!

Kritiker des Wachstums sehen im Wirtschaftswachstum im Wesentlichen „quantitatives Wachstum“, also ein Wachstum der verbrauchten Menge an Waren und Dienstleistungen. Diese Vorstellung ist in hohem Maße irreführend. Warum? Weil der Großteil des Wirtschaftswachstums nicht ein Mengenwachstum des Güterkonsums ist, sondern ein qualitatives Wachstum. Lediglich in den allerersten Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung – vom armen Entwicklungsland zum nicht mehr ganz so armen Schwellenland – geht es typischerweise um ein quantitatives Mehr an Konsum vom Gleichen: mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr Wohnraum; und dann um den Konsum von Neuem: die ersten Möbel, die ersten Haushaltsgeräte, das erste Auto, die erste Urlaubsreise.

Diese Art von Konsumwellen war in Westdeutschland und allen anderen hochentwickelten Industrieländern schon in den siebziger und achtziger Jahren weitgehend abgeschlossen. Was seither gekommen ist, das ist im Wesentlichen eine verbesserte Qualität und Vielfalt einer durchaus konstanten Palette von Waren und Dienstleistungen. Die nächste Generation von Möbeln, Haushaltsgeräten, Autos, Urlaubsreisen wird ästhetischer, sicherer, bedienungsfreundlicher, bequemer, je nach Vorlieben der Nachfrager und Leistungen der Anbieter. Es steigt vor allem der Gebrauchswert der Güter, nicht die Menge. Wer würde schon ernsthaft ein Plädoyer dafür machen, die heutigen Versionen der Güter mit früheren zu tauschen, um in Selbstbescheidung auf ein niedrigeres Konsumniveau zu kommen? Selbst neue Güter – Personal Computer statt der alten Schreibmaschine, Mobilfon statt Festanschluss – sind vor allem qualitative Fortschritte in der Bewältigung von speziellen Aufgaben der Kommunikation und der Büroarbeit.

Überspitzt formuliert: Die Menschheit ist kein gefräßiger Hund, der – von unersättlicher Gier getrieben – immer mehr vom gleichen Futter in sich hineinstopft. Es geht vielmehr um eine globale Gesellschaft, die zunächst ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung befriedigt, sich dann mit langlebigen Gütern ausstattet – vom Kühlschrank bis zum Kraftfahrzeug – und schließlich auf breiter Front die Qualität und die Vielfalt des Konsums verbessert. In diesem Bild ist die Wirtschaft nicht der Massenhersteller von immer mehr eintöniger Kost. Sie ist vielmehr Begleiter eines tief greifenden Wandels der Werte und vor allem der Produzent neuen Wissens.

Es geht dabei keineswegs nur um Wissen, das ausschließlich privatwirtschaftlich verwertbar ist. Auch Kunst und Kultur sowie die Grundlagenforschung in den wirtschaftsfernsten Gebieten profitieren massiv davon, und zwar ziemlich direkt. Dies haben gerade die technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Die Museumslandschaft erlebt eine radikale Modernisierung der Aus-



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Minister a.D., Professor für Volkswirtschaftslehre – Internationale Wirtschaft an der Universität Magdeburg

stellungsformen, das Bibliothekswesen eine weltweite Vernetzung, die kunstgeschichtliche Forschung einen Boom in der chemischen Werkstoffanalyse, die Archäologie eine Revolution in der Grabungstechnik – und dies alles, weil neue Techniken jenseits des wirtschaftlichen Profits für den gemeinnützigen Bereich nutzbar werden. Der Nutzen der Technik geht also weit über das hinaus, was in den Statistiken der wirtschaftlichen Wertschöpfung und deren Wachstum zu messen ist.

Damit wird aber auch klar: Der Verzicht auf Wachstum ist eine merkwürdige Forderung. Sie bedeutet nämlich den Verzicht auf die Umsetzung von neuem Wissen in eine qualitativ bessere und vielfältigere Produktwelt, und zwar privatwirtschaftlich und gemeinnützig. Wollen wir das wirklich? Wollen wir wirklich, dass die Entstehung oder die Anwendung neuen Wissens gebremst wird? Merkwürdig ist die Forderung vor allem mit Blick auf Entwicklungs- und Schwellenländer: Warum sollten diese freiwillig darauf verzichten, bereits global vorhandenes Wissen im Zuge einer Industrialisierung in größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Arbeitsproduktivität umzusetzen, sobald sie vom Bildungsstand ihrer Bevölkerung her in der Lage sind, dies zu tun? Merkwürdig ist die Forderung aber auch für hochentwickelte Industrieländer: Warum sollten diese die Innovationskraft ihrer Industrien bremsen und damit möglicherweise im Lebensstandard stagnieren oder gar zurückfallen, wenn andere aufholen und die eigenen Pionierrenten dahinschwinden?

### 2. Wachstum nützt vor allem den Armen!

Häufig wird behauptet, vom Wachstum profitierten nicht die Armen, sondern andere, vor allem die Reichen. Diese Behauptung ist historisch völlig unhaltbar, zumindest dann, wenn man die Armut als absoluten Lebensstandard interpretiert. Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass es den Armen in

unserer heutigen deutschen Gesellschaft weit besser geht als den Armen in der deutschen Gesellschaft vor, sagen wir, zwei Generationen. Das Gleiche gilt für alle Industrieländer. Das Gleiche gilt aber auch für praktisch alle Entwicklungsländer, die über Jahrzehnte gewachsen sind: für China, Indien, Brasilien und Indonesien und viele andere. Im Indien Indira Gandhis der 1970er Jahre gab es noch Hungersnöte. Heute gibt es dergleichen nicht mehr, trotz erheblich gewachsener Bevölkerung.

Es gilt übrigens auch im internationalen Vergleich: Die Armen Chinas stehen heute viel besser da als die Armen Afrikas, und zwar gerade deshalb, weil China über nun drei Jahrzehnte kräftig gewachsen ist und Afrika nicht. Das kräftige Wachstum einiger großer armer Entwicklungsländer ist auch der Hauptgrund dafür, dass der Anteil der Ärmsten an der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken ist, wie immer man ihn misst, und zwar trotz Wachstum der Weltbevölkerung.

Allerdings: Viele Wachstumskritiker wählen als Maß für den Erfolg der Bekämpfung von Armut nicht den erreichten absoluten Lebensstandard, sondern den relativen, also relativ zu den wohlhabenden Gruppen der Gesellschaft. Es geht dann also gar nicht um die Bekämpfung der Armut, sondern um die Schere zwischen Arm und Reich. Dann allerdings ist das Bild natürlich differenzierter, denn die Schere schließt sich durch Wachstum nur, wenn die Armen schneller wachsen als die Reichen. International tun sie dies übrigens: China und Indien, um nur zwei große Länder zu nennen, sind noch arm, wachsen aber weit schneller als die reichen OECD-Länder, so dass die Einkommensverteilung zwischen armen und reichen Nationen sehr viel „gleich“ geworden ist. Innerhalb einzelner Nationen ist das Bild allerdings höchst unterschiedlich – von Land zu Land, von Zeitraum zu Zeitraum. Und es kann durchaus sein, dass schnelles Wachstum über längere Zeit mit einer Zunahme der Einkommensungleichheit verbunden ist. Dies liefert ein gutes Argument für politische Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe der ärmeren Schichten, etwa durch eine Bildungspolitik, die die gesellschaftliche Mobilität fördert.

### 3. Wachstum hilft, Ressourcen und Klima zu schonen!

Mehr als alles andere beschäftigt Wachstumskritiker die Frage nach den natürlichen Grenzen des Wachstums. Sie behaupten, unser Planet setze definitive Grenzen des Wohlstands, die wir in Kürze erreichen werden – durch Ausbeutung von Ressourcen und durch Schädigung des Ökosystems, allen voran die Forcierung des Klimawandels über den Ausstoß von Treibhausgasen.

Tatsächlich kann nicht bestritten werden, dass das globale Wachstum unter realistischen Annahmen in den nächsten Dekaden eine beträchtliche Steigerung der Emissionen an Treibhausgasen mit sich bringen wird. Allerdings konzentriert sich die Zunahme in starkem Maße auf jene großen Entwicklungsländer, die heute noch relativ arm sind, aber schnell wachsen und dabei, wie China und Indien, über reiche Kohlevorkommen verfügen. Im Vergleich dazu fällt die Veränderung des Ausstoßes an Treibhausgasen der heute schon wohlhabenden Industrieländer relativ gering aus. Die Dynamik der Klimawirkung ist also weitgehend bestimmt durch die Dynamik des Wirtschaftswachstums in den großen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Diese Konstellation stellt die Weltgemeinschaft vor ein überaus kompli-

ziertes ökonomisch-politisches Problem. Das Scheitern des jüngsten Klimagipfels in Kopenhagen Ende 2009 war ein erstes Symptom dafür. Die Problemlage ist dabei schnell skizziert: Alle sehen das Risiko des menschlichen Einflusses auf den Klimawandel, wenn auch über die konkreten Auswirkungen sehr viel Unsicherheit herrscht. Jene Länder aber, deren Wirtschaftswachstum entscheidend sein wird für das künftige Niveau des Ausstoßes, sehen gleichermaßen große Risiken für ihr Wachstum, wenn sie sich zu einem harten Umsteuern zu treibhausarmen Technologien verpflichten, zumal die heute noch gar nicht verfügbar sind, jedenfalls nicht zu akzeptablen Kosten. Dies gilt umso mehr, als dass im Pro-Kopf-Ausstoß der Treibhausgase selbst China und Indien bei massiver Förderung der Kohle die meisten europäischen Länder und allemal die USA in den nächsten Jahrzehnten nicht erreichen werden. Eine moralisierende Diskussion nach dem Motto: Ihr, die Chinesen und Inder, dürft' jetzt das nicht tun, was wir, Europäer und Amerikaner, historisch getan haben, führt deshalb voraussehbar in eine Sackgasse.

Gibt es eine Lösung? In Deutschland glaubt man, sie bestünde darin, dass wir mit einem überaus ambitionierten Programm der Förderung erneuerbarer Energien und des Energiesparens als leuchtendes Beispiel vorangehen – so

*Der Verzicht auf Wachstum ist eine merkwürdige Forderung. Sie bedeutet nämlich den Verzicht auf die Umsetzung von neuem Wissen in eine qualitativ bessere und vielfältigere Produktwelt, und zwar privatwirtschaftlich und gemeinnützig.*

avisiert in dem jüngst verabschiedeten Energiekonzept der Bundesregierung, das u. a. gigantische Offshore-Windparks in der Nordsee und eine völlig neue Leitungsinfrastruktur über riesige geographische Entfernungen sowie gigantische Energiesparinvestitionen im Gebäudebereich für die nächsten vier Dekaden vorsieht. Klar ist dabei zwar, dass Deutschlands Treibhausgasreduktion an sich das Klima nur marginal beeinflusst, aber offenbar besteht hierzulande die politische Hoffnung, andere würden dem ehrgeizigen deutschen Modell schnell folgen.

Nach menschlichem Ermessen ist dies allerdings kaum realistisch. Insofern ist die deutsche Strategie überaus riskant – zumal dann, wenn sie zu höheren Energiekosten und einer verschlechterten Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft führt (und damit Wirtschaftswachstum kostet). Jedenfalls ist eher damit zu rechnen, dass die großen Entwicklungs- und Schwellenländer erst im Zuge ihres eigenen wirtschaftlichen Wachstums eine starke ökologische Präferenz entwickeln werden, und zwar sowohl bei der Lösung lokaler Umweltprobleme wie verschmutzter Luft, Flüsse und Städte als auch mit Blick auf den globalen Klimawandel. Dies war auch in der Vergangenheit zu beobachten: Erst wenn Entwicklungs- und Schwellenländer die am meisten drängenden gesellschaftlichen Probleme gelöst haben, rückt die Ökologie in der politischen Priorität nach vorn. Dies kann bei der hohen Wachstumsgeschwindigkeit von Ländern wie China und Indien bereits in einer Generation der Fall sein. Erst dann könnte ein weltweiter Konsens in der Klimapolitik nahe rücken.



Es ist also paradox: Das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern verschärft das Klimaproblem, aber es kann auch längerfristig zu seiner Lösung beitragen, denn nur bei hinreichendem Wohlstand gibt es überhaupt eine Chance, Chinesen und Inder davon zu überzeugen, sich massiv an der Klimapolitik zu beteiligen. Bis dahin gilt es, ein wenig Geduld zu bewahren – und pragmatisch die Entwicklung neuer Umwelttechnologien in Ländern wie China und Indien mit zu fördern. Eine „Politik mit der Brechstange“, die einzig und allein auf eine sofortige (und massive) Senkung der Treibhausgasemissionen drängt, ist wohl zum Scheitern verurteilt. Im Übrigen gilt es, weiter die Forschung im Bereich der umweltschonenden Energien voranzutreiben. Dies wird umso eher gelingen, je mehr Mittel dazu weltweit zur Verfügung stehen. Und dies ist nicht nur eine Frage staatlicher Lenkungs politik, sondern vor allem auch des wirtschaftlichen Wachstums. Gerade dieses schafft Möglichkeiten, mehr Geld in die Forschung zu stecken – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in den

großen Ländern China und Indien, die in wenigen Jahren in der technischen Forschung eine gewichtige weltweite Rolle spielen werden.

Wichtig ist schließlich sich klarzumachen, dass auch die Anpassung an Veränderungen des Klimas, ob nun von der Natur oder vom Menschen ausgelöst, am besten funktioniert, wenn eine Gesellschaft über ein hohes Niveau des technologischen Wissens verfügt. So wäre etwa Bangladesh gegen einen Anstieg des Meeresspiegels vor allem dann gut gerüstet, wenn es das Niveau der holländischen Wasser- und Deichtechnik schnellstmöglich erreichte. Und dies wird vor allem durch eines erleichtert: durch ein kraftvolles Wirtschaftswachstum.

#### „Nationale“ Gründe

#### 4. Wachstum ist möglich – trotz Alterung der Gesellschaft!

Eine wesentliche Quelle der Wachstumskepsis ist, zumindest hierzulande, die demographische Entwicklung. Die Gesellschaft altert, und damit verbreitet

sich das Gefühl, dass es immer schwieriger sein wird, bei weniger Erwerbstätigen und mehr Rentnern und Transferempfängern den bisherigen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Es entsteht das drohende Bild einer Art von kollektivem Altersheim: Eine große Zahl anspruchsvoller Menschen, die versorgt werden müssen, aber selbst dazu nichts beitragen können, und auf der anderen Seite eine schwindende Zahl von Beitragszahlern zu den sozialen Sicherungssystemen. Hinzu kommt die mangelnde Dynamik einer alternden Gesellschaft, die gar nicht mehr in der Lage ist, den Belastungen der modernen Welt standzuhalten. Steigende Leistungsanforderungen bei abnehmender Leistungsfähigkeit: Wie soll da eine Wirtschaft dynamisch expandieren, selbst wenn man dies zum politischen Ziel erklärt? Der Verzicht auf Wachstum wird da nicht nur zum Wunsch, sondern fast zum zwingenden Gebot.

Ich teile diese Sicht nicht. Der Grund ist einfach: Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten der erfolgreichen Anpassung an die neuen Bedingungen, und zwar sowohl durch die Wirtschaft als auch den Staat. Und werden diese erkannt und umgesetzt, kommt es eher zu einer Beschleunigung des Anstiegs der Produktivität – und nicht zu einer Verlangsamung. Ein knappes kursorisches Szenario könnte wie folgt aussehen.

Ausgangspunkt ist zweierlei: die staatliche Verlängerung der Lebenserwartung der Menschen und ebenso deutlich verbessertem Gesundheitszustand der künftigen gegenüber früheren Sechzig- bis Siebzigerjährigen; und die zunehmende Knappheit junger qualifizierter Fachkräfte. Beides wird Unternehmen dazu veranlassen, ihre betriebliche Arbeitsteilung grundlegend zu überdenken. Denn junge Arbeitskräfte werden höchst begehrt und teuer. Es lohnt sich deshalb, sie nur mehr für jene Aufgaben einzusetzen, wo sie wirklich besonders gut und unentbehrlich sind, also vor allem bei Tätigkeiten, die ein hohes Maß an „fluider Intelligenz“ voraussetzen, also schnelle Auffassungsgabe und gutes Reaktionsvermögen, originelle Problemlösung und jugendliche Fantasie. Alle anderen Aufgaben erfüllen ältere Arbeitskräfte, die ihre Stärken in sog. kristalliner Intelligenz aufweisen: menschliche Erfahrung, Gelassenheit und Kommunikationsfähigkeit. Sie werden auch im Alter zwischen 50 und 60 Jahren noch auf neue Aufgaben vorbereitet – auf Kosten der Unternehmen, für die es sich bei längerer Lebensarbeitszeit und Facharbeiterknappheit lohnt, in ihre Mitarbeiter zu investieren.

So kann eine neue Welt der betrieblichen Arbeitsteilung entstehen. Allerdings nur dann, wenn Tarifparteien und Staat dies auch zulassen: durch neue Tarifstrukturen und durch selektive Zuwanderung von Fachkräften, die besonders drängende Engpässe aufweicht. Tatsächlich hat dies Ähnlichkeit mit den 1960er Jahren, als die vertikale Mobilität der deutschen Arbeitskräfte – ergänzt durch Zuwanderung – einen außerordentlich starken Zuwachs der Produktivität zuließ. Und übrigens auch ein schnelles Aufholen strukturschwächerer Regionen, denen es gelang, Direktinvestitionen aus den urbanen Zentren anzulocken, wo die Knappheit an Arbeitskräften besonders dramatisch ausfiel. Dies könnte auch in der Zukunft wieder eine Chance sein, gerade für den Osten Deutschlands oder auch das Saarland mit seiner noch immer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit.

#### 5. Wachstum ist nötig – zur Rettung des Sozialstaats!

Wachstum in Deutschland ist allerdings nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig. Dies gilt zumindest dann, wenn man das gesellschaftliche Ziel hat, den heutigen Standard des Sozialstaats und des Gesundheitswesens zu erhalten. Denn klar ist: Eine alternde Gesellschaft wird mehr Kosten der Versorgung in Gesundheit und Pflege verursachen. Dies gilt umso mehr in einer Welt, in der es immer bessere technische, psychologische und soziale Möglichkeiten der Betreuung gibt. Es wird schon aus humanitären Gründen nicht in Frage kommen, diese Möglichkeiten den Menschen vorzuenthalten oder gemäß der wirtschaftlichen Lage des Einzelnen zu „rationieren“.

Es ist merkwürdig, wie wenig bewusst den meisten Wachstumskritikern die Sprengkräfte der Herausforderung sind, die der Sozialstaat in der Zukunft mit sich bringt. Dies gilt besonders für das Gesundheitswesen, wo mit hoher Geschwindigkeit neues medizinisches Wissen entsteht, und zwar weltweit. Dieses Wissen in die Praxis umzusetzen wird hohe Kosten verursachen, selbst wenn es mit aller politischen Kraft gelingt, das Gesundheitswesen auf ein Höchstmaß an Effizienz zu hieven. Ein Land, das sich systematisch aus dem Geleitzug des Wachstums ausklinkt, wird deshalb sehr schnell diese Kosten nur mehr durch einen stark steigenden Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt finanzieren können. Der ohnehin unvermeidbare Trend hin zu mehr Gesundheitskosten, den allein die demographische Entwicklung überall verursacht, würde damit noch in seiner volkswirtschaftlichen Wirkung massiv verstärkt. Es fällt schwer, dies als eine wünschenswerte Entwicklung anzusehen. Im Gegenteil, es stünde zu erwarten, dass es zu beträchtlichen Spannungen käme, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden würden.

#### 6. Wachstum ist hilfreich – zur Senkung der Schuldenlast!

Ganz Ähnliches gilt für den Abbau der Staatsverschuldung. In Deutschland ist politisch die Rückkehr zu einer Welt geplant, in der – anders als von den 1970er Jahren bis heute – die Lasten der Finanzierung öffentlicher Leistungen nicht von der heutigen auf die künftigen Generationen verschoben werden. Dazu diene die Einführung der sog. Schuldenbremse in der Föderalismuskommission II, die für die Bundesländer in wenigen Jahren eine Nettoneuverschuldung von null und für den Bund von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorsieht. Danach könnte Deutschland bei künftig (fast) ausgeglichenem Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden die Relation von Staatsschuld zur Produktionsleistung Schritt für Schritt senken. Man käme damit dem erklärten Ziel der (relativen) Entlastung künftiger Generation immer näher.

Kurzum: ein großes politisches und wirtschaftliches Ziel. Allerdings eines, das umso langsamer erreicht wird, je gemächlicher auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum ausfällt. Im Extremfall der Stagnation würde es gar nicht mehr erreicht – es sei denn, die öffentlichen Haushalte erwirtschafteten einen substantiellen Überschuss, was allerdings auch genauso bei Wachstum möglich ist. Wachstumskritiker, die ja sehr gerne auf Konzepte der Nachhaltigkeit rekurrieren, sollten dies bedenken. Zumindest finanzpolitisch macht es gerade der Verzicht auf Wachstum außerordentlich schwer, einen Zustand der Nachhaltigkeit auf absehbare Zeit zu erreichen. □

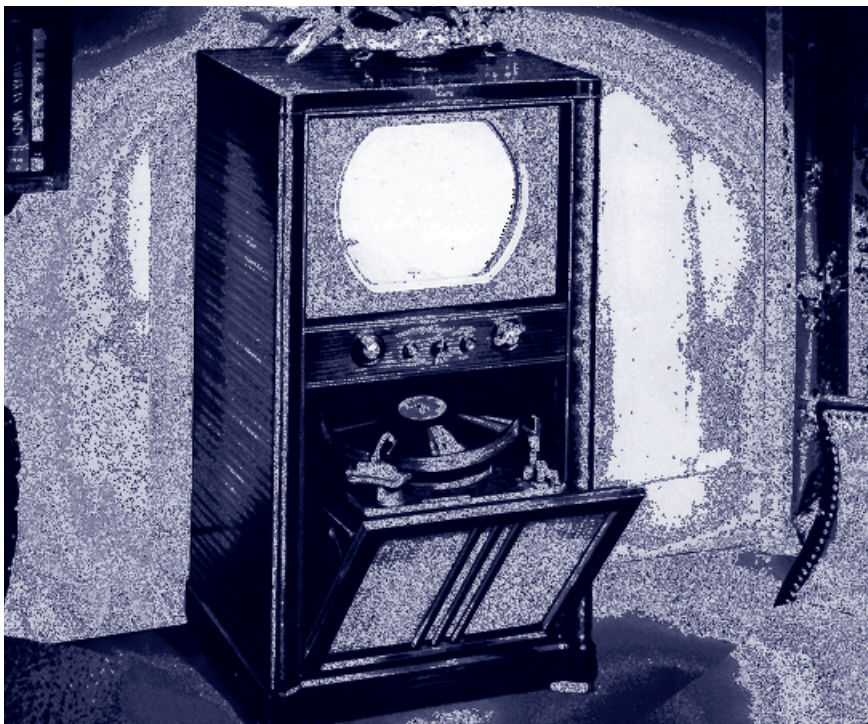


Foto: dpa

Das Wachstum in den Industrienationen zielt heute nicht auf quantitative Steigerung, sondern meist auf qualitative Verbesserung. Aus einem einfachen Fernsehgerät der 50er Jahre ...

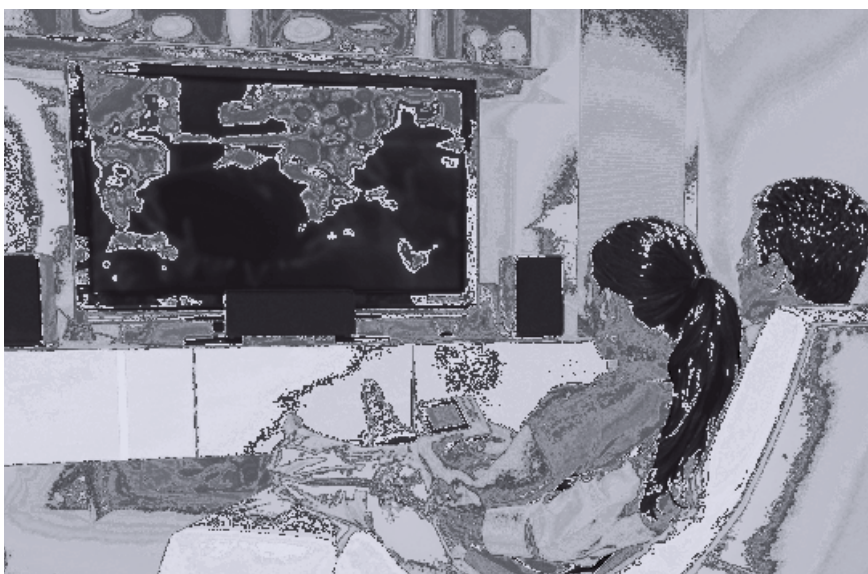


Foto: dpa

... ist heute ein supermodernes High-Tech-Produkt geworden.



# Klima- und Entwicklungspolitik

## Zwischen Millenniums- und Klimagipfel

Wie können Klima- und Entwicklungspolitik gemeinsam verwirklicht werden? Denn es ist noch völlig unklar, wie die Armut in großen Teilen der Welt durch wirtschaftlichen Fortschritt gelindert werden kann, ohne dadurch das Weltklima zusätzlich schwer zu belasten. Ansätze zu einer Lösung dieser Frage entwickelt die kürzlich vorgestellte Studie „Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen.“ Die

gemeinsame Tagung der Katholischen Akademie, der Münchner Rück Stiftung, der Hochschule für Philosophie SJ und von Misereor mit dem Titel „Klima- und Entwicklungspolitik. Zwischen Millenniums- und Klimagipfel“, die sich mit der Studie und ihren Lösungsansätzen befasste, fand am 22. Oktober 2010 statt. „zur Debatte“ dokumentiert die überarbeiteten Referate und Statements.

## Perspektiven aus der Sicht der Studie „Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“

Johannes Müller SJ

### 0. Einleitung

Ein wesentliches Ziel aller Entwicklungspolitik ist schon seit langem die Armutsbekämpfung. International versucht man gegenwärtig vor allem durch die so genannten Millenniums Entwicklungsziele die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren, ein ethisch höchst bescheidenes, politisch jedoch leider ein höchst ambitioniertes Ziel. Die Zielvorgabe „Halbierung der Armut“ impliziert nämlich, dass man eine Zahl von mindestens 500 Millionen Menschen in extremer Armut auch im Jahr 2015 als unvermeidbar betrachtet – und dies trotz wachsenden Wohlstands in der Welt. Dies unterstreicht, dass die Kluft zwischen Reichtum und Armut im globalen Maßstab weiter wächst.

Gegenwärtig bestimmt freilich ein – zumindest auf den ersten Blick – ganz anderes Thema die öffentliche Aufmerksamkeit, nämlich der Klimawandel mit seinen bedrohlichen Folgen. Inzwischen ist nicht mehr bestreitbar, dass die Klimaerwärmung zu einem wesentlichen Teil durch die Menschen verursacht ist. Umstritten bleibt jedoch, wie man ihn am besten bewältigen kann.

Armutsbekämpfung und Umweltschutz sind jedoch eng miteinander verknüpft. Dies zeigt etwa das Leitthema der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro „nachhaltige Entwicklung“ (*sustainable development*), das die Ziele der Entwicklungspolitik mit denen der Ökologie verbindet. Mit anderen Worten, es geht um eine „inklusive Nachhaltigkeit“ angesichts der scharfen Linie, die Wohlstand von Armut und Teilhabe von Ausgrenzung trennt. Beide Probleme stellen vor allem in ihrer Verknüpfung Herausforderungen dar, für die faire politische Lösungen gefunden werden müssen, welche die heutigen Generationen



Prof. Dr. Johannes Müller SJ,  
Professor für Sozialwissenschaften und  
Entwicklungspolitik an der Hochschule  
für Philosophie SJ, München

ebenso berücksichtigen wie die künftigen Generationen. Eben dies war das Anliegen des Forschungsprojekts, dessen Ergebnis nun in der Studie „Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“ vorliegt. Eine englische Publikation für die so genannte *scientific community* wird im kommenden Jahr erscheinen.

### 1. Verflochtenheit von Klimawandel und Armut

1. Nur kurz einige wesentliche Daten zum Klimawandel. Das globale Klima hat sich in den vergangenen 100 Jahren um 0,74°C erwärmt, was zu einem

wesentlichen Teil auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Hauptursache ist die Emission von Treibhausgasen, vor allem Kohlendioxid. Etwa 60 Prozent des Anstiegs der CO<sub>2</sub>-Emissionen gehen auf die Nutzung fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas) zurück, also auf Energieverbrauch, knapp 20 Prozent auf die veränderte Nutzung von Landflächen, vor allem die Abholzung von Wäldern. Die Industrieländer sind für fast 80 Prozent der historischen CO<sub>2</sub>-Zunahme verantwortlich. Inzwischen haben aber auch einige Schwellenländer, an erster Stelle China, aber auch Indonesien, hohe absolute Emissionen aufzuweisen, auch wenn der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung in diesen Ländern noch weit geringer ist als in den westlichen Wohlstandsländern.

Je nachdem ob und in welchem Umfang ein weiterer Anstieg der Emissionen verhindert werden kann, wird die Erdmitteltemperatur im 21. Jahrhundert wahrscheinlich um 1,4 bis 4,4°C steigen. Selbst wenn man alle CO<sub>2</sub>-Emissionen sofort stoppen könnte, stiege die Temperatur noch um fast 1°C. Es besteht daher heute ein breiter Konsens, dass ein Überschreiten der Leitplanke von 2°C über das vorindustrielle Niveau hinaus auf jeden Fall vermieden werden muss, wenn man nicht eine kaum zu bewältigende Erderwärmung in den kommenden Jahrzehnten riskieren will. Dies ist eine zwar anspruchsvolle, aber durchaus erreichbare Zielmarke. Besonders beunruhigend sind mögliche negative Rückkoppelungseffekte mit verheerenden Folgen. So würde etwa ein Abschmelzen des Grönland-Eisschildes den weltweiten Meeresspiegel um sieben Meter steigen lassen.

2. Der Klimawandel ist wesentlich Folge eines ressourcen- und energieintensiven Wirtschafts- und Zivilisationsmodells und des damit gewachsenen Wohlstands, den sich bisher freilich nur eine Minderheit der Menschheit leisten kann. Wenn man die globale Vermögens- und Emissionsverteilung vergleicht, so wird offensichtlich, dass zumindest bisher wachsender Reichtum mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden ist. Man kann daher mit einem gewissen Recht von einer „Kohlenstoff-Schuld“ der reichen Länder sprechen, weshalb viele Vertreter der Entwicklungsländer fordern, dass die reichen Länder – sozusagen als Kompensation – die Hauptlast der Klimapolitik tragen.

Die Globalisierung hat die Verbreitung dieses Wirtschafts- und Zivilisationsmodells in alle Welt erheblich beschleunigt. Immer mehr Länder folgen diesem Entwicklungspfad mit wachsendem Erfolg, was freilich mit hohem Energieverbrauch und schnell steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen verknüpft ist. Verlierer dieses Prozesses sind vor allem die ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung.

Auf dem Hintergrund dieser Daten und Trends ergeben sich grundsätzlich drei Szenarien, was den weiteren Pro-Kopf-Ausstoß von Kohlendioxid betrifft:

(a.) Man setzt die bisherige Entwicklung fort, verbunden mit dem Versprechen, auch die Armen mit ins Boot zu nehmen – mit verheerenden Klimafolgen.

(b.) Man versucht die Nachzügler, die den Vorsprung der reichen Länder aufholen wollen, unter Verweis auf den Klimawandel vom Wohlstand nach westlichem Muster fernzuhalten. Dies dürfte bestenfalls höchst bedingt möglich sein und würde den Klimawandel nur geringfügig abbremsen. Vor allem aber ist diese Alternative ethisch in keiner Weise rechtfertigbar.

(c.) Man einigt sich auf die genannte Leitplanke von maximal 2°C Erwärmung. Dies würde bis 2050 eine Halbierung der globalen Treibhausgase um 50 Prozent bezogen auf das Basisjahr 1990 erfordern, die Industrieländer müssten ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen sogar um 80 Prozent senken.

3. Nicht nur die Ursachen, sondern auch die Folgen des Klimawandels sind weltweit höchst ungleich verteilt. Hauptopfer sind heute schon und werden auch weiter die ärmsten Länder, Regionen und Menschen sein. Die Studie „Global aber gerecht“ behandelt diesen Zusammenhang unter dem Stichwort Vulnerabilität, die zwei eng miteinander zusammenhängende Aspekte umfasst. Zum einen sind dies geographische Gegebenheiten, konkret jene Regionen, in denen die negativen Folgen des Klimawandels besonders spürbar sein werden. So könnte die Niederschlagsmenge in Trockengebieten, die bereits jetzt unter Wasserknappheit leiden, noch abnehmen. Zudem sind mehr Wetterextreme, also einerseits Dürren und andererseits sintflutartige Niederschläge und schwere Überschwemmungen zu erwarten. All dies wird landwirtschaftliche Ertragsverluste zur Folge haben und gefährdet die Ernährungssicherheit. Jüngste Katastrophen wie die Überschwemmungen in Pakistan und Indien einerseits und die Trockenheit und Brände in Russland andererseits lassen sich zwar nicht direkt auf den Klimawandel zurückführen, sie bestätigen aber den langfristigen Trend und machen die genannten Folgen sichtbar.

### Nicht nur die Ursachen, sondern auch die Folgen des Klimawandels sind weltweit höchst ungleich verteilt.

Zum anderen und vor allem geht es um die soziale Vulnerabilität der Menschen, vor allem jener, die in armen Ländern und Regionen leben. Vielerorts könnten die negativen Auswirkungen des Klimawandels die schon bestehende Armut noch verstärken. So treffen z.B. höhere Durchschnittstemperaturen in feucht-heißen Regionen und damit verbundene Krankheiten besonders jene Menschen, die in Elendssiedlungen leben und sich nie eine Klimaanlage leisten können werden. Der Anstieg des Meeresspiegels hat in Ländern mit dichten Siedlungsgebieten an den Küsten, teils Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, verheerende Folgen. Hauptopfer sind einmal mehr an erster Stelle die Armen, die in Slums an der Küste oder an erdrutschgefährdeten Hängen leben. Die Folge sind Millionen von Klimaflüchtlingen, weshalb man politisch von einem „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ spricht.

### 2. Unterschiedliche Blickwinkel und Interessen

1. Probleme werden höchst unterschiedlich wahrgenommen, je nach dem, aus welcher Interessenlage und Perspektive man sie betrachtet. Es ist naheliegend, dass wirtschaftlich starke Länder den Klimawandel gelassener sehen als arme Länder, die von den Folgen besonders betroffen sind und über sehr begrenzte Kapazitäten verfügen, sie zu bewältigen. Manche Debatten erwecken allerdings den Eindruck, dass die Anpassungsfähigkeit mit der Ferne zu mitteleuropäischen Breitengraden zunimmt. Millionen von Klimaflüchtlingen etwa in Bangladesch scheinen ein geringeres



Problem darzustellen als die Durchsetzung einer klimaverträglichen Autonomie in Deutschland.

Wenig glaubwürdig sind auch die Klagen in den reichen Ländern über das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern. Dies gilt zumindest solange, als eine Person in den Vereinigten Staaten fast zwanzigmal und in Deutschland fast zehnmal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht als eine Person in Indien. Insofern ist eine Zunahme der Bevölkerung in reichen Ländern klimapolitisch weit folgenreicher als in armen Ländern. Damit soll freilich in keiner Weise die Bedeutung einer verantwortlichen Bevölkerungspolitik bestritten werden.

2. Am Beispiel Indonesiens lässt sich zeigen, dass auch in den Ländern des Südens massive Interessenkonflikte bestehen, die nicht zuletzt in vielfältigen Verflechtungen mit globalen Problemen wurzeln. Indonesien ist heute absolut gesehen der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen, auch wenn die Pro-Kopf-Emissionen noch relativ niedrig sind. Dies ist primär eine Folge der Abholzung tropischer Regenwälder und des Ab Brennens von Torfland, was große Mengen von Kohlendioxid freisetzt. Umgekehrt wird der Klimawandel mit seinen Auswirkungen viele Probleme in Indonesien verstärken, angefangen von einem noch heißeren tropisch-feuchten Klima bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels. Da dieser Inselstaat eine Küstenlinie von 80.000 Kilometern aufweist und die meisten Millionenstädte an der Küste liegen, wird schon ein Anstieg von nur einem Meter Millionen von Menschen betreffen und viel Ackerland kosten.

Indonesien ist aber auch immer noch ein Entwicklungsland mit viel Armut. Ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Entwicklung sind schon seit langem große Engpässe in der Versorgung mit Energie, vor allem mit Elektrizität. Lange konnte das Land auf eigenes Erdöl setzen, doch dieses deckt inzwischen nicht einmal mehr den Eigenbedarf. Eine Alternative sind Kohlekraftwerke, denn das Land hat reiche Kohlevorräte, was freilich höchst klimaschädlich wäre. Ähnliches gilt für Biomasse, was zusätzliches Land für Ölpalm-Plantagen erforderlich machen würde, was weitere Brandrodungen und Abholzungen zur Folge hätte. Eine Alternative wäre, das enorme geothermische Potenzial zu nutzen, über welches das Land verfügt, was jedoch hohe Investitionen verlangt, die das Land sicher nicht allein aufbringen kann.

### 3. Ethische Leitplanken

1. Die Komplexität der Klimaproblematik erfordert einen umfassenden Gerechtigkeitsbegriff, wobei drei zeitliche Dimensionen zu berücksichtigen sind:

(a) In der Gegenwart geht es vorrangig um das weltweite Wohlstandsgefälle. Prüfstein muss die Lage der Ärmsten sein, weshalb die Bekämpfung krasser Armut höchste Priorität hat. Daraus ziehen manche den Schluss, Klimapolitik zur Begrenzung der Erderwärmung sei – zumindest vorläufig – von untergeordneter Priorität. Man sollte die begrenzten Finanzmittel daher besser ganz für Armutsbekämpfung einsetzen. Diese Position ist jedoch kurzsichtig, weil sie Klimaschutz und Armutsbekämpfung als sich ausschließende Alternativen sieht.

Einen Ausweg aus dieser Spannung bietet das Prinzip grundsätzlich gleicher Rechte aller Menschen, das die Studie als möglichst kulturübergreifenden Ausgangspunkt gewählt hat. Dies betrifft auch den Zugang zu Wohlstand und zu

den Mitteln, ihn zu erreichen. Wenn diese Mittel begrenzt sind, wie im Fall fossiler Brennstoffe und der damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Ausstöße, ist eine gerechte Verteilung solcher Rechte besonders wichtig. Darum fordern viele Vertreter aus dem Süden: „Alle haben das Recht auf die gleiche Menge Emissionen“. Wie diese prinzipiell berechtigte Grundforderung auszugestaltet ist und in welchem Zeitraum sie sich umsetzen lässt, ist eine schwierige, jedoch unverzichtbare Aufgabe internationaler Politik.

(b) Was die Vergangenheit betrifft, so haben die reichen Länder die moralische Pflicht, ihre schon erwähnte „Kohlenstoffschuld“ zumindest ein Stück weit abzutragen. Dazu müssen sie an erster Stelle selbst klimaverträgliche Entwicklungspfade einschlagen. Zweitens müssen sie ärmeren Ländern helfen, ihnen auf diesem Weg zu folgen. Die Studie verweist hier auf die finanziellen und technischen Kapazitäten

### *Was die Vergangenheit betrifft, so haben die reichen Länder die moralische Pflicht, ihre schon erwähnte „Kohlenstoffschuld“ zumindest ein Stück weit abzutragen.*

der reichen Länder, die sie auch dank ihrer Vorteile aus der „Kohlenstoffschuld“ besitzen. Indem sie ihre Hilfe kostengünstig zur Verfügung stellen, leisten sie indirekt auch eine Art Kompensation.

(c) Man darf die Probleme freilich auch nicht in die Zukunft verschieben. Die heute lebenden Generationen haben kein Recht, die voraussehbaren Folgen ihres Handelns zu ignorieren und so die Lebenschancen künftiger Generationen zu gefährden. Dies würde vermutlich vor allem künftige Arme in eine ausweglose Situation geraten lassen. Mit anderen Worten, intragenerationelle und intergenerationelle Gerechtigkeit sind miteinander zu verbinden.

2. Aus diesen Überlegungen leitet die Studie drei ethische Leitplanken für eine armenorientierte Klimapolitik ab:

(a) Nicht anders als eine armenorientierte Entwicklungspolitik wird auch eine armenorientierte Klimapolitik nur dann erfolgreich und nachhaltig sein, wenn sie von den wirklichen Bedürfnissen des jeweiligen Landes und seiner Menschen ausgeht. Sie muss deren oft reichliches humanes und soziales Kapital nutzen und Eigeninitiative und aktive Partizipation fördern. Damit verbietet sich ein reiner *Top-down*-Ansatz ebenso wie eine primär verteilungsorientierte Politik. Dies deckt sich mit der Forderung der Chancengerechtigkeit, die sowohl für die Beziehung zwischen Staaten wie in Bezug auf jeden einzelnen Menschen gültig ist.

(b) Länder wie Menschen können freilich nur dann ihre Chancen nutzen, wenn sie ihre wesentlichen Bedürfnisse angemessen befriedigen können. Dazu braucht es häufig Transferzahlungen, wie sie auch in der Klimapolitik vorgehen sind. Ethisch geht es dabei um die Bedarfsgerechtigkeit, die unter der Rücksicht der Existenzsicherung primär, entwicklungspolitisch aber sekundär ist, wenn man eine bleibende Abhängigkeit von Hilfe (Assistenzialismus) vermeiden will. Diese Reihenfolge entspricht auch

dem Prinzip der Subsidiarität wie dem Grundansatz der sozialen Marktwirtschaft.

(c) Ebenso wichtig ist das Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit. Es verweist auf die Notwendigkeit internationaler wie nationaler Rahmenbedingungen, welche ein entwicklungs- und klimagerechtes Verhalten und Handeln der Menschen unterstützen und fördern. Dies betrifft etwa die Standards von *Good Governance*, sowohl in den einzelnen Ländern, aber auch auf internationaler Ebene. Solche Rahmenbedingungen müssen fair ausgehandelt werden, was an erster Stelle die Beteiligung aller Betroffenen, aber auch Transparenz und ein gewisses Machtgleichgewicht verlangt. Der Verstoß gegen diese Prinzipien war ein Hauptgrund für das Scheitern bisheriger Klimaverhandlungen, die kein Land ausschließen dürfen.

3. Im Rahmen des Projekts gab es intensive und auch kontroverse Debatten darüber, welche Rolle der Ordnungspolitik zukommt und inwieweit das Verhalten jedes Einzelnen sowie sozialer Gruppen und Bewegungen wichtig sind. Allgemeiner gesprochen geht es um die Zuordnung von Institutionen- und Individualethik. Das globale Gut „Klimaschutz“ erfordert zweifellos und unverzichtbar internationale Kooperation und eine Weltordnungspolitik (*Global Governance*) mit völkerrechtlichen Verträgen und Regeln sowie handlungsfähigen Institutionen. Nur die Politik kann nämlich die erforderlichen wirtschaftlichen Anreize und finanziellen Mittel bereitstellen. Ein ähnlicher Vorrang der Institutionen gilt für die Armutsbekämpfung.

Individuelles Verhalten bleibt freilich in mehrerlei Hinsicht von Bedeutung. Zum einen erfordert die Einhaltung von Regeln immer auch einen gewissen Wertekonsens darüber, dass sie einzuhalten sind. Zweitens braucht es stets auch neue Ideen, Anstöße und Pilotprojekte, da jede Rahmenordnung Lücken hat, die durch eigenverantwortliches Handeln gefüllt werden müssen. Drittens kann individuelles Handeln eine wichtige Vorbildfunktion haben und so motivieren. Und schließlich sind es Menschen, die Ordnungen schaffen und Recht setzen.

Am deutlichsten sichtbar wird diese Zuordnung im Spannungsfeld von Wirtschaftssystem und gesellschaftlichen Leitbildern. Der Klimawandel stellt eine rein auf kurzfristige Gewinne ausgerichtete Wirtschaftsweise infrage und verlangt eine neue Konsumethik. Dies betrifft auch das persönliche Verhalten, das stets auch ein Spiegelbild des Wirtschaftssystems und seiner Konsummuster ist und diese verstärkt. Man könnte hier auch von der „Tugend des rechten Maßes“ sprechen, die in einer gewissen Selbstbeschränkung, was auch Verzicht einschließen kann, die Chance für mehr Lebensqualität sieht.

### 4. Grundpfeiler einer armutsorientierten Klimapolitik

1. John Holdren, Präsident der *American Association for the Advancement of Science*, hat einmal von drei Optionen im Hinblick auf den Klimawandel gesprochen: „*Mitigation, adaptation and suffering*“, und fährt dann fort: „Je besser wir den Wandel abmildern, desto weniger Anpassung ist nötig und desto weniger Not entsteht.“ Politisch bleiben also zwei Möglichkeiten: „*Mitigation*“, die Reduzierung der Treibhausgase, und „*Adaptation*“, die Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels. Hauptstreitpunkt ist die Gewichtung dieser beiden Optionen, die keine echten Alternativen darstellen.

Ein hohes Maß an Anpassung wird auf jeden Fall nötig sein, um den schon jetzt kaum mehr vermeidbaren Temperaturanstieg um 2°C zu bewältigen. Diesen Standpunkt hat sich inzwischen auch die internationale Gemeinschaft zu eigen gemacht. Diese Position lässt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: Nicht zu bewältigende Folgen des Klimawandels müssen vermieden werden, nicht vermeidbare Folgen müssen durch Anpassung bewältigt werden.

Es besteht ein breiter Konsens, dass es einen langwierigen Übergangsprozess braucht, den man allerdings sofort einleiten und bis 2020 auf den Weg bringen muss. Wichtigstes Argument gegen Leitplanken wie das 2°C-Ziel waren bisher die ökonomischen Kosten. Neuere Studien kommen dagegen zum Ergebnis, dass ein ungebremseter Klimawandel langfristig weit höhere wirtschaftliche Einbußen zur Folge haben wird als ein schnelles und entschlossenes Handeln heute. Diese Erkenntnis hat viele Bedenken entkräftet und der politischen Debatte neue Dynamik verliehen.

2. Eine zukunftsorientierte Bekämpfung der Armut, die zugleich dazu beiträgt, dass die Folgen des Klimawandels besser bewältigbar sein werden, muss an erster Stelle das Handlungsvermögen der Armen stärken. Dies ist der wirksamste Ansatz im Kampf gegen die Armut, zugleich aber das beste Mittel, um die Verwundbarkeit durch den Klimawandel zu reduzieren und die Fähigkeit zu erhöhen, seine unvermeidbaren Folgen menschenwürdig zu bewältigen. Grundlage für eine Stärkung des Handlungsvermögens ist vor allem ein verbesserter Zugang zu Einrichtungen, die den Bedürfnissen der Armen Rechnung tragen, angefangen von medizinischer Versorgung bis hin zu politischer Teilhabe.

3. Die Armen können ihr Handlungsvermögen nur sehr bedingt aus eigener Kraft stärken. Sie sind auf unterstützende Institutionen und Hilfe angewiesen. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip geht es dabei vor allem um politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die das Potenzial und die Eigeninitiative „von unten“ fördern und stärken, angefangen von den Menschen vor Ort und den Kommunen über die Staaten bis hin zur globalen Ebene.

Eine Schlüsselrolle kommt einer fairen Weltwirtschaftsordnung zu, welche die Eigenkräfte und das Einkommen der Armen nicht unter dem Vorwand einer unausweichlichen Globalisierung schwächt. So besteht gegenwärtig die Gefahr, dass es zu einer Flächenkonkurrenz zwischen der Produktion von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln einerseits und Trägern von Biomasse (wie Ölpalmen oder Zuckerrohr) für vermeintlich umweltfreundliche Energie andererseits kommt. Wenn dies zur Folge hat, dass die Armen weniger Zugang zu Nahrung haben, sei es weil sie weniger Land für die Eigenproduktion haben, sei es weil sie importierte Nahrungsmittel nicht bezahlen können, dann ist dies ethisch nicht hinnehmbar.

4. Angelpunkt einer erfolgreichen Klimapolitik ist eine kluge Energiepolitik, die zu einer starken Reduktion von CO<sub>2</sub>-Ausstößen führen muss. Eine solche Politik darf freilich nicht zu Lasten der Armen gehen. Energiemangel und ungesicherter Energiezugang, wovon noch immer 1,6 Milliarden Menschen betroffen sind, stellen nämlich ein großes Hindernis für die Überwindung von Armut dar. Eine ethisch vertretbare Klimastrategie muss daher die enge Verknüpfung von Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen aufzulösen versuchen.



Für eine entsprechende alternative Energiepolitik gibt es heute viele Möglichkeiten, angefangen von mehr Energieeffizienz und technologischer Innovation bis hin zu erneuerbaren Energien. Umstritten bleibt die Kernenergie, weil sie einerseits keine Treibhausgase verursacht, andererseits damit aber ein Entwicklungspfad eingeschlagen wird, der viele Risiken in sich birgt und auf lange Zeit unumkehrbar bleibt.

5. Zusammenarbeit und Solidarität über nationale und ähnliche Grenzen hinweg lassen sich ebenso wenig wie Achtung der Umwelt allein mit Appellen an den Verstand erreichen. Menschen leben in kulturellen und meist auch religiösen Traditionen mit ihren jeweiligen Weltansichten und Werten. Will man sie wirklich für ein Umdenken und Verhalten gewinnen, das in gleicher Weise sozial- und umweltverträglich ist, dann muss man an diese Traditionen – trotz ihrer Ambivalenz – anknüpfen und die Menschen dort abholen. Gerade Religionen beinhalten hilfreiche Vorstellungen über das Verhältnis des Menschen zu seinen Mitmenschen und zur Umwelt und die darin begründete Verantwortung. Entsprechende Leitbilder wie Solidarität oder „Erhaltung der Schöpfung“ können für ihre Anhänger hohe Motivationskraft für ein sozial- und klimagerechtes Verhalten sein, wie ein Dialogforum zum Thema „Klimawandel und die Religionen in Indonesien“ mit vielen muslimischen Vertretern gezeigt hat.

6. Um all diese Ziele zu erreichen und alle Akteure für sie zu gewinnen, braucht man konkrete Handlungsvorschläge. Die Studie macht dazu den Vorschlag eines *Global Deal*:

(a) Erste Säule ist ein globales Handelssystem mit CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten. Dies würde es erlauben, die notwendige globale Verringerung von Emissionen effizient und zugleich zielgenau durchzuführen. Die konkrete Form eines solchen Systems ist freilich noch sehr umstritten. Viele Argumente sprechen für einen Emissionshandel, der aus den beiden Elementen „Cap & Trade“ besteht. Die erlaubte Gesamtmenge von Emissionen würde begrenzt (Cap), so dass nur so viele Emissionsrechte verteilt würden, wie es etwa dem 2°C-Ziel entspricht.

Der Handel mit Emissionsrechten würde es Ländern mit hohen Kosten für die Reduktion erlauben, Emissionsrechte von den Ländern zu erwerben, die ihre Emissionen zu vergleichsweise geringen Kosten senken können. Dies würde den Industrieländern den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft erleichtern. Die armen Länder könnten so erhebliche finanzielle Mittel erhalten, welche die heutige Entwicklungshilfe weit übersteigen würden. Ein solches System verlangt allerdings wirksame globale Institutionen mit transparenten Entscheidungsstrukturen, an denen die schwächeren Länder entsprechend dem Prinzip der Verfahrensgerechtigkeit angemessen zu beteiligen sind.

(b) Zweitens braucht es eine globale Waldpolitik, denn etwa ein Fünftel der weltweiten Treibhausgase verursacht die rapide fortschreitende Abholzung insbesondere der tropischen Wälder. Die notwendige Reduktion von Treibhausgasen ist nur zu erreichen, wenn dieser Trend gestoppt wird. Zudem gefährdet die Abholzung nicht nur die biologische Vielfalt, sondern vernichtet auch den Lebens- und Wirtschaftsraum vieler armer Menschen, besonders indigener Bevölkerungen. Da der Export von Holz und Agrarprodukten, die oft

auf abgeholzten Flächen angebaut werden, für die betroffenen Länder (vor allem Brasilien und Indonesien) eine wichtige Finanzquelle darstellt, müssen sie für den Verzicht darauf einen finanziellen Ausgleich erhalten.

(c) Eine dritte Säule sind weit höhere öffentliche Investitionen in die Forschung und Entwicklung von emissionsarmen Technologien, vor allem im Energiesektor, sowie der Transfer solcher Technologien in Entwicklungsländer. Dies muss einschließen, dass solche Technologien auch an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort angepasst sind. Der Technologietransfer braucht eine handelspolitische Förderung, nicht zuletzt durch Revisionen im Patentrecht der Welthandelsorganisation (WTO).

(d) Schon angesprochen wurde die vierte Säule, nämlich die Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels. Die entsprechenden Maßnahmen müssen auf die jeweilige konkrete Problemlage abgestimmt sein und darum regional bzw. lokal erfolgen. Nur so können sie von unmittelbarem Nutzen für die betroffenen Gebiete und Menschen sein. Auch in diesem Feld braucht es internationale Kooperation, nicht zuletzt erhebliche internationale Transferzahlungen und gezieltes staatliches Handeln.

(e) Diese Maßnahmen sollten eng mit der Entwicklungspolitik als fünfter Säule eines *Global Deal* verknüpft werden. Primäre Verantwortung dafür tragen die jeweiligen Staaten und ihre Regierungen. Angesichts fortschreitender globaler Interdependenzen braucht es ergänzend auch eine internationale Entwicklungspolitik bzw. globale Strukturpolitik, um entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Entwicklungspolitik als eigenes politisches Handlungsfeld ist wichtig, weil Entwicklungsprozesse ein Eigengewicht haben und sich nicht auf Klimapolitik reduzieren lassen.

#### 4. Schluss

Jan Pronk hat in einem Artikel „Die globale Apartheid überwinden“ den Kern der Problematik sehr gut auf den Punkt gebracht. Er spricht dabei unter Bezugnahme auf das Buch „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore, von sechs ‚Ds‘, welche nicht nur die Klimadebatte, sondern auch die Armutsdebatte dominieren. Es handelt sich dabei um „... [eine] Gemütsverfassung, die aus Verleugnung (*denial*), Zweifel (*doubt*) und Desinformation (*disinformation*) entsteht, gezielter Desinformation über den Klimawandel. Diese drei ‚Ds‘ haben ein viertes hervorgerufen: Aufschub (*delay*), Aufschub im Handeln, sowohl im vorbeugenden wie auch im abhelfenden. Was hätte getan werden müssen, wurde nicht getan. Es war dieser Aufschub, dieses komplette Fehlen von Konsequenzen, das die Menschen in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit (*despair*) gebracht hat: Sie sehen, dass viel geredet wird, viele Konferenzen, viele UN Resolutionen, aber kein Handeln. Dies führt zu einem sechsten ‚D‘: Misstrauen (*distrust*).“

Das Forschungsprojekt „Global aber gerecht“ hatte das Ziel, diese negative und pessimistische Kette zu durchbrechen und Perspektiven für eine „gerechte Klima- und Entwicklungspolitik“ aufzuzeigen. Dies verlangt manches Umdenken sowie eine enge und möglichst vertrauensvolle Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Norden wie im Süden, wozu der Report am Ende einige Vorschläge zu wechselseitigen Verpflichtungen entfaltet. □

## Die Armen trifft es am härtesten. Gedanken zu den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs

Thomas Loster

### Einleitung

In der Studie „Global, aber gerecht“, die die Münchener Rück Stiftung und das katholische Hilfswerk MISEREOR zum Zusammenhang von „Klimawandel und Gerechtigkeit“ sowie Armutsbekämpfung in Auftrag gegeben haben, wird dargestellt, dass vor allem arme Länder besonders stark vom Klimawandel betroffen sind.

Davon zeugen die Opferzahlen, die der Munich Re NatCatSERVICE im Zusammenhang mit Naturkatastrophen seit drei Jahrzehnten aufzeichnet: Nach unseren Berechnungen stammen mehr als 80 Prozent der Todesopfer durch Wetterkatastrophen in dieser Periode aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Der Weltklimarat IPCC prognostiziert, dass Wetterextreme in einem wärmeren Klima zunehmen und es liegt auf der Hand, dass Menschen in den armen Regionen besonders gefährdet sind – auch weil ihre Gebäude und die Infrastruktur nicht so widerstandsfähig sind. Daneben zeigen unsere Gefährdungsanalysen, dass arme Menschen oft in exponierte Randlagen von Siedlungen abgedrängt werden. Sie sind Sturzfluten, Erdbeben oder Sturmfluten oft besonders stark ausgesetzt (siehe Bild).

Im folgenden Kurzbeitrag werden nicht die komplexen Parameter von Armut und Verletzlichkeit (Vulnerabilität, englisch Vulnerability) durchdekliniert. Vielmehr greift er einen Klimawandeleffekt heraus: den beschleunigten Meeresspiegelanstieg.

### Meeresspiegelanstieg – Prognosen des Weltklimarats IPCC

In seinem 4. Sachstandbericht von 2007 führt der Weltklimarat aus, dass der Meeresspiegel im wärmeren Klima beschleunigt steigen wird. Zwei wesentliche Effekte spielen dabei eine Rolle, beide schlagen mit rund 50 % zu Buche: Schmelzwasser aus der Gletscherschmelze fließt über die Flusssysteme der Erde letztendlich ins Meer – die Eismassen schmelzen bei Temperaturen über 0 Grad Celsius zwangsläufig. Eine weitere physikalische Ursache ist die thermische Expansion. Warme Wasserkörper dehnen sich aus und nehmen zwangsläufig mehr Raum ein, die Pegelstände an den Küsten müssen steigen. Insofern trägt die Klimaerwärmung zum beschleunigten Meeresspiegelanstieg bei. Das IPCC geht von einem Meeresspiegelanstieg von +18 bis +59 cm bis zum Ende des Jahrhunderts aus – je nachdem, wie stark die globale Mitteltemperatur ansteigen wird (1,1° C bis max. 6,4° C). Nachdem die stärkste Erwärmung in den hohen nördlichen Breiten zu erwarten ist, muss mit einem massiven Schmelzen der Eismassen des Nordens gerechnet werden. Sollten die Eismassen Grönlands vollkommen abschmelzen, hätte dies einen Meeresspiegelanstieg von 7 Metern zur Folge. Städte wie New York, London oder Hamburg lägen dann unter dem Meer. Glücklicherweise ist dieses Szenario nicht unmittelbar zu erwarten, allerdings könnte Grönland laut IPCC innerhalb der nächsten 1.000 Jahren eisfrei werden.



Thomas Loster, Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung

### Reiche Länder können sich schützen

Die Bewohner niedrig gelegener Küstenregionen werden besonders stark vom Meeresspiegelanstieg betroffen sein. Auch muss man damit rechnen, dass es in den nächsten 30–50 Jahren insbesondere bei diesen Bevölkerungsgruppen zu Migrationsbewegungen kommt.

### Rund 75 Prozent der Menschen, die tief gelegene Gebiete bewohnen, leben in Asien, wobei die Verwundbarkeit der Armen dort besonders hoch ist.

Rund 75 % der Menschen, die tief gelegene Gebiete bewohnen, leben in Asien, wobei die Verwundbarkeit der Armen dort besonders hoch ist. Zwar sind auch reiche Länder dem Meeresspiegelanstieg ausgesetzt, allerdings haben sie vermutlich ausreichend Zeit und Geld, den Küstenschutz zu verbessern und wasserdicht zu machen. Städte wie London, Amsterdam, Bremen oder Hamburg können sich durch Deichbau und andere Maßnahmen schützen. Die Niederlande und Großbritannien haben mit Flutschutzbollwerken wie dem „Oosterschelde-Sturmflutwehr“ bei Rotterdam oder der „Thames Barrier“ vor London gezeigt, dass sie Sturmfluten mit enormen technischen Anstrengungen abwehren können. Auch Deutschland, das 1962 in Hamburg von einer schweren Sturmflut betroffen war, liefert ein gutes Beispiel für kostspielige und gleichzeitig effiziente, schadenmindernde Investitionen in Hochwasser- und Sturmflutschutz.

### Hamburg – Flutschutzinvestitionen zahlen sich aus

Nach einer verheerenden Sturmflut in Hamburg, die in der Nacht vom 16.



auf den 17. Februar 347 Menschen in den Tod gerissen hat (volkswirtschaftliche Schäden rund 1,5 Mrd. Euro in Werten von 2009), wurde der Küstenschutz kontinuierlich verbessert. 1976, als dieser noch nicht komplett ausgebaut war, suchte eine weitere Sturmflut Niedersachsen und die Hansestadt heim und richtete schwere Schäden an. Insgesamt flossen seit 1962 rund 2 Mrd. Euro in den Flutschutz Hamburgs – eine Investition, die sich auszahlte. Alleine in den 1990er-Jahren wurde der Pegelstand von 1962 dreimal übertroffen, ohne Schäden in der Hafennetropole anzurichten.

### Bangladesch – Zielscheibe von Zyklonen

Ganz anders sieht es in Bangladesch aus, das praktisch jährlich von Zyklonen und Sturmfluten heimgesucht wird. Das Land wurde 1970 und 1991 von besonders verheerenden Zyklonen und Sturmfluten getroffen, 300.000 bzw. 140.000 Menschen ertranken. In der Folgezeit gelang es, nach und nach ein Schutzprogramm aufzubauen. Notunterkünfte auf Stelzen, sogenannte „Flood Shelters“, haben dazu beigetragen, die Opferzahlen an der Küste zu reduzieren. Bedrohte Menschen können sich heute in vielen Regionen in Sicherheit bringen. Allerdings wird es nahezu unmöglich sein, die fast 600 km lange Küstenlinie komplett gegen Sturmfluten abzusichern. Zum einen fehlt es am Geld, zum anderen ist es wegen des riesigen Gangesdeltas und der verwinkelten Küstenlinie unmöglich, Deiche und Schutzbauten gegen zunehmende Sturmfluten aufzubauen.

Bei einer Erhöhung des Meeresspiegels um nur 45 cm rechnen Wissenschaftler mit einem permanenten Landverlust von bis zu 15.000 km<sup>2</sup>. Bei einem Wasseranstieg um einen Meter kommt es ohne Deichschutz zu einer dauerhaften Überflutung von bis zu 30.000 km<sup>2</sup>. Diese Fläche entspricht einem Fünftel der gesamten Landesfläche. Bangladesch ist dicht besiedelt. Im Zuge des Meeresspiegelanstiegs könnten mehr als 10 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren. Die wirtschaftliche Entwicklung wird in Bangladesch mit Sicherheit stark beeinträchtigt.



Die Luftbildaufnahme aus Mumbai, Indien, zeigt anschaulich, dass die armen Slumbewohner bis an die Wasserlinie

### Ägypten – Meeresspiegelanstieg zerstört Agrarflächen

Auch in Regionen, wo Sturmfluten so gut wie keine Rolle spielen, verursacht ein ansteigender Meeresspiegel Probleme ungeahnten Ausmaßes. Beispiel Ägypten: Aus dem All betrachtet zieht sich der Nil, der längste Fluss der Welt, wie ein schmales grünes Band durch die gelb-beige Sahara, eine der mächtigsten Wüsten der Welt. Der Nil mündet nördlich von Kairo in einem breiten Delta ins Mittelmeer. In diesem Flussdelta, das durch Nährstoffe aus dem Nil über gute Böden verfügt, liegen bedeutende Ackerflächen, die die Menschen ernähren. Ein Meeresspiegelanstieg von nur 50 cm würde das Grundwassers rund 9 km landeinwärts versalzen und Ackerflächen unbrauchbar machen. Bei einem Meeresspiegelanstieg von 1 m werden rund 10 % der Bevölkerung betroffen und 12,5 % der Agrarfläche des Landes überflutet. Die Folgen für viele Menschen im Nildelta wären der Verlust von Arbeitsplätzen und Umsiedlungen im größeren Stil. Global anerkannte Experten wie Prof. Norman Myers aus den USA gehen davon aus, dass ein Meeresspiegelanstieg von nur einem Meter ca. 6 Millionen Menschen in die Migration zwingen könnte. In Ägypten, einer der ältesten Zivilisationen der Erde und der Wiege des Ackerbaus, werden Menschen durch Meeresspiegelanstieg zur Migration gezwungen. Egal ob Binnenmigration oder Wandern über Grenzen hinaus, der Verlust von Heimatland, menschliche Schicksale und soziale Spannungen sind die zwangsläufige Folge.

### Fazit

Hamburg, Bangladesch, Ägypten: Drei Schlaglichter zeigen, wie unterschiedlich sich der beschleunigte Meeresspiegelanstieg in Ländern unterschiedlicher Entwicklung auswirken kann. Unbestritten ist, dass arme Länder stärker betroffen sind, als reiche Nationen. Die Folgen haben wir in unserer globalisierten Welt letztendlich alle zu tragen. Deshalb müssen reiche wie arme Länder ein großes Interesse haben, die globale Klimaerwärmung rasch und mit allen Mitteln einzudämmen. □

siedeln. So ist es nur eine Frage der Zeit, wann diese von einer Sturmflut schwer getroffen werden.

## MDG-Gipfel – ein kritischer Rückblick

Bernhard Bornhorst

Hinter dem verkürzten Begriff der Millennium Entwicklungsziele oder auch – nach dem englisch abgekürzten Begriff – MDGs (Millennium Development Goals) verbirgt sich eine komplexe Welt mit vielen Wirklichkeiten. Dies kann nur ein verkürzter Diskussionsbeitrag sein, um sich dieser komplexen Realität anzunähern.

### 1.

Die MDGs sind nicht das unmittelbare Ergebnis des berühmten Millennium-Entwicklungsgipfels 2000. Die dort (am 8. September) verabschiedete „Millennium Declaration“ enthält zwar neben anderen Themen wie Frieden und Sicherheit, Umwelt oder Menschenrechten auch ein eigenes Kapitel zu „Development and Poverty Eradication“. Doch erst im Anschluss daran wurden einige der in der Millenniumerklärung enthaltenen Selbstverpflichtungen in die Form der uns heute geläufigen MDGs mit ihren Unterzielen und Indikatoren gegossen. Ursprünglich waren es 7 Ziele, die sich inhaltlich über die Millenniumerklärung hinaus auf frühere UN-Gipfel und Entwicklungsstrategien der OECD zurückverfolgen lassen. Als Reaktion auf die Kritik zahlreicher Entwicklungsländer, dass diese Ziele zu sehr von den Industrieländern vorgegeben seien, wurde im Jahr 2001 vom UN-Generalsekretär als 8. Ziel die „Global Partnership for Development“ hinzugefügt. Inzwischen haben wir zusätzlich 21 Unterziele, 60 Indikatoren und viele Menschen auf der Welt, die sich bemühen, diesen mittlerweile sehr komplexen Gegenstand zu begleiten.

### Die acht MDGs:

1. den Anteil der Bevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren
2. allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen
3. die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken
4. die Kindersterblichkeit verringern
5. die Gesundheit der Mütter verbessern
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen
7. den Schutz der Umwelt verbessern
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen

### 2.

Die MDGs sind staatliche Ziele. Gerade viele kirchliche Hilfswerke und Akteure haben sich immer schwer getan mit diesem Zielkanon. Dafür gibt es viele Gründe:

Die Ziele sind vor allem aus Nordperspektive festgesetzt. Ziel Nr. 8 (s.o.) kam erst später hinzu und blieb eher unspezifisch.

Die Ziele spiegeln den kleinsten gemeinsamen Nenner einer staatlichen Vereinbarung wider. Von unserem Anspruch aus betrachtet greifen sie zu



Dr. Bernhard Bornhorst, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik, Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Aachen

kurz. Können wir es uns wirklich nicht vornehmen, die Armut mehr als nur zu halbieren? Oder andersherum ausgedrückt: Wollen wir uns wirklich damit abfinden, dass es in dieser Welt notwendig ist, sich auch nach 2015 noch mit einer Milliarde armer Menschen abzufinden (definiert als Einkommensarmut: weniger als 1,25 US-\$ pro Tag; die Milliarde ist ein Mittelwert aus Schätzungen der Weltbank anhand unterschiedlicher Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Jahren)?

Die Ziele sind – gerade in ihrer quantitativen Dimension – willkürlich. Warum ist 1,25 Dollar die Armutsgrenze? Was gaukeln uns die Statistiken vor, wenn diese „Entwicklungsschallmauer“ überschritten wird?

Die ursprünglichen Ziele sind sehr technisch und ökonomisch ausgerichtet und blenden viele für die Entstehung aber auch die Beseitigung von Hunger und Armut ursächliche Fragen aus. Das später auf Druck von Entwicklungsländern (insbesondere der G-77) vom UN-Generalsekretär noch aufgenommene achte Ziel spricht diese Fragestellungen zwar an, bleibt aber in seinen „Durchführungsbestimmungen“ sehr vage und unverbindlich. Provozierend gesagt könnte man auch behaupten, der MDG-Gedanke geht eigentlich davon aus, dass die Welt – so wie sie ist – im Prinzip gut funktioniert und nur an einigen Stellen ein paar Stellschrauben nachjustiert werden müssen. Diese Analyse wäre aber sehr oberflächlich und unpolitisch.

### 3.

Trotz aller Kritik muss festgehalten werden, dass es auch positive Dimensionen in der MDG-Logik gibt:

Die MDGs haben ein bisher nicht gekanntes Maß an Konkretisierung und Messbarkeit mit sich gebracht, die es auch den nichtstaatlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft erlauben, die Erreichung dieser Versprechen kritisch zu begleiten.



Die MDGs sind – wenngleich ursprünglich sehr vom Norden getrieben – eine gegenseitige Verpflichtung der Staatengemeinschaft, in der sich alle Seiten verpflichten. So verpflichten sich die Geberländer z. B. auf mehr Hilfe, bestätigen das 0,7 % Ziel, versprechen mehr Koordinierung und Abstimmung der Hilfe und eine Stärkung der Eigenverantwortung der Empfängerseite.

#### 4.

Zur Zielerreichung: Hier stellt sich – salopp formuliert – die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Natürlich betonen gerade die staatlichen Vertreter des Nordens, dass das Glas mindestens halb voll sei. Genauso deutlich kritisieren aber z. B. viele NGOs, und auch MISEREOR, dass die Erreichung der Ziele noch längst nicht gesichert sei, vieles viel zu langsam gehe und an einigen Stellen sogar Rückschritt drohe. Betrachten wir hierzu einige Bereiche etwas genauer:

Tatsache ist, dass z. B. die Kindersterblichkeit durch Impfungen und Maßnahmen gegen Malaria und HIV/AIDS spürbar zurückgegangen ist. Deutliche Fortschritte hat es auch im Bereich der Grundschulbildung, der Steigerung des Anteils von Mädchen in der Schulbildung und z. B. beim Zugang zu sauberem Trinkwasser gegeben.

Andererseits bleibt die Frage, ob diese Erfolge ausreichen. Denn trotz prozentualer Verbesserungen steigt in zahlreichen Bereichen dennoch die absolute Zahl der Betroffenen, was u. a. am Bevölkerungswachstum liegt, aber auch zeigt, dass die ergriffenen Maßnahmen zu langsam wirken.

Tatsache ist auch, dass die schon eingangs erwähnte Zufälligkeit der Ziele und Indikatoren hier statistisch Einiges möglich machen. Wenn z. B. die absolute Armutsgrenze mit 1,25 Dollar am Tag festgelegt wird, ergibt sich nach Schätzungen der Weltbank für das Jahr 2005 ein Anteil von ca. einem Viertel der Weltbevölkerung (25,2 Prozent; 1,37 Mrd. Menschen), die nach dieser Definition arm sind. Wenn man nur ein paar Cent mehr ansetzt, sieht das Bild ganz anders aus. Bei einer Armutsschwelle von 2 Dollar am Tag muss bereits fast die Hälfte der Weltbevölkerung (47,7 Prozent; 2,56 Mrd. Menschen; Bezugsjahr ebenfalls 2005) als arm gelten. Und jeder, der einmal im Süden war, weiß, dass diese Cents nicht den Unterschied zwischen Leben und Überleben ausmachen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass einige der quantitativen Erfolge vor allem auf den chinesischen Fortschritt zurückzuführen sind, der nur bedingt mit entwicklungspolitischen Leistungen erreicht wurde, der quantitativ aber sehr signifikant zu Buche schlägt. Auf der anderen Seite sind viele der ärmsten Regionen dieser Welt, vor allem in Afrika, weiter abgehängt worden.

#### 5.

Ein kleiner, aber notwendiger Exkurs: Der *roll back* durch die Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Erreichung der MDGs in mehrfacher Sicht bedroht und zudem die Fragwürdigkeit einiger Grundannahmen, die hinter den MDGs stehen, erneut deutlich zu Tage treten lassen.

Rückläufige wirtschaftliche Entwicklung weltweit führt zu fallenden Rohstoffpreisen. Viele Entwicklungsländer haben ihre Wirtschaft aber gerade auf den Rohstoffexport aufgebaut. Die fallenden Preise führen zu weniger Einnahmen und der sich daraus ergebende Sparzwang wird in der Regel – wie häufig auch im Norden – auf dem Rücken

derer realisiert, die sich am wenigsten wehren können. D. h. gespart wird z. B. im Bildungsbereich oder in der gesundheitlichen Versorgung ländlicher Regionen. Hier zeigt sich zum einen die Verletzlichkeit und Fragwürdigkeit eines Globalisierungsmodells, welches zu sehr einseitigen Marktintegrationen führt, und zum anderen die dringende Notwendigkeit, gute Regierungsführung im Süden zu fördern.

### *Die Länder des Nordens sind in den Klimaverhandlungen zunehmend darauf angewiesen, dass auch Schwellen- und Entwicklungsländer mit ins Boot geholt werden.*

Die rückläufige weltwirtschaftliche Entwicklung musste auch als Begründung dafür herhalten, warum die ursprünglich zugesagten Transferleistungen (0,7 % des BSP), deren Einhaltung auch schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen Ländern sehr unwahrscheinlich war, nun erneut in Frage gestellt werden. Diese in vielen Fällen sehr populistische Argumentation („Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen“) lässt sich schnell konterkarieren, wenn man die für die Rettung systemrelevanter Banken weltweit zügig zur Verfügung gestellten (bzw. abgesicherten) über 5 Billionen Euro mit den „peanuts“ vergleicht, die zur Erreichung des 0,7-%-Ziels notwendig sind. Hier stellt sich die provozierende Frage, ob denn die Armen nicht systemrelevant sind!?

Jenseits der durchaus auch berechtigten Frage, ob das 0,7-%-Ziel die aussagekräftigste Einheit ist, um Entwicklungsfortschritte zu messen, zeigt sich an diesem Beispiel dennoch ein auch für die MDG-Erreichung insgesamt wichtiger Punkt: Entwicklungszusammenarbeit und damit verbundene finanzielle Transfers scheinen für die meisten Politiker eine „Gut-Wetter-Veranstaltung“ zu sein. Oder anders ausgedrückt: Entwicklungszusammenarbeit ist das, was man macht, wenn es einem gut geht und man es sich leisten kann. Dies ist aber – nicht nur aus christlicher Perspektive – viel zu kurz gedacht und blendet die Verantwortung für unser gemeinsames Überleben aus.

Schließlich lässt dieser sehr relativierende Umgang, mit dem international zugesagte Mittel gehandhabt werden, nichts Gutes für andere internationale Verhandlungen erwarten. Die Länder des Nordens sind z. B. in den Klimaverhandlungen zunehmend darauf angewiesen, dass auch Schwellen- und Ent-

wicklungsländer mit ins Boot genommen werden. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist für beide Seiten die Verlässlichkeit als Verhandlungspartner. Wie aber soll diese glaubwürdig dargestellt werden, wenn andere internationale Zusagen mit so wenig Ehrgeiz verfolgt werden?

#### 6.

Der Gipfel in New York hat viele der bisher beschriebenen Tendenzen wie unter einem Vergrößerungsglas sehr deutlich werden lassen. Auch am Beispiel der Bundesregierung wird dies sichtbar. Deutlich wird in vielen Fällen vor allem die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit:

Natürlich hat die Bundesregierung auch in New York deutlich gemacht, wie wichtig ihr die Erreichung der MDGs ist und welche wichtigen Beiträge sie hierfür leistet und leisten will. Gleichzeitig geschah dies alles im Kontext der kurz danach erfolgten Abstimmung über einen nicht ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Für Deutschland als einen der Bewerber galt es, um jede Stimme zu kämpfen. Entwicklungspolitik konnte in diesem Kontext leicht instrumentalisiert werden.

Vergleicht man die Worte und Versprechen mit den Taten, muss man leider feststellen, dass die mittelfristige Finanzplanung für das BMZ keine weiteren Zuwächse, sondern laut dem Finanzplan des Bundes 2010 – 2014 Einsparungen vorsieht.

Parallel zu dieser Entwicklung gehörte Deutschland, im Verbund mit anderen Regierungen, zu den Ländern, die immer häufiger die Frage nach den finanziellen Mitteln in Verbindung bringen mit der Frage nach der Effizienz der eingesetzten Mittel und damit offensichtlich teilweise versuchen, die ursprünglichen Mittelzusagen zu relativieren. Geprägt durch die Erfahrungen unserer Südpartner betonten viele Hilfswerke wie MISEREOR seit vielen Jahren die Bedeutung von guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Demokratisierung etc. als Voraussetzungen für einen menschenwürdigen Entwicklungsweg. Sie sind daher die letzten, die nicht zustimmen würden, wenn es darum geht, auch die Verantwortung der Regierungen und Eliten im Süden einzufordern. Dies aber mit der Erfüllung eingegangener finanzieller Versprechen des Nordens zu verbinden, ist nicht glaubwürdig. Es trifft auch nicht den Kern des Problems, denn das eine kann nur sehr bedingt mit dem anderen verbunden oder gelöst werden. Zudem, darauf sei nochmals hingewiesen, wird hier erneut die Frage der Glaubwürdigkeit von internationalen Zusagen gestellt. Wie glaubwürdig will man sich als Verhandlungspartner in Zukunft zeigen?

Ganz abgesehen davon wird bei dieser eindimensionalen Verortung für die Verantwortung von guter Regierungsführung durch den Süden die teilweise Mitverantwortung von politischen und wirtschaftlichen Akteuren aus dem Norden gar nicht berücksichtigt (angedeutet seien in diesem Zusammenhang z. B. die internationale Steuerpolitik, die Korruptionsproblematik oder die extraterritoriale menschenrechtliche Verantwortung deutscher Firmen und Banken). Letztendlich führt uns dies wieder zu der Problematik der Eindimensionalität der MDGs. Strukturelle Armutsursachen oder Fragen der Kohärenz verschiedener Politikbereiche bleiben weitgehend ausgeklammert.

#### 7.

Die MDGs sind – quantitativ betrachtet – aus der Sicht MISEREORs eine schwache Zielvorgabe. Umso trauriger ist es, dass bisher nicht mehr erreicht wurde und eine Erreichung aller MDGs kaum noch möglich erscheint.

Die aktuelle Finanzkrise lässt befürchten, dass bisherige Anstrengungen noch weiter zurückgefahren werden. Auch dies wäre schlecht für die Erreichung der MDGs.

Es geht nicht alleine um Geld, aber es ist beschämend, wenn wohlhabende Länder wie Deutschland so zögerlich und zurückhaltend mit der Umsetzung einmal gegebener Versprechen sind. Dies bedeutet auch nichts Gutes für das so dringend notwendige Vertrauen zwischen den Staaten des Nordens und des Südens in anderen internationalen Verhandlungen, wie z. B. den Klimaverhandlungen.

Die MDGs sind auch qualitativ betrachtet eine schwache Zielvorgabe. Sie reduzieren Armut auf materiellen Mangel und begnügen sich mit quantitativen Zielvorgaben. Die nationalen und internationalen strukturellen Armutsursachen werden weitgehend ausgeblendet.

Wenn wir die MDGs als einen ersten, kleinen Schritt auf dem Weg in eine gerechtere Welt noch erreichen wollen, haben die Länder des Nordens und des Südens noch viele Hausaufgaben zu machen. So müssen z. B. vom Norden gegebene finanzielle Zusagen erfüllt und alle Politikbereiche auf ihre Verantwortung für die Armutsbekämpfung hin überprüft und dementsprechend ausgestaltet werden. Im Süden müssen z. B. gute Regierungsführung, Demokratisierung und Stärkung der Teilhabe an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen für alle Bevölkerungsgruppen als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche und dauerhafte Armutsbekämpfung vorangetrieben werden. □



Das Podium mit den vier Referenten: In der Mitte, der Moderator Dr. Michael Reder, Lehrstuhl für praktische Philosophie an der Hochschule für Philosophie SJ, Institut für Gesellschaftspolitik.



# Cancún legt die Grundlage für eine Aufwärtsspirale im internationalen Klimaschutz

Christoph Bals

## 1. Was ist in Cancún erreicht worden?

Der Klimagipfel von Cancún hat ein respektables Ergebnis gebracht: Er hat einen Strategiewechsel eingeleitet, nachdem der Versuch des „großen Wurfs“ in Kopenhagen gescheitert ist und nach den Zwischenwahlen in den USA auch auf Jahre hin nicht möglich erscheint. Die vorhandene Handlungsbereitschaft wurde in Entscheidungen und Arbeitspakete umgesetzt. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen aus Kopenhagen wurden als *Minimalziele*, die weiter spezifiziert und inhaltlich nachgebessert werden müssen, zur Kenntnis genommen. Doch bis es zu einem umfassenden und rechtlich verbindlichen internationalen Klimaabkommen kommt, wird es noch verschiedener Schritte bedürfen. Lassen Sie uns einen Blick auf die Ergebnisse werfen:

- Es ist gelungen, erstmals in einem UN-Konsens der gesamten Staatengemeinschaft das Zwei-Grad-Limit als die Messlatte für die angestrebten Klimaschutzaktivitäten zu verankern.

- Es ist gelungen, einige große Klimaschutzpakete zu verabschieden, die eigentlich schon in Kopenhagen hätten verabschiedet werden sollen:

- Ein Paket zur Anpassung der besonders betroffenen Staaten an die Konsequenzen des Klimawandels.

- Ein Paket zum Schutz des Regenwaldes.

- Ein Paket zur Technologiekoooperation.

- Einen Fonds (Green Climate Fund), der im ausgewogenen Verhältnis Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung finanzieren soll. Dessen Leitungsgremium („Board“) wird zur Hälfte von Industrie- und zur Hälfte von Entwicklungsländern besetzt

- Es ist gelungen, die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Staaten, die diese im sogenannten Kopenhagen-Akkord nach Kopenhagen eingereicht hatten, mit der Einbettung in eine UN-Entscheidung zu formalisieren. Das erhöht z.B. den internationalen Druck auf die US-Regierung trotz politischem Widerstand zuhause, bei ihrem im Kopenhagen-Akkord bestätigten nationalen Ziel zu bleiben, die Emissionen bis 2020 um 17 Prozent zu senken. Eine Entscheidung des US Court Of Appeals in Washington machte praktisch zeitgleich mit dem Ende von Cancún den Weg frei für die ersten CO<sub>2</sub>-Standards in den USA. Die Unternehmen mit dem größten CO<sub>2</sub>-Ausstoß sowie der Staat Texas wollten die Klimaschutzregeln verhindern, die auf dem Weg zu den notwendigen Reduktionen einen wichtigen Beitrag spielen können.

- Es ist in beiden Cancún-Abkommen (als Ergebnis der Kyoto- und der Kon-



Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, Berlin

ventionsverhandlungen) festgehalten, dass die Staaten ihre freiwilligen Ziele nachbessern sollen. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel gegenüber der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls. Die zunächst vereinbarten Reduktionsziele bis 2020 verstehen sich als Minimalziele, die in den kommenden Jahren angehoben werden sollen. Zwischen 2013 und 2015 soll es im Rahmen der Verhandlungen unter der Konvention dann eine Überprüfung („Review“) u.a. dazu geben, mit welcher Strategie die verbleibende Lücke zum Zwei-Grad-Limit geschlossen werden kann.

- Das Zwischenergebnis für die Verhandlungen unter dem Kyoto-Protokoll wird für die Industrieländer noch konkreter. Diese sollen ihre Ziele so nachbessern, dass dies im Durchschnitt 25 – 40 % Reduktion bis 2020 gegenüber 1990 ergibt. (Der IPCC sieht diese Reduktion als notwendig an, um den Temperaturanstieg mit 50 % Wahrscheinlichkeit auf weniger als zwei Grad begrenzen zu können.)

- Alle Industrieländer haben sich in Cancún verpflichtet, „Low-Carbon Development Plans“ (Pläne für eine Entwicklung in Richtung einer CO<sub>2</sub>-armen Gesellschaft) oder entsprechende Strategien zu entwickeln – allerdings bisher ohne zeitliche Vorgabe;

- Im Bereich Langfrist-Finanzierung wurde die Verpflichtung der Industrieländer bestätigt, bis zum Jahr 2020 die Finanzierung für Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung auf 100 Milliarden Dollar pro Jahr steigen zu lassen, allerdings ohne einen konkreten Prozess vorzuschlagen, wie entsprechende Instrumente zu diskutieren sind.

- Der Bericht der von Ban Ki Moon eingesetzten Arbeitsgruppe zur Langfristfinanzierung (AGF) wurde von der Konferenz formal zur Kenntnis genommen und damit mit offenem Ausgang in den Verhandlungsprozess eingeführt.

- Im Gegenzug werden die Schwellen- und Entwicklungsländer aufgefordert, Low-Carbon-Development-Strategien oder -Pläne einzureichen. Diese sollen zeigen, was das Land ohnehin für den Klimaschutz tut, und für welche Gesetzesvorhaben oder Aktivitäten es internationale Unterstützung (Finanzen, Technologie, Capacity Building) braucht. Es wird ein internationales Register aufgebaut, das das „Matching“ erleichtert, zwischen konkreten Anfragen (mit geschätzten Kosten und Emissionsreduktionen) und dem dafür bestimmten Teil der internationalen Finanzströme.

- China hat schließlich auf der Basis eines Vorschlags von Indien den Weg zur notwendigen Transparenz der Klimaschutzaktivitäten in Schwellenländern frei gemacht in der Frage der internationalen Überprüfung der nationalen Klimaschutzaktivitäten.

- Beinahe gescheitert wäre der Gipfel von Cancún an der Frage der zweiten Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll. Ein Kompromiss, basierend auf „konstruktiver Zweideutigkeit“, hat hier den Weg frei gemacht. Die Industriestaaten (mit Ausnahme der USA) verhandeln die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls so zügig zu Ende, dass keine Lücke nach dem Auslaufen der ersten Verpflichtungsperiode (2012) entsteht. Es bleibt aber zunächst offen, ob die Reduktionsziele dann tatsächlich im Rahmen des Kyoto-Protokolls festgeschrieben werden, oder ob die Verhandlungsergebnisse in einem größeren gemeinsamen Rahmenabkommen, an dem auch die Schwellenländer sowie die USA teilnehmen, festgeschrieben werden.

- Es wurde sichergestellt, dass die Kyoto-Marktmechanismen Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) auch nach dem Jahr 2012 weiter bestehen werden – unabhängig davon, ob es eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls geben wird. Zudem wurde entschieden, dass bei der Klimakonferenz in Durban die Etablierung neuer Marktmechanismen bzw. von Nicht-Marktmechanismen beraten werden soll.

## 2. Aufwärtsspirale in Gang gebracht

Cancún hat die in diesen Gipfel gesetzten Erwartungen erfüllt. Damit wurde in Mexiko die Grundlage für eine dynamisierende Aufwärtsspirale gelegt. Zunächst ging es darum, ein Mindestfundament einzuziehen, um die bei den Industrieländern sichtbare Abwärtsspirale nach Kopenhagen zu stoppen. Dies wurde in Cancún geleistet und soll in Durban (2011) ergänzt werden. (**Phase eins**). Zugleich wurden die nächsten Spiraldrehungen nach oben vorgezeichnet. Dass die Staaten jetzt ihre zu schwachen Ziele nachbessern sollen, gehört zu den aufwärtstreibenden dynamisierenden Elementen (**Phase zwei**). Bis 2015 soll durch einen Reviewprozess die dann noch verbleibende Lücke zum Zwei Grad-Limit bestimmt werden und der Klimagipfel dann – basierend auf dem Review – die angemessenen Aktionen beschließen (**Phase drei**). Das Ende dieses Reviews folgt ein Jahr nach der Veröffentlichung des nächsten IPCC-Berichtes, der sehr wahrscheinlich – dies zeichnet sich in der peer-reviewed Literatur ab – die Dringlichkeit des globalen Klimaschutzes nachdrücklich

untermauern und so hoffentlich als weiteres dynamisierendes Element ein zusätzliches politisches Momentum schaffen wird. Er wird u. a. vermutlich eine Zusammenfassung des neuen Sachstands zur Meeresversauerung durch CO<sub>2</sub>, ihren Konsequenzen und den daraus abzuleitenden Handlungsnotwendigkeiten geben.

## 2.1 Deutschland und die EU sind jetzt am Zug: ihr Beitrag zu den dynamisierenden Elementen

Warum aber sollen die Staaten bereit sein, 2013-15 die notwendigen Ziele zum Einhalten des Zwei-Grad-Limits auf den Tisch zu legen, wenn sie heute dazu nicht bereit sind? Die Antwort ist eine Dreifache:

- **Erstens**, weil immer mehr Staaten erkennen, dass der massive Ausbau von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien der eigenen Energiesicherheit dient, in Zeiten von Peak Oil (also der Überschreitung des Ölfördermaximums und damit deutlich zunehmender Öl-Verknappung) eine „Versicherung“ gegen hohe oder schwankende Energiepreise darstellt, der regionalen Wertschöpfung dient und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

*Es ist gelungen, die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Staaten, die diese im sogenannten Kopenhagen-Akkord nach Kopenhagen eingereicht hatten, mit der Einbettung in eine UN-Entscheidung zu formalisieren.*

- **Zweitens**, weil jetzt von UN-Seite ein formaler Reviewprozess eingeleitet wird, auf dessen Basis die Lücke zwischen dem Zwei-Grad-Limit und den jetzigen unzureichenden Minimalzielen, die zu einem Temperaturanstieg von etwa 3,2 Grad führen würden, bis 2015 geschlossen werden soll. Bei dem Review sollte auch das Anspruchsniveau der Langfristfinanzierung für Anpassung und Regenwaldschutz überprüft werden.

- **Drittens**, weil sich immer mehr Vorkoalitionen zwischen Staaten bilden, die gemeinsam in Fragen des Klima- oder Regenwaldschutzes vorangehen wollen. Die jetzt in Cancún angelegte Kombination von Rahmensetzungen für Low-Carbon-Development-Strategien in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern und die Ko-Finanzierung aus Industrieländern kann ein guter Ansatzpunkt für solche Win-Win-Koalitionen sein. Spätestens seitdem sich die USA mit der Zwischenwahl im November dieses Jahres selbst ins Abseits der internationalen Klimadiplomatie gestellt haben, war klar: Der Versuch im internationalen Konsens im notwendigen Ausmaß eine Top-Down-Strategie zum Erreichen des Zwei-Grad-Limits zu beschließen, ist inzwischen zum Scheitern verurteilt. Kann aber die Kombination mit einer Bottom-Up-Strategie hier dieses Defizit beseitigen?

Hier schaut alle Welt auf die anderen beiden großen Klima-Mächte – auf China und die EU. Es beginnt sich abzuzeichnen, dass China im März 2012 im neuen 5-Jahresplan durch entsprechende Maßnahmenpakete – etwa die Einführung eines nationalen Emissionshandels – die Glaubwürdigkeit der Umsetzung der bisher versprochenen Ziele weiter steigern wird. Darüber hinaus



wird das Land vermutlich einzelne Ziele – etwa das Wachstumsziel für erneuerbare Energien – noch ambitionierter setzen. Auch mehren sich die Anzeichen, dass China aufgrund des sehr schnellen Anstiegs der erneuerbaren Energien schon in den nächsten zwei Jahren das Tempo des Zubaus von Kohlekraftwerken halbieren wird. Damit würde die massive Klimaschutzpolitik der letzten Jahre beginnen, ernsthaft den Aufwärtstrend der Emissionszunahme zu verändern. Damit geht China möglicherweise in der nationalen Politik über die Zusagen von Kopenhagen hinaus. Es ist aber unklar, wie weit China diese Fortschritte in die Verhandlungen einbringen wird. Aus verhandlungsstrategischer Sicht will das Land bislang dort nur dann nachlegen, wenn sich auch die USA bewegen – was nach den jüngsten US-Wahlen nicht zu erwarten ist.

Umso mehr richten sich die Blicke auf die EU, die andere große Klimamacht, die auch international das erste Signal setzen muss. Jetzt ist der Zeitpunkt für die EU gekommen, ihr Reduktionsziel ohne Wenn und Aber auf 30% zu erhöhen. Insbesondere Deutschland, Großbritannien und Frankreich sind jetzt gefragt, durch eine kluge Strategie das 30-Prozentziel in der EU durchzusetzen. Das ist auch die Grundlage für einen intensiven bilateralen Dialog der EU mit China.

Auch sollte der deutsche Bundestag nun auf der Grundlage der „Cancún Agreements“ den Sperrvermerk im Sonderhaushalt für den internationalen Klimaschutz aufheben. Dieser war extra gesetzt worden, um Druck zu erzeugen, damit die anderen Staaten sich in Cancún bewegen und es zu einer gemeinsamen Vereinbarung aller kommt. Nachdem die Cancún Agreements vereinbart worden sind, sollte konsequenterweise das Signal gesendet werden, dass man bereit ist, Vorreiter im Klima- und Regenwaldschutz zu sein sowie Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern finanziell, technologisch und beim Aufbau von Handlungskapazitäten zu unterstützen.

Dies wäre das notwendige Signal für die im Vorfeld des nächsten Klimagipfels von Durban international in den Vordergrund rückende Debatte um Langfristfinanzierung. Und es wäre die Ansage, dass man bereit ist, die Rahmenbedingungen für die notwendigen privaten Investitionen voranzutreiben.

Der schnell wachsende Teil der Industrie und Finanzwirtschaft, die die Chancen der „großen Transformation“ nutzen wollen, fordert diese Rahmenbedingungen ein. So heißt es in der Presseerklärung der Munich Re zum Ausgang von Cancún: „Wir werden unsere Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten weitgehend umstellen müssen von der Nutzung fossiler Energieträger auf erneuerbare Energien. Der weltweite Umbau der Energieversorgung wird erhebliche Anstrengungen erfordern, aber auch immense Chancen eröffnen für Länder und Unternehmen, die sich rechtzeitig darauf einstellen. In dieser Hinsicht hat Cancún neben den offiziellen Verhandlungen einige sehr ermutigende Zeichen gesetzt. So hat der ‚World Climate Summit‘, eine parallele Veranstaltung mit mehr als 600 Teilnehmern verschiedener Unternehmen, ein klares Signal ausgesandt: Große Teile der Wirtschaft fordern in Sachen Klimaschutz von der Politik unterstützende politische Rahmenbedingungen.“

Deutschland und die EU sollten sich sehr aktiv an der Etablierung von Vorreiterkoalitionen beteiligen, die bereit sind, über die Minimalziele von Kopenhagen und Cancún hinauszugehen. Regionale Schwerpunkte dafür könnten Südafrika, China, Südkorea, Indien,

Brasilien, die Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) oder die Vereinigten Arabischen Emirate sein – alles Länder, in denen jüngst eine deutlich gesteigerte Klimaschutzaktivität zu registrieren ist.

Darüber hinaus sollte Deutschland Kooperationen mit den besonders verletzlichen Ländern eingehen, die zum Teil bereits ambitionierte Anpassungsstrategien oder Klimaschutzziele beschlossen haben. Eine solche Unterstützung ist moralisch wichtig. Aber sie kann auch zentral sein, um konstruktive Dynamik bei den weiteren Verhandlungen zu erzeugen.

### **3. Beim nächsten Klimagipfel in Durban (Südafrika): Langfristziel, Emissions-Peak, Rechtsform, Langfristfinanzierung und Schlupflöcher**

Für den nächsten Klimagipfel Ende 2011 rücken nun drei zentrale Fragestellungen in den Vordergrund. Zum einen soll das Gesamtziel weiter konkretisiert werden. Welches globale Reduktionsziel setzt sich die Staatengemeinschaft für 2050? Wann soll der Scheitelpunkt des globalen Emissionsanstiegs erreicht sein (dieser entscheidet maßgeblich darüber, welcher Temperaturanstieg sich noch vermeiden lässt)? Darüber hinaus stehen drei weitere konkrete Fragen im Zentrum: Erstens die der rechtlichen Form für das letztlich zu vereinbarende Abkommen. Zweitens die der Langfristfinanzierung. Drittens die Frage, wie die jetzt noch möglichen Schlupflöcher geschlossen werden können.

#### **3.1 Rechtliche Form**

Eine der größten Herausforderungen wird es werden, sich in Durban auf die angemessene völkerrechtliche Form zu verständigen. Die Situation ist kurios. Eigentlich wollen alle zentralen Akteure, dass das bzw. die angestrebte(n) Abkommen rechtlich verbindlich ist bzw. sind. Zugleich aber haben fast alle Staaten bestimmte Erfordernisse an die Form der rechtlichen Verbindlichkeit. Die einen drängen auf Vergleichbarkeit der rechtlichen Form der Abkommen bzw. des Abkommens, die anderen geradezu spiegelbildlich auf Differenzierung. Die Industrieländer im Kyoto-Protokoll fordern von den USA und – mit gewissen Abstufungen – von den Schwellenländern ein vergleichbares rechtlich verbindliches Abkommen. Japan, Kanada und Russland wollen sogar keine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls unterschreiben, wenn die USA (und China) nicht dabei sind. Für die USA kommt ein Abkommen, das allzu stark an das Kyoto-Protokoll erinnert, aus innenpolitischen Gründen nicht in Frage. Zugleich ist mehr als fraglich, ob jemals ein rechtlich verbindliches Abkommen mit zwei Drittel Mehrheit im Senat ratifiziert werden kann. Die US-Regierung hält das allenfalls für möglich, wenn sich auch China in dasselbe rechtlich verbindliche Abkommen hinein begibt. Die großen Schwellenländer drängen hingegen darauf, dass sie, wegen ihrer viel geringeren historischen Verantwortung für den Treibhauseffekt, wegen des immer noch deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Ausstoßes, wegen der erst im Aufbau befindlichen Monitoring-Systeme – ihre Verpflichtungen in einem anderen Abkommen mit abgestufter Verbindlichkeit verankern. Die kleinen Inselstaaten (AOSIS) wiederum drängen – um ihre Existenz zu sichern – darauf, dass sowohl Industrie- als auch Schwellenländer in gleicher Weise ambitioniert in Verpflichtungen eingebunden sind.

Auf den ersten Blick erscheint es unmöglich, die Anliegen von Vergleichbarkeit und Differenzierung unter einen

Hut zu bekommen. Doch das ändert sich, wenn man genauer hinschaut. Von was reden wir denn eigentlich, wenn wir von einem rechtlich verbindlichen Abkommen sprechen:

- Es wird ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen beschlossen.
- Die Sprache ist verbindlich (z.B. man „muss“ statt man „soll“).
- Die Verpflichtungen sind spezifisch genug ausgedrückt, so dass man auch präzise weiß, wann ein Land seine Verpflichtungen nicht erfüllt. (Die Verpflichtungen für Industrieländer in der Klimarahmenkonvention waren nicht-spezifisch genug ausgedrückt und deshalb ohne große Wirkung, bevor dann zusätzlich das Kyoto-Protokoll beschlossen wurde und in Kraft trat. Auch viele der Kopenhagen-Selbstverpflichtungen sind nicht spezifisch genug, sodass ein Prozess der Klärung für die kommenden Monate beschlossen wurde.

### *Deutschland und die EU sollten sich sehr aktiv an der Etablierung von Vorreiterkoalitionen beteiligen, die bereit sind, über die Minimalziele von Kopenhagen und Cancún hinauszugehen.*

- Es gibt eine Anrechnungs-System („Accounting“), das sicher stellt, dass eine Tonne CO<sub>2</sub> im einen Land oder Sektor einer Tonne CO<sub>2</sub> im anderen Land oder Sektor entspricht. (Dies gibt es im Kyoto-Protokoll).
- Die Umsetzung der Verpflichtungen wird national gemessen, berichtet und verifiziert. (Wurde in Cancún beschlossen).
- Die nationalen Berichte werden international gecheckt. (Wurde in Cancún beschlossen).
- Es gibt ein Anreiz- und Sanktionssystem, das die Wahrscheinlichkeit stark erhöht, dass die Ziele bzw. Verpflichtungen tatsächlich umgesetzt werden.
- Es ist eindeutig geregelt, wie ein Land dem Abkommen beitreten kann. Kann es dies nur durch eine Ratifizierung oder auch auf dem Weg eines Quasi-Beitritts durch die rechtlich verbindliche Umsetzung zuhause (evtl. mit dem Zusatz, dass es nur mit 60% der Stimmen des Parlamentes rückgängig gemacht werden kann)?

Es wird durch diese Darstellung zumindest klar, dass es durchaus möglich ist, ein und dasselbe rechtlich verbindliche Abkommen so zu gestalten, dass es in Bezug auf die rechtliche Verbindlichkeit gemäß der verschiedenen Einzelpunkte unterschiedliche Ansprüche an verschiedene Partner stellt. Noch mehr Flexibilität hat man, wenn man zwei verschiedene Abkommen (2. Verpflichtungsperiode Kyoto / Abkommen unter der Konvention) beschließt. Es gilt, in den nächsten 12 Monaten ein solches Kompromisspaket zu schnüren. Alle sollen rechtlich verbindlich gebunden werden, aber doch auch differenziert.

#### **3.2 Langfristfinanzierung**

Die Industrieländer haben in Cancún ihre Zusage von Kopenhagen erneuert, ansteigend bis 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, um in

Entwicklungs- und Schwellenländern Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung zu finanzieren. Damit sollen deren Niedrigemissions- sowie Anpassungsstrategien unterstützt werden. An dieser Zusage hängt die Glaubwürdigkeit der Industriestaaten und des internationalen Prozesses. Insbesondere im Klimaschutzbereich ist das Ziel, dieses Geld mit der möglichst großen Hebelwirkung in Bezug auf private Finanzströme einzusetzen. Ein Teil des Geldes soll durch den in Cancún etablierten Green Fund abfließen. Kurz vor Cancún hat eine hochrangige, vom UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eingesetzte Arbeitsgruppe (AGF) Vorschläge vorgelegt, wie dieses Geld mobilisiert werden könnte. Dieser Report soll zusammen mit anderen Studien die Grundlage der Verhandlungen darüber sein, welche Geldquellen hier ausgeschöpft werden. Angesichts der Budgetkrise in den Industriestaaten ist klar, dass ein großer Teil des Geldes durch innovative Finanzinstrumente aufgebracht werden muss. Der AGF-Report hat als aussichtsreichsten Weg Abgaben (bzw. den Einbezug in den Emissionshandel) des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs vorgeschlagen.

In Cancún sind die Verhandlungen dazu leider noch nicht weiter gekommen. Es wurden lediglich – wie jedes Jahr – die Organisationen der internationalen Seefahrt (IMO) und des internationalen zivilen Flugverkehrs (ICAO) aufgefordert, auch im kommenden Jahr über den Stand der Dinge zu berichten. Die ICAO interpretiert die Situation, dass in den Cancún-Abkommen nichts zum Thema Flugverkehr gesagt wird, so, dass die ICAO, basierend auf den Beschlüssen ihrer kürzlich stattgefundenen Versammlung einfach weiter vor sich hin wursteln kann (die ICAO tagt nur alle drei Jahre). Seit Kyoto (1997) ist dabei nichts Messbares herausgekommen. Es grenzt schon an Frechheit, dass die ICAO in einer offiziellen Eingabe zu einer Verhandlungsgruppe auf dem Klimagipfel argumentiert hatte, „der Sektor des internationalen Flugverkehrs sollte nicht als einziger die Klimaschutz-Gelder für alle anderen Sektoren aufbringen“. Dabei sind der internationale Flug- und Schiffsverkehr die einzigen Sektoren, die im Kyoto-Protokoll sowie in den Selbstverpflichtungen von Kopenhagen nicht mit Klimaschutzpflichten belegt worden sind.

#### **3.3 Das Schließen der Schlupflöcher**

Ein wichtiger Durchbruch in Cancún war es, dass ein Prozess gestartet wurde, die potenziellen Klimaschutz-Schlupflöcher zu schließen. Daran hängt die gesamte Integrität des in Cancún beschlossenen Klimaschutzes. Alleine durch die sogenannte „heiße Luft“ (überschüssige Emissionszertifikate durch deutlich zu schwach angesetzte Emissionsziele) und durch die Wälderregeln in den Industrieländern könnte die Wirkung der Ziele um etwa 2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> verringert werden. Dies würde dazu führen, dass die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 zwar auf dem Papier um 12 bis 18% reduzieren würden, in der wirklichen Welt aber nur um 2%. Es ist daher zentral, dass die beschlossene Arbeit zur Reduktion der Schlupflöcher wirklich erfolgreich ist. □



## Reihe „Wissenschaft für jedermann“

# Climate Engineering

## Verantwortung, Risiko, Technikfolgen

**Aktiv Einfluss nehmen auf das Klima und die Erde mit technischen Mitteln kühlen: Das ist der auf den ersten Blick fast verwegene Plan, den Wissenschaftler neuerdings verfolgen, die sich mit „Climate Engineering“ befassen. Bei seinem Vortrag mit dem Titel „Lasst uns die Erde kühlen! Climate Engineering. Verantwortung, Risiko, Technikfolgen“ im Rahmen der Reihe**

**„Wissenschaft für jedermann“ stellte Professor Armin Grunwald die denkbaren Techniken vor, sprach aber auch über die damit verbundenen Gefahren. Die Reihe „Wissenschaft für jedermann“ organisiert die Katholische Akademie zusammen mit dem Deutschen Museum, wo am 10. November 2010 auch dieser Vortrag gehalten wurde.**

## „Lasst uns die Erde kühlen!“

Armin Grunwald

### 1. Das Klimaproblem – versagen die bisherigen Lösungskonzepte?

Die Menschheit greift seit der Industriellen Revolution und in weiter zunehmendem Ausmaß in das Klimasystem ein. Dies geschieht vor allem durch die Veränderung der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre durch den Ausstoß von Kohlendioxid aus der Nutzung fossiler Energieträger, aber auch durch Methanemissionen der Landwirtschaft und durch weitere Treibhausgase. Diese menschlichen Beeinflussungen des Klimas auf der globalen Ebene sind *nicht intendierte* Folgen von Wirtschaftswachstum, Techniknutzung, Lebensstilen, Konsum- und Produktionsmustern, Landnutzung und vielem mehr. Viele kleine Handlungen und Entscheidungen, die für sich genommen jeweils nur Bagatellen angesichts der schier großen Größe der Atmosphäre wären, summieren sich auf der globalen Ebene.

Wenn die wissenschaftlichen Deutungen zutreffen – wovon nach dem heutigen Kenntnisstand mit hoher Wahrscheinlichkeit auszugehen ist –, dass es diese menschlich verursachten Treibhausgasemissionen sind, die zur globalen Erwärmung führen, liegt die Therapie scheinbar auf der Hand: Verringerung der Treibhausgasemissionen (Mitigation), z.B. durch effizientere Technik, durch die Ersetzung fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien oder durch nachhaltigere Lebensstile. Freilich hat sich gezeigt, dass dieser Weg sehr steinig ist. Die globale Klimapolitik, die bislang vor allem unter dem Zeichen der Mitigation stand, ist nach der Klimakonferenz Ende 2009 in Kopenhagen ein Scherbenhaufen. Weltweit steigt der Ausstoß von Treibhausgasen weiter an, und dieser Trend wird sich nach allen Szenarien noch lange Zeit fortsetzen, selbst wenn Mitigungsmaß-



Prof. Dr. Armin Grunwald, Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am Forschungszentrum Karlsruhe

nahmen in größerem Umfang greifen sollten. Wesentliche Gründe hierfür sind das global weiterhin starke Bevölkerungswachstum, das Wirtschaftswachstum in weiten Teilen der Welt, das zu höherem Energieverbrauch und zu mehr Emissionen führt, und insbesondere die „nachholende“ wirtschaftliche Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern wie China, Indien oder Brasilien.

Da sich seit langem andeutet, dass Mitigungsmaßnahmen angesichts des fortgeschrittenen Stadiums des Klimawandels kaum ausreichen dürften, sind seit Jahren auch Strategien der *Anpassung* in der Diskussion (Adaptation):

## Einleitung

Klaus Arntz

„Sommerflair auf Knopfdruck“ Mit diesem Werbeslogan wirbt eine deutsche Firma für Terrassenheizungen. In der Freiluftgastronomie haben die umgangssprachlich so genannten „Heizpilze“ inzwischen überall Einzug gehalten. Sie ermöglichen auch in der kalten Jahreszeit den Aufenthalt im Freien und bieten – so die Versicherung auf der Homepage – Rauchern ein geschütztes, warmes Plätzchen.

Ich kann nicht verhehlen, dass mich beim Anblick dieser Geräte ein gewisses Unbehagen beschleicht. Ein kühles Novemberbier auf der Maxstrasse in Augsburg unter einem rot glühenden Heizpilz (...). Das erinnert mich an Erdbeeren zu Weihnachten oder Spargel zu Ostern. Außergewöhnlich mag das sein, sinnvoll erscheint mir das nicht. Den natürlichen Jahreszeiten auf diese Weise technisch ins Handwerk zu pfuschen, darüber kann man trefflich streiten.

Auf der anderen Seite gebe ich zu, dass ich mich an der Klimaanlage im Auto erfreue und es schon seit einigen Tagen wieder bereue, auf die Annehmlichkeiten einer Sitzheizung beim Kauf des Fahrzeugs verzichtet zu haben.

„Climate engineering“ – bei der näheren Beschäftigung mit dem Thema des heutigen Abends kam mir das ganze Projekt, das uns heute hier fachkundig vorgestellt werden wird, zunehmend abenteuerlich vor. Die Erde gleichsam zum Wohnzimmer zu machen, in dem man die Temperatur nach Bedarf regeln kann, das schien mir bislang eher in das Reich der Science-Fiction-Literatur als in das Deutsche Museum zu gehören. Aber die Bereitschaft der Veranstalter, diesem Thema in der Veranstaltungsreihe „Wissenschaft für jedermann“ Raum zu geben, zeigt offensichtlich die Aktualität und Bedeutung der Herausforderung.

Das dokumentiert auch die vor kurzem im japanischen Nagoya zu Ende gegangene UN-Konferenz zur Artenvielfalt. Diese beschäftigte sich nämlich unter anderem auch mit künstlichen Wolken, riesigen Spiegeln, die das Sonnenlicht reflektieren und dadurch die Erde kühlen sollen. Man denkt darüber nach, die Meere mit Eisensulfat zu düngen, um auf diesem Weg – durch vermehrte Algenbildung – mittelfristig das Klima zu retten und die Erderwärmung abzuschwächen.

Bei der Recherche zum Thema wird schnell deutlich, dass die Wogen hoch gehen. Warnungen und Empörung vor den unkalkulierbaren Risiken auf der einen Seite, Erleichterung und Zuversicht vor dem Hintergrund der Klimaprobleme auf der anderen Seite. Diese Reaktionsmuster bestimmen augenblicklich das Szenario. Insofern scheint eine technische und ethische Orientierung in Sachen „climate engineering“ durchaus geboten.

Die Forderung, technologische Prozesse und Entwicklungen nicht nur aus der Optik der Innovation, sondern auch der möglichen Revision zu betrachten, ist für den aktuellen Risiko- und Verantwortungsdiskurs von entscheidender Bedeutung. Ein vergleichbares Anliegen hat der evangelische Sozialethiker Trutz Rendtorff unter dem Stichwort Reflexivität vorgetragen.

Er will dieses Paradigma in spezifischen technisch-ökologischen Konflikten einsetzen, wenn die weithin akzeptierten Ziele der kulturellen Naturaneignung (z. B. Bekämpfung von Krankheiten, gesundheitsunschädliche Ertragssteigerung in der Landwirtschaft, Bereitstellung von Energie usw.) zu



Prof. Dr. Klaus Arntz, Professor für Moralthologie an der Universität Augsburg, leitet die Reihe „Wissenschaft für jedermann“ und gab auch diesmal eine kurze und präzise Einführung in die Thematik.

Entscheidungen führen, deren Nutzen – im Endresultat – von schädlichen Folgen (Klimawandel, Jahrhunderte währende Folgelasten etc.) übertroffen werden. Ein solcher Konflikt wäre unlösbar, wenn die eingetretenen Folgen überhaupt keine Korrektur des eingeschlagenen Weges mehr zulassen würden. An dieser Stelle setzt die Forderung an, dass das beabsichtigte wissenschaftlich-technisch vermittelte kulturelle Handeln hinsichtlich seiner eigenen Folgen korrekturfähig sein muss. Die Ethik der Folgen lässt sich in eine Maxime kleiden: „Handle so, dass Du Dich durch die Folgen Deines Handelns korrigieren lassen kannst.“

Damit ist nicht die Forderung verbunden, dass ökosystemisch sensible Entscheidungen gar nicht mehr getroffen werden dürfen. Vielmehr geht es darum, dass „die tatsächlichen Folgen des Handelns in der Differenz von beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen so auf das Handeln zurückwirken, dass sie eine korrigierende Wirkung haben und zu einer Neudefinition der Handlungsintentionen und der Handlungsinstrumente führen.“

Die hier skizzierten Fragestellungen und die damit verbundenen Herausforderungen gehören seit Jahren zu den Interessens- und Forschungsgebieten unseres Referenten. Daher freuen wir uns für den heutigen Abend einen ausgewiesenen Fachmann zum Thema gewonnen zu haben: Prof. Dr. Armin Grunwald. Er ist seit 1999 der Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse am Forschungszentrum Karlsruhe.

Prof. Armin Grunwald hat seinen Vortrag überschrieben mit dem Titel: „Lasst uns die Erde kühlen!“ Ich habe lange in der Hl. Schrift gesucht, aber diesen göttlichen Auftrag in der Schöpfungsgeschichte nicht gefunden. Daher bin ich – aus theologisch-ethischer Sicht – gespannt, wie die Überlegungen unseres Referenten ausfallen werden, die sich dem „Climate engineering“ unter dem inhaltlichen Dreiklang von Verantwortung, Risiko und Technikfolgen widmen werden. □



statt den Klimawandel zu bekämpfen, geht es in dieser Perspektive darum, mit ihm zu leben. Also müssen Vorkehrungen getroffen werden, auch in Zeiten eines möglicherweise größeren Klimawandels menschenwürdige Verhältnisse zu erhalten und Katastrophen zu vermeiden, z.B. durch den Ausbau der Deiche gegen einen höheren Meeresspiegel, durch Erschließung neuer Wasserressourcen in zunehmend trockenen Gebieten und durch Maßnahmen gegen die in höherer Zahl erwarteten „extremen Wetterereignisse“ wie Überschwemmungen.

Freilich haben auch Anpassungsstrategien Grenzen, falls der Klimawandel bestimmte Ausmaße überschreitet. Gegenwärtig wird von den Vereinten Nationen das Ziel verfolgt, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf zwei Grad zu beschränken, weil dann der Klimawandel als mit Mitteln der Adaptation bewältigbar erscheint. Angesichts der schleppenden politischen Schritte, der Trägheit der Umstellung auf nicht-fossile Energiequellen auf der globalen Ebene, eines auf ökologische Belange wenig Rücksicht nehmenden Wirtschaftswachstums in vielen Schwellenländern und einer weiter wachsenden Erdbevölkerung mit zunehmendem Energiehunger mehren sich die Zweifel, dass sich das Zwei-Grad-Ziel auch unter günstigen Umständen überhaupt noch erreichen lässt. Dafür wäre eine drastische und rasche Verringerung von Treibhausgasemissionen erforderlich, wofür weltweit keine Anzeichen erkennbar sind. Teilweise wird das Zwei-Grad-Ziel bereits offen als völlig unrealistisch angesehen. Dann jedoch werden dramatische Folgen des Klimawandels wahrscheinlicher, die Anpassung immer schwieriger und es droht eine gefährliche und schlecht prognostizierbare Situation mit plötzlichen katastrophalen Klimaänderungen und „Überraschungen“ wie

- beschleunigte Erwärmung durch ein weiteres Schmelzen des arktischen Meereises im Sommer
- starke Erhöhung des Meeresspiegels (bis 7 m) durch ein Abschmelzen des grönländischen oder westantarktischen Eisschildes
- beschleunigte Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen durch die Ausgasung von Methanhydraten am Meeresboden oder ein weiteres Auftauen von Permafrostgebieten

Positive, d.h. sich selbst verstärkende Rückkopplungseffekte könnten zu einer Welt mit klimatischen Bedingungen führen, die in weiten Teilen für den Menschen nicht mehr angenehm sind, um es zurückhaltend zu formulieren. Daher erscheint es, auch wenn dies bloß spekulative Überlegungen sind, verständlich, dass nach weiteren Möglichkeiten gesucht wird, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen.

## 2. Climate Engineering – technische Optionen

Was bleibt, wenn die Beseitigung der Ursachen des Klimawandels durch Verringerung der Treibhausgasemissionen unrealistisch wird, und die Anpassung an den Klimawandel dadurch vor unlösbare Probleme gestellt wird? In diesem Zusammenhang wird neuerdings das Wort „Climate Engineering“ verwendet. Es war der Nobelpreisträger Paul Crutzen, der im Jahre 2006 die *absichtliche* Beeinflussung des Klimasystems im Sinne einer „Kühlung der Erde“ auf die Agenda brachte. Er fasste sie als mögliche „Ultima Ratio“ auf, als letzte Chance, falls alle anderen Anstrengungen der



Das Podium nach dem Vortrag: die Professoren Arntz (re.) und Grunwald.

Eindämmung des Klimawandels scheitern sollten.

Im Climate Engineering – ein passender deutscher Begriff wurde bislang nicht gefunden – geht es darum, mit global eingesetzten und möglichst rasch wirkenden Techniken die Atmosphäre künstlich zu „kühlen“, um dadurch der Erderwärmung entgegen zu wirken. Technisch gibt es drei konzeptionelle Ansätze:

1. es könnte die von der Sonne zur Erde kommende Strahlungsenergie dadurch reduziert werden, dass im Welt- raum Spiegel angebracht werden, die einen Teil der Sonnenstrahlung reflektieren, so dass weniger Energie auf der Erde ankommen würde;
2. es könnte die Rückstrahlung der Erde in den Weltraum hinein (Albedo) gesteigert werden, so dass von der in die Atmosphäre eingestrahltene Sonnenenergie ein höherer Teil in den Weltraum reflektiert würde und somit nur ein kleinerer Teil absorbiert würde. Technisch könnte dies beispielsweise durch gezielte Einbringung von kleinen Partikeln (Aerosolen) in obere Atmosphärenschichten realisiert werden; aber auch Maßnahmen wie das großflächige Weißstreichen von Straßen oder Hausdächern gehören in diese Kategorie;
3. es könnte versucht werden, der Atmosphäre in großem Umfang Kohlendioxid zu entziehen und z.B. in den Ozeanen zu lagern. Das Eisendüngungsexperiment der ‚Polarstern‘ im Jahre 2009, das zu diesem Zweck gezielt das Algenwachstum stimulieren sollte und eine größere Medienaufmerksamkeit geweckt hatte, stand in diesem Zusammenhang, brachte jedoch eher ernüchternde Ergebnisse.

Von den klassischen Ansätzen zum Umgang mit dem Klimawandel (Adaptation und Mitigation) unterscheidet sich das ‚Climate Engineering‘ durch einen prinzipiell anderen Blick auf das Klimasystem: dieses wird „als Ganzes“ mit den Augen des Ingenieurs betrachtet, es werden „Stellschrauben“ gesucht (z.B. Aerosole und ihre Konzentration), mit denen technisch auf das Klima eingewirkt werden soll. Damit wäre das Climate Engineering alles andere als ein ‚sanfter‘ Eingriff in natürliche Abläufe, sondern eine massive großtechnische Intervention. In diesem Kontext ist nicht erstaunlich, dass die Idee des Climate Engineering bereits in den 1990er Jahren von Edward Teller aufgebracht wurde, dem Vater der Wasserstoffbombe, die ebenfalls ein großtechnisches Vorhaben war.

Die drei genannten Optionen sind in vielen Hinsichten sehr verschieden, gemeinsam ist ihnen nur das hohe Maß

an Nichtwissen und Unsicherheit über ihren Einsatz und ihre Folgen. Die „Spiegel im Weltraum“ gelten als futuristisch, sie würden ein hohes Maß an Raumfahrt benötigen, bedürften einer längeren Entwicklungszeit und wären mit Sicherheit sehr teuer. Die Möglichkeiten, der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen, müssten großflächig eingesetzt werden und würden trotzdem nur langsam wirken. Bis man weiß, ob und wie gut sie wirken, wäre es möglicherweise zu spät.

## Was bleibt, wenn die Beseitigung der Ursachen des Klimawandels durch Verringerung der Treibhausgasemissionen unrealistisch wird, und die Anpassung an den Klimawandel dadurch vor unlösbare Probleme gestellt wird?

So konzentrieren sich die meisten Überlegungen auf die Option, die Zusammensetzung der Atmosphäre gezielt so zu verändern, dass ein Kühlungseffekt eintritt. Durch das Einbringen von ca. einer Million Tonnen Sulfat-Aerosole in obere Atmosphärenschichten könnte, so die Modellrechnungen, ein beachtlicher Kühlungseffekt erzielt werden, der praktisch sofort eintreten würde. Allerdings würden die Aerosole aufgrund der Gravitation allmählich zum Boden sinken, so dass sie nach einer gewissen Zeit, man rechnet mit einigen Jahren, erneut ausgebracht werden müssten. Die „Dosis“ könnte dann jeweils neu eingestellt werden, da der Kühlungseffekt in erster Näherung proportional zu der erreichten Aerosolkonzentration wäre.

Die Aerosole können mit einer Flotte von Flugzeugen ausgebracht werden, was im Prinzip mit heutiger Technologie möglich ist. Erste allerdings sehr grobe Kostenschätzungen belaufen sich auf Kosten von einigen Milliarden Dollar pro Jahr – was verglichen mit prognostizierten Kosten der Anpassung an den Klimawandel ausgesprochen wenig ist. Erheblich schwieriger sähe eine Umsetzung dieser Option aufgrund ungeklärter rechtlicher Fragen aus. Es ist unklar, auf welcher politischen Ebene eine Entscheidung über eine derartige zweifelsfrei global wirkende Technologie getroffen werden könnte, und wie mit divergierenden Interessen umgegangen werden soll.

Von diesen politisch-rechtlichen Fragen abgesehen, erscheint die Sulfat-Option eine verblüffend einfache Lösung des Klimawandels zu ermöglichen:

führen die menschlich verursachten Treibhausgase zu einer Erwärmung, so könnten die Sulfate das probate Gegenmittel sein, das den Erwärmungseffekt durch einen Kühlungseffekt kompensiert. So einfach ist die Situation jedoch nicht.

## 3. Risiken und Gegenargumente

Das Klimasystem technisch als Ganzes gezielt zu beeinflussen, würde eine weitere Ausweitung der Handlungsmacht des Menschen bedeuten und damit ganz auf der Linie des seit Jahrhunderten andauernden technischen Fortschritts liegen. Die Erfahrung hat jedoch oft genug gezeigt, dass die dadurch ermöglichte Emanzipation von der Natur eine Kehrseite hat: nicht intendierte Folgen und Risiken. Wachsen die Herrschaft des Menschen über die Natur und seine Eingriffsmöglichkeiten weiter, so wachsen auch Größe, Auswirkungen und Reichweite möglicher Risiken. Und würde die historische Erfahrung, dass jede Technik auch nicht intendierte Folgen hat, nicht auch für Optionen des Climate Engineering gelten? Wer sagt, dass diese Technologie, die nicht intendierte Folgen bisheriger Technik kompensieren soll, nicht selbst wieder nicht intendierte und nicht vorhergesehene, vielleicht auch nicht vorhersehbare Folgen haben wird? Dieser Gedanke ist kein Argument per se gegen das Climate Engineering, macht aber deutlich, dass „der Einsatz steigt“ – und dass damit auch die Verantwortung zunimmt.

Zu möglichen nicht intendierten Folgen und Risiken des Climate Engineering ist zurzeit noch wenig Konkretes zu sagen, einfach aufgrund von mangelndem Wissen. Folgende Risikobereiche können unterschieden werden:

- **Risiken der vorbereitenden Experimente:** Experimente sind notwendig, um die Wissensdefizite zu beheben. Zumindest einige dieser Experimente müssten in der realen Atmosphäre gemacht und hinreichend großskalig ausgelegt werden, um daraus lernen zu können. Bereits diese Experimente könnten ungewollte und möglicherweise nicht auf einen kleinen Bereich beschränkte Folgen haben.
- **Risiken im Betrieb:** Durch einige der vorgeschlagenen Climate Engineering Maßnahmen, wie z.B. das Einbringen von Aerosolen, wird die Zusammensetzung der Atmosphäre gezielt verändert. Es könnten z.B. kleine Veränderungen in der Spektralverteilung des auf der Erdoberfläche ankommenden Lichts unerwartete biologische Effekte auslösen, das allmähliche Absinken der Aerosole zum Boden könnte ökologische Probleme verursachen, z.B. die in der Diskussion befindlichen Sulfate eine Versauerung der Böden, oder es könnte zu unvorhergesehenen Klimaeffekten kommen. Angesichts der langen Zeit, über die ein Climate Engineering aufrechterhalten werden müsste (Jahrhunderte oder Jahrtausende), sind derartige Szenarien sorgfältig zu prüfen. Bei anderen Maßnahmen wie z.B. der Kohlendioxid-Extraktion aus der Atmosphäre sind entsprechend andere Risiken zu bedenken, die z.B. mit der langfristig sicheren Lagerung oder mit Eingriffen in die Mikrobiologie der Ozeane zu tun haben.
- **Risiken aufgrund eines Betriebsabbruchs:** Wenn der Betrieb eines globalen Climate Engineering Systems vorübergehend für längere Zeit eingestellt oder ganz abgebrochen werden müsste, z.B. aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen wie mangelnder Ressourcen oder eines Krieges, oder



aufgrund erst später erkannter negativer Umweltfolgen, würde der Kühlungseffekt ganz schnell nachlassen und es käme zu einem raschen Ansteigen der Erdmitteltemperatur. Dies würde große Teile der Menschheit vor erhebliche Herausforderungen stellen, zumal Anpassungsmaßnahmen Zeit benötigen, die dann wohl nicht vorhanden wäre.

- **Risiken im politischen Prozess:** Climate Engineering erfordert, weil es eine globale Technologie mit globalen Folgen wäre, eine ‚Global Governance‘. Da es jedoch wie beim politischen Umgang mit dem Klimawandel Gewinner und Verlierer gibt, kann es zu politischen Konflikten kommen, etwa durch das Vorpreschen einzelner wirtschaftlich mächtiger Staaten, oder zu Entscheidungsblockaden aufgrund unterschiedlicher Interessen.

- **Risiko durch Missbrauch:** Ob Climate Engineering auch für terroristische oder militärische Zwecke ge- bzw. missbraucht werden könnte, hängt von den spezifischen Technologien ab. Generell jedoch sind Missbrauchsbedürfnisse keine starken Argumente gegen die Technologie per se, sondern eher Appelle bzw. Verpflichtungen, durch die Gestaltung von Climate Engineering und sorgfältiger Überwachung entsprechenden Möglichkeiten vorzubeugen.

- **Risiko durch Technikgläubigkeit:** Das vermutlich größte Risiko des Climate Engineering könnte jedoch ein psychologisches sein. „Climate Engineering“ könnte dazu verleiten, Vermeidungsstrategien mit weniger Ernst zu verfolgen, könnte gar eine Haltung des „Weiter so“ in Bezug auf die Nutzung fossiler Energieträger motivieren und Umsteuerungsstrategien zu einer nachhaltigen Energieversorgung konterkarieren. Die Autobauer z.B. könnten den Systemwandel hinausschieben und die Energieversorgungsunternehmen bräuchten nicht über CO<sub>2</sub>-arme Kraftwerke nachzudenken. Das größte Risiko der Kommunikation ist, dass eine neue Sorglosigkeit im blinden Vertrauen auf technische Lösungen einzieht, dass Vermeidungsstrategien es schwerer haben können, und dass daraus, wenn die Climate Engineering-Maßnahmen nun doch nicht funktionieren oder inakzeptable Nebenwirkungen haben, eine ganz üble Situation entstehen kann.

In Risikooberlegungen zum Climate Engineering ist die Angabe quantitativer Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadensgrößen aufgrund von Wissensdefiziten bislang nicht möglich. Selbst wenn quantitative Risikomaße als Produkte aus extrem großen Zahlen (möglichen Schadenswerten) und extrem kleinen Zahlen (Eintrittswahrscheinlichkeiten) verfügbar wären, könnte mit Recht bezweifelt werden, ob ein derartiger Zugang moralisch vertretbar wäre, oder ob nicht die bloße Möglichkeit eines extrem großen Schadens Argument genug wäre, auf die Technologie zu verzichten, unabhängig von einer noch so kleinen Eintrittswahrscheinlichkeit. Ein gewisses Vorbild ist hier die Kernenergie-debatte, in der immer wieder der Sinn von quantitativen Risikoangaben in Zweifel gezogen wurde. Kritiker argumentierten, allein die schiere Größe eines möglichen Schadens im GAU-Fall legitimiere eine Zurückweisung. Im – damit sicher nur schlecht vergleichbaren – Climate Engineering scheint die Situation in einer Hinsicht noch dramatischer zu sein: der Schaden durch einen Kernenergie-Unfall dürfte selbst im GAU-Fall regional bleiben, verglichen

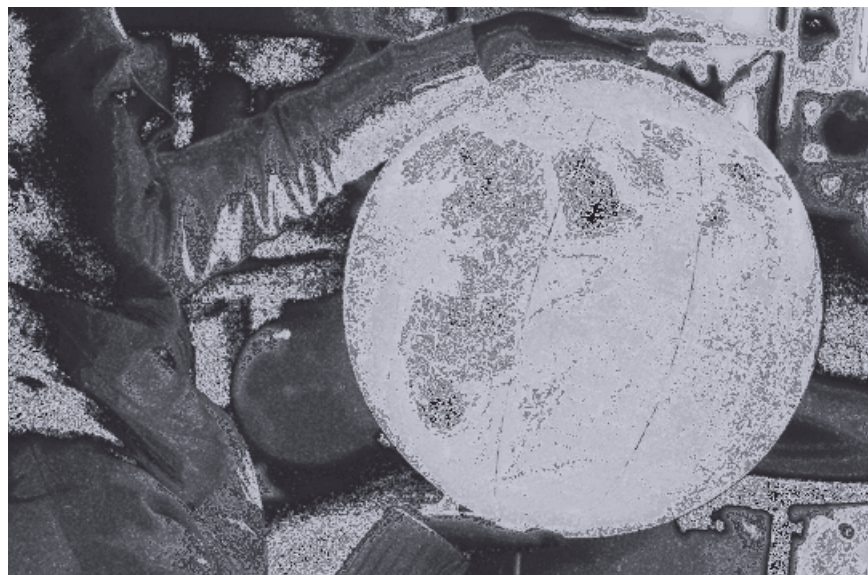


Foto: kna

*Diesen Globus in einer Fabrik zu fertigen dauert nur einige Stunden und ist für die Mitarbeiter dort Routine. Die*

*richtige Erde zu kühlen dagegen ist ein Projekt, das Wissenschaftler vor große Herausforderungen stellt.*

mit einem globalen Schaden einer unvorhergesehenen Negativfolge von Climate Engineering.

So wird denn auch wieder von menschlicher Hybris gesprochen. Climate Engineering liege in der Tradition einer Reihe von großtechnischen Eingriffen, die eine Art von Maßlosigkeit und Vermessenheit darstellen, die sich rächen werden. Der Mensch schwinde sich durch Climate Engineering zur Rolle eines Weltingenieurs auf, die ihm nicht zustehe. Zwar sind diese Positionen eher Befindlichkeiten und Besorgnisse denn Argumente; dennoch machen sie darauf aufmerksam, dass sich hier Herausforderungen in Bezug auf menschliche Verantwortung stellen.

#### 4. Verantwortung

Diese Situation könnte zu einer Renaissance des „Prinzip Verantwortung“ von Hans Jonas führen. Nach Jonas darf „das Ganze“ nicht zum „Einsatz in einer Wette“ gemacht werden, wie er es formuliert hat, es dürfe nicht „das Ganze“ aufs Spiel gesetzt werden. Danach wäre zunächst zu klären, ob Szenarien

*In Risikooberlegungen zum Climate Engineering ist die Angabe von quantitativen Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadensgrößen aufgrund von Wissensdefiziten bislang nicht möglich.*

aufgrund von Risiken des Climate Engineering denkmöglich sind, die „das Ganze“ im Sinne von Jonas, also den Fortbestand menschenwürdigen Lebens auf der Erde, gefährden könnten. Wenn ja, dann dürfte nach Jonas das Climate Engineering nicht angewendet werden.

Allerdings kann der Schluss umgekehrt werden. Angenommen, wie in den düsteren Szenarien zu Beginn ausgemalt, dass die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen der Mitigation und der Adaptation in keiner Weise ausreichen, um den Klimawandel erträglich zu halten, dann wäre der Einsatz von Climate Engineering ganz im Sinne von Paul Crutzen die „Ultima Ratio“, mit der „das Ganze“ noch gerettet werden könnte. In dieser Argumentation wäre es geradezu eine Pflicht, Technologien des Climate Engineering zu erforschen und anwendungsreif zu machen.

Diese Situation einer echten Aporie macht deutlich, dass eine Einschätzung der Verantwortbarkeit tiefer ansetzen muss. Wenn wir einmal die oben genannten möglichen Risiken des Climate Engineering als Negativargumente verstehen, sind in einer ethischen Abwägung aber auch die Positivargumente zu berücksichtigen. Hier lassen sich nach Konrad Ott anführen:

- **Ultima-Ratio Argument:** Climate Engineering sei die letzte „realistische“ Chance auf eine einigermaßen glimpfliche Bewältigung des Klimawandels. Climate Engineering, insbesondere das Aerosol-Verfahren, könnte eine Art ‚Notfalltechnologie‘ sein. Für den Fall, dass Vermeidungsstrategien nicht ausreichen, um das Klima in einem für Menschen verträglichen Bereich zu halten, oder im Fall plötzlicher unvorhergesehener systemischer Effekte, die eine erhebliche Beschleunigung des Klimawandels auslösen könnten, könnte ein rasch wirkendes „Climate Engineering“ möglicherweise katastrophale Entwicklungen verhindern oder abfedern helfen, zumindest für eine begrenzte Zeitspanne. Daher sei es gut, Technologien des Climate Engineering verfügbar zu haben, um sie im Notfall einsetzen zu können.

- **Optionenerweiterung:** durch Climate Engineering werde die Zahl der Optionen erhöht, mit dem Klimawandel umzugehen, dadurch gebe es mehr Auswahlmöglichkeiten für die nächsten Generationen.

- **Argument des kleineren Übels:** Climate Engineering werde selbst im Falle einiger nicht intendierter Folgen das kleinere Übel gegenüber einem ungebremsten Klimawandel sein.

- **Effizienzargument:** Das Climate Engineering, insbesondere die Aerosol-Option, sei ökonomisch viel effizienter und leichter umsetzbar als mühsame und volkswirtschaftlich teure Vermeidungs- oder Anpassungsstrategien oder als eine Umstellung der Volkswirtschaft oder gar eine Änderung von Lebensstilen

Einige dieser Argumente sind kombinierbar. So könnte z.B. die Sulfatoption als kurzfristige Maßnahme entwickelt werden, um katastrophale Folgen des Klimawandels zu verhindern, bis andere Maßnahmen, z.B. die Extraktion von Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu wirken beginnen.

Nicht umsonst haben die Debatten um das „Prinzip Verantwortung“ und um das Vorsorgeprinzip angesichts der vielen Umweltkrisen Einstellungen motiviert, die man als „Neue Bescheidenheit“ bezeichnen könnte. Gerade in der Klimadebatte war diese Haltung bislang prägend. Die Vermeidung von Treibhausgasemissionen, aber auch Anpassungsmaßnahmen sind lokal oder regional, viele kleine Entscheidungen und Handlungen, die in ihrer Gesamtheit die gewünschten Effekte zur Bewältigung des Klimawandels erbringen sollen. Wenn einzelne davon scheitern, wäre dies bedauerlich und müsste von anderen Maßnahmen kompensiert werden, aber es wäre nicht katastrophal.

Dies ist beim Climate Engineering, jedenfalls in der Sulfat-Option, völlig anders. Es stellt sich hier die Frage, ob und in welcher Hinsicht sich hinter dem Climate Engineering – bzw. alleine mit der Tatsache, dass darüber zunehmend diskutiert wird – grundsätzlichere Fragen im Verhältnis von Mensch und Umwelt bzw. auch im Selbstverständnis des Menschen zeigen. Die Frage ist, ob die Phase der Bescheidenheit im Verhältnis des Menschen zur Natur, die als Reaktion auf die erkannten Umweltprobleme zumindest in einigen Teilen der Weltbevölkerung eingetreten ist, bereits wieder einem Ende entgegen geht. Das Climate Engineering stellt dem bescheidenen „mit der Natur leben“ eine möglichst vollständige Kontrolle über die Natur, hier in Form des Klimasystems, entgegen. Eine eventuelle Rückkehr von Macht- und Kontrollphantasien des Menschen birgt die Gefahr, dass Lektionen aus vergangenen Erfahrungen mit versuchter, aber erfolgloser Kontrolle wieder verloren gehen – und möglicherweise schmerzhaft neu gelernt werden müssten.

#### 5. Was folgt?

Es ist vor dem Hintergrund der ökologischen Debatten der letzten Jahrzehnte keine Überraschung, dass die Betrachtung der Atmosphäre als ein System, das gezielt technisch gesteuert oder beeinflusst werden sollte, sofort Sorgen vor neuen und unbekanntem Nebenfolgen solcher Maßnahmen weckt. Anzeichen von Empörung sind zu erkennen, besonders bei Umweltengagierten, die von menschlicher Hybris reden und vor unkontrollierbaren Entwicklungen warnen. Aber Gigantomanie-Vorwürfe und Hybris-Befürchtungen sind Besorgnisse und Befindlichkeiten, aber nicht schon Argumente – das wäre erst zu prüfen.

Auf der Gegenseite sind das Ultima Ratio-Argument und das Argument der Optionenerweiterung ethisch relevant. Diese ernst genommen würde bedeuten, Optionen des Climate Engineering zu erforschen und zu entwickeln – aber nicht mit ihrem Einsatz zu rechnen. Sie dürften, weiter reicht das Argument nicht, wirklich nur in einem genauer zu definierenden „Notfall“ eingesetzt werden. Anderenfalls würde sich Bequemlichkeit breit machen, und zu Mitigationsanstrengungen wäre niemand mehr zu motivieren. Eine Analogie aus dem medizinischen Bereich: Wenn es eine Pille gibt, um eine Krankheit zu heilen, warum soll man dann mühsam seinen Lebensstil oder seine Ernährung ändern?

Diese Analogie macht auf die zentrale Problematik aufmerksam: hat die Menschheit genug Selbstdisziplin, um Climate Engineering wirklich nur „auf Vorrat“ zu erforschen und nur als „Ultima Ratio“ im Notfall einzusetzen – soweit könnte eine ethische Rechtfertigung reichen – oder droht hier nicht wieder eine blinde Technikgläubigkeit mit der Verlockung, mit Climate Engineering im Hintergrund so weitermachen zu können wie bisher? □



# Kontroverse Debatte über das Auswärtige Amt und das Dritte Reich

Die Studie „Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ hat in der breiten Öffentlichkeit großes Interesse geweckt, und es wird leidenschaftlich über sie diskutiert. Neben viel Zustimmung, die das von vier Historikern herausgegebene Buch in der Öffentlichkeit geerntet hat, gab es auch dezidiert kritische Stimmen. So war es auch am 12. Januar 2011 in der Katholischen Akademie, als sich Befürworter der Studie und deren Kritiker einen Schlagabtausch lieferten. Das Besondere des Abends in der Akademie: Autoren der Studie und Kritiker trafen zum ersten Mal direkt in der Öffentlichkeit aufeinander. Prof. Dr. Norbert Frei, einer der vier Autoren der Studie, erläuterte vor gut 250 Teilnehmern in seinem Eingangsvortrag Ursprung und Entstehung des Werkes, sowie dessen Zielsetzung. Prof. Dr. Christian Hacke kritisierte in



Das sehr kontrovers diskutierende Podium: Professor Christian Hacke, Moderator Professor Thomas Brechenmacher, Potsdam, und Professor Norbert Frei (v.l.n.r.).



Professor Jürgen Habermas, der mit seiner Frau Ute zu der Abendveranstaltung in die Akademie gekommen war, tauschte sich intensiv mit Professor Frei aus.



Prof. Dr. Norbert Frei, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena, ist Mitglied der Historikerkommission, die das Buch konzipierte und erstellte. Er erläuterte Ursprung, Entstehung und Zielsetzung des Werks.



Prof. Dr. Christian Hacke, Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn, ging mit dem Buch und seinen Autoren hart ins Gericht. Vor allem kritisierte Hacke die seiner Meinung nach fehlende Differenzierung in der Würdigung der deutschen Diplomaten.

seinem Statement unter anderem, dass die Urteile über die Diplomaten des Auswärtigen Amtes zu pauschal und zu wenig differenziert ausgefallen seien. Dem widersprach Frei energisch und führte aus, dass man nicht die Biographien der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes schreiben, sondern deren Wirken im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik zeigen wollte.

Professor Jürgen Habermas, der als Teilnehmer zu der Abendveranstaltung gekommen war, konstatierte nüchtern, dass nach so vielen Auseinandersetzungen unter Historikern über die Geschichte der NS-Zeit die Diskussionen zu diesen Fragen immer noch sehr konfrontativ seien.

Die Veranstaltung fand ein großes Echo in den Medien. Wir veröffentlichten im Anschluss drei größere Ausschnitte aus Presseveröffentlichungen, um zu zeigen, wie groß die Spannweite der Meinungen ist.



In die Diskussion griff auch der Philosoph Habermas ein. Es sei festzustellen, dass auch nach so langer Zeit und so vielen Historikerstreits die Geschichte

des Nationalsozialismus weiterhin so starke Emotionen wecke und zu solch harten Kontroversen führe, so Habermas.



## Medienreaktionen

Die Reaktion in den Medien zur Tagung in der Akademie über das Verhältnis von Auswärtigem Amt und Drittem Reich war umfangreich. Im Anschluss bringen wir längere Ausschnitte der Berichte.

### Katholische Nachrichten Agentur

15. Januar 2011 – Mit „Sprengpotenzial“ hatte Florian Schuller, Direktor der Katholischen Akademie Bayern, für diesen Abend nicht zu viel versprochen. Am 12. Januar wollte sein Haus einen „informativen und konstruktiven Beitrag zur brisanten Debatte über das Buch „Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“ leisten. Dafür traf einer der Autoren, der Jenaer Historiker Norbert Frei, im direkten Gespräch auf einen seiner schärfsten akademischen Kritiker, den Bonner Politologen Christian Hacke. (...) Dem Wortgefecht zwischen Hacke und Frei lauschten nicht nur mehrere pensionierte Botschafter, sondern auch der Sozialphilosoph Jürgen Habermas, einer der Hauptakteure des sogenannten Historikerstreits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, als es ebenfalls um die Einordnung der NS-Verbrechen in größere Zusammenhänge ging. Die Referenten gaben sich zunächst überraschend konzilient. Hacke lobte das Buch aufgrund seiner „enorm breiten und zum Teil unbekanntenen Quellenbasis“ und empfahl die Lektüre als „in vielerlei Hinsicht lohnend“. Was ihn nicht davon abhielt, es wenig später als „missglückt“ zu bezeichnen und die Autoren als „Fischers willige Helfer“ zu bezichtigen. Will heißen: Sie hätten sich für politische Zwecke instrumentalisieren lassen. Eine Unterstellung, die Frei empört zurückwies. In Situationen wie dieser verstand es der Potsdamer Historiker Thomas Brechenmacher als Moderator souverän, die Streithähne sachte wieder voneinander zu treffen.

Christoph Schröder

### Frankfurter Allgemeine Zeitung

14. Januar 2011 – Die Autoren von „Das Amt“ sind von der Heftigkeit der kritischen Reaktionen auf ihr Buch überrascht. Das sagte Norbert Frei in der Katholischen Akademie in München, wo er mit Christian Hacke, einem der kritischen Rezensenten, zu einem

Disput zusammentraf. Im Lichte der Darstellung der Konzeption des Buches, die Frei in einem dreiviertelstündigen Vortrag gab, konnte diese Einschätzung der Rezeption verwundern. Wie der Zeithistoriker von der Universität Jena darlegte, war die von Außenminister Fischer berufene Historikerkommission im Zuge ihrer Forschungen zu der Überzeugung gelangt, sie müsse ihre Darstellung des Umgangs des Auswärtigen Amtes mit seiner Vergangenheit im Hitlerstaat bis zum historischen Moment ihrer eigenen Einsetzung fortführen. (...)

Die Kampagne pensionierter Diplomaten gegen den von Fischer verfügten Verzicht auf Nachrufe bei NS-Mitgliedschaften im Lebenslauf bildete in Freis Referat wie schon in Fischers Kommentaren zu den Ergebnissen der Kommissionsarbeit die Pointe und sozusagen den Beweis der Wahrheit der von der Kommission erzählten Geschichte. Die „Mumien“ hätten sich demnach selbst überlistet und vor der Öffentlichkeit, an die sie appellierten, ihre sinistren Absichten enthüllt. Patrick Bahners

### Die Tagespost

15. Januar 2011 – Geist und Gegengeist von 1968 konnte man am Mittwochabend in der Katholischen Akademie in München auch als Nachgeborener authentisch wehen fühlen, als der Jenenser Historiker Norbert Frei und der emeritierte Bonner Politikwissenschaftler Christian Hacke um die Studie „Das Amt“ stritten, oder besser einander bekriegten. Hacke, während der Studentenrevolte RCDS-Vorsitzender in Berlin und damit in Abwehrkämpfen gestählter Konservativer, griff Frei frontal an, der der Historikerkommission angehörte, die die Studie erarbeitete. Als Fischers „willige Helfer“ bezeichnete er die Kommission, anspielend auf Goldhagens umstrittenes Kollektivschuldwerk „Hitlers willige Vollstrecker“, und warf den Historikern damit vor, als wissenschaftliche Erfüllungsgehilfen ihres politischen Auftraggebers gehandelt zu haben. Sie seien dem Anliegen des früheren Außenministers Joseph Fischer auf den Leim gegangen, der anlässlich der Vorstellung des Werks im Oktober ausgerufen habe: Endlich bekommen die Herren den Nachruf, den sie verdienen.“ Nach dieser Lesart ist die Studie ein später Sieg des Straßenkämpfers und Steinewerfers Fischer samt seiner anti-elitären Ressentiments gegen das bürgerliche Establishment seiner Jugend. (...) Oliver Maksan

## Kommende Akademieveranstaltungen

Diese Terminvorschau ist vorläufig. Sie entspricht dem Stand unserer Planungen. Zu allen Veranstaltungen werden rechtzeitig jeweils gesonderte Einladungen ergehen. Dort finden Sie dann das verbindliche Datum.

### Symposium der Hochschulkreise Bayerns

2. und 3. März 2011

Rationalitäten. Wider die Sprachlosigkeit in unterschiedlichen Wissenschaftskulturen

### Historische Woche

9. bis 12. März 2011

Herbst des Mittelalters – Frühling der Neuzeit. Europa im 15. Jahrhundert

### Vernissage

17. März 2011

If you celebrate it. Leo Zogmayer

### Tagung

18. und 19. März 2011

Zum 70. Geburtstag. Bob Dylan. Songpoet, Idol, Prophet

### Tagung mit der Evangelischen Akademie Tutzing

25. und 26. März 2011

Herausforderung Buddhismus

### Priester-Tag

28. März 2011

Begegnung mit dem Arbeiter-Priester Manfred Pook

# Studien- und Kontaktreise nach Paris

Religion, Kunst, Kultur, Wirtschaft und Politik standen in Paris auf dem Programm der Katholischen Akademie Bayern. Mehr als 40 Interessierte hielten sich vom 16. bis 20. November 2010 in der französischen Hauptstadt auf und trafen bei einem Einzelvortrag, einem Symposium und einem deutsch-französischen Kolloquium mit wichtigen Persönlichkeiten des französischen Geisteslebens zusammen. Professor Henri Ménudier analysierte am 16. November die politische Lage in Frankreich.

Beim Symposium „Intellektuelle und Religion in Frankreich“ am 17. November sprachen französische Experten über verschiedene Aspekte des religiösen und intellektuellen Lebens in Frankreich. Das Symposium organisierte die Akademie in den Räumen des katholischen Bildungszentrums der Erzdiözese Paris, dem „Collège des Bernardins“.

In Zusammenarbeit mit dem „Collège des Bernardins“ und der Konrad-Adenauer-Stiftung Paris trafen sich beim

Kolloquium „Glaubenswerte – Orientierungen für Wirtschaft, Politik und Kultur“ Franzosen und Deutsche, um die unterschiedliche Situation in beiden Ländern zu beleuchten. Die drei Panels des Kolloquiums fanden am 19. November statt.

Abgerundet wurde die Reise durch diverse kulturelle Führungen und einen Empfang im Palais Beauharnais, der Residenz des deutschen Botschafters in Frankreich. Botschafter Reinhard Schäfer und seine Spitzenbeamten tauschten sich in einem längeren Gespräch mit den Besuchern aus München aus.

„zur Debatte“ dokumentiert das überarbeitete Referat von Professor Ménudier, bringt zentrale Aussagen der sieben Beiträge des Symposiums zu Intellektuellen und Religion in Frankreich, die von Dr. Pierre Scherer übersetzt wurden, und veröffentlicht eine Auswahl der Statements, die beim deutsch-französischen Kolloquium gehalten wurden.

## Zur schwierigen politischen Lage in Frankreich heute

Henri Ménudier

### I. Ein geschwächter Präsident

#### Die Ausgangslage 2007

Der Neogaullist und Mitglied der stärksten konservativen Partei UMP (Union pour un Mouvement Populaire) Nicolas Sarkozy, 1955 geboren, wurde am 6. Mai 2007 als sechster Präsident der V. Republik gewählt. Seine Vorgänger waren: Charles de Gaulle (1959-62), Georges Pompidou (1969-74, Gaullist), Valéry Giscard d'Estaing (1974-81, Liberaler), François Mitterrand (1981-95, Sozialist) und Jacques Chirac (1995-2002). Aus seiner neogaullistischen Partei RPR (Rassemblement pour la République) machte Chirac 2002 die UMP, eine Fusion der Neogaullisten mit einem Teil der Liberalen. Unter Chirac wurde das Mandat des Präsidenten der Republik von sieben auf fünf Jahre gekürzt. Mit sechs Präsidenten der Republik in 52 Jahren ist diese Funktion relativ stabil. Die Regierungschefs, die vom Präsidenten der Republik total abhängen, werden öfters gewechselt. Chirac hat vier Regierungschefs ernannt: Alain Juppé (1995-97, RPR), Lionel Jospin (1997-2002, Sozialist – 3. Koalition), Jean-Pierre Raffarin (2002-05, Liberaler) und Dominique de Villepin (2005-07, UMP). Sarkozy, der frühere Bürgermeister und Abgeordneter der reichen Gemeinde Neuilly-sur-Seine,



Prof. Dr. Henri Ménudier, Professor für Politikwissenschaft an der Université Sorbonne Nouvelle, Paris

westlich von Paris, hatte seit 1995 wichtige Ämter als Minister (Haushalt, Finanz und Wirtschaft, Inneres) und Vorsitzender der UMP bekleidet.



Bei einer hohen Wahlbeteiligung über 83% hat sich Sarkozy gegen seine sozialistische Rivalin Ségolène Royal 2007 deutlich durchgesetzt. Erster Wahlgang am 22. April 2007: Royal: 25,87% und Sarkozy: 31,18% der abgegebenen Stimmen. Ein zweiter Wahlgang am 6. Mai war notwendig, weil keiner der zehn Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte: Royal: 46,94% und Sarkozy: 53,06%. Wenn man aber die Ergebnisse nach den eingeschriebenen Wählern rechnet, dann fällt der Erfolg bescheidener aus. Bei 44,4 Millionen eingeschriebenen Wählern erhält Sarkozy im ersten Wahlgang 11,4 Millionen Stimmen (25,74%). „Nur“ ein Viertel der Wähler hat sich für ihn ausgesprochen, im zweiten Wahlgang mit 18,9 Millionen Stimmen (42,68%) hat er nicht die Hälfte der Franzosen hinter sich. Bei den darauf folgenden Wahlen der Abgeordneten der Nationalversammlung im Juni ist die Wahlbeteiligung (60,42%) viel schwächer. Die Regierungspartei UMP erhält 10,2 Millionen Stimmen; es sind 39,54 % der abgegebenen Stimmen aber „nur“ 23,44% der eingeschriebenen Wähler. Aus diesen Zahlen kann man schließen, dass etwa ein Viertel der eingeschriebenen Wähler für Sarkozy und seiner Partei UMP sind. Wenn Sarkozy seine „Kernwähler“ enttäuscht, dann trüben sich die Aussichten für ein zweites Mandat 2012-17. Bei einer labilen Parteilandschaft gibt es immer große Schwankungen und Überraschungen.

#### Schlechte Wahlergebnisse und Meinungsumfragen

Dreieinhalb Jahre nach den Wahlen 2007 muss man feststellen, dass die folgenden Wahlen für die UMP schlecht ausgefallen sind und dass die Meinungsumfragen für Sarkozy sehr ungünstig sind. Weil die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik groß war, hat die UMP die Kommunalwahlen vom März 2008 und die Teilwahlen der zweiten Parlamentskammer (Sénat) im September 2008 verloren. Mit einer unwürdigen Wahlbeteiligung von nur 40,6% waren die Wahlen zum europäischen Parlament 2009 kein Ruhmesblatt. Die UMP erreichte ein relativ gutes Ergebnis mit 27,8% der Stimmen (+11,2%), weil sie in einer besseren Verfassung als 2004 war. Sie profitierte vom vorläufigen Niedergang der Sozialisten (16,5%), die wegen ihren inneren Querellen mit 12,4% bestraft wurden. Sie wurden von den Grünen / Europe Ecologie mit 16,3% (+ 8,6%) fast eingeholt. Bei den Regionalwahlen vom 14. und vom 21. März 2010 musste die UMP eine herbe Niederlage hinnehmen: Sie verlor Korsika und behielt nur das Elsass. Damit werden 21 von 22 Regionen im Mutterland von der Linken regiert. In den Übersee-Départements La Réunion (817 000 Einwohner) und Guayana (230 000) konnte sich die UMP behaupten. Die Erfolge bei den Kommunal- und Regionalwahlen erklären, dass die Linke im September 2011 ernsthafte Chancen hat, erstmals die absolute Mehrheit in der zweiten Kammer (Sénat) zu erobern.

Zwischen 2007 und 2010 hat Sarkozy über die Hälfte seiner Popularität verloren. Lag sie über 60%, so steht sie nun bei 30%. Nur 26% der Franzosen hatten im November 2010 Vertrauen in Sarkozy, gegenüber 39% vor zwei Jahren. Laut Meinungsumfragen dieses Herbstes hat er kaum Chancen, 2012 – besonders gegen den Sozialisten Dominique Strauss-Kahn – wiedergewählt zu werden.

Die Lage kann sich aber ändern. Verschiedene Gründe erklären den Sturz in der Gunst der öffentlichen Meinung. Viele Spitzenpolitiker kennen ein Tief in der Mitte ihres Mandats. Die Unpopularität ist eine der Folgen der Welt-

finanz- und Wirtschaftskrise, Angela Merkel und Barack Obama leiden auch darunter. Hinzu kommen bei Sarkozy spezifische Gründe. Er hat viele Wähler enttäuscht, weil er seine Versprechungen von 2007 nicht einhalten konnte. Sein manchmal vulgärer und aggressiver Ton, die Nähe zu den Superreichen und sein bewegtes sentimentales Leben haben viele Bürger schockiert, weil ein solches Benehmen die Würde des Präsidentenamts verletzt. Die vielen, zum Teil mutigen Reformen sind unübersichtlich geworden und werden manchmal gar nicht angewendet. Der Hyperpräsident, der alles selber entscheiden will und allgegenwärtig ist, verliert dadurch an Glaubwürdigkeit.

#### Die Last der Affären

Der Präsident wird zudem durch mehrere Affären belastet. Es gibt noch keine handfesten Beweise, aber Zweifel und Gerüchte über das Verhältnis zwischen Sarkozy und Liliane Bettencourt (heute 88 Jahre alt), der reichsten Frau Frankreichs und Großaktionärin des Kosmetikherstellers L'Oréal. Durch den Familienkrach zwischen Mutter und Tochter Bettencourt und Informationen in der Presse wurden illegale Parteifinanzierungen erwähnt, von denen Sarkozy und seine Partei profitiert hätten. Die Affäre wurde für die Regierung unangenehm, weil die Frau von Eric Woerth, des damaligen Schatzmeisters der UMP und Haushaltsministers, das Vermögen der Familie Bettencourt verwaltet hat. Erich Woerth wurde in der neuen Regierung Fillon III nicht wiederernannt. Die Justiz wird sich noch monatelang mit den vielen Aspekten der Bettencourt-Affäre, u.a. mit den Steuerhinterziehungen, beschäftigen.

In der komplizierten „Karachi-Affäre“ wird vermutet, dass Nicolas Sarkozy die Abwicklung von illegalen Zahlungen organisiert hätte. Als damaliger Haushaltsminister (1993-95) war er auch Sprecher von Edouard Balladur, der 1995 gegen seinen politischen Freund, Parteichef Chirac, kandidierte. Damals wurden französische U-Boote an Pakistan verkauft. Ein Teil der Provision für die dortigen Vermittler wäre nach Frankreich über Briefkastenfirmen in Luxemburg zurückgekommen, um den Wahlkampf von Balladur zu finanzieren. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Republik ließ Chirac die Provisionszahlungen einstellen. Die pakistanischen Vermittler waren sehr enttäuscht. Am 8. Mai 2002 gab es, vermutlich als Vergeltungsmaßnahme, einen Selbstmordanschlag gegen Mitarbeiter des französischen U-Boot-Herstellers DCN in Karachi; vierzehn DCN-Angestellten, darunter elf Franzosen, wurden getötet.

#### Wer ist eigentlich Sarkozy?

Bei den Veranstaltungen am 9. November 2010, zum 40. Jahrestag des Todes von General de Gaulle, benutzte Nicolas Sarkozy das gaullistische Erbe, um seine eigene Politik zu rechtfertigen. Er sprach sich für einen starken Präsidenten der Republik aus, der von der Notwendigkeit von Reformen überzeugt ist und treu zu sich selbst bleibt. Das Wohl des Volkes und nicht die Kritik und die Schwankungen der öffentlichen Meinung sind für ihn entscheidend. Um für die anderen Menschen offen zu sein, muss man über seine eigenen Werte im Klaren sein. Bei seinem Fernsehgespräch am 16. November zeigte er sich zum Teil sehr bescheiden, auch wenn er die Journalisten gern belehrte. Er dachte laut über die Einsamkeit des Staatsmannes nach, der die Meinungen des Volkes hören soll, ohne dabei auf seinen Entscheidungswillen zu verzichten.



Foto: kna

Präsident Nicolas Sarkozy wurde am 10. Oktober vergangenen Jahres von Papst Benedikt XVI. in einer Audienz

empfangen. Ein neuer Blick des laizistischen französischen Staates auf die Religion ist unverkennbar.



Père Doyen Philippe Capelle-Dumont (li.) ist Universitätsprofessor und Präsident der Académie Catholique de France. Hier ist er im Gespräch mit

Professor Rémi Brague, Akademiedirektor Dr. Florian Schuller und Dr. Pierre Scherer, Studienleiter der Akademie (v.l.n.r.).



Auch Studenten nahmen am Kolloquium „Glaubenswerte – Orientierung für Wirtschaft, Politik und Kultur“ teil.





Das Symposium fand im kleinen Vortragssaal des Collège des Bernardins, im Zentrum von Paris, statt.



Jörg Wolff (li.), Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris, besprach sich vor dem Beginn des Kolloquiums noch mit Professor Hans Maier.



Père Antoine Guggenheim, Referatsleiter am Collège des Bernardins (re.), hieß Akademiedirektor Dr. Florian Schuller und die Reisegruppe aus München willkommen.

Schwierigkeiten und Misserfolge sollen ihn nicht entmutigen, auch wenn es manchmal geschieht.

## II. Fillon als gestärkter Regierungschef

Gleich nach seinem Amtsantritt als Präsident der Republik ernannte Sarkozy am 18. Mai 2007 seinen Parteifreund und Wahlkampfberater François Fillon, zum Premierminister. Die politische Karriere von Fillon, geboren 1954, fing 1983 als Bürgermeister von Sablé-sur-Sarthe und Abgeordneter des Départements Sarthe an. Von 1995 bis 2005 wurde er mehrfach Minister (Forschung, Information, Post, Arbeit und Soziales). Da er 2005 sein Ministeramt verlor, brach er mit Chirac und kämpfte nun auf der Seite von dessen Rivalen Sarkozy. Die Übergangsregierung (Fillon I) wurde nach den Juniwahlen 2007 zur Nationalversammlung umgebildet. Fillon II wurde zweimal, 2008 und wieder zweimal 2009, umgebildet. In Deutschland sind dagegen Veränderungen der Bundesregierung äußerst selten. In Paris, zwischen 2007 und 2010, gab es nicht weniger als vier Europastaatssekretäre bzw. Minister, die auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit zuständig waren.

### Borloo oder Fillon?

Nach den katastrophalen Regionalwahlen vom März 2010 kündigte Sarkozy eine umfassende Regierungsumbildung an, die aber erst nach der umstrittenen Rentenreform im Herbst stattfinden sollte. Diese ungewöhnlich lange Wartezeit hat die Regierung, die Politiker und viele Bürger geärgert und die politischen Rivalitäten unnötig verschärft. Am Ende wurde öffentlich darüber gestritten, ob Fillon durch seinen Gegner in der Regierung, den liberalen Umweltminister Jean-Louis Borloo, ersetzt werden sollte. Sarkozy scheint beiden das Amt angeboten zu haben. Borloo, der Mann der sozialen Reformen, hätte vielleicht das Verhältnis zu Gewerkschaften und zur Linken entspannen können; er hätte auch die politischen Gruppen der Mitte an Sarkozy binden können. Er galt aber als unberechenbar und ausgabefreudig.

Der besonnene und gemäßigte Konservative Fillon, der zwar langweilig aber seriös wirkt, verkörperte dagegen die Kontinuität des Reformkurses. Er steht für Haushaltsdisziplin und Sparpolitik – was in Berlin gern gesehen wird! Darüberhinaus ist Fillon in der UMP-Fraktion hochgeschätzt und seit 2008 in der öffentlichen Meinung sogar populärer als Sarkozy. Nach einer Meinungsumfrage von Anfang November 2010 über die Wahlabsichten für 2012 würde er gegen die Generalsekretärin der Sozialistischen Partei, Martine Aubry, besser abschneiden als Sarkozy und sogar siegen. Seine Wiederernennung hat ihn politisch gestärkt. Am 15. November kam die linke Tageszeitung *Libération* mit folgendem Titel auf Seite eins heraus: „Fillon behält Sarkozy“. Borloo war so wütend, dass er es ablehnte, Minister unter Fillon zu bleiben.

Mit 30 Mitgliedern ist die neue Regierung kleiner als Fillon II (37). Bekannte Politiker der Linken wie Bernard Kouchner (Außenminister) oder Angehörige der ethnischen Minderheiten wie die Schwarze Ramada Yade (Sport) sind nicht mehr vertreten. Geblieben sind Minister, die eine relativ starke Stellung wie Michèle Alliot-Marie (Justiz, jetzt Außenministerium), Brice Hortefeux (Innenminister), Christine Lagarde (Wirtschaft, Finanzen, Industrie) hatten. Der Anteil der treuen Neogaullisten hat zugenommen. 2007 wollte Sarkozy mit Chirac brechen. Jetzt, wo er bedroht ist, holt er die alte Garde

zurück und macht aus dem ehemaligen Premier-Minister Alain Juppé (Oberbürgermeister in Bordeaux) die Nummer 2 in der Regierung (Verteidigung). Dafür hat er seine politischen Freunde der Mitte, wie Borloo und Hervé Morin (Verteidigungsminister und Vorsitzender des Neuen Zentrums) stark verärgert. Die neuen Minister der Mitte in Fillon III spielen politisch nur eine Nebenrolle. Die wichtigsten Staatsämter befinden sich nun in den Händen von UMP-Mitgliedern.

## III. Kandidaten und Parteien

In der Perspektive der Wahlen von 2012 suchen schon alle Parteien ihre Kandidaten aus und bereiten die entsprechenden Programme vor. Die Fokussierung auf die Präsidentschaftswahl erklärt sich dadurch, dass der Präsident durch die Verfassung viel Macht besitzt und das politische System beherrscht. Zwei große Parteien (UMP und Sozialisten) setzen sich durch, da sie aber selten die absolute Mehrheit erreichen, sind sie auf Wahlbündnisse angewiesen.

### Front National

Nach ihrer Gründung 1972 und schwankenden Ergebnissen erreichte die extremrechte Front National (FN) bei der Präsidentschaftswahl 2002, mit 16,9% das zweitbeste Ergebnis nach Chirac (19,9%). Zum Teil wegen des populistischen Wahlkampfes von Sarkozy erlitt die Partei schwere Niederlagen 2007. Mit 3,8 Millionen Stimmen (10,44%) rutschte Le Pen in die vierte Position beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung gab es nur 1,1 Million Stimmen (4,29%) für die Partei im ersten Wahlgang. Die FN war finanziell ruiniert. Der alte Le Pen (82 Jahre alt) zieht sich langsam zurück, und der Kongress in Tours (15. – 16. Januar 2011) wird seine Tochter zur neuen Vorsitzenden bestimmen. Marine Le Pen, 42 Jahre alt (drei Kinder, geschieden), Rechtsanwältin und Europaabgeordnete kommt in den Medien und in der öffentlichen Meinung gut an. Wegen der Schwierigkeiten von Sarkozy könnte sie 2012 gute Ergebnisse erzielen.

### Union pour un Mouvement Populaire

Die UMP wurde im November 2002 als Nachfolgerin der RPR gegründet. Um Wahlen zu gewinnen und die Macht zu erhalten, sollte sie die verschiedenen Strömungen der Regierungsrechten (Gaullisten, Liberale, Zentristen) binden und die Zahl der Präsidentschaftskandidaten reduzieren. Sarkozy war Vorsitzender der UMP (November 2004 bis Juli 2007). Seit seiner Wahl zum Präsidenten der Republik hat er keinen neuen Vorsitzenden zugelassen, um keinen Rivalen aufzubauen. Der Generalsekretär der UMP steht unter seinem direkten Einfluss. Der neue Generalsekretär Jean-François Copé, will loyal bleiben, ohne auf seinen politischen Ehrgeiz zu verzichten. Er wird Sarkozy 2012 unterstützen, meldet sich aber schon als Kandidat für 2017. Sollte Sarkozy 2012 nicht kandidieren, dann würde es wahrscheinlich zu einem Kampf zwischen Fillon und Copé kommen. Der Rechtsanwalt Copé ist Bürgermeister von Meaux (Département Seine-et-Marne) und Abgeordneter in der Nationalversammlung. Er war Haushaltsminister (2004-07) und Fraktionsvorsitzender der UMP (2007-10). Die UMP hätte Anfang 2011 245 000 Mitglieder und wäre damit die mitgliederstärkste französische Partei. Die sozialistische Partei besitzt aber die meisten



politischen Ämter auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

### Parti solidaire und Christdemokraten

Dominique de Villepin, ehemaliger Außenminister (2002-05) und Regierungschef (2005-07) behauptet sich als einer der schärfsten Gegner seines früheren Innenministers Sarkozy. Obwohl er Mitglied der UMP bleibt, hat er eine eigene Partei (Parti solidaire, mit 4500 Mitgliedern Ende November 2010) gegründet. Er will eine glaubwürdige Alternative zu Sarkozy sein und selbstverständlich 2012 kandidieren.

Die ehemalige Ministerin für die Stadtentwicklung (Mai 2007-Juni 2009), Christine Boutin, hat auch ihre eigene christlich-demokratische Splitterpartei und will unbedingt für 2012 kandidieren. Sie stellt ihre Arbeit unter die Ägide Robert Schumans.

### Die gespaltene Mitte

Die beiden Minister der Regierung Fillon II, Hervé Morin (Verteidigung) und Jean-Louis Borloo (Ökologie), gehören der Regierung Fillon III nicht mehr an. Nun wollen sie auch für 2012 kandidieren, obwohl ihre Parteien ein lockeres Bündnis mit der UMP gebildet haben. Morin ist Vorsitzender des Nouveau Centre, eine Abspaltung der Union pour la Démocratie Française, UDF, von François Bayrou. Borloo ist Vorsitzender der Parti radical (der liberale Flügel einer alten linken Partei, der sich selbstständig gemacht hat). François Bayrou, der frühere starke Mann der Mitte (18,57% beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002) wird auf jeden Fall 2012 kandidieren. Aus der UDF hat er am 1. Dezember 2007 eine neue Partei (Mouvement Démocrate, MODEM) gemacht, die bei den Wahlen 2008 und 2009 schlecht abgeschnitten hat. Seit 2007 lehnt er jedes Bündnis mit Sarkozy ab. Die Mitte ist schwach und gespalten.

Die Vielzahl der Kandidaturen im rechten Lager für 2012 könnte den offiziellen Kandidat der UMP (Sarkozy oder ein anderer) schwächen. Das Ziel von Sarkozy, wenn er kandidiert, ist klar. Er will die Konservativen und liberalen Kräfte bündeln, um die meisten Stimmen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2012 zu erhalten. Von dieser Position aus soll sich eine Wahldynamik zu seinem Gunsten entwickeln, um sich gegen die Linke zu behaupten.

### Sozialisten und Grüne

Auf der linken Seite, die zur Zeit in den Meinungsumfragen favorisiert wird, ist die Lage noch unübersichtlich und das ist vielleicht eine Chance für Sarkozy. Mit einem komplexen Wahlverfahren, das nicht nur für Parteimitglieder offen sein soll, werden sich die Sozialisten (Parti socialiste, PS) bis Herbst 2011 zwischen einer Vielzahl von Kandidaturen entscheiden müssen. Die stärkste Sympathie genießt Dominique Strauss-Kahn. Der ehemalige Minister (Wirtschaft und Finanzen, Industrie und Handel) der 1990er Jahre, ist seit dem 1. November 2007, auf Vorschlag Sarkozys, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds. Sein Mandat dauert fünf Jahre und er wartet noch ab, ob er in Washington bleibt oder zum Wahlkampf nach Paris geht. Drei weitere Spitzenkandidaten haben ihre Absichten bekannt gegeben: Martine Aubry (die aktuelle Generalsekretärin der PS und Bürgermeisterin von Lille), Segolène Royal (die Kandidatin 2007 gegen Sarkozy, Präsidentin der Region Poitou-Charente) und ihr früherer Lebenspartner François Hollande



Panel 1 des Kolloquiums „Glaubenswerte“ drehte sich um die Wirtschaft. Pierre de Lauzun, stv. Generaldirektor des französischen Bankenverbandes (li.), und Burkhard Leffers, stv. Vor-

sitzender des Bundes Katholischer Unternehmer (re.), diskutierten unter der Leitung von Michel de Virville vom Collège des Bernardins.



Beim Panel 2 – Thema Politik – sprachen Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung (li.), und Denis Badré, stv. Vor-

sitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten im französischen Senat (re.). Es moderierte Jens Paulus von der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller (Mi.) hatte die Moderation beim Panel 3 des Kolloquiums übernommen. Zum

Thema Kultur tauschten sich Professor Hans Maier (li.) und Professor Rémi Brague aus.

(Vorgänger von Aubry als Generalsekretär der Partei). Sechs weitere Sozialisten sind auch bereit zu kandidieren. Eine schwierige Lage, weil die Partei trotz den vielen Strömungen ein glaubwürdiges Programm verabschieden muss und eine echte Krise des „Leadership“ seit Jahren durchmacht.

Die Grünen, les Verts, haben seit ihrer Gründung 1984 schwankende Wahlergebnisse erzielt. Mit der Ökologiebewegung Europe Ecologie des Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit erhielten sie erstaunliche Ergebnisse bei den Europawahlen 2009 (16,3 %) und bei den Regionalwahlen 2010 (12 %). Beide Organisationen haben am 13. November 2010 in Lyon eine neue Umweltpartei (Europe Ecologie – les Verts) mit etwa 15 000 Mitgliedern gegründet. Generalsekretärin ist Cécile Duflot. Bis Juni 2011 soll ein Kandidat für 2012 ausgesucht werden. Die frühere Untersuchungsrichterin Eva Joly möchte die gemeinsame Spitzenkandidatin sein. Andere bekannte Grüne verfolgen das gleiche Ziel. Der populäre Umweltjournalist Nicolas Hulot, zögert noch; 2007 hatte er Sarkozy unterstützt.

### IV. Die soziale Krise

Das politische Klima in Frankreich ist gereizt, weil die wirtschaftliche und soziale Lage gespannt ist. Das Land kommt langsam aus der großen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008-09, die Ergebnisse von 2010 sind eher enttäuschend und die Perspektiven für die zwei nächsten Jahre sind nicht besonders erfreulich. Die Zahlen sprechen für sich.

### Schwaches Wachstum

Erreichte das wirtschaftliche Wachstum 2007 noch 2,3 %, dann ging es bergab: 0,4 % für 2008 und sogar -2,5 % für 2009. Das Wachstum für 2010 (1,5 %) und die Prognosen für die zwei folgenden Jahre (etwa 1,5 %) sind eher bescheiden. Der Konsum und die Investitionen der Unternehmen haben das Niveau von vor der Krise noch nicht wieder erreicht. Die strengen Sparprogramme in Frankreich und bei den EU-Partnern und die Verlangsamung der Weltwirtschaftsentwicklung werden das Wachstum nicht fördern. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem hohen Niveau und nimmt nicht ab (im Gegensatz zu Deutschland); von 8,4 % im Jahre 2007 ist sie auf 9,5 % im Jahre 2010 gewachsen. Besonders hart betroffen sind Menschen zwischen 18 und 25 Jahren (Arbeitslosigkeit: 23 %) und die Senioren über 55.

Die öffentliche Verschuldung hat enorm zugenommen und nimmt jetzt eine bedrohliche Dimension. Erreichte das Defizit des Staatshaushalts 2,7 % des BSP 2007, so sind es 7,7 % 2010. Erst ab 2011 und 2012 soll das Defizit mit 4,6 % reduziert werden. Das Ziel von 3 % im Jahre 2013 ist nicht sehr glaubwürdig. Die kumulierte öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BSP ist von 63,8 % im Jahr 2007 auf 82,9 % 2010 gestiegen. Die Nähe des Wahljahres 2012, die zu höheren Sozialausgaben lockt, die Ablehnung der Struktur-reformen durch einen großen Teil der Bevölkerung und die begrenzte Reformfähigkeit des Staates erschweren den notwendigen Kampf gegen die Verschuldung, die die Zukunft des Landes belastet. Eine zu strenge Sparpolitik des Staates könnte aber auch die zögerliche Ankurbelung der Wirtschaft gefährden.

### Diskriminierung der Roma

Die Zerbrechlichkeit der französischen Gesellschaft, die zunehmende Angst vor der sozialen Deklassierung





*Notre Dame, die Kathedrale von Paris, war eines der Besuchsziele der Reisegruppe.*

und die Last der Überschuldung schafften den Nährboden für politische Konflikte. Die Auseinandersetzungen um die Migration und um die Rentenreform sind gute Beispiele für diese bedenkliche Entwicklung. In Deutschland gab es die Diskussion über das Buch von Thilo Sarrazin (Deutschland schafft sich ab), in Frankreich ging es um die Roma. Obwohl Frankreich eine große Einwanderungstradition besitzt und viele Asylbewerber aufnimmt, gibt es starke Zweifel am Erfolg der Integration und Sorgen über die Bildung von Parallelgesellschaften, sowie über die Zukunft der nationalen Identität. Die Banalisierung der Rede über die Gefahr der Islamisierung ist immer zu befürchten.

Nach einigen Zwischenfällen zwischen Roma und der französischen Polizei hielt Sarkozy Ende Juli 2010 in Grenoble eine scharfe Rede gegen kriminelle und illegal im Land lebende Ausländer. Es wurden illegal errichtete Lager ausgeräumt, Roma abgeschoben und schärfere Gesetze gegen Ausländer angekündigt. Eingebürgerten Franzosen sollten bei bestimmten Gesetzesverstößen die Staatsangehörigkeit entzogen werden. Diese Maßnahmen spalteten schnell Parteien, Regierung und Gesellschaft. Es gab Demonstrationen in vielen Städten. Die katholische Kirche, die EU in Brüssel und die Vereinigten Nationen in New York zeigten sich über die Gefahr der Diskriminierung besorgt. Im Streit mit der EU-Kommission musste die französische Regierung nachgeben und die nationale Gesetzgebung nachbessern, weil EU-Richtlinien über die Freizügigkeit in der EU nicht angewendet wurden. In Frankreich wurde Sarkozy mit dem Vorwurf einer populistischen Politik konfrontiert, um von seiner erfolgloser Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulenken.

#### **Streit um die Rentenreform**

Das Thema der Rentenreform hat die öffentliche Debatte ab Mai 2010 und besonders von September bis November beherrscht. Weil die Menschen immer

älter werden und die Rentenkassen schon stark defizitär sind, wollte Sarkozy das Rentensystem unbedingt reformieren – es war für ihn sogar die wichtigste Reform seiner Amtszeit. Zwei Maßnahmen waren beabsichtigt:

1. Das Rentenalter wird von 60 auf 62 angehoben (in Deutschland: 67).

2. Die volle Rente wird erst ab 67 Jahren bezahlt, wenn man vorher 41 Jahre (ab 2012) oder 41,5 Jahre (ab 2018) in die Rentenkasse eingezahlt hat.

Die Rente mit 60 sowie die 35 Stundenwoche wurden in der Zeit von François Mitterrand (1981-95) eingeführt, seitdem werden sie als angestammtes Recht betrachtet. Viele Franzosen wollten auf diese Errungenschaft nicht mehr verzichten, obwohl der soziale und wirtschaftliche Kontext sich stark verändert hat. Sie wollten auch nicht einsehen, dass andere EU-Länder radikale Rentenreformen durchgeführt haben. Zwischen Mai und November gab es elf Demonstrations- und Streiktage, fünf allein im Oktober. Bei den zwei größten Demonstrationen am 12. und 19. Oktober zählten jeweils die Gewerkschaften 3,5 Millionen Demonstranten in ganz Frankreich, für die Polizei waren es immerhin 1,1 Million. Laut Umfragen unterstützten 71 % der Franzosen die Demonstrationen am 12. Oktober. Da Raffinerien und Erdöldepots blockiert wurden, gab es oft kein Benzin mehr. Damit wurde die Protestbewegung unpopulär.

Ohne wesentliche Konzessionen der Regierung wurde das Gesetz in letzter Lesung von der Assemblée Nationale am 27. Oktober verabschiedet. Bis auf Einzelheiten wurde es am 9. November vom Conseil Constitutionnel (Verfassungsrat) bestätigt und ein Tag später mit der Unterschrift des Präsidenten der Republik im Journal Officiel verkündet. Obwohl der Preis der Unpopularität sehr hoch war, wollte Nicolas Sarkozy unbedingt beweisen, dass Frankreich reformfähig ist. Es war auch sehr wichtig für die internationale Glaubwürdigkeit des Landes, gerade in der Zeit der Eurokrise. Frankreich hatte ein weiteres mal gezeigt, dass es seit der Revolution von 1789 und den Maiunruhen von 1968 das protestfreudigste Land in Europa bleibt. Man soll auch darüber nachdenken, was es für den Zustand der Demokratie bedeutet, dass der Straßenprotest sich gegen die parlamentarische Mehrheit durchsetzen will. Deutschland kennt diese Debatte mit Stuttgart 21.

#### **V. Ein spannendes Jahr 2011**

Das Jahr 2011 wird bestimmt spannend, weil der Druck der Wahlen von 2012 zunehmen wird. Bis zum Herbst müssen Kandidaten, Programme, Bündnisse und Strategien beschlossen werden. Andere Ereignisse werden das politische Klima verschärfen. Zwei Wahltermine werden zeigen, ob die Linke nach wie vor die Mehrheit der Franzosen hinter sich hat. Bei den Kantonalwahlen am 20. und 27. März werden die Parlamente der Départements zum Teil erneuert. Mit der Erneuerung der Hälfte des Senats im November kann die Linke eine knappe absolute Mehrheit erreichen. Sollte es dazu kommen, wäre es natürlich eine starke Ermunterung für 2012. Gaston Monnerville war von 1945 bis 1968 der letzte linke Präsident des Senats, er gehörte der Parti radical an, die damals nicht gespalten war.

Zwei Prozesse werden im Frühjahr Schlagzeilen machen. Der frühere Staatspräsident Jacques Chirac (78)



*Prof. Dr. Andreas Sohn, Professor für Mittelalterliche Geschichte in Paris (2. v. r.), zeigte Paris aus historisch-topographischer Perspektive.*

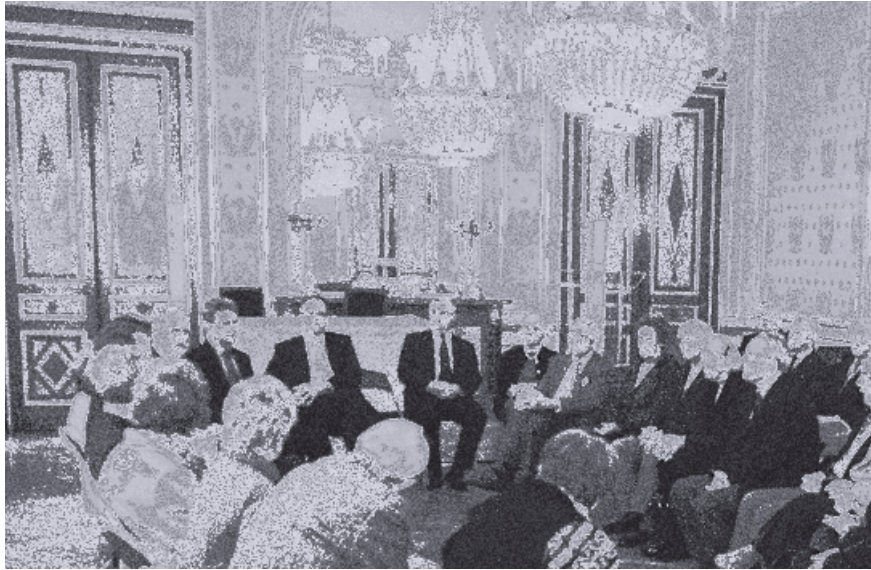


muss sich im März und April wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder gerichtlich verantworten. Als Bürgermeister von Paris (1977-1995) hat er die Gehälter von Mitarbeitern seiner Partei RPR durch das Pariser Rathaus direkt bezahlen lassen. Der zweite Prozess im Mai betrifft Dominique de Villepin, den letzten Regierungschef von Chirac (2005-07). Die Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen de Villepin in dem „Clearstreamprozess“ eingelegt, bei dem er frei gesprochen worden war. Es soll geklärt werden, ob de Villepin daran beteiligt war, dass der damalige Innenminister Sarkozy vor 2007 fälschlicherweise verdächtigt wurde, Geheimkonten im Ausland eröffnet zu haben.

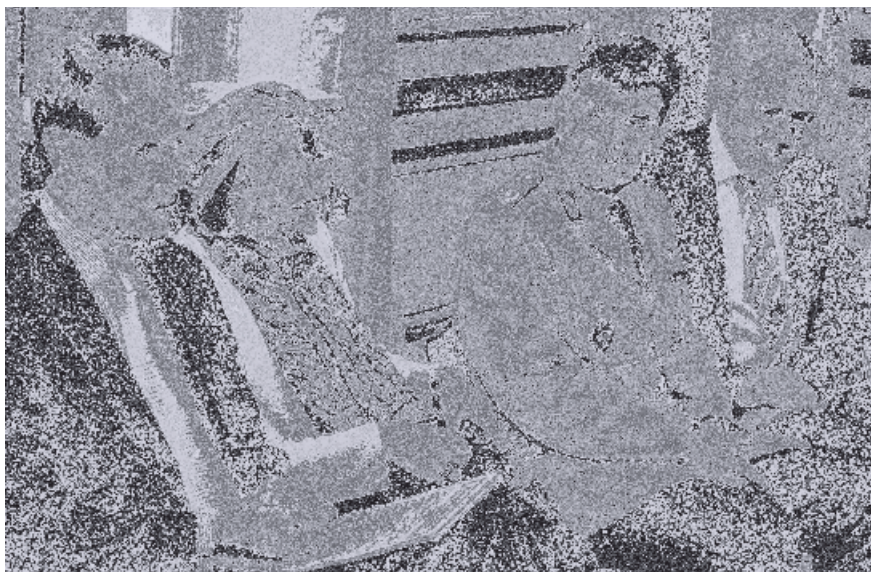
Bei seinem Fernsehinterview vom 16. November 2010 kündigte Sarkozy zwei wichtige Reformen für 2011 an: die Steuerreform und die der Altenpflege. Mit der Steuerreform möchte er die Steuersysteme von Frankreich und Deutschland besser harmonisieren. Der sogenannte Steuerschutzschild, den er selber 2007 eingeführt hat, soll nicht mehr so günstig für die Superreichen ausgestaltet sein wie jetzt, wo sie nicht mehr als 50% ihres Einkommens an den Staat abführen müssen. Die Vermögenssteuer soll auch auf eine neue Grundlage gestellt werden. Da die Zahl der Senioren und die Kosten der Altenpflege regelmäßig zunehmen, will sich Sarkozy

mit diesem Thema beschäftigen. Wenn keine Pflegeversicherung eingeführt wird, könnte der Staat auf die Erbschaften zurückgreifen. Die Form und die Finanzierung der Altenpflege (la dépendance) werden neu geregelt.

Nicolas Sarkozy hofft, die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten durch seine außenpolitischen Erfolge zu relativieren. Es geht nicht nur um die Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen – trotz Differenzen – und um die gemeinsame Rettung des Euros nach den großen Krisen mit Griechenland und Irland. Als Vorsitzender der G 8 und der G 20 (November 2010 bis November 2011) wird er viel reisen und mit den großen Staatsmännern- und -frauen dieser Welt zusammenkommen. Er möchte u.a. das Weltwährungssystem reformieren. Es sind zwei Gipfeltreffen vorgesehen: am 26.-27. Mai in Deauville/Normandie für die G 8 und am 3.-4. November in Cannes für die G 20. Ob internationale Aktivitäten die Popularität und die Wahlchancen von Sarkozy erhöhen werden, bleibt abzuwarten. □



Die Gäste aus München in einem Raum des Palais Beauharnais, dem Großen Speise- und Konzertsaal der Residenz des deutschen Botschafters in Paris.



Botschafter Reinhard Schäfers (li.), mit seiner Frau und zwei seiner Attachés. Die Diplomaten nahmen sich Zeit für das Gespräch mit der Reisegruppe der Katholischen Akademie.

## Die Situation der Religion im Frankreich von heute

Frédéric Lenoir

Frankreich ist ein tief katholisches Land, über Jahrhunderte geprägt durch eine absolute Monarchie, bis in seinen Kern erschüttert durch die Ereignisse der Französischen Revolution. Auch das Gesetz von 1905 über die Trennung von Staat und Kirche war ein ziemlich brutales politisches Ereignis, denn viele Ordensgemeinschaften wurden aus ihren Klöstern vertrieben, was natürlich weitgehende Auswirkungen hatte. Allerdings ist es im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts gelungen, diese traumatischen Geschehnisse zu verarbeiten und zu einem Konsens zu gelangen, wonach Politik und Religion ihren je eigenen Platz in der Gesellschaft haben. Es kam insofern zu einer Art Privatisierung der Religion, als sich die Gläubigen damit abfinden mussten, ihre Religion im Privatbereich zu leben und sich dazu nicht im öffentlichen Bereich zu äußern.

Wie stark der Konsens über die Trennung von Staat und Kirche in der französischen Gesellschaft heute ist, wurde kürzlich sehr deutlich: Als Präsident Sarkozy das Gesetz von 1905 wieder zur Diskussion stellen wollte, um es etwas aufzubrechen und offener zu gestalten – in Rom bei einer Rede im Lateran sagte er, die Religion sei für den Menschen unverzichtbar und sollte im öffentlichen Leben präsenter sein –, da hat dies in Frankreich sehr feindselige Reaktionen ausgelöst, auch bei Katholiken. Die Idee der Trennung von Staat und Religion ist nämlich im Bewusstsein der Franzosen stark verankert;

*Mittlerweile gibt es einen harten Kern von gläubigen Katholiken, die viel bewusster und persönlicher bekennen, zur katholischen Glaubensgemeinschaft zu gehören.*

man will die äußerst heftigen Konflikte des 19. Jahrhunderts zwischen Politik und Religion nicht noch einmal erleben. Alle sind zufrieden mit dieser Trennung, auch wenn es in beiden Lagern Minderheiten gibt, die sich eine Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Politik und Kirche wünschen.

Man darf dabei nicht vergessen, dass in Frankreich wie überall in Europa eine starke Säkularisierung stattgefunden hat. Während des 20. Jahrhunderts ist die institutionelle Religion immer mehr zurückgetreten, und diese Entwicklung hält an. Frankreich ist ein kulturell stark katholisch geprägtes Land – durch die Feste, die Sprache, die verschiedensten Zeichen, die man überall sehen kann, zum Beispiel die zahlreichen Kathedralen und Kirchen. Frankreich ist also eine katholische Landschaft. Und doch wird der Katholizismus hier immer mehr zur Minderheit, auch wenn noch immer zwei Drittel der Franzosen katholisch getauft sind.

Bei Umfragen, wie vor zwei Jahren in der Zeitung „Le Monde des Religions“, bekennt sich nur noch jeder zweite Franzose spontan als Katholik. Und die Hälfte von diesen 50 % ist gar nicht mehr gläubig. Das heißt: 50% der



Dr. Frédéric Lenoir, Publizist, Herausgeber der Zeitschrift „Le Monde des Religions“, Paris

Franzosen sagen, sie seien katholisch, aber dabei geht es um einen rein kulturellen Katholizismus, um ein kulturelles Erbe. Und wenn man bei den Gläubigen nachhakt, zeigt sich, dass nur 10 % von ihnen regelmäßig zur Kirche gehen, und d. h. für den Soziologen ein Mal im Monat, nicht ein Mal in der Woche.

Diese katholische Minderheit aber steht immer mehr zu ihrer Identität. Als man noch in einem mehrheitlich katholischen Land lebte, gab es eine Vielzahl von Leuten, die zwar ihre Religion praktizierten, sich aber nicht unbedingt dafür einsetzten. Mittlerweile gibt es einen harten Kern von gläubigen Katholiken, die viel bewusster und persönlicher bekennen, zur katholischen Glaubensgemeinschaft zu gehören. Der harte Kern von Katholiken schrumpft, aber diese Gläubigen sind sehr viel stärker engagiert und haben ein ausgeprägtes Bewusstsein ihrer katholischen Identität – und sie bekennen sich auch öffentlich immer mehr zu dieser Identität. Vor 20, 30 Jahren waren die Katholiken bei öffentlichen Diskussionen zaghaft, heute treten sie sehr viel entschiedener auf. Wenn der Katholizismus angegriffen wird, etwa durch Humoristen und Karikaturisten, oder wenn der Papst heftig kritisiert wird, dann reagieren die Katholiken heute, dann reagiert der französische Episkopat. Und die Laien haben Organisationen zur Verteidigung des Katholizismus gegründet.

Die französischen Katholiken verhalten sich also ebenso, wie sich früher andere Minderheiten vor ihnen verhalten haben. Es ist ein für Minderheiten, die sich von einer kritischen und feindseligen Umwelt belagert fühlen, typisches Verhalten. Zugleich wird deutlich, wie kraftvoll diese katholische Minderheit auftritt, die sich hinter dem Papst sehr einig weiß. Auch wenn die meisten Katholiken die Vorschriften des Papstes nicht einhalten und seine Meinung nicht unbedingt in allen Punkten teilen, so gibt es doch eine starke Solidarität dieses harten Kerns treuer katholischer Gläubiger, die zur Messe gehen und sich für ihre Kirche engagieren. □



## Zur aktuellen Situation der Katholiken in Frankreich

Philippe Levillain

In früheren Zeiten hieß katholisch sein vor allem, sich das anzueignen, was das kirchliche Lehramt als Glaubenswahrheit verkündet, wie es im Credo von Nizza formuliert ist und in jeder Messe bekannt wird. Es hieß auch, die kirchlichen Vorschriften bezüglich des Sakramentenempfangs skrupulös zu befolgen: jeden Sonntag die Messe besuchen, regelmäßig beichten und in der österlichen Zeit die Kommunion empfangen. So wurde klar unterschieden zwischen Katholiken bzw. Gläubigen und den Anderen.

Diese Charakterisierung stammt von dem bekannten französischen Historiker René Rémond (1918 – 2007), lange Jahre Präsident des „Centre catholique des intellectuels français“. Rémond war ein herausragender katholischer Intellektueller, der zu vermitteln wusste zwischen dem Episkopat bzw. Rom und den katholischen Laien, zwischen der Kirche und der säkularisierten Gesellschaft, die seine wissenschaftliche Kompetenz anerkannte. Sein 2007 erschienenes Werk „Le christianisme va-t-il mourir?“ (Wird das Christentum verschwinden?) hat mit seiner ketzerischen Fragestellung unter kirchlichen Amtsträgern Anstoß erregt.

*In Frankreich, das lange Zeit als „die älteste Tochter der Kirche“ galt, haben in den letzten Jahrzehnten das religiöse Leben, die christliche Kultur und das liturgische Erinnern Schaden genommen.*

Wenn heute vom Schweigen der katholischen Intellektuellen die Rede ist, muss das Schweigen aller französischen Intellektuellen seit den 1980er Jahren in den Blick genommen werden, als in Frankreich die politische Linke an die Macht kam und die Frage der Laizität neu gestellt wurde. – In der aktuellen Krise sehen sich die Katholiken mit einem religiösen Pluralismus konfrontiert. Für intellektuell wache Menschen ist der interreligiöse Dialog ein faszinierendes Thema. Und in der kirchlich schwierigen Situation nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil erwiesen sich die meisten französischen Bischöfe als intellektuelle der Pastoral.

In Frankreich, das lange Zeit als „die älteste Tochter der Kirche“ galt, haben in den letzten Jahrzehnten das religiöse Leben, die christliche Kultur und das liturgische Erinnern Schaden genommen. Die regelmäßige religiöse Praxis geht immer mehr zurück. Nach neuesten Umfragen (2009) bekennen sich 51 % der Franzosen zum katholischen Glauben, und davon gehen 52 % niemals in die Kirche, es sei denn anlässlich von Familienfesten. 1943 fragten die Priester Godin und Daniel in ihrem berühmten Buch „La France, pays de mission?“ (Ist Frankreich ein Missionsland?), warum die Christen in Frankreich verzweifeln und worauf sie ihre Hoffnung setzen.

Das Christentum ist eine Botschaft, bei der es immer sowohl um das



Prof. Dr. Philippe Levillain, Professor für Politik- und Religionsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Université de Paris X-Nanterre

schriftlich fixierte Wort Gottes als auch um die Überlieferung dieser Schrift und die Formulierung von für die Vermittlung der Botschaft geeigneten Sprachen geht. Die Griechen der Antike verfügten über die Koine, später war Latein Jahrhunderte lang die allgemein akzeptierte Sprache der christlichen Unterweisung. Mit der Entscheidung der französischen Bischöfe, im Zuge des Konzils ab 1963 die Gesamtheit der kirchlichen Zeichen und der Kirchensprache in die Landessprache zu überführen, wurden einer Semantik und einer Semiotik Tür und Tor geöffnet, in denen sich Profanes und Heiliges vermischen. Bei Messen in ländlichen Pfarreien erschließt sich den Mitfeiernden vielfach nicht der Sinn der gesprochenen Worte, vor allem des Nizänischen Glaubensbekenntnisses. Die sprachliche Umorientierung hat nicht zu der erhofften Festigung des Glaubens geführt, weder durch die Sprache noch durch das Wort zum Wort Gottes. Die Konzilstexte waren für viele unverständlich. Mit ‚Tradition‘ ist nicht Konservatismus gemeint, sondern Vermittlung – aber dem Katholizismus im heutigen Frankreich sind weithin die Bedingungen der Vermittlung abhanden gekommen.

Dennoch würde ich behaupten: Nicht alle Hoffnung ist verloren! Im Jahre 2009 wurde die *Académie Catholique de France* gegründet. Sie ist nach Sektionen gegliedert und führt etwa sieben Mitglieder – Kleriker und, in der großen Mehrzahl, Laien – zusammen, darunter herausragende Intellektuelle wie die Philosophen Jean-Luc Marion und Rémi Brague, Pierre Manent, Xavier Le Pichon, P. Jean-Robert Armo-gathe und Mgr. Joseph Doré, Altbischof von Straßburg. Als Vorbilder dienten die Katholischen Akademien in Deutschland, vor allem die Akademie des Bistums Mainz. Der *Académie Catholique de France* geht es in erster Linie um einen wissenschaftlichen Dialog zwischen Theologen und Philosophen. Der katholische Intellektuelle muss zu seiner alten Kraft zurückfinden, unterstützt durch die Kollegialität. □

## Zur aktuellen Situation der Protestanten

André Encrevé

Ein erstes Merkmal des französischen Protestantismus ist seine Reintegration in die nationale Gemeinschaft. Wie Sie wissen, hatte König Ludwig XIV. 1685 versucht, den Protestantismus verschwinden zu lassen, mit der Aufhebung des Edikts von Nantes: Die Ausübung jeder anderen Religion außer der katholischen sollte mit dem Tode bestraft werden. Glücklicherweise ist Ludwig XIV. damit nicht durchgedrungen, dennoch musste der französische Protestantismus ein Jahrhundert lang im Untergrund überleben. Die Revolution von 1789 hat ihm dann die Freiheit und Gleichheit zurückgegeben.

Lange Zeit gab es in Frankreich anti-protestantische Gruppierungen, die in den Protestanten keine wirklichen Franzosen sahen. Aber heute gibt es praktisch keine antiprotestantische Polemik mehr. Ich glaube sogar, dass zumindest einige Journalisten den Protestanten heute Sympathie entgegenbringen und ihnen mitunter schmeichelhafte moralische Qualitäten zuschreiben. So fragte z. B. das amerikanische Wochenmagazin „Newsweek“ im November 1997, warum der damalige französische Ministerpräsident Lionel Jospin so beliebt sei, und weist nach einer Reihe politischer Überlegungen darauf hin, er sei Protestant. Dies aber wird in der Phantasie vieler Franzosen mit Redlichkeit gleichgesetzt. Aus der Presse sind die anti-protestantischen Stereotype weitgehend verschwunden.

*Die Pastoren des französischen Protestantismus kennen kein Nachwuchsproblem: Noch nie hat es so viele Pastoren gegeben wie heute. Noch nie hat es so viele Pastoren gegeben wie heute.*

Die Pastoren des französischen Protestantismus kennen kein Nachwuchsproblem: Noch nie hat es so viele Pastoren gegeben wie heute. Zählte man 1850 in ganz Frankreich 750 Pastoren, so sind heute über 2000 Pastoren Mitglieder der „Fédération protestante de France“. Weil im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der Protestanten sich nicht verdreifacht, sondern verdoppelt hat, gibt es heute mehr Pastoren pro Kopf der Bevölkerung als je zuvor. Ihr Durchschnittsalter liegt zwischen 40 und 45 Jahren, was in etwa dem der Protestanten und der Gesamtgesellschaft entspricht. Etwa die Hälfte der Pastoren sind heute Frauen; eine der wichtigsten Reformen der Jahre 1960 bis 1980 sicherte den Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Pastorenamt. Heute gibt es im französischen Protestantismus mehr Pastorinnen als in allen anderen Kirchen Frankreichs, bei weiter steigender Tendenz. Anders als ein Teil der kirchlichen Amtsträger sind die Gläubigen mit dieser Innovation sehr zufrieden.

Die Beziehungen zwischen den Konfessionen in Frankreich entwickeln sich sehr gut. Die Reformierte und die Lutherische Kirche haben sich 2007 weitgehend angenähert und wollen 2013 die vollständige Einigung vollziehen. Zwischen der Anglikanischen und der Re-



Prof. Dr. André Encrevé, Professor für Zeitgeschichte, Université de Paris XII

formierten Kirche kam es zu einer Einigung über die gegenseitige Anerkennung des priesterlichen Amts. Weniger positiv ist das Verhältnis zur katholischen Kirche; so stießen verschiedene vatikanische Erklärungen aus jüngerer Zeit bei den Protestanten auf Ablehnung. In Frankreich blüht die Ökumene vor allem vor Ort: Die Pfarrer und Pastoren im gleichen Sprengel pflegen im Allgemeinen sehr gute Beziehungen. Es werden immer wieder, etwa zur Woche der Einheit oder zur Karwoche, gemeinsame Gottesdienste gefeiert.

In der protestantischen Gemeinschaft Frankreichs kann man drei verschiedene politische Kulturen unterscheiden: **1)** Die Protestanten im Elsass, die eher ihren nordeuropäischen, vor allem ihren deutschen Glaubensbrüdern nahe stehen, sind weniger links eingestellt, aber ökologisch sensibilisierter als die reformierten Protestanten im übrigen Frankreich; **2)** Die Protestanten evangelischer Tendenz sind weniger von der Geschichte geprägt und, vor allem im Hinblick auf moralische Fragen, konservativer eingestellt; **3)** Der „historische“ Protestantismus, der der Linken verbunden bleibt, vertrat zunächst eine republikanische und laizistische Position, bevor er eine moderat sozialistische Haltung einnahm. Seine Entscheidung für eine moderate Linke erklärt sich wohl zunächst aus seiner Geschichte als einer vor allem von Konservativen verfolgten Minderheit. Ein weiterer Grund liegt in der protestantischen Theologie, die von der persönlichen Beziehung zwischen Gott und den Gläubigen und davon spricht, dass der Einzelne in allen Bereichen, nicht zuletzt in der Politik, selbst aktiv werden muss. Dahinter stehen aber auch die Ekklesiologie mit der Lehre vom allgemeinen Priestertum sowie die Spiritualität: Der Protestantismus lehnt es grundsätzlich ab, Gegenständen, welcher Art auch immer, sakrale Eigenschaften zuzuschreiben. Von daher lehnt er auch jede Sakralisierung des Staates oder einer politischen Funktion, auch die des Amts des französischen Staatspräsidenten, ab. □



## Zur aktuellen Situation der Muslime in Frankreich

Franck Frégosi

Insgesamt etwa 3 bis 4 Millionen Menschen gehören in Frankreich der muslimischen Kultur an. Die meisten haben Migrationshintergrund, sind aus 123 verschiedenen Ländern eingewandert; andere sind französische Nachfahren von Zuwanderern, die insbesondere aus dem Maghreb, der Türkei, dem subsaharischen Afrika, dem Nahen Osten oder Asien, insbesondere Pakistan, nach Frankreich gekommen sind. Daneben gibt es eine statistisch nicht erfasste Zahl von Franzosen, die zum Islam konvertiert sind. Die meisten Zuwanderer stammen aus mehrheitlich islamischen Gesellschaften. Sie halten die religiösen Gebote, etwa die Gebets-, Ernährungs-, Fasten- und Bekleidungs Vorschriften, keineswegs strikt ein. Selbst über den eigentlichen Inhalt ihres Glaubens sind sie sich nicht einig.

Es gibt verschiedene Typen religiöser Observanz bzw. islamischer Verhaltensweisen in Frankreich. Umfragen belegen, dass immer weniger Muslime regelmäßig ihre Religion praktizieren. Aber nicht alle ethnischen und nationalen Teile der muslimischen Bevölkerung unterliegen diesem Säkularisierungsprozess im gleichen Maße. Jene Muslime, die aus dem subsaharischen Afrika, aus Marokko oder aus der Türkei nach Frankreich gekommen sind, leben am

### Umfragen belegen, dass immer weniger Muslime regelmäßig ihre Religion praktizieren.

strengsten ihre Religion und sind sozial am stärksten engagiert. Demgegenüber bekennen sich z. B. die schon vor langer Zeit aus Algerien eingewanderten Muslime zwar zum Islam, vertreten aber eine distanziertere Religiosität, einen eher kulturellen Islam. In der französischen Öffentlichkeit sind heute muslimisch geprägte Haltungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, etwa das Tragen des Kopftuchs, deutlicher sichtbar als früher. Aber daraus lässt sich noch nicht schlussfolgern, dass es heute mehr religiös praktizierende Muslime gibt als früher.

Aus Umfragen wird ersichtlich, dass die Muslime seit etwa zehn Jahren regelmäßiger beten und die Moscheen besuchen. Dahinter stehen sehr unterschiedliche, oft äußerliche Motive; so gibt es heute mehr Moscheen als früher. Daraus lässt sich also nicht schließen, die Zahl der religiös praktizierenden Muslime sei stark gestiegen. Auch das Fasten im Ramadan ist, soziologisch gesehen, kein wirklicher Beleg für eine stärker werdende religiöse Praxis. Alle Muslime – ob streng religiös, eher kulturell geprägt oder völlig distanziert – fasten. Diese Praxis ist eine Art Identitätsreflex, ein Ausdruck des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Mit dem Fasten bekennt man sich zur Gemeinschaft der Muslime. Doch hat dies nichts mit echter, intensiv praktizierter Religiosität zu tun; vielmehr eignet man sich ein religiöses Erkennungszeichen wieder an und verleiht ihm einen anderen Sinn. Von einer Gemeinschaft der Muslime kann man in Frankreich nur während des Fastenmonats Ramadan



Dr. Franck Frégosi, Leiter der Forschungsstelle „Société, droit et religion en Europe“ des „Centre national de recherche scientifique“ (CNRS) in Straßburg

sprechen; danach geht jeder wieder seinen alten Gewohnheiten nach, und es gibt keinen gemeinsamen öffentlichen Ausdruck für die Zugehörigkeit zum Islam mehr.

Unter den französischen Muslimen gibt es unterschiedliche Arten der Zugehörigkeit zu und der Identifizierung mit dem Islam. Sie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der religiösen Praxis, sondern auch der Art, wie sie sich in der Öffentlichkeit als Muslime bekennen: streng religiös, kulturell, intellektuell usw. Von daher stellt sich die Frage, ob die Zugehörigkeit zum Islam nicht schleichend ethnisiert wird. Der französische Islam weist sehr viele Facetten auf, und das hat er mit anderen Religionen gemein, auch mit Judentum, Protestantismus und Katholizismus. Die Mehrheit der französischen Muslime identifiziert sich auf subjektive Weise mit dem Islam – über Werte wie soziale Gerechtigkeit, die Gleichheit aller Gläubigen und die Transzendenz Gottes. Sie teilen bestimmte Grundsätze und Glaubensüberzeugungen, ohne dass dies seinen Ausdruck in einer regelmäßig praktizierten Religiosität finden würde. Das konkrete Verhalten entspricht nicht immer den inneren Überzeugungen und Grundsätzen. So gesehen, erleiden die Muslime in Frankreich nicht einen Säkularisierungsprozess, sondern sind selbst Akteure ihrer eigenen Säkularisierung. Die meisten von ihnen zweifeln immer mehr an sich selbst und daran, was der Islam für sie bedeuten könnte. Sie glauben, stellen sich aber gleichzeitig Fragen, zweifeln und sind sich unsicher, was den Islam in Wahrheit ausmacht. So ist ein innerer Skeptizismus gegenüber dem Islam vorherrschend. Man bekennt sich zwar zu den grundlegendsten Inhalten des islamischen Glaubens – glaubt an den einen Gott und an Mohammed, seinen Propheten – hält aber die religiöse Praxis für nicht notwendig. Man sieht diese sehr pragmatisch, ist andererseits aber hoch sensibel hinsichtlich der Wahrnehmung des Islam durch die übrige Gesellschaft. □

## Das jüdische Denken in Frankreich

Rabbi Rivon Krygier

In den 50 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg haben Intellektuelle das jüdische Denken in spiritueller Hinsicht stark beeinflusst. In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Namen zu nennen: André Neher, Léon Ashkénazi und natürlich Emmanuel Lévinas. André Neher hat zahlreiche bedeutende Werke hinterlassen, darunter durch einen traditionellen jüdischen Existenzialismus geprägte Studien. Léon Ashkénazi hat zwar wenig veröffentlicht, aber eine ganze Generation geprägt, durch die sogenannte Schule von Orsay; vor allem ist er ein charismatischer Meister, der ein exegetisches Denken mit dem Ziel entfaltete, dem jüdischen Volk nach der Shoah und im Blick auf die Gründung des Staates Israel hinsichtlich seines Schicksals wieder Vertrauen zu geben. Lévinas braucht man gar nicht erst vorzustellen, so sehr wurde die Dimension seines philosophischen Denkens in ethischer Hinsicht weit über die jüdische Gemeinschaft hinaus (wenn auch spät) bekannt, ebenso seine Reflexion über die traditionelle jüdische Literatur, vor allem den Talmud. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden über fast fünfzig Jahre hin die „Kolloquien der jüdischen Intellektuellen“ statt, deren Dokumentationen veröffentlicht wurden und von den intellektuellen Aktivitäten dieser Zeit zeugen.

Ohne den Wert anderer Persönlichkeiten unterschätzen zu wollen, muss ich sagen: Neben diesen drei Persönlichkeiten hat es in Frankreich seither keinen wirklich großen Denker gegeben, der als einflussreicher Meister Schüler um sich gesammelt hätte oder im Judentum als Referenz gelten würde.

### Auf der anderen Seite ist ein deutliches Erstarken nicht-orthodoxer Bewegungen, des liberalen oder Reformjudentums, zu beobachten.

Wenn man von Judentum spricht und um die Bedeutung des Studiums der traditionellen Texte für das religiöse Leben weiß, kann man natürlich nicht behaupten, in den traditionellsten jüdischen Kreisen, bei den Ultraorthodoxen, werde nicht nachgedacht. Dieses Milieu hat in den letzten zwanzig Jahren einen gewissen Aufschwung erlebt, vor allem durch den Impuls des ehemaligen Großrabbiners von Frankreich, Joseph Sitruk. Es gibt in diesen Kreisen Gesetzesgelehrte, aber ich erkenne dort kein wirkliches „Denken“ im Sinne einer anspruchsvollen Reflexion, einer globalen oder innovativen Vision. Die meisten Publikationen sind Übersetzungen, und die Qualität der Arbeit lässt es an einer gewissen akademischen Strenge mangeln – abgesehen von dem sehr apologetischen und hagiographischen Charakter dieser Art von Literatur.

Auf der anderen Seite ist ein deutliches Erstarken nicht-orthodoxer Bewegungen, des liberalen oder Reformjudentums, zu beobachten, wenngleich diese einen geringeren Einfluss haben als die polarisierenden Ultraorthodoxen. Sie bringen ohne Zweifel einen



Dr. Rivon Krygier, Rabbiner der jüdischen Gemeinde Adath Shalom, Paris

frischen Wind in das jüdische Denken Frankreichs. Es geht nicht zuletzt darum, ein Nachdenken über den religiösen Status der Frau im Zeitalter der Emanzipation, über Verhaltensnormen bei Konversionen, über die Vorstellungen von Pluralismus sowie eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs anzustoßen. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass es sich hierbei im Wesentlichen um importierte Ideen und Praktiken aus den Strömungen des US-amerikanischen Judentums handelt.

Dies schmälert in keiner Weise den Wert der Personen, ihrer Denk- und pädagogischen Arbeit, aber es zeigt etwas Wesentliches und Allgemeingültiges, was zum jüdischen Denken in Frankreich festzuhalten ist. Zentrum jüdischen Denkens ist nicht mehr Frankreich, noch nicht einmal – von der einen oder anderen Ausnahme abgesehen – Europa. Hier denke ich an große Denker wie Hans Jonas in Deutschland oder Louis Jacobs in England; beide sind bereits verstorben. Es dürfte schwer sein, in Europa große Denkerpersönlichkeiten zu finden, denn vor allem Israel und die USA haben sich zum Zentrum jüdischen Denkens entwickelt. In Frankreich vollzieht sich jüdisches Denken vor allem in großen Übersetzungen. Daran haben sich oft christliche Verlagshäuser beteiligt, wie Le Cerf, Albin Michel, Payot und Verdier. So entstanden während der letzten zwanzig Jahre sehr wichtige Übersetzungen klassischer Werke der rabbinischen Literatur oder zentraler universitärer Arbeiten. Große israelische Denker, wie Jeschajahu Leibowitz, Abraham Kook, wurden ebenso übersetzt wie israelische Forscher – etwa Ephraim Urbach, Gershon Scholem und der Kabbala-Experte Moshe Idel – und amerikanischer Wissenschaftler, etwa Abraham Heschel und Joseph Soloveitchik. Wenn man sich ansieht, wie viel gelehrte und anregende Werke in den USA und in Israel entstehen, merkt man erst, wie sehr wir Juden in Frankreich uns heute in tiefer Provinz befinden. □



## Religion und intellektuelles Leben in Frankreich

Christophe Charle

Eine wichtige Phase der Entwicklung ist die politische Phase. Sie beginnt mit der Affäre Dreyfus. In dieser kommen all die Auseinandersetzungen, wie in einem Brennpunkt zusammen. Die Affäre Dreyfus gilt den einen als Verlängerung des Kampfs der Philosophen, andere sehen darin eine Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen, die sich wissenschaftlich mit dem Prozess befassen wollen, indem sie die Quellen und die offizielle Darstellung kritisieren. Der Affäre Dreyfus liegt ja eine Lüge, eine völlig falsche juristische Argumentation zugrunde. Durch Textanalyse wird die offizielle Begründung der Verurteilung von Dreyfus kritisiert, und im Namen der Vernunft und der Wissenschaft wird eine Wiederaufnahme verlangt, weil mit falschen Beweisen ein Unschuldiger nicht verurteilt werden darf.

Dann gibt es die anderen, die noch weiter gehen und die Meinung vertreten, mit dem Fall Dreyfus stelle sich ein grundsätzlicheres Problem: das der Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat, der Rechte des Intellektuellen angesichts der offiziellen „Wahrheit“. Und es bot sich die Gelegenheit, jener Mehrheit der Katholiken, die sich der offiziellen „Wahrheit“ angeschlossen hatte

### *Der Affäre Dreyfus liegt ja eine Lüge, eine völlig falsche juristische Argumentation zugrunde.*

und im Kampf gegen die Intellektuellen eine Gelegenheit für die Kirche sah, Macht und Einfluss in der Gesellschaft zurückzugewinnen, entgegenzutreten und zur antiklerikalen Politik der Dritten Republik zurückzukehren. Es kam zu einer Politisierung der auseinanderbrechenden Meinungslager. In beiden Lagern gab es sowohl agnostische und antiklerikale Intellektuelle als auch Katholiken und sogar Protestanten und Juden. Man konnte gleichzeitig Anhänger von Dreyfus und gläubig sein, oder umgekehrt gegen Dreyfus eingestellt und ungläubig. Abweichend von den Verhältnissen während der Französischen Revolution verschwimmen die Bruchlinien. Einmal dient die Religion als Argument, dann geht die Argumentation über sie hinaus. Die Beziehungen zwischen Religion und Intellektuellen verändern sich. Ein neues Phänomen entsteht: der katholische Intellektuelle.

Die Geschichte der verschiedenen politischen Gruppierungen hat die Intellektuellen zutiefst entzweit, sei es in religiösem oder nicht religiösem Zusammenhang. Seit ungefähr 15 Jahren wird darüber kontrovers diskutiert. Viele sind skeptisch gegenüber der Funktion der Intellektuellen und fragen, ob diese heute noch in der Lage sind, die Rolle wahrzunehmen, die sie im 19. und im 20. Jahrhundert übernommen haben. Ist das nicht alles überholt, obsolet in einer Zeit, die mit anderen Kommunikationsmitteln lebt und arbeitet? Kann man wie seinerzeit bei Victor Hugo Religion und Buchdruck heute Religion und Internet gegenüberstellen? Heute kann jeder Intellektueller sein, insofern er seinen Blog schreiben und so allen Menschen auf der Welt seine Gedanken mit-



Prof. Dr. Christophe Charle, Professor für Zeitgeschichte, Université de Paris I Panthéon-Sorbonne

teilen kann. Ich teile nicht die pessimistische Einschätzung, die Intellektuellen hätten nur in der überschaubaren Vergangenheit ihre Aufgabe wahrnehmen können, nicht aber in unserer vom Internet geprägten Gegenwart. Gerade unsere Tagung hier ist ein Beweis dafür: Wir brauchen nach wie vor Stätten, Räume, Funktionen und Personen, die sich auf die Vertiefung der großen Themen der Zeit spezialisieren. Natürlich kann jeder sich jeden Tag zu allen möglichen Themen äußern, aber das bleibt doch etwas oberflächlich. Es braucht das fachliche Wissen, die Vertiefung der Fragestellung, und dies erfordert Zeit, Vorkenntnisse, Anstrengung. Das ist nun doch einigen Menschen vorbehalten, die das Glück haben, etwas freie Zeit bzw. die Aufgabe zu haben, zu lesen, das Für und Wider abzuwägen und im öffentlichen Diskurs rational zu argumentieren. Die Funktion der Intellektuellen wird nach meinem Dafürhalten durch die technische Entwicklung keineswegs zunichte gemacht; vielmehr wird sie immer notwendiger, weil die Hierarchien zusammenbrechen und man sagen muss, dass nicht alle Webseiten unser Vertrauen verdienen.

Die großen Herausforderungen, die ich kurz gestreift habe, bleiben weiter bestehen. Der Platz der Religion im öffentlichen Leben ist weiterhin zentral. Das zeigt etwa die Auseinandersetzung um das Für und Wider des Kopftuchtragens in der Schule; sie ist nicht nur, aber eben auch religionsbezogen. Muss man Bestimmungen übernehmen, die aus anderen Ländern kommen und im Widerspruch zu den Gesetzen des eigenen Landes stehen? Das ist eine Frage mit religiösen Konnotationen, die eine vertiefte intellektuelle Reflexion erfordert. Die Frage, wie Wissenschaft und Glaube oder auch bestimmte ethische Werte und neue Formen medizinischer Experimente zu vereinbaren sind: darüber wird heute sehr heftig diskutiert, und dabei ist die Meinung von Experten ebenso wichtig wie grundsätzlichere Überlegungen von Philosophen, Schriftstellern und Denkern ganz allgemein. □

## Vision und pastorale Perspektiven der Kirche von Paris

Weihbischof Mgr. Jérôme Beau

Wie soll sich die Kirche im Kontext folgender Elemente positionieren:

- Sie ist eine arme Kirche.
- Sie entdeckt jene Dynamik neu, die sie seit 1975 belebt.
- Sie entwickelt sich zu einer städtischen Kirche.
- Sie ist mit der Perspektive einer neuen Gesellschaft konfrontiert, die sich nach 1970 entwickelt hat.

Die Erzdiözese Paris hatte in den 1980er Jahren zwei grundlegende Intuitionen. Die erste betrifft die Ausbildung: die Ausbildung des Volkes Gottes, die Hand in Hand geht mit derjenigen der künftigen Priester. Man kann und wollte nie die Ausbildung der künftigen Priester und die der Laien getrennt voneinander betrachten – das zeigt sehr schön das Beispiel des Collège des Bernardins. Denn die Priester sind nicht alleinige Besitzer eines Wissens, von dem die Laien ausgeschlossen wären. Ein Priester ist nicht Priester aufgrund seines Wissens, seines Studiums, seines intellektuellen oder theologischen Werdegangs, sondern die Weihe macht ihn zum Priester. Die Ausbildung, die einen Mann dahin führt, sich für den priesterlichen Dienst zur Verfügung zu stellen, ist eine, die nicht den künftigen Priestern vorbehalten ist, sondern allen zugänglich ist.

### *Wenn man eine gute Ausbildung erreichen will, müssen nicht zuletzt die Diözesanpriester so umfassend wie nur möglich ausgebildet werden.*

Unser erstes Ziel war es, die „École Cathédrale“ zu eröffnen, an der Laien ausgebildet werden sollten. Sie wurde 1984 durch Kardinal Jean-Marie Lustiger gegründet. Bei der Reform der Priesterausbildung – sie wurde 1984 in die Wege geleitet – und der Ausbildung der Laien ging es um nichts anderes als die Umsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils, nämlich seiner dogmatischen Konstitution „Dei Verbum“. Sie führt uns zurück zu den Wurzeln des Wortes Gottes. Wahre christliche Ausbildung gibt es nicht anders als verwurzelt im Wort Gottes und erleuchtet von der Tradition der Kirche.

Die École Cathédrale hat paradoxerweise – unsere kulturelle Geschichte unterscheidet sich von der Ihren – bisher kein staatliches Diplom verliehen. Wir haben niemals versucht, ein solches Diplom zu vergeben, sondern wollten jedem Studierenden die Möglichkeit geben, sich in Gottes Wort zu verwurzeln, erleuchtet von der kirchlichen Tradition, um die Nachfolge Christi leben zu können. In der École Cathédrale haben wir praktisch 4000 Studierende jeden Alters, von 18 bis über 80 Jahren. Jeder erhält seine Ausbildung entsprechend seinem Alter, seinen zeitlichen und anderen Möglichkeiten. Diejenigen aber, die diese Laien unterrichten, sind die-



Weibischof Jérôme Beau, Direktor des Collège des Bernardins, Paris

selben Professoren, die an unserer Fakultät lehren. Die Lehrveranstaltungen sind für Laien angepasst, aber – darauf legen wir Wert – die Professoren sind die gleichen wie für die künftigen Priester, und es werden die gleichen, im Wort Gottes grundgelegten Lehrinhalte vermittelt. Auf diese Art und Weise erhält und bewahrt eine Diözese ihre Einheit! Die Ausbildung ermöglicht es einer Diözese, allmählich eine wahre Einheit in Christus zu leben. Das ist die große pastorale Vision: die Einheit von Lehre und Weisung des Wortes Gottes, angeboten durch Männer und Frauen, Priester, Diakone, Bischöfe.

Wenn man eine gute Ausbildung erreichen will, müssen nicht zuletzt die Diözesanpriester so umfassend wie nur möglich ausgebildet werden. Seit zwanzig Jahren hat die Erzdiözese Paris ein bis zwei Priester pro Jahr finanziell unterstützt – was für eine Diözese wie die unsere viel ist –, damit sie in Philosophie, Theologie oder Exegese promovieren. Es ist für uns entscheidend, dass diese Gelder in die Bildung investiert werden. Denn die Kirche wird ihre Botschaft den nachwachsenden Generationen nur dann vermitteln, wenn jede Generation in eine wirkliche intellektuelle Arbeit investiert. Wobei es wohl gemerkt nicht – und das ist ein Spezifikum unserer Ausbildung – um eine spekulative Arbeit geht, sondern um eine Arbeit im Sinne der Kirche. Wir versuchen, nicht als Universitätsmitglieder aufzutreten, sondern als Menschen, die sich vom Wort Gottes und von der christlichen Offenbarung packen lassen. Das war der Hintergrund der Gründung unserer Fakultät, und das ist der Grund, weshalb wir an unserer Fakultät eine gewisse Anzahl von Professoren, Priestern und Pfarrern mit theologischem Diplom oder Doktorat haben. Ziel ist eine solide, aber im Wort Gottes verwurzelte Priesterschaft. Das ist unsere große pastorale Vision, die uns nach zwanzig Jahren in der École Cathédrale leben lässt, mit 4000 Studierenden, einer Fakultät und dieser Geschichte, aus der wir leben. □



# Einfluss von Glaube und Spiritualität auf die Kultur

Hans Maier

Beeinflussen Glaube und Spiritualität die Kultur im heutigen Deutschland? Kann man einen solchen Einfluss überhaupt feststellen, kann man ihn messen? Unter welchen Bedingungen werden religiöse Überlieferungen in der Gesellschaft wirksam? – Die folgenden Thesen versuchen Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Deutschland herauszuarbeiten.

## I.

Der Hauptunterschied sei an den Anfang gestellt: Während die Französische Republik ein *État laïc*, ein laizistischer Staat ist, setzt das Grundgesetz – vom Volk gegeben, im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel) – deutlich andere Akzente. Wohl sind auch in der Bundesrepublik Deutschland Staat und Kirche institutionell getrennt. Aber es handelt sich um keine absolute, sondern um eine „hinkende“ Trennung (Ulrich Stutz) – oder positiv formuliert: Staat und Kirche stehen miteinander in mannigfachen Rechtsbeziehungen, sie sind „im Rapport“. Das deutsche Religionsrecht ist aus dem Streit der Konfessionen erwachsen, es trägt bis heute Züge der Konfliktschlichtung, der Friedenssicherung. Daher enthält es neben der Religionsfreiheit, die ein universelles, menschenrechtliches Gut ist, auch speziell-deutsche Elemente: institutionelle Garantien und Leistungen für die Kirchen, die ein Ergebnis der Geschichte sind.

Religion begegnet in Deutschland wesentlich als „kirchenförmige Religion“. Daraus erklären sich die Züge einer – den ausländischen Betrachter oft überraschenden – Staatsnähe, die sich äußert in Theologischen Fakultäten an den Universitäten, einer kirchlichen Militärseelsorge, dem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach an öffentlichen Schulen, staatlichen Zuschüssen für kirchliche Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser – ein System, das zusammengehalten wird durch die von der staatlichen Verwaltung (gegen Gebühr) eingehobene Kirchensteuer.

## II.

Eine zweite Verschiedenheit: bis heute ist das kulturelle Leben in Deutschland föderal, nach Regionen und Landschaften, gegliedert. Es ist nicht zentralstaatlich organisiert. Die Zuständigkeit für kulturpolitische Entscheidungen, die „Kulturhoheit“, liegt bei den Ländern, nicht beim Bund. Andere Nationen – Frankreich voran – erkennen und spiegeln sich in ihren Hauptstädten. In der deutschen Geschichte fehlt ein ähnliches, die kulturellen Kräfte sammelndes Zentrum. Fast immer war die Zentralgewalt in Deutschland schwächer als in anderen Staaten: neben der Hauptstadt standen andere Zentren, und keine Stadt repräsentierte auf längere Zeit das ganze Deutschland – nicht politisch und schon gar nicht kulturell. Der Reichtum der Kultur in Deutschland zehrt bis heute vom landesfürstlichen, kirchlichen und kommunalen Mäzenatentum. Abseits der großen Städte stößt der Besucher noch heute auf viele kleine Residenzen mit eigenem Gesicht –



Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a.D. Professor für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, München

auf Theater, Konzertsäle, Archive, Bibliotheken, Kunstsammlungen hohen Ranges. Orte wie Wolfenbüttel, Weimar, Tübingen, Sulzbach-Rosenberg haben sich in Deutschland stets neben Frankfurt, Köln, Hamburg, Leipzig, Berlin behauptet. Region war in Deutschland nie „Provinz“.

## III.

Ein dritter Unterschied: Deutschland war vom 16. Jahrhundert bis in die jüngste Zeit ein religiös zweigeteiltes, ein bi-konfessionelles Land. Religion war präsent in Gestalt zweier Konfessionen, der protestantischen und der katholischen. Nachdem Katholiken und Protestanten einander weder bekehren noch verdrängen noch vernichten konnten – alles wurde im Lauf der Zeit versucht – mussten sie schließlich Frieden halten, Religionsfrieden; und so wurde das „konfessionelle Konfliktmanagement“ mit dem Ziel eines dauerhaften friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher Konfessionen zu einem typischen Merkmal der deutschen Geschichte.

Natürlich gab es bürgerliche Ausschlussung aus Konfessionsgründen in Deutschland ebenso wie in Frankreich. Deutschland war kein Vorort der Toleranz. Aber der traditionelle Föderalismus der Deutschen fing doch religiöse Verschiedenheit leichter auf als ein Zentralismus mit der Parole: Ein König – ein Gesetz – ein Glaube. So konnten die Regionen Deutschlands französischen Beobachtern wie Montesquieu und Rousseau im 18. Jahrhundert im Vergleich mit den religiös-politischen Einheitsstaaten des Westens (Spanien, Frankreich, England) als Gegenden relativer religiöser Freiheit erscheinen.

## IV.

Diese religiös-politischen Gegebenheiten beeinflussten auch die Gestalt der Kultur in Deutschland. So wurden Sprache, Bildung, Literatur und

Wissenschaft der Deutschen – auch der katholischen Deutschen – aufs stärkste von der Reformation geprägt. Innerhalb des Protestantismus entwickelte sich seit der Lutherbibel eine deutsche Kultur- und Geistsprache. Den damit verbundenen sprachlich-literarischen Vorsprung der Protestanten mussten die Katholiken im Lauf der Zeit erst aufholen. Demgegenüber waren Baukunst, bildende Kunst, Volkskunst im südlichen und westlichen Deutschland starke Domänen katholischen Ausdrucks: die Barockkultur drang sogar vom Süden in den protestantischen Norden vor. Unter den Künsten überbrückte einzig die Musik die konfessionellen Gegensätze – ein Grund für ihr hohes nationales Prestige in Deutschland: auf der einen Seite Schütz, Bach und Händel, auf der anderen Haydn, Mozart, Beethoven; auf der einen Seite die mitteldeutsche Musikkultur, auf der anderen das Wiener Musikreich, das zu später Stunde auch Protestanten wie Brahms und Juden wie Mahler und Schönberg anzog.

## V.

Ungeachtet der geschilderten Unterschiede stehen Deutschland und Frankreich heute vor ähnlichen Herausforderungen im Feld von „Religion“ und „Laizität“. In Frankreich sind die praktizierenden Katholiken längst eine Minderheit; in Deutschland haben Katholiken und Protestanten zusammen zwar noch eine statistische Mehrheit, aber die Konfession der Konfessionslosen ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen und wächst weiter. Die Säkularisierung schreitet fort: Seit dem Krizifurteil des Bundesverfassungsgerichts (1995) ist die bis dahin selbstverständliche Präsenz christlicher Symbole im öffentlichen Raum in Frage gestellt. Ähnliche Tendenzen der Abkehr von christlichen Überlieferungen zeigen sich beim Lebensschutz und bei der Pränataldiagnostik.

## Ungeachtet der geschilderten Unterschiede stehen Deutschland und Frankreich heute vor ähnlichen Herausforderungen im Feld von „Religion“ und „Laizität“.

Eine weitere Herausforderung ist bei den Ländern gemeinsam: Der Islam ist in Frankreich wie in Deutschland seit Jahren die zweite Religion – in Frankreich hinter den Katholiken, in Deutschland hinter Katholiken und Protestanten gemeinsam. Das löst in beiden Ländern zwar nicht identische, aber doch vergleichbare Reaktionen aus. In Deutschland drängt der Islam in die für die Kirchen bereitstehenden institutionellen Gefüge des öffentlichen Rechts hinein – man denke an die Forderung nach einem Körperschaftsstatus für islamische Gemeinschaften, nach einem islamischen Religionsunterricht an den Schulen, nach der Ausbildung von Imamen an Universitäten. In Frankreich zwingt die starke Präsenz des Islam den laizistischen Staat dazu, neuerlich von Religion als einer die Öffentlichkeit bestimmenden Kraft Kenntnis zu nehmen – nach einer langen Zeit des Nichtsehenwollens und der Verdrängung. Infolge der Anwesenheit von Millionen muslimischer Bürger verlagert sich der Akzent immer mehr von einer negativen (aussparenden) zu einer positiven (kooperationswilligen) Religionsfreiheit.

## VI.

Was geschieht, wenn religiöse Gruppen in die Minderheit – oder in die Defensive – geraten? Eine mögliche Reaktion kann Resignation sein, der Rückzug aus der Öffentlichkeit, der Verzicht auf Artikulation der eigenen Interessen. Aber auch das Gegenteil kann eintreten: vermehrter Mut, eine gesteigerte Bekenntnisfreude. So entband in Deutschland Bismarcks Angriff auf die Katholiken (im Kulturkampf) den katholischen Selbstbehauptungswillen. Er führte zu einer politischen Sammlung der Katholiken. Die Antwort der französischen Katholiken auf die laizistische Offensive der Jahrhundertwende war anderer, aber verwandter Art: Im *Renouveau catholique* schufen Dichter und Denker wie Claudel und Maritain, später Bernanos und Mauriac, neue kulturelle Ausdrucksformen von Religion, die auch die Gegner nicht übersehen konnten.

Der französische *Renouveau catholique* hat auch in Deutschland Nachahmer gefunden, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, als dem politischen Zusammenschluss der Katholiken eine geistige Sammlung folgte. Heute beginnt man Denker wie Romano Guardini und Peter Wust, Dichter wie Gertrud von le Fort, Reinhold Schneider, Elisabeth Langgässer, Werner Bergengruen in den Literaturgeschichten als „deutschen *Renouveau catholique*“ zu bezeichnen. Heinrich Böll hat sich immer wieder auf Georges Bernanos als eins seiner literarischen Vorbilder berufen.

## VII.

Im kulturellen Leben des heutigen Deutschland ist Christliches zwar gewiss nicht dominierend – wo wäre es das in irgendeinem Land der Welt? Aber es ist doch unübersehbar präsent. Die früheren Berührungspunkte zwischen Kirche und Künstlern scheinen nicht mehr zu bestehen. Das gilt für die bildenden und darstellenden Künste: Dass Maler wie Gerhard Richter und Neo Rauch Kirchenfenster gestalten, ist neu, ebenso, dass Filme den Himmel und die Engel ins Spiel bringen. An nicht wenigen Orten haben sich positive Beziehungen zwischen Architekten, Musikern und Kirchengemeinden entwickelt. Maßgebliche Schöpfer moderner geistlicher Musik leben in Deutschland (wie Sofia Gubaidulina, Arvo Pärt und Udo Zimmermann), oder ihre entsprechenden Werke wurden hier zum ersten Mal aufgeführt (Alfred Schnittke, Krzysztof Penderecki).

Endlich die Literatur. Noch vor wenigen Jahren nahmen viele Autoren Biblisches und Christliches nur auf Umwegen wahr. Religion verkleidete sich in Sozialkritik, Psychologie, Mythologie. Heute scheinen sich auch in der Literatur wieder unmittelbare Zugänge zu alten biblischen Erfahrungen zu öffnen – zu den christlich identifizierbaren Abgründen von Bosheit, Schuld und Leid, aber auch zu Erfahrungen des Vertrauens, der Rettung und Erlösung. Ich nenne für diese Wendung von einer allgemeinen, vagen zu einer deutlicher umrissenen „kirchenreligiösen“ Christlichkeit nur vier Namen: Arnold Stadler und Martin Mosebach, Sibylle Lewitscharoff und Felicitas Hoppe.

Ob das damit zusammenhängt, dass die Herausforderungen an das Christentum in der europäischen Welt direkter, konkreter, bedrohlicher geworden sind? Aber damit bin ich mit meinem Papier – um nicht zu sagen mit meiner Weisheit – schon am Ende. □



# Die Entwicklung in Frankreich

Rémi Brague

## I.

Insgesamt kann man sagen, dass Frankreich kulturell ein gespaltenes Land ist, und das bereits seit langer Zeit. Lassen Sie mich mit der Reformation beginnen. Sie findet ihren Ursprung weitgehend in der Entstehung des modernen Staates in monarchischer Form. In Frankreich hätte sie sich um ein Haar durchgesetzt, einzig eine Volksbewegung, mit der Heiligen Liga als prägnantester Ausdrucksform, hat die Könige gezwungen, im Katholizismus zu verbleiben.

Die Reformationsbewegung hat auch in nicht unmittelbar betroffenen Ländern Spuren hinterlassen. Staatskirchen sahen sich plötzlich der Versuchung ausgesetzt, die Trennung von Rom zu betreiben, auch wenn sie lehrmäßig katholisch blieben. Die anglikanische Kirche war die erste, die diesen Weg einschlug. Auch Venedig spielte während der Jahrhundertwende vom 16. zum 17. Jh. mit der Idee. In Frankreich war die gallikanische Bewegung bis zur Revolution stark und die Zivilverfassung des Klerus (1791) sicher der radikalste Versuch eines National-Katholizismus. Es ist, als wolle die Revolution die geheimen Träume der Könige Wirklichkeit werden lassen.

In Deutschland geht durch die politische Aufsplitterung die Religionseinheit verloren. Es genügte, ein paar Kilometer zurückzulegen, um die Religion zu wechseln. Daher auch die Machbarkeit des *Cujus regio, ejus religio*-Grundsatzes: In wessen Gebiet ich lebe, dessen Religion muss ich annehmen. Aber in einer katholischen Region war man wahrhaftig katholisch und in einer protestantischen Region wirklich protestantisch.

In Frankreich hingegen waren die Protestanten von vorne herein in der Minderheit und hatten keine Ihnen zugeleitete Region. Das Land entschied sich für eine Art innere Teilung. Vergleichbar mit England, aber spiegelbildlich: in England ist man protestantischer Konfession, aber Kirchenhierarchie und Liturgie sind von der katholischen kaum zu unterscheiden. In Frankreich hingegen ist man katholischer Konfession, aber die Weltanschauung und die daraus resultierenden Sitten und Gebräuche sind stark protestantisch geprägt. Ein Zeichen dafür ist die Ablehnung der Barock-Kunst in Frankreich und der mit ihr verbundenen überschwänglichen Darstellung der Güte der Schöpfung und der erlösten Natur zugunsten einer schlichteren Architektur. Auch der Jansenismus darf nicht unerwähnt bleiben; trotz der Verfolgung seiner Anhänger hat er die Ausprägung der katholischen Tradition stark geprägt.

Das sogenannte ‚Grand Siècle‘, das Jahrhundert Ludwigs XIV, erscheint auf den ersten Blick als das Zeitalter des triumphierenden staatlichen Katholizismus. Auch politische Mittel werden eingesetzt. Die Widerrufung des Edikts von Nantes hat weitreichende Folgen auf das geistige Leben in Deutschland, vor allem in Preußen. Die Rivalität mit Spanien ist allgegenwärtig. Der „sehr christliche König“ Frankreichs und der „katholische König“ Spaniens überbieten sich gegenseitig in ihren öffentlichen Bekenntnissen zum römischen Glauben



Prof. Dr. Rémi Brague, Professor für mittelalterliche und arabische Philosophie, Université de Paris I Panthéon-Sorbonne

und der Wunsch, ausschließlich katholische Untertanen zu haben, war ausschlaggebend für die Entscheidung des Sonnenkönigs die Protestanten zu vertreiben.

**Während der Restauration suchte man die Allianz von Thron und Altar: Die Staatsgewalt wird in den Dienst der Religion gestellt, und die Legitimität der Obrigkeit wird im Gegenzug religiös gesichert.**

Aber die Herrschaft Ludwigs XIV. ist auch die Zeit, in der die Oberschicht zu zweifeln beginnt. Dazu gibt es zahlreiche Berichte von Zeitzeugen, unter anderem von der ‚pfälzischen Prinzessin‘, wie man Elisabeth Charlotte oder Liselotte von der Pfalz in Frankreich nannte. Sie war die 2. Ehefrau des Bruders des Königs und zeigte sich in ihrer Korrespondenz äußerst schockiert ob der Gottlosigkeit am Hof von Versailles.

## II.

In Frankreich erfasst die Aufklärung in ihrer radikalsten Form besonders die Klasse der Schriftsteller. Erfunden wurden die wichtigsten Forderungen dort allerdings nicht. Man importierte sie aus Padua, Amsterdam oder Edinburgh. Auch bei der Umsetzung dieser Forderungen, in Form einer Humanisierung z.B. des Justizwesens, war Frankreich keineswegs Vorreiter. In der Toskana, unter der Herrschaft Leopolds von Habsburg, wurden diesbezüglich bedeutend raschere Fortschritte gemacht.

Dennoch ist es diesen „aufgeklärten“ Dichtern gelungen, den Eindruck zu erwecken, ihr in erster Linie gegen die Kirche gerichteter Kampf sei ein Schritt hin zu mehr Humanismus. Ein Beispiel: Voltaire setzt sich für die posthume

Rehabilitierung von Calas ein. Seine Verurteilung war bei weitem nicht der einzige Justizirrtum des Jahrhunderts. Liest man die Briefe Voltaires von Ende März 1762, als er über den Fall in Kenntnis gesetzt wird, erkennt man, dass seine Meinung zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststeht. Aber der Fall ist für ihn geradezu ideal: ein protestantischer Vater wird beschuldigt, seinen Sohn, der zum Katholizismus übertreten wollte, getötet zu haben. Ist er unschuldig, wird der katholische Fanatismus angeprangert. Ist er schuldig, wird der protestantische Fanatismus verantwortlich gemacht.

Die Aufklärung im radikalen Sinne ist eine Art nationaler kultureller Mythos geworden, mit einem festen Platz im Unterricht und in den Medien. Man verbindet mit ihr fast eine Art Heilerwartung.

Die Revolution hat stark anti-christliche Züge angenommen. Eine Realität, die von Historikern heute gerne verschleierte wird – sicher zum Teil aufgrund einer von den Christdemokraten nach dem letzten Krieg angestrebten Beruhigung der Lage. Aber die Fakten lassen sich nicht wegleugnen: der Klerus ist die Klasse, die am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurde, sehr viel mehr als der Adel. Dieser hatte auch unter den Anführern der Revolution viele Vertreter, die „ci-devant“, die früheren Adligen. 1793 wurde systematisch damit begonnen, zielstrebig und zum Teil gewaltsam den Prozess der Entchristianisierung zu befördern. Das Direktorium tat im Grunde nichts anderes – auf weniger spektakuläre aber nicht weniger effiziente Weise, und schließlich der Völkermord in der Vendée, begangen auf Anweisung der Zentralregierung an der unbewaffneten Bevölkerung, wobei insbesondere die Christen ins Visier genommen wurden.

Napoleon, Voltaire ebenfalls verbunden, hat begriffen, dass das Gros der Bevölkerung der Kirche treu blieb und hat im Konkordat von 1802 den Katholizismus als Mehrheitsreligion offiziell anerkannt. Der Preis, der dafür bezahlt werden musste, war eine gewisse Unterwerfung, eine Gleichstellung von staatlichen Einrichtungen, Armee und Kirche: Präfekt, General und Bischof bekleideten in der kaiserlichen Ordnung denselben Rang.

## III.

Während der Restauration suchte man die Allianz von Thron und Altar: Die Staatsgewalt wird in den Dienst der Religion gestellt, und die Legitimität der Obrigkeit wird im Gegenzug religiös abgesichert. Dies entsprach keineswegs der Tradition, ganz im Gegenteil. Und das Ergebnis war auch nicht von Dauer, sondern beschränkte sich auf die kurze Herrschaft von Karl X. sowie die ersten Jahre des Second Empire. Dennoch hat diese Bewegung Spuren in den Köpfen hinterlassen – für viele ‚Laizisten‘ ist sie das Feindbild schlechthin, ein Alptraum, den es zu vertreiben gilt.

Das XIX. Jahrhundert ist der Höhepunkt der Teilung Frankreichs in zwei Hälften: auf der einen der laizistische, ja antichristliche Staat, auf der anderen die nach wie vor in ihrer großen Mehrheit christliche Zivilgesellschaft. Die Teilung ist auch innerhalb der Familien – zwischen antiklerikalen Männern und gottesfürchtigen Frauen – und darüber hinaus spürbar: im Land setzt der Prozess der Laizierung der Institutionen ein, währenddessen anderswo in der Welt, im Zuge der Kolonialisierung, eifrig Missionierungsarbeit geleistet wird.

In kultureller Hinsicht ist das Jahrhundert geprägt durch eine fast nicht mehr erhoffte katholische Renaissance. Agnostische Ansichten sind bereits weit

verbreitet. Aber Chateaubriand ist katholisch und mit ihm einer der größten Schriftsteller, Balzac, der bedeutendste Dichter, Baudelaire, der größte Maler, Cézanne. Sie alle fühlen sich als Katholiken und ein jeder bringt es auf seine Weise zum Ausdruck.

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts nehmen die Dinge eine neue Wendung. Um als katholischer Schriftsteller, Künstler oder Philosoph anerkannt zu werden, wird ein geradezu militanter Einsatz gefordert. Joseph de Maistre, Barbey d'Aureville, Huysmans, Léon Bloy zählen zu diesem Kreis. Diese Tendenz spitzt sich im 20. Jahrhundert noch zu. Gute Schriftsteller, die gleichzeitig auch gute Katholiken sind, wie Pierre Benoît oder Jacques Perret, werden nicht als „katholische Schriftsteller“ betrachtet, solange sie nicht über religiöse Themen schreiben. Claudel, Bernanos, Mauriac, oder auch Jacques Maritain, die ihre Kunst in den Dienst der Kirche gestellt hatten, bekamen hingegen das Prädikat „katholisch“.

Noch eine Bemerkung: Etwas, was bei jedem Menschen verbleibt, das absolute Minimum, ist eine Vorstellung von dem, was eine Religion ausmacht. Sowohl die Christen als auch ihre ehemals christlichen Gegner assoziieren Religion mit einer gewissen Form des Katholizismus. Gerade die für Frankreich typische Form der Laizität ist negativ determiniert und einzig gegen eine bestimmte Kirche gerichtet. Aus diesem Grunde ist sie schlecht gerüstet für neue Religionen, die im Laufe der Zeit im Land Einzug gehalten haben.

Und genau daraus resultieren die Probleme mit dem Islam: eine Religion, die ein Rechtssystem beinhaltet; die den Menschen konkrete Vorgaben macht über ihr Leben und für sich das Recht beansprucht, politische Macht auszuüben, passt nicht in unsere Denkschemata.

Selbst hartgesottene Atheisten sind zu stark christlich geprägt, um die Besonderheit des Islam zu erkennen, der für sie im Grunde lediglich eine Variante des Christentums ist.

Amüsant ist, dass sie hier genauso irgehen wie zahlreiche Christen. □

Deutsche Übersetzung von Christa Vahsen.

Werden Sie Mitglied und helfen Sie!

Verein Freunde und Gönner der Katholischen Akademie in Bayern



Jahresbeitrag ab Euro 50,-

Infos unter: [www.kath-akademie-bayern.de](http://www.kath-akademie-bayern.de)



# Glaubenswerte – Orientierungen für die Politik

Bernhard Vogel

## I.

Ich danke herzlich für die Einladung zu diesem gemeinsamen Kolloquium des Collège des Bernardins, der Katholischen Akademie Bayern und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Es ist mir eine Ehre, heute hier mitwirken zu dürfen. Als Deutscher in Frankreich über Glaubenswerte in der Politik zu sprechen, heißt, sich der großen Unterschiede bewusst zu sein. Strikte Trennung von Staat und Religion hier, traditionelle freundliche Partnerschaft dort.

Für Deutschland gilt, was Bundestagspräsident Norbert Lammert 2008 auf dem Katholikentag in Osnabrück formuliert hat: „Religion ist zunächst einmal Privatsache. Aber sie ist immer mehr – und sie muss auch mehr sein – als Privatsache.“ Deutschland ist ein säkularer Staat; das deutsche Grundgesetz bekennt sich ausdrücklich zur weltanschaulichen, religiösen Neutralität, zur Trennung von Staat und Kirche, aber auch zur Partnerschaft von Staat und Kirche. Unsere Verfassung sieht das Zusammenwirken von Staat und Kirche auf vielen Feldern ausdrücklich vor, Religionsunterricht, theologische Fakultäten, Militärseelsorge, um einige Beispiele zu nennen.

Die christlichen Kirchen schaffen Voraussetzungen, die der freiheitlich-säkularistische Staat nicht garantieren kann, auf die er aber überlebensnotwendig angewiesen ist, sagte der Verfassungsrechtler Professor Böckenförde. Beiden geht es um den gleichen Menschen. Weltliches Wohl und geistiges Heil stehen in Verbindung. Beide, Staat und Kirche, dienen dem gleichen Menschen. Gegenseitige Rücksichtnahme ist angebracht, wohlwollende Rücksichtnahme ist angebracht. Der Bedarf an Orientierung ist groß. Und auch wir Christen tun uns nicht leicht, zu beantworten, wie wir ihm gerecht werden können.

## II.

In Deutschland wächst die Zahl der Menschen, die einen anderen Glauben als den christlichen Glauben oder keinen Glauben haben. Für viele spielt die Religion kaum mehr eine oder gar keine Rolle mehr. Die konfessionellen Milieus lösen sich auf; die Bindungen an die Kirchen haben sich nicht nur in den Ländern der ehemaligen DDR gelockert; die Lebensentwürfe sind vielfältiger geworden. Gleichwohl oder trotzdem haben Werte Konjunktur. Nicht wenige befürworten ausdrücklich, dass christliche Werte in der Politik eine Rolle spielen sollten. Wir leben offensichtlich in einer nicht widerspruchsfreien Gesellschaft, in der der Bedarf an geistiger Orientierung zunimmt, sich zugleich aber immer weniger Menschen zum Christentum bekennen.

In dieser Situation müssen wir daran erinnern, dass unsere Gesellschaft, dass Europa auf Fundamenten beruht, die Antike, Judentum, Christentum und Aufklärung gelegt haben, die uns bis heute prägen, und die wir für die Zukunft nicht entbehren können. Und dazu brauchen wir Menschen, die ihr Christentum der Welt und den Menschen zugewandt leben.

Für den Parlamentarischen Rat, der unsere Verfassung, das Grundgesetz



Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D., Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

entworfen hat, und auf dem bis heute unser demokratischer Rechts- und Verfassungsstaat ruht, war die christliche Soziallehre, die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik, der Kompass. Sie war unsere Antwort auf den Nationalsozialismus. Gleiches gilt für unsere Wirtschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft.

*Der Politiker muss entscheiden – vor seinem Gewissen, aber nicht fern von Realität. Er kann sich nicht in einem utopischen Radikalismus gegen die Tatsachen auflehnen.*

Der Mensch ist Geschöpf Gottes. Er ist nicht das Maß aller Dinge; er kann irren und auch schuldig werden. Er ist zu ethisch verantwortlicher Gestaltung der Welt berufen. Verantwortung heißt, für sein Tun und Unterlassen einzustehen; sich dafür Rechenschaft zu geben – gegenüber Gott, sich selbst und den Mitmenschen. Der Mensch ist ein soziales Wesen, das nicht allein existieren kann, sondern in der Gemeinschaft lebt. Der Nächste, der Dienst am Nächsten, ist Urgrund von Politik und politischer Kultur.

Aus der möglichen Fehlerhaftigkeit des eigenen Erkennens folgt, dass der Andersdenkende nicht böswillig, nicht dumm oder törricht sein muss. Es könnte auch sein, dass der Andere Recht hat. Um das zu erfahren, muss man ihm zuhören, ihn ernst nehmen und seine Meinung zu verstehen suchen. Toleranz ist geboten. Der Andere hat die gleiche Würde, unabhängig von Parteizugehörigkeit und religiösen und politischen Überzeugungen. Das christliche Menschenbild fordert Respekt vor der Gleichheit wie auch vor der Ungleichheit des Anderen. Gerechtigkeit heißt, Gleiches gleich, aber ebenso, Ungleiches

ungleich zu behandeln. Mehr denn je kommt es auf Glaubwürdigkeit, auf Vertrauenswürdigkeit, auf Wahrhaftigkeit in der Politik an. Das christliche Veröhnungsgebot verlangt veröhnungsbeurteilung zu sein und den Anderen nicht zu verteufeln.

## III.

Aus dem christlichen Menschenbild erwachsen Konsequenzen für den menschlichen Umgang und das gemeinwohlorientierte Verhalten in der Politik, das Lähmung und Blockaden überwindet und Neuanfänge möglich macht. Zugleich leiten sich daraus Schranken für das politische Handeln ab. Das Bekenntnis zur „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, in der Präambel unserer Verfassung, markiert Grenzen der Konformität, unterscheidet sich dadurch von Sozialismus und Kapitalismus. Weil es eine höhere Instanz gibt als die Gesellschaft oder den Staat, sind wir notfalls verpflichtet, zu widersprechen. Das christliche Menschenbild öffnet nicht der Beliebigkeit Tür und Tor. Es fragt nach der Berechtigung, nach pragmatischer Vernunft und sittlichen Maßstäben.

Die Einsicht in die Begrenztheit des Menschen bewahrt vor ideologischen Heilslehren und vor Überforderungen der politischen Planungs- und Gestaltungsfähigkeit. Alle zu hochgestellten gesellschaftlichen Ziele, mögen sie auch noch so menschenfreundlich und verführerisch daher kommen, fordern zur Abwehr heraus. Der Schutz gegen Machtmissbrauch muss Vorrang haben.

Christlicher Realismus setzt nicht nur Schranken gegen politische Utopie vom perfekten Menschen, sondern auch Schranken dagegen, dass der Mensch sich zum Schöpfer erhebt. Nicht alles, was uns technisch und wissenschaftlich möglich ist, ist uns deswegen auch erlaubt. Eine an diesem Menschenbild orientierte Politik kann niemals einen totalen oder gar einen totalitären Anspruch auf ihre allumfassende Gestaltung beanspruchen. Politik darf sich den Menschen nicht total verfügbar machen. Auch Politik kann nicht alles und darf nicht alles.

Eben darum kann es nach meiner Überzeugung auch keine christliche Politik, wohl aber christliche Politiker geben! Politik aus christlicher Verantwortung heißt, Entscheidungen in ihrer letzten Konsequenz zu bedenken. Christliche Politiker wissen um die Endlichkeit des Seins und um die Relativität irdischer Probleme.

Der Politiker muss entscheiden – vor seinem Gewissen, aber nicht fern von der Realität. Er kann sich nicht in einem utopischen Radikalismus gegen die Tatsachen auflehnen. Er muss sich in der Demokratie um Mehrheiten bemühen, er muss Kompromisse schließen können. Und er muss bereit sein – und das kann sehr schwierig sein und ihn auch in Konflikte mit der Amtskirche bringe –, notfalls zweitbesten Lösungen zuzustimmen, wenn perfekte Lösungen nicht uneingeschränkt durchsetzbar sind, um schlechtere Lösungen zu verhindern.

## IV.

Wir stehen in Deutschland wie in Frankreich, in Europa und weltweit vor zahllosen großen Herausforderungen. Die Globalisierung, die auch zum Segen für die Menschheit werden kann, wenn sie Ausgrenzung überwindet, stellt die Frage nach dem weltweiten Gemeinwohl neu. Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen werden immer nachdrücklicher gestellt. Die Verantwortung für die globale Welt und für die Bewahrung der Schöpfung ist zur zentralen

Zukunftsaufgabe geworden. Immer komplizierter werdende Fragen der Bioethik stellen uns vor Herausforderungen, die unser Weltbild und unser Bild vom Menschen betreffen.

Hinzu kommt in jüngerer Zeit eine Entwicklung, die für die Politik Anlass zur Sorge sein muss: ob Proteste gegen Infrastrukturprojekte, Atom-Energie und Castor-Transporte in Deutschland, gegen die Rentenreform in Frankreich, gegen die Sparmaßnahmen der Regierung in Griechenland oder gegen die Erhöhung von Studiengebühren in Großbritannien – eine neue Widerstands- und Protestbewegung, eine „Dagegen-Bewegung“, scheint sich zu etablieren.

Widerstand, Proteste und Demonstrationen gegen staatliche Maßnahmen sind nicht neu – neu ist die Vehemenz und die z. T. hohe Gewaltbereitschaft und die gesellschaftliche Breite mancher Proteste. Die immer häufigere Verlagerung von Auseinandersetzungen über staatliche Maßnahmen und Projekte von den Parlamenten hinaus auf die Straße, die Unversöhnlichkeit, die wachsende Gewaltbereitschaft, die wachsende Parteien- und Politikerverdrossenheit, sind eine Gefahr für unsere parlamentarisch-rechtstaatlichen Demokratien und letztlich für unsere Gesellschaft.

Hier bedarf es eines Umdenkens: Es bedarf der Einsicht, dass langjährige parlamentarische Entscheidungsprozesse nicht durch späte, lautstarke Proteste zu revidieren sind, dass sich nicht alle Entscheidungsprozesse auf ein plebiszitäres Ja oder Nein verkürzen lassen. Aber auch, dass von den politisch Verantwortlichen gesetzte Ziele frühzeitiger und langfristiger erklärt und begründet werden müssen, und dass das allgemeine Wohl Vorrang vor auch berechtigten individuellen Interessen haben muss.

Die Welt verändert sich. Die Welt kann verändert werden. Wir sollten die Herausforderungen annehmen und uns ihr stellen. Wir sollten unserer Zukunft Orientierung geben. Ich schließe mit einem Zitat Konrad Adenauers: „Weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur ist Selbstzweck – sie haben eine dienende Funktion gegenüber der menschlichen Person.“ Und ich füge in Bezug auf Deutschland einen Satz von Angela Merkel hinzu: „Unser Land leidet nicht an einem Zuviel an Islam, sondern an einem Zuwenig an Christentum!“ □

## debatte-Sammelband für die Jahre 2009 und 2010

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieser Ausgabe unserer Zeitschrift „zur debatte“ – 1-2011 – liegen die Inhaltsverzeichnisse, sowie der Referenten- und der Themenindex der Jahrgänge 2009 und 2010 bei. So haben Sie einen Überblick über all das, was dort in den beiden Jahren zu lesen war.

Wer die 16 Ausgaben der „debatte“ der Jahre 2009 und 2010 gebunden aufbewahren will, kann ab sofort einen passenden Einband bestellen. Bestellungen sind unter der Telefonnummer: 089/38102-117 oder im Internet unter [info@kath-akademie-bayern.de](mailto:info@kath-akademie-bayern.de) möglich. Wir berechnen für einen Einband eine Schutzgebühr von 10 Euro. Eine Rechnung geht Ihnen mit dem Einband zu.



# Wie modern ist konservativ?

Wer konservativ ist, gilt meist sofort als altmodisch und hausbacken, irgendetwas unsympathisch sogar. Dabei sagt der Begriff eigentlich nur, dass man etwas erhalten, bewahren will. Der Konservatismus ist eine politische Grundfrage, die also durchaus positiv besetzt sein könnte. Doch was ist nun eigentlich konservativ, und auch wer

ist es? Diesen wichtigen politischen Fragen stellte sich der Mainzer Historiker Professor Andreas Rödder am 13. Dezember 2010. Der Titel seines Abendvortrags: „Wie modern ist konservativ? Zur Aktualität einer klassischen Denkform?“ „Zur Debatte“ dokumentiert das überarbeitete Referat.

## Zur Aktualität einer klassischen Denkform

Andreas Rödder

### I. Konservativ und reaktionär: das Verhältnis zum Wandel

„What will you conserve?“ So stellte Benjamin Disraeli dem konservativen Parteiführer Robert Peel 1844 die Kardinalfrage aller Konservativen. Im englischen Verb „to conserve“ kommt die Herkunft des Konservatismus aus dem lateinischen „conservare“ = bewahren noch deutlicher zum Ausdruck als im Deutschen, das nur das Substantiv kennt, das Verb „konservieren“ hingegen nur in einem eher technischen und musealen Sinne. Aber genau das ist es nicht.

„What will you conserve“ – was soll bewahrt werden? Diese Frage ist so alt wie der Konservatismus selbst, und der Konservatismus ist so alt wie die europäische Moderne. Denn mit der Moderne, mit der Aufklärung, den politischen Revolutionen und der Industrialisierung im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert kam ein historisch neuartiger Wandel in die Welt. Vergangenheit und Zukunft traten auseinander, das Morgen würde nicht mehr sein wie das Gestern, die Zukunft wurde vielmehr offen für das Neue, für grundlegende Veränderung: nicht mehr die *mores maiorum*, die Regeln der Vorfahren, waren die Richtschnur der Moderne, sondern der Fortschritt hin zum Neuen, das den Vertretern des Fortschritts als das Bessere galt.

Nicht hingegen den Konservativen, die stattdessen auf die Bewahrung des Bewährten setzten. Dabei war die historische Entstehung der Bewegung des Bewahrens an das Aufkommen des historischen Wandels gebunden – und dies führt uns zu einem Grundproblem des Konservatismus, und zu einer unvermeidlichen Paradoxie.

Das Grundproblem ist: Wie hält es der Konservative mit der Veränderung?



Prof. Dr. Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz

Eine Möglichkeit ist, jede Veränderung abzulehnen und alles so zu lassen, wie es ist – das ist traditionalistisch – oder gar, die Dinge so wiederherzustellen, wie sie früher einmal waren (oder gewesen sein sollen): Dies überschreitet die Schwelle zum Reaktionären.

Schon für den ersten Autor und die erste Schrift, die wir in einem historisch-politischen Sinne als konservativ bezeichnen, für Edmund Burke in seinen Reflektionen über die Französische Revolution, die radikale Veränderung *par excellence*, kam dies gerade nicht in Frage: Nicht um eine Betonierung des Status quo oder gar eine Wiederherstellung des Früheren ging es ihm, sondern

um die behutsame Verbesserung des Bestehenden, um es grundsätzlich zu bewahren.

Und als der 14. Earl of Derby 1858 eine konservative Regierung bildete, erklärte er vor dem Parlament in London, es „könnte keinen größeren Irrtum geben, als anzunehmen, eine konservative Regierung sei eine Regierung der Bewegungslosigkeit. [...] In der Politik muss dieselbe Richtung verfolgt werden wie in allen anderen Dingen: beständiger Fortschritt, Verbesserung des Bestehenden, Anpassung an die gewandelten Umstände und die Bedürfnisse der Gesellschaft.“

Die Bewegung der Bewahrung ist an den Wandel gebunden – und niemand brachte dies treffender auf den Punkt als der 3. Marquess of Salisbury: Es gehe darum, so sagte er mit einer menschenfreundlichen Weisheit, deren Größe sich vielleicht erst auf den zweiten Blick erschließt, es geht darum, „Veränderungen zu verzögern, bis sie harmlos geworden sind“ – mit anderen Worten: den unvermeidlichen Wandel verträglich zu gestalten.

Das heißt auch, den Wandel zu akzeptieren, und das heißt oft genug (und damit kommen wir zur Paradoxie der Konservativen): heute zu verteidigen, was man gestern bekämpft hat: Das gilt für die Demokratie, die Konservative im 19. Jahrhundert abgelehnt haben, ebenso wie für Geschlechterbeziehungen oder Sexualmoral, die Konservative noch vor wenigen Jahrzehnten in einer Weise vertreten haben, wie wir sie heute wohl alle für schlechterdings restriktiv halten.

Diese historische Erfahrung besagt aber auch, auch wenn dies eine für viele schwer erträgliche Einsicht ist: Es gibt, auch für die Konservativen, keine ewigen, keine überzeitlichen Werte. Dafür haben, so hat es der Historiker John Pocock in seiner Einleitung zur Edition von Burkes *Reflections on the Revolution in France* so treffend ausgedrückt, dafür haben „zu viele Geister [...] aus zu vielen Gründen versucht, zu viele Dinge zu bewahren.“ Und selbst die Menschenrechte, die wir heute für unantastbar halten, sind in historischer Perspektive alles andere als unangefochten.

Dass es – außerhalb der Welt des Glaubens, ich sage das an diesem Ort bewusst hinzu – auf politisch-gesellschaftlicher Ebene keine überzeitlichen, keine absoluten Werte gibt, das ist eines der unhintergehbaren Leiden des modernen Menschen. Auf dem Boden der Moderne und erst recht auf dem Boden der Postmoderne, auf dem Boden der Gegenwart zu stehen, heißt, dies zu akzeptieren.

Aber: Dass es keine überzeitlich vorgegebenen, ontischen Werte gibt, diese nicht-notwendige Entstehung von Werten schließt keineswegs aus, sehr wohl für die Geltung von Werten einzutreten, die für richtig gehalten werden, auch in dem Wissen, dass der historische Wandel sie verändern wird – gerade das Gegenteil ist der Fall, und darauf komme ich am Schluss zurück.

Auch wenn den Konservatismus also keine unwandelbaren Inhalte ausmachen, so können wir dennoch durchgehende Grundlagen feststellen, die ich nun skizzieren möchte: das Menschenbild, die Art des gesellschaftlich-politischen Denkens und den Vorrang der Bürgergesellschaft vor dem Staat. Das mag auf den ersten Blick arg theoretisch klingen, aber es wird sich, wie ich hoffe, zeigen: Der Weg zur Praxis ist kurz.

### II. Menschenbild

Aller Politik liegt das Bild vom Menschen zugrunde. Das konservative und das christliche Menschenbild liegen da-

bei nahe aneinander, während es sich vom Menschenbild der Aufklärung und des Liberalismus in der Akzentsetzung unterscheidet.

Von den verschiedenen Aspekten dieses Menschenbildes will ich im Hinblick auf unsere Gegenwart zwei herausgreifen. **Erstens** das Verständnis des Menschen als Person und ihrer Begründung außerhalb des Menschen selbst, seiner Leistungen und seines Nutzens. Daraus resultiert die allem zugrunde liegende Kategorie der Menschenwürde. Das unterschreiben in Deutschland heute Vertreter aller politischen Richtungen. Aber was heißt Menschenwürde? Was heißt Unverfügbarkeit über menschliches Leben – angesichts von Abtreibung, von Diskussionen um Sterbehilfe und nicht mehr finanzierbare Sozialsysteme, angesichts der Diskussionen um embryonale Stammzellforschung und PID? Da hört der Konsens bald auf, und hier wird konsequenter Lebensschutz, hier wird konsequenter Konservatismus sehr schnell sehr ungemütlich. In diesen Grundfragen des Lebens ist Konservatismus, der ansonsten, wie ich nachher zeigen möchte, so pragmatisch ist, ganz grundsätzlich, ja radikal.

### Es gibt, auch für die Konservativen, keine ewigen, keine überzeitlichen Werte.

Das christlich-konservative Menschenbild hat – **zweitens** – einen weiteren Aspekt, auf den ich etwas ausführlicher eingehen möchte. Der Mensch, von dem wir gerade sprechen, ist zugleich unvollkommen. „Dünn ist die Kruste der Zivilisation über der brodelnden Lava menschlicher Leidenschaften“, so schrieb der nachmalige 3. Marquess of Salisbury – immer wieder eine Quelle kluger Zitate – im Jahr 1857. Nicht dass der Mensch von Grund auf schlecht ist, so möchte man etwas modifizieren, aber das christlich-konservative Menschenbild ist doch das der unaufhebbar gemischten Menschennatur.

Das heißt: der Mensch ist nicht perfektionierbar – und das heißt ganz konkret: Konservatives Denken richtet sich gegen alle Entwürfe eines „neuen Menschen“ (und eines vervollkommenen Endzustandes). Dies richtete sich im 20. Jahrhundert vor allem gegen die Rassenlehre des Nationalsozialismus und die Klassenlehre des Kommunismus bzw. Sozialismus. Diese Stoßrichtung ist in der heutigen politischen Debatte weniger relevant als in der bioethischen Debatte. Denn es ist die Gentechnik, die uns den „neuen Menschen“ durch Eingriffe in das Erbgut verspricht. Auch hier ist die konservative Position ebenso klar wie konkret unbequem: Der Mensch kann sich nicht anmaßen, zum Schöpfer zu werden – er darf es moralisch nicht, und er kann es auch praktisch nicht.

Denn das ist eine weitere Konsequenz aus der unaufhebbar unvollkommenen Menschennatur: Der Mensch ist auch nur unvollkommen in der Lage, die Welt zu erfassen und zu gestalten. Konkret: Wir sehen das Ende nicht ab und kennen die Zukunft nicht. Gerade der und gerade die Konservative weiß, was wir ungenügend hören: Was heute richtig erscheint, kann sich morgen in das Gegenteil verkehrt haben.

Das klingt abstrakt – und hat eminent praktische politische Auswirkungen: Der oder die Konservative wird die Welt nämlich nicht nach einem bestimmten Modell umgestalten wollen – es könnte sich ja morgen als falsch herausstellen. Das gilt – um allesamt historisch-reale Beispiele zu nennen – für den Flächenabriss von Altstädten



zugunsten der sog. „autogerechten Stadt“, das gilt für die Tötung Behinderter als „lebensunwertes Leben“ oder für die Umstellung der Rente auf Kapitaldeckung. Hinterher war man froh um die stehen gebliebenen Altstädte – denken Sie nur an die Pläne für Schwabing –, man wäre froh gewesen um die noch lebenden Behinderten, für die wir heute allerorten Barrierefreiheit schaffen, und man ist heute froh, dass wir die Renten nicht komplett dem Kapitalmarkt übergeben haben.

Konservativ zu denken heißt, behutsam mit dem Bestehenden umzugehen, es pragmatisch zu verbessern statt zu Radikallösungen und Kahlschlag zu greifen – heißt ganz allgemein: eine Politik „auf Sicht“ zu betreiben und sich von einer Kardinaltugend leiten zu lassen: der Besonnenheit, oder, wie Erwin Teufel sein kluges Buch betitelt hat, von „Maß und Mitte“.

Das ist eine Frage des Denkens, und damit bin ich bei der zweiten und in meinem heutigen Vortrag zentralen Antwort auf die Frage „was ist konservativ?“

### III. Eine Art zu denken

Konservatives Denken ist tief in einer grundsätzlichen abendländischen Auseinandersetzung verwurzelt: im Universalienstreit um das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, der bis in die Antike zurückreicht und bis heute grundsätzlich unterschiedliche Arten zu denken prägt – es ist die Tradition der platonischen Ideenlehre gegenüber dem aristotelisch-thomistischen Realismus (auch dies weit weniger abstrakt, als es zunächst klingt). In ihrem Kern besagt die platonische Ideenlehre, dass das Allgemeine vor dem Besonderen existiert, dass die Ideen Vorrang vor der Wirklichkeit haben. Dieses Denken vom Allgemeinen zum Besonderen, von der Idee, von der Theorie, vom Modell her ist nicht konservativ. Konservatives Denken steht in der Tradition des Aristoteles und des Thomas von Aquin: Das Allgemeine existiert demzufolge nicht vor dem Besonderen, sondern nur im Besonderen. Dieses Denken denkt vom Besonderen zum Allgemeinen, von der Erfahrung aus, statt von der Theorie oder vom Modell her. Es denkt induktiv statt deduktiv, es folgt lieber dem Instinkt als einer strikt rationalen Logik.

„Gefühl und Erfahrung lehren uns“, so sagte Austen Chamberlain 1924 vor dem englischen Unterhaus, „dass die menschliche Natur nicht logisch ist, und dass durch den weisen Verzicht darauf, Dinge bis an ihre logisches Ende zu treiben, der Weg der friedlichen Entwicklung zu finden ist.“

Solches Denken ist – jenseits der Grundlagen, von denen ich vorher sprach – pragmatisch und nicht radikal. Und dem entspricht auch das Politikverständnis eines solchen Konservatismus: Aufgabe der Politik ist es demzufolge nicht, eine neue Welt zu schaffen, sondern Bedingungen für gelingendes Leben. Wie dies dann konkret ausgestaltet wird, das ist die individuelle Angelegenheit der einzelnen. Das mag banal klingen, ist aber etwas grundsätzlich anderes, als einem theoretisch-deduktiven Modell zu folgen und die Verhältnisse nach einem vorgegebenen Modell umzugestalten. Wie zentral dies ist, wissen die Betroffenen der DDR – aber dieser grundlegende Unterschied des Denkens ist auch in unserer Politik von erheblicher Bedeutung.

Das Leitbild eines solchen Konservatismus ist also nicht konsequente rationale Theorie, sondern erfahrungsgestützter *common sense*, den man am besten mit praktischer Vernunft übersetzt. Das ist ein weiterer Zentralbegriff konservativen Denkens, und er greift abermals



Foto: akg-images

Der englische Publizist Edmund Burke (1729 – 1797) gilt als erster Theoretiker des Konservatismus. Er sieht eine Aufgabe der Konservativen darin, „das Bestehende behutsam zu verbessern.“

auf Aristoteles zurück: auf das Konzept der Mitte – Horaz sprach von der „goldenen Mitte“ – zwischen den Extremen, die sich auch in der Kardinaltugend der Besonnenheit niederschlägt, zwischen Modernisierungsverweigerung und Fortschrittsideologie.

### Konservatives Denken steht in der Tradition des Aristoteles und des Thomas von Aquin: Das Allgemeine existiert nicht vor dem Besonderen, sondern nur im Besonderen.

*Common sense* hat dabei im angelsächsischen Sprachgebrauch zugleich eine sozial-moralische Bedeutungsdimension: Er enthält eine – meist unausgesprochene – allgemein verbindliche Vorstellung von „falsch“ und „richtig“. In diesem Sinne ist das *queuing*, das Schlängestehen in England, *common sense*: dass man, wenn zu warten ist, eine Schlange bildet und sich hinten anstellt und nicht schielt, wie man möglichst an Kasse 2 schneller vorankommt als an Kasse 4. Dieser *common sense* geht über die praktischen Aspekte der Kassenabwicklung weit hinaus: Vordrängeln ist etwas, das man nicht tut, und darin steckt eine Grundvorstellung von Individuum und Gemeinschaft.

Wer aber bestimmt darüber, was *common sense* ist, so mag man fragen, wer gibt „Maß und Mitte“ das Maß? Kritiker sagen: Das ist pure Willkür, konstruktivistisch gesprochen: Ein Machtdiskurs, mit dem diejenigen, die die soziale Macht in der Gesellschaft besitzen, ihre Macht verteidigen.

In der Tat gibt es für das, was *common sense* ist, keine theoretische Letztbegründung – aber die gibt es für nichts. Was es aber gibt, ist die alltagspraktische Erfahrung, eine praktische und erfahrungsbewährte Übereinkunft über falsch und richtig, die sich freilich immer wieder selbst prüfen muss, um nicht zur Willkür gegen Andere zu werden. Aber es ist diese praktische Vernunft, die falsch und richtig zu unterscheiden hilft und mit der sich die Werte

identifizieren und begründen lassen, für deren Geltung man, in der Konkurrenz der Sinnentwürfe, eintritt.

Praktische Vernunft in diesem allgemeinen Sinne ist auch der Kern dessen, was man „Leitkultur“ nennen kann – eine pragmatische Übereinkunft über die Spielregeln und Grundlagen des Zusammenlebens, nicht als eine Ideologie, die andere ausschließt, aber als eine Grundhaltung, die von der Mitte der Gesellschaft und nicht von ihren Rändern her denkt.

Beim Begriff der „Leitkultur“ zucken freilich viele instinktiv zusammen, und die Debatten um den Begriff der „Leitkultur“ zeigen, dass es mit der gesellschaftlichen Übereinkunft, dass es mit einem gesamtgesellschaftlichen *common sense* nicht so weit her ist.

Wir sehen dies zum Beispiel im Umgang mit dem Islam, zum Beispiel an den Debatten um Moscheebauten und Minarette: Entweder wurden sie in den letzten Jahren von einer geradezu militanten, uneingeschränkten Toleranz bestimmt, oder aber, wenn es etwa um die Gegenpositionen gegen den geplanten Großbau in Köln ging, von einer eigenartig kraftlosen Argumentation, die sich letztlich im Baurecht erschöpfte.

Praktische Vernunft hingegen, die von der Mitte der Gesellschaft her denkt, würde etwa so argumentieren: In Mainz wurde kürzlich eine neue Synagoge eröffnet, über die sich alle sehr gefreut haben; niemand kommt aber auch auf die Idee, dass sich die Juden außerhalb der Grundordnung unserer Gesellschaft stellen. Und ebenso sollte es mit dem Islam sein: Niemand hat etwas gegen den Bau von Moscheen samt Minaretten zu haben, wenn die Muslime sich in die Grundordnung der freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft integrieren und ihre Spielregeln akzeptieren – einschließlich der Teilnahme an verpflichtenden Schulveranstaltungen.

Es geht mir dabei gar nicht um diese konkrete Diskussion, die ich hier auch nicht weiter führen möchte, sondern um eine andere Beobachtung: In der Gesellschaft und auch innerhalb ihrer Großgruppen ist ein allgemein verbindliches Gefühl abhanden gekommen für das, was man für falsch und das, was man für richtig hält.

Zum Ersatz dafür wurde – die Zahl: 35 % Krippenplätze, 40 % Studierende,

50 % Frauen, ab einem IQ von 130 sollten vor einigen Jahren Studenten in Freiburg und Konstanz von Studiengebühren befreit werden, die Finanzmärkte orientieren sich an den finanzmathematischen Risikomodelle der Rating-Agenturen, die Familienpolitik rechnet mit der Zahl der Kontaktminuten zwischen Eltern und Kindern, und jede OECD-Statistik stürzt das Land in helle Aufregung.

So beklagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, er fände 40 % Studierende eines Jahrgangs besser als 37. „Noch sagt er nicht“, so kommentierte Jürgen Kaube in der FAZ, „noch sagt er nicht: fünfzig oder sechzig Prozent, was er aber genauso gut sagen könnte, weil er zwischen „besser“ und „mehr“ gar keinen Unterschied macht. Mehr ist einfach besser.“

Es ist die Herrschaft der Zahl anstelle der Herrschaft des Sinns. „Bloße Zahlen sind reines Durcheinander“, wussten freilich schon die Konservativen des 19. Jahrhunderts – „Lügen, verdammte Lügen, Statistiken“, soll Benjamin Disraeli gesteigert haben, und selbst wenn es nicht wörtlich stimmen sollte, ist es jedenfalls treffend zugeschrieben.

Kürzlich besuchte mich ein amerikanischer Kollege und schwärmte von Deutschland und seinen Universitäten, die zumindest in den Geisteswissenschaften in der Spitze Studierende ausbilden, die an amerikanischen Top-Universitäten problemlos mithalten können. Sie werden – im Unterschied etwa zu französischen Universitäten – zu eigenständiger kritischer Urteilsfähigkeit gebildet, und das ist (oder war) der unschätzbare Vorteil des deutschen Universitätswesens.

Aber: Die Zahlen stimmten im OECD-Vergleich nicht – und deshalb musste das System umgestaltet werden, nach amerikanischem Modell, freilich ohne die Finanzmittel der amerikanischen Universitäten. Geld wiederum wird über eine Forschungsförderung vergeben, die nicht vom Besonderen, dem wissenschaftlichen Problem, zum Allgemeinen, der Lösungsform vorgeht, sondern umgekehrt: Die Exzellenzinitiative lobt Forschungsformate aus, und dazu schaffen wir das wissenschaftliche Problem.

„Leben wir nicht in einer Zeit, in der wir nichts als gegeben annehmen?“ – so fragte Lord Shaftesbury 1867 im Londoner Oberhaus, und er zeigt uns zugleich, dass unsere Probleme nicht nur die unseren sind. „Vergeblich argumentieren Sie“, so Shaftesbury weiter, „dass etwas gut ist. Ihr Gegenüber räumt das ein, aber er sagt, dass eine Veränderung es besser machen wird. Welche Einrichtung auf der Welt kann davor bestehen?“ Weil es an Maß und Mitte mangelt, am Sinn dafür, was gut und bewahrenswert ist und was verbessert werden muss, versetzt sich die deutsche Gesellschaft auch mit jeder neuen PISA-Statistik in Hysterie. Was zählt, sind Zahlen, Ranking-Plätze und Modelle. Das gilt auch für die Familienpolitik, neben der Bildung ein konservatives Kernanliegen, in dem es in den vergangenen Jahren erheblichen Aufruhr gegeben hat.

Auch dazu ein paar Bemerkungen, weil die Krippenpolitik ein aufschlussreiches Beispiel für die Bedeutung der Art zu denken in der Politik ist und weil sich in dieser Kontroverse einiges von dem bündelt, was wir bislang besprochen haben: Wie vorher gesagt, zielt eine liberal-konservative Politik darauf, Bedingungen für gelingendes Lebens zur Verfügung zu stellen, über dessen individuelle Ausgestaltung der und die Einzelne entscheiden. Gerade in Zeiten der Pluralisierung, der Vielfalt der Lebensformen kann es nicht darum



gehen, ein Modell vorzugeben. Eine Familienpolitik, die allein die sogenannte traditionelle Familie fördert, in der sich die nicht berufstätige Mutter hauptsächlich um ihre kleinen Kinder kümmert, wäre heute reaktionär.

„Verbesserung des Bestehenden, Anpassung an die gewandelten Umstände und die Bedürfnisse der Gesellschaft“, wie Lord Derby 1858 gesagt hatte, heißt zu erkennen, dass zunehmender Bedarf an außerfamiliärer Kleinkinderbetreuung in der Gesellschaft entstanden ist. Daher ist es konservativ, Krippenplätze für die Familien zu schaffen, die diese Form der Kleinkinderbetreuung nutzen möchten.

Konservativ ist es, gleichberechtigte Wahlmöglichkeiten für Eltern zu schaffen. Nicht konservativ hingegen ist es, nur noch das Modell der vollwertigen Eltern mit außerhalb der Familie betreuten Kindern zu fördern und die Familien, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, dezidiert von der Förderung auszuschließen, ihnen vielmehr zu sagen, dass sie ihren Kindern Bildung vorenthalten würden.

Eine Politik, die ein vorgegebenes Modell durchsetzen will, ist ideologisch: Sie folgt nicht praktischer Vernunft, sondern theoretisch-deduktivem Denken, das zur Resistenz gegen Erfahrungswerte neigt. Dass eine Steigerung der Studierendenquote auf 40 % und mehr gut sei, sagt nur, wer die Universität, wer die Realität nicht kennt und nicht kennen will. Und so erleben wir immer wieder die Situation, dass Dinge behauptet und durchgesetzt werden, die offenkundig nicht richtig sind oder nicht funktionieren können. Dann ist die Kommunikation, die argumentative Auseinandersetzung am Ende. Doch es bleibt die Aufgabe konservativen Denkens, gegenüber doktrinen Modellen auf Erfahrung zu bestehen.

Damit komme ich zu einem dritten Aspekt in diesem Panorama von modernem bürgerlichem Konservatismus.

#### IV. Zivilgesellschaft und Subsidiarität – Freiheit und soziale Verantwortung

Die Idee der „Zivilgesellschaft“ ist ein großes Dach, unter dem sich mancherlei sehr Unterschiedliches versammelt. Dies war schon im 18. und 19. Jahrhundert der Fall, und „Zivilgesellschaft“ war ein zentrales inhaltliches Merkmal sowohl der englischen Radikal-Liberalen als auch des englischen Konservatismus. Was die Konservativen betrifft, so bezog sich ihre Vorstellung von Zivilgesellschaft allerdings zunächst auf den Adel und die alten Eliten. Schon die englischen Konservativen erweiterten dies jedoch auf die Gemeinschaft der Steuerzahler, und in der Bundesrepublik etablierte sich nach 1945 ein demokratischer Konservatismus.

Kern der Idee der „Zivilgesellschaft“ ist es dabei, dass die Gesellschaft der Bürger, die einer sozialmoralischen Verpflichtung für das Gemeinwesen unterliegen, dass die Bürgergesellschaft Vorrang vor dem allzuständigen Staat hat – sei es der Staat in Form des bürokratischen Macht- oder Obrigkeitsstaates, sei es der umfassende soziale Fürsorgestaat. Darin unterscheidet sich Konservatismus wesentlich von Sozialismus und Sozialdemokratie mit ihrer Staatsorientierung, und darin liegen zugleich die grundlegenden Gemeinsamkeiten mit dem Liberalismus – auch übrigens mit den Grünen, insoweit sie nicht dezidiert sozialistisch ausgerichtet sind.

Konservatismus auf den Grundlagen der Bürgergesellschaft baut auf Freiheit und Selbstverantwortung der Einzelnen, der Bürger, statt auf staatliche Anleitung und Steuerung.

Im Konservatismus der Bundesrepublik kam zu diesem bürgergesellschaft-

lichen Ansatz die katholische Soziallehre bzw. die christliche Gesellschaftslehre hinzu. Sie ergänzt das liberale Denken um ein verstärktes Element der sozialen Verantwortung, um die Einzelnen nicht bedingungslos den durchschlagenden Kräften eines freien Marktes, eines entfesselten Kapitalismus zu überlassen, um sie nicht nur zu ökonomisch funktionsfähigen Werkzeugen zu machen.

Die christliche Gesellschaftslehre befürwortet den Sozialstaat, sie setzt nicht auf eine radikalliberale Zurückdrängung des Staates, aber sie setzt auch nicht auf das gewerkschaftliche Prinzip möglichst umfassender staatlicher Regulierung und Umverteilung. Vielmehr verbindet sie wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung durch das Prinzip der Subsidiarität: Der oder die Einzelne soll zunächst leisten, was er zu leisten vermag und sich so weit wie möglich selbst verantworten. Dasselbe gilt für Einheiten von Menschen, vor allem für die Familie – als die berühmte „Keimzelle der Gesellschaft“ –, aber auch für Verbände, Kommunen etc. Wenn sie aus sich selbst heraus jedoch nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, dann – aber auch erst dann – haben sie Anspruch auf Hilfe durch die nächst höhere Einheit. Solidarität ist in dieser Vorstellung keine Einbahnstraße – der Solidarität der Gemeinschaft und des Staates für den Hilfsbedürftigen –, sondern ein zweiseitiger Prozess, zu dem auch die Solidarität des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen gehört: die Hilfe der Gemeinschaft nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn er oder sie wirklich nicht in der Lage ist, sich selbst zu helfen; anders herum: alles zu tun, um die Hilfe der Gemeinschaft nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

Diese bürgerlich-konservative Idee von sozialer Verantwortung setzt bürgerliche Selbstverantwortung voraus – und steht zugleich der allgemeinen Entwicklung entgegen: einem immer weiter vordringenden, allzuständigen Sozialstaat.

In der Bundesrepublik hat der Ausbau des Wohlfahrtsstaates über die bloße Absicherung des Existenzrisikos hinaus bereits in den fünfziger Jahren begonnen. Die allgemeine Tendenz in Deutschland über ein halbes Jahrhundert hinweg war der immer weitere



Foto: akg-images

Der spätere britische Premierminister Benjamin Disraeli stellte 1850 die Frage, die heute noch ein Leitgedanke der Konservativen sein sollte: „What will you conserve?“

Ausbau des Staates „zum Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ der Bürger „mit nahezu allumfassender Zuständigkeit“ (Annette Zimmer).

Inzwischen hat sich selbst im Hinblick auf das konservative Kernanliegen der Familie die Vorstellung verbreitet, der Staat könne die Erziehung besser als die Eltern. Daraus spricht ein fundamentales Misstrauen gegen die Familie – die demzufolge gerade nicht mehr die Keimzelle der Gesellschaft ist –, ein grundlegendes und umfassendes Misstrauen gegen den Bürger, dessen Verhalten und Denken stattdessen, etwa durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, immer stärker normiert und reguliert werden soll.

#### Inzwischen hat sich selbst in Hinblick auf das konservative Kernanliegen der Familie die Vorstellung verbreitet, der Staat könne die Erziehung besser als die Eltern.

Dabei hat sich in den vergangenen Jahren eine eigenartige Koalition zwischen Wirtschaft und Staat gegenüber der Gesellschaft aufgetan: Der regulierende Sozialstaat schützt nämlich nicht mehr nur die Einzelnen vor den Auswüchsen des freien Marktes, sondern er arbeitete zugleich darauf hin, die Einzelnen und die Gesellschaft den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, und allzu gern sozialisiert die Wirtschaft die Kosten für ihre Rekrutierung von sog. Humankapital. Natürlich ist es für die Politik unabdingbar, ja es ist ihre Aufgabe, Anpassungen an gewandelte ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu leisten. Aber wenn darüber die Autonomie von gesellschaftlichen Größen wie Familie oder Bildung, wenn die Bürgerfreiheit verloren geht, dann ist das aus konservativer Warte ein Problem.

#### V. Tendenzwende?

Was ist konservativ? Die periodisch aufgerollte Frage wird, so mein Ein-

druck, drängender. Warum das so ist, möchte ich abschließend mit dem Versuch einer Diagnose unserer Gegenwart beantworten – einer Diagnose, die in die achtziger Jahre zurückgeht.

In diesem Jahrzehnt nämlich setzten sich in der westlichen Welt grundlegende Veränderungen in der Breite durch: **Erstens** verbreitete sich die mikroelektronische Revolution, eine neue Stufe der Industrialisierung, die sich auf Kommunikation und Verkehr, Produktion und Finanzmärkte auswirkte. Die Liberalisierung der Finanzmärkte setzte **zweitens** einen neuen Schub des Kapitalismus frei, der sich dann vor allem nach 1990 in einer beschleunigten Globalisierung entgrenzter Waren-, Kapital- und Arbeitsmärkte niederschlug.

Die Kultur des Aktionärs und des Unternehmensberaters prägte die globalisierte Ökonomie – und zugleich verbreiteten sich ökonomische Organisationsmechanismen über den Bereich des Wirtschaftslebens hinaus. In einem fortschreitenden Prozess der Ökonomisierung gerieten immer weitere Lebensbereiche – Sport, Freizeit und private Lebensformen überhaupt wie auch die Kultur – unter die Dominanz quantifizierend-modellorientierter Denkformen und Argumentationsweisen, am sichtbarsten vielleicht das Bildungssystem im Zeichen von Zielvereinbarungen und Evaluationen, von Bologna und „Bildungsökonomie“.

Die Dominanz der Zahl auch auf gesellschaftlich-kultureller Ebene hatte wiederum – dritte Entwicklung – mit der Postmoderne zu tun. Deren Kern hatte François Lyotard 1979 mit dem berühmten Ende der „großen Erzählungen“ beschrieben, indem er die Verbindlichkeitsansprüche der überlieferten Ordnungsentwürfe zurückwies und programmatisch „Zersplitterung“ an die Stelle von Ganzheit setzte.

Nicht nur auf philosophischer Ebene, sondern ganz praktisch auf gesellschaftlich-kultureller Ebene wurde fortschreitende Pluralität zu einem Kennzeichen unserer Zeit: Im Bereich der privaten Lebensformen zum Beispiel differenzierte sich das Leitbild der verheirateten Eltern mit Kindern in ein gesellschaftlich akzeptiertes Nebeneinander von verheirateten und unverheirateten Paaren mit und ohne eigene und nicht eigene Kinder, Alleinerziehenden, Alleinlebenden und homosexuellen Lebensgemeinschaften aus. Die postmoderne Pluralisierung eröffnete den Einzelnen vielfältige neue Wahlmöglichkeiten und Freiheitsspielräume – und führte zugleich zu jener „Zerschlagung der Gewissheit“, die Zygmunt Bauman als das Kennzeichen der Postmoderne ausgemacht hat.

„Wir genießen all die Errungenschaften der modernen Zivilisation. Doch wir wissen nicht genau, was wir mit uns anfangen, wohin wir uns wenden sollen. Die Welt unserer Erfahrungen erscheint chaotisch, zusammenhanglos, verwirrend. Experten der objektiven Welt können uns alles und jedes in der objektiven Welt erklären; unser eigenes Leben aber verstehen wir immer weniger. Kurz, wir leben in der postmodernen Welt, in der alles möglich und fast nichts gewiss ist“ – so schrieb kein anderer als Václav Havel 1998.

Die Leerstelle jedoch bedurfte der Kompensation – und diese Kompensation bot, ich habe vorhin bereits davon gesprochen: die Zahl. Sie versprach Reduktion von Komplexität und postmoderner Uneindeutigkeit; quantifizierende Formalisierung diente als Objektivitätsersatz, entlastete von Sinnbegründungen und neutralisierte die Frage nach falsch und richtig.

Und so verbreitete und so verselbständigte sich seit den neunziger Jahren



im Zeichen von Globalisierung und Postmoderne ein technokratisches Modernisierungsdenken allein in Zahlen und Modellen – eine „Innovationstechnokratie“, wie ich sie nenne, die sich mit dem Argument der Alternativlosigkeit der sinnorientierten Debatte entzog, jener Behauptung der Alternativlosigkeit – Margaret Thatchers *Tina* („there is no alternative“) –, die das Ende der Politik zugunsten des vermeintlichen Sachzwangs bedeutet.

Und dann kam das Jahr 2008, und das Ergebnis der ganzen vermeintlichen Sachzwänge: Entscheider hatten ganz systemkonform gehandelt, die Zahlen stimmten bis zuletzt, als die große Krise hereinbrach. Wie es weiter geht, weiß niemand – aber: jenseits des Ökonomischen ist das Paradigma der Innovationstechnokratie grundsätzlich in Frage gestellt.

Seien es die Elternproteste in Hamburg, sei es die Weigerung des Historikerverbandes, an weiteren Rankings des CHE der Bertelsmann-Stiftung mitzuwirken, seien es die Studentenproteste gegen die mechanistischen Hochschulreformen – die Bürger, so scheint es, gewinnen ihre Stimme wieder. Und in der Familiensoziologie sind auf einmal die Familien wieder da statt nur die außerfamiliären Institutionen.

Ich bin überzeugt: Wir erleben eine Tendenzwende. Auf zwei Konferenzen, die ich in diesem Jahr gemeinsam mit Udo di Fabio und der FAZ unter eben diesem Titel „Tendenzwende“ veranstaltet habe, wurde Tina, der Medusa der Politik, der Abschied gegeben, während der neue gesellschaftlich-politische Bedarf an inhaltlicher Orientierung überdeutlich wurde.

Wenn es aber in der Politik wieder mehr Bedarf an Richtung und Sinn statt bloß an Technokratie gibt, dann ist es auch für einen modernen Konservatismus Zeit, sich in den Wettstreit der politischen Konzepte einzubringen.

Ein solcher Konservatismus steht auf inhaltlichen Wertgrundlagen, für die es keine philosophische Letztbegründung gibt – aber die gibt es für andere politische Strömungen letztlich auch nicht. Diese Grundlagen eines modernen Konservatismus, der von seinen bürgerlich-liberalen und christlich-sozialen Elementen nicht zu trennen ist, liegen, um es noch einmal zusammenzufassen, im christlichen Bild vom ebenso unvollkommenen wie unantastbaren Menschen; in den Grundrechten und der Verfassungsordnung; in den bürgerlichen Werten von individueller Freiheit, leistungsbereiter Selbständigkeit, sozialmoralischer Gemeinwohlverpflichtung, Bildung und Familie, sowie, in konkreten Einzelfragen, in praktischer Vernunft statt deduktivem Rationalismus, in der Orientierung an Sinn statt Zahl, an qualitativen Inhalten statt an quantifizierenden Modellen, und an Maß und Mitte, um den unvermeidlichen Wandel für die Menschen verträglich zu gestalten.

Ein solcher weltoffener Konservatismus auf dem Boden der Gegenwart – und nur ein solcher Konservatismus ist politik- und zukunftsfähig – im Wettstreit mit profilierten anderen politischen Ordnungsentwürfen um die besseren Lösungen und Konzepte – ein solcher moderner Konservatismus ist für Gesellschaft und Politik, wie ich meine, ebenso aktuell wie, um abschließend die Kanzlerin zu zitieren, hilfreich. □



## Junge Akademie

Mit einer Reihe von Veranstaltungen griff die Junge Akademie in den letzten Monaten sehr unterschiedliche Themen auf. Studententage der Jungen Akademie, die sich an Menschen im Alter von bis zu 35 Jahren richteten, behandelten die Diskussion um die Integration, stellten Thesen zur Zukunft der menschlichen Arbeit vor und führten junge Menschen durch die Ausstellung „Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde“ im Freisinger Diözesanmuseum.

Nachfolgend lesen Sie kurze Berichte über die Veranstaltungen und finden die Dokumentation des Vortrags des Zukunftsforschers Erik Händeler.

# Zwischen FC Bayern und Uni

## Erfahrungen von Integration und Bildung

Ein ausländischer Student der Luft- und Raumfahrttechnik und Stipendiat einer Stiftung hat zusammen mit anderen Stipendiaten ein Integrationsprojekt initiiert. Im Rahmen einer Präsentation dieses Projektes erzählte er, dass er sich gut als „Integrationslotse“ eigne, weil er selbst ganz gut integriert sei. Er berichtete, dass er deutsche Freunde habe, deutsche Feiertage wie Weihnachten mitfeiere, und zudem den bayerischen Rhythmus in einer Blaskapelle kennen gelernt habe, mit der er auch in Tracht aufgetreten sei. Das habe allerdings zu Irritationen bei den bayerischen Mitwirkenden in der Blaskapelle geführt, die ihn und sich gefragt hätten, wie das denn zusammenpasse, Migrationshintergrund und Tracht.

*Knapp 60 Teilnehmer, die meisten selbst mit Migrationshintergrund, waren an diesem kalten Winterabend in die Akademie gekommen, einmal natürlich, um Hamit Altintop zu erleben, aber auch, um sich mit dem wichtigen Thema Integration zu befassen.*

Dr. Regina Trüb, vom Bundesamt für Migration, referierte diesen kurzen Bericht auf der Veranstaltung der Jungen Akademie zum Thema „Zwischen FC Bayern und Uni. Erfahrungen von Integration und Bildung“ am 15. Dezember 2010. „Ich habe in dieser kurzen Geschichte zwei Dinge bestätigt gefunden: Integration hat erstens viel mit (schwer messbarer) Selbst- und Fremdwahrnehmung zu tun; und zweitens wird es wohl immer Menschen geben, die einem Mitglied, das in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und sich als Teil dieser Mitte fühlt, die Zugehörigkeit zu dieser Mitte absprechen. Ich glaube, hierin liegt ein ganz entscheidender Ansatz von Integration und Bildung, der sich nicht auf Zugewanderte und ihre Nachkommen richtet, sondern der das Ziel der interkulturellen Öffnung der Gesellschaft zum Mittelpunkt hat“, erläuterte die Expertin, die im Bundesamt das Referat „Integration“ leitet.

Leiter im Mittelfeld des FC Bayern München, ist wohl seine Berufsbezeichnung. Hamit Altintop war aber nicht als Fußball-Experte in die Akademie



Akademiedirektor Dr. Florian Schuller freute sich, dass der bekannte Sportler zum Gespräch in die Junge Akademie gekommen war.



Erfolgreiche und integrierte Menschen mit Migrationshintergrund: Fußballspieler Hamit Altintop (4.v.l.) und Schüler bayerischer Gymnasien, die in einem vom Kultusministerium geförder-

ten Projekt besonders begabter junger Menschen mitwirken. Die jungen Leute waren zusammen mit Oberstudienrat Dr. Tobias Haaf (5.v.l.) in die Akademie gekommen.



gekommen, sondern als ein in Deutschland geborener, aufgewachsener und lebender Türke, der Chancen und Probleme der Integration hautnah erlebt hat und erlebt. Auch die Widersprüche in denen er steht, wurden klar, denn Hamit Altintop spielt, trotz seines Lebensmittelpunkts in Deutschland, in der türkischen Nationalmannschaft.

Komplettiert wurde das Podium bei dieser Veranstaltung der Jungen Akademie durch Adrian Bieniec, in Polen geboren, nach Deutschland ausgewandert. Zwischen 1989 und 2003 pendelte er ständig zwischen Polen und Deutschland, bevor er nach Ende seines Germanistikstudiums nach Augsburg zog, wo er eine Dissertation über Interkulturalität und Migration schreibt. Auch er konnte neben seiner wissenschaftlichen Qualifikation seine persönliche Migrationssituation in die Diskussion einbringen. Sein Problem: ohne deutschen Schul- und Studienabschluss war es schwierig, eine Stelle zu finden, obwohl er akzentfrei deutsch spricht und fehlerfrei schreibt.

Knapp 60 Teilnehmer, die meisten selbst mit Migrationshintergrund, waren an diesem kalten Winterabend in die Akademie gekommen, einmal natürlich,

*Als Beispiel diente die Berufswelt des Hamit Altintop. Wie eine international zusammengewürfelte Fußballmannschaft braucht die Gesellschaft, wenn sie Erfolg haben will, ein gemeinsames Ziel. Denn dann sei die Herkunft der Einzelnen nicht mehr relevant.*

um Hamit Altintop zu erleben, aber auch, um sich mit dem wichtigen Thema Integration zu befassen. Gar eine 15-köpfige Gruppe junger Menschen brachte Dr. Tobias Haaf mit. Der Oberstudienrat koordiniert „Talent im Land – Bayern“, ein Stipendiatenprogramm des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung.



*Der Doktorand Adrian Bieniec ist polnischer Staatsangehöriger. Er forderte, dass sich nicht nur Ausländer integrieren, sondern dass sich auch die deutsche Gesellschaft öffnet.*

Zielgruppe dieses Programms sind begabte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund, die das Abitur oder Fachabitur anstreben.

Hamit Altintop trat nicht als Star auf, sondern als sympathischer junger Mann. Er sprach bescheiden, zurückhaltend, klug und differenziert. Man merkte, dass er genau beobachtet und wahrnimmt. Und er sprach sehr persönlich, von Erfahrungen in der Mannschaft, aber auch von seiner Mutter, die in der Fabrik arbeitete und sehr bescheiden ihre Kinder aufzog.

In der Diskussion, die sowohl vom Podium als auch von den Teilnehmern mit viel Engagement, Sachkunde und gegenseitiger Sympathie geführt wurde, wurde klar, dass Integration keine Einbahnstraße ist. Nicht nur die Migranten müssten sich integrieren, auch die

deutsche Gesellschaft muss aufnahmebereit sein. „Integration darf nicht Assimilation bedeuten“, forderten mehrere Diskussionsbeiträge. Die Herkunft müsse anerkannt werden.

Als Beispiel diente die Berufswelt des Hamit Altintop. Wie eine international zusammengewürfelte Fußballmannschaft braucht die Gesellschaft, wenn sie Erfolg haben will, ein gemeinsames Ziel. Denn dann sei die Herkunft der Einzelnen nicht mehr relevant. Weniger einig war man sich dann allerdings bei der Frage, welches Ziel das sein könnte. Denn, so stellte Adrian Bieniec fest, die Gesellschaft ist nicht mehr die von vor 50 Jahren.

Mangelnde Offenheit der deutschen Gesellschaft wurde an konkreten Beispielen deutlich, die auf der Veranstaltung zur Sprache kamen. So klagten zwei junge Frauen, die in Bayern für das Lehramt studieren, dass sie wegen ihres Kopftuchs keinen Praktikumsplatz an einer bayerischen Schule erhalten würden. Und Adrian Bieniec wusste ein Lied von der „sichtbaren Fremde“ zu singen. Er erzählte von der skurrilen Situation, dass seine Frau, die Deutsche ist, aber dunkle Hautfarbe hat, für eine Ausländerin gehalten wird, während er, der Pole, „optisch“ für deutsch gehalten werde. So könne der äußere Eindruck trügen und habe damit keine Aussagekraft. Und dennoch würden Menschen nach dem Äußeren beurteilt. Wir können fließend Deutsch, wir machen Abitur, wir haben einen Führerschein – was sollen wir noch tun, um anerkannt zu werden?, formulierten einige der jungen Teilnehmer ihre Klage gegen zuwenig Akzeptanzbereitschaft der deutschen Gesellschaft.

Hamit Altintop hielt ebenfalls ein Plädoyer für die Offenheit – von beiden Seiten. Man müsse schon im Kindergarten und in der Schule mit der Einübung dieser Offenheit anfangen. „Man muss sich zusammensetzen, miteinander lernen und dabei entdecken, dass man miteinander auskommt“, sagte der Fußball-Profi.

Vorschläge, wie man diese geforderte Offenheit konkret umsetzen könnte, kamen vom Podium und aus dem Publikum: Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Deutsch und die Muttersprache gleich stark fördern, waren zwei mehrmals genannt Wünsche.

Und Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde auch in die Pflicht genommen. Ein Teilnehmer bemerkte, dass die Bundeskanzlerin die nicht deutsch stämmigen Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft für ihre Leistungen, die sie während der WM für Deutschland erbrachten, gelobt habe. Aber sie lobe niemals den Fabrikarbeiter oder Spargelstecher, der jeden Tag Leistung erbringe.

Ein versöhnliches Bild zeichnete Tobias Haaf, als er über seine Stipendiaten sprach: „Für die jungen Leute in der Schule spielt es keine Rolle, ob sie Deutsche sind, sie sehen ihre Schätze und wollen sie haben.“

Carolin Neuber

Interessante Internetauftritte:

<http://www.bildungspakt-bayern.de/projekte/talent-im-land-bayern/>

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

## Zwischen FC Bayern und Uni

### Süddeutsche Zeitung

16.12. 2010 – Integration statt Assimilation. Fußball-Profi Hamit Altintop in der Katholischen Akademie. Vielleicht hatte die beleuchtete Reklamentafel vor der Katholischen Akademie den Initiatoren der „Jungen Akademie“ als Inspirationsquelle gedient, einen Fußballer einzuladen zum Thema Integration sprechen zu lassen: Hamit Altintop, türkischer Mittelfeldspieler des FC Bayern München und 1982 in Gelsenkirchen geboren, wirbt mit dem Slogan „Zusammenhalt macht stark“ für die Initiative „Münchner Courage“ und für mehr Teamgeist. Den Slogan kann man am Mittwochabend im dichten Schneetreiben zwar nicht mehr lesen, aber drinnen, im Konferenzraum der Katholischen Akademie, hört man Altintop live. Er ist zu Gast bei einem Podiumsgespräch zum Thema „Zwischen FC Bayern und Uni“. Erfahrungen von Integration und Bildung“. Gesprächspartner sind Adrian Bieniec, Doktorand an der Uni Augsburg, und Regina Trüb vom Bundesamt für Migration. Kein Fan-Gekreische, kein Blitzlichtgewitter. Altintops Auftritt ist unspektakulär. Und das, obwohl sein schönes Bundesliga-Tor in der 17. Minute gegen St. Pauli durchaus Beifall verdient hätte. Bescheiden ist er, wartet artig, bis er platziert wird, begrüßt seine Gesprächspartner und die vielen jungen Gäste – die meisten mit Migrationshintergrund.

Nicole Graner

### Münchner Kirchenzeitung

9. Januar 2011 – Altintop sagte über sich selbst, dass er sehr gut integriert sei. Wie sein Zwillingbruder Halil lebt er seit seiner Geburt in Deutschland. „Auf der anderen Seite muss ich dem lieben Gott für mein Talent danken“, fügte der gläubige Muslim hinzu. Seine Erfolge im Fußball hätten ihm einige Türen geöffnet. Nichts desto weniger sei es wichtig, nicht nur zu fordern, sondern auch darüber nachzudenken, was man selbst für eine bessere Integration tun könne. Ein gemeinsames Ziel etwa könne viel zu einem besseren Miteinander der Menschen beitragen. Auch beim FC Bayern habe man trotz der verschiedenen Nationalitäten im Team stets den Titel vor Augen und müsse deshalb an einem Strang ziehen. „Der eine braucht dabei Streicheleinheiten, der andere mal einen Arschtritt“, lachte Altintop.

Andreas Schneider



*Das Podium: Adrian Bieniec, Carolin Neuber, Hamit Altintop und Dr. Regina Trüb (v.l.n.r.).*





# In Zukunft viel Arbeit

## Mit einer neuen Arbeitskultur aus der Krise

Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird in Zukunft sehr stark von Wissen und Wissensmanagement bestimmt. Und dieses Management, dieser Umgang mit Wissen, hängt sehr stark vom Umgang mit den einzelnen Menschen ab, die dieses Wissen besitzen. Die möglichst reibungslose Zusammenarbeit der Menschen ist also der Schlüssel für den Erfolg. Der Zukunftsforscher Erik Händeler vertritt

daher die These, dass eine „Kultur der Zusammenarbeit“ ein Eckpfeiler für den Wohlstand in der Zukunft sein wird. Für diese Botschaft, die stark der Ethik des Evangeliums gleicht, warb Händeler bei einem Studientag der Jungen Akademie am 26. Januar 2011 mit dem Titel „In Zukunft viel Arbeit. Mit einer neuen Arbeitskultur aus der Krise“. „Zur Debatte“ dokumentiert den Vortrag.

## Das Optimum der Kirche liegt in der Zukunft

Erik Händeler



Erik Händeler bei seinem Vortrag in der Katholischen Akademie. Der 1969 geborene Buchautor und Zukunftsforscher ist vor allem Spezialist für die Kondratiefftheorie der langen Strukturzyklen.

Immer schon war Kirche eingebettet in die Strukturen der Gesellschaft, in der sie wirkte: Die Kirche der feudalen Agrargesellschaft war eine andere als die der Industriegesellschaft mit von Fabriken geprägter Massenkultur. Viele Katholiken beziehen ihre Vorstellung von Kirche vor allem aus vermeintlich goldenen früheren Zeiten. Das Optimum der Kirche liegt aber nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft.

Denn der Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu wissensbasierter Arbeit verändert die Hierarchien, Verhaltensweisen und ökonomischen Erfolgsmuster: Je mehr Arbeit von immaterieller Gedankenarbeit abhängt, umso mehr sind wir auf das Teilwissen anderer angewiesen. Das berührt die seelischen Schichten der Menschen, denn es erzwingt Zusammenarbeit auf Augenhöhe, Transparenz, wechselnde

Wichtigkeit, Versöhnungsbereitschaft, Authentizität statt Statusorientierung, Kooperationsfähigkeit statt Ellenbogen, langfristige Orientierung. Das alles sind zentrale Inhalte des Christentums – wird die Welt vielleicht doch immer besser?

Arbeit ist, Probleme zu lösen. Und weil wir – Gott sei Dank – immer Probleme haben werden, wird uns die bezahlte Arbeit niemals ausgehen. Sie wandelt sich lediglich: Arbeit ist nicht mehr so sehr, die materielle Welt direkt mit den Händen zu bearbeiten – schrauben, fräsen, montieren haben uns die Roboter weitgehend abgenommen. In Zukunft ist Arbeit vor allem immateriell: Eine Situation analysieren, Neues entwickeln, entscheiden, Information verständlich aufbereiten, in der gigantischen Wissensflut das Wissen finden und anwenden, das man braucht, um ein Problem zu lösen. Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, dass es an Arbeit fehlt, sondern dass es nicht genug Menschen gibt, die das können, was gerade nötig ist, um die anfallenden Aufgaben zu bewältigen.

### Produktivität ist eine Gemeinschaftsleistung

Dabei geht es nicht mehr so sehr um Einzelleistungen wie früher, sondern um die Produktivität von Gruppen, um deren Fähigkeit zur Zusammenarbeit. Weil der Einzelne ein Fachgebiet immer weniger überblicken kann, sind wir zunehmend auf das Wissen anderer angewiesen. Wenn jemand ein Problem lösen muss, hat er nicht die Zeit, fünf Bücher zu lesen, um an die gewünschte Information zu kommen. In Zukunft ist es wichtig, jemanden zu kennen, der diese fünf Bücher durchdacht hat und das Problem in ein paar Minuten lösen kann. Statt des gehorsamen, austauschbaren Rädchen der alten Industriegesellschaft wird so jeder Einzelne auf einmal zu einem unverzichtbaren Spezialisten für einen Zwischenschritt in der Produktion oder für ein Wissensgebiet. Er ist auf einmal für die ganze Firma verantwortlich – zumindest was sein Fachgebiet angeht. Seine tatsächliche Bedeutung ist nicht mehr von einer formalen Hierarchie abhängig, sondern schwankend von der tagesaktuell geforderten Kompetenz.

Das verändert die Strukturen: Weil viele Schreibtische den Informationsfluss verlängern und unnötig Zeit kosten, haben wir Hierarchien abgebaut, um direkter zu kommunizieren. Anstatt Entwicklungs-, Produktions-, und Marketingabteilung getrennt voneinander arbeiten zu lassen, haben wir die Firmen umorganisiert in projektbezogene Teams, in denen die Entwickler zusammensitzen mit Produktfachleuten und den Vertriebsfachleuten, die den Kunden kennen. Doch das wirklich Neue ist nicht so sehr diese Strukturveränderung als vielmehr etwas Soziales: Umgang mit Wissen ist immer Umgang mit anderen Menschen, die wir unterschiedlich gut kennen, unterschiedlich gerne mögen und mit denen wir unterschiedlich viele berechnete Interessenskonflikte haben.

Die nötige Teamarbeit erzeugt ein vermeintliches Machtvakuum, weil nicht mehr klar zu sein scheint, wer das Sagen hat. Die für Informationsarbeit nötigen flachen Organisationsstrukturen und projektbezogene Teamarbeit vervielfältigen die Schnittpunkte in den Unternehmen und damit die Gründe für Interessenskollisionen und persönliche Spannungen, die nicht nur Zeit und Geld kosten, sondern auch die Beschäftigten krank machen. Es mangelt an Verhaltensweisen, die den Wissensfortschritt fördern, anstatt ihn zu behindern, es mangelt an einer ausreichend

sachlichen und fairen Kultur des Umgangs miteinander. Die meisten haben nicht gelernt, auf Augenhöhe zusammenzuwirken, und so fechten sie schon im Vorfeld von konkreten Projekten Statuskämpfe aus oder schüchtern die anderen ein.

Wer heute etwas Geniales vorschlägt, aber zu fünf Prozent irrt, den nageln wir fest bei den fünf Prozent, anstatt den guten Gedanken aufzunehmen – denn das könnte ja dessen Status erhöhen. Im Meeting signalisieren wir den anderen unterschwellig: „Wehe, du kritisierst mich, dann rede ich nicht mehr mit dir“ (was natürlich höchst unproduktiv ist). Wer aus der Deckung tritt und Fehlentwicklungen anspricht, um ein langfristig gesundes Firmenklima und eine redliche Entscheidungsbasis zu schaffen, der steht schnell alleine da. Denn bei abteilungsinternen Streitereien halten wir eher zu dem, der uns nützlicher erscheint oder zumindest weniger bedrohlich, anstatt denjenigen zu stärken, der über seine eigene Kostenstelle hinaus die größere Verantwortung für das Ganze verfolgt.

Wir verschweigen Konflikte oder tragen sie schließlich frontal aus, notfalls bis zur Vernichtung des anderen, mit dem Recht des Stärkeren oder der Macht der besseren Beziehung. Meinungsverschiedenheiten arten zu Machtkämpfen aus, die bis zur Verrentung anhalten und den Informationsfluss unterbinden. Unmengen an Energie verpuffen bei der Selbstbehauptung. Manche Firmen haben eine Kultur und Rahmenbedingungen, in denen Gemeinheiten und Buckelei zu notwendigen Verhaltensmustern gehören, um überhaupt zu überleben.

Der Krieg im Büro verursacht Produktivitätsverluste, die jedes Jahr in die Milliarden gehen. Eine destruktive Umgangskultur schädigt die Gesundheit, drängt Mitarbeiter in Arbeitslosigkeit und Frühverrentung und belastet so die Sozialversicherung und die gesamte Volkswirtschaft. Wer meint, daran werde sich nichts ändern, weil „der“ Mensch eben „so“ sei, der verkennt die formende Kraft einer andauernden ökonomischen Strukturkrise. Sie übt einen Veränderungsdruck aus: Wer Informationsarbeit nicht ausreichend effizient löst, der bekommt in Zukunft vordergründig ein „Kostenproblem“ und wird dann vom Markt verschwinden.

### Die Wirtschaft entwickelt sich in langen Kondratieff-Strukturzyklen

Auch in der Vergangenheit hat es große, jahrelange Stagnationen gegeben, weil sozioökonomische Strukturen rund um eine grundlegende Erfindung erschöpft waren, aber die Infrastruktur und Kompetenzen des nächsten technologischen Netzes noch nicht ausreichend erschlossen waren. Deshalb kam es nach dem langen Boom, den die Eisenbahn getragen hatte, 1873 zum Gründerkrach mit fast zwei Jahrzehnten Depression. Und nach dem Wohlstandsschub der Elektrifizierung folgte die Weltwirtschaftskrise von 1929. Dieselbe Instabilität tauchte nach dem vom Auto getragenen Aufschwung in den 1970ern auf. Seit dem Ökonomen Joseph Schumpeter sind diese langen Zyklen nach Nikolai Kondratieff (1892 – 1938) benannt. Zwar wurden nach der Ölkrise noch mehr und immer bessere Autos gebaut. Aber die treibende, Produktivität steigernde Kraft war jetzt der Computer, mit dessen Hilfe man Autos billiger und höherwertiger bauen konnte. Informationstechnik half vor allem seit den 80er Jahren, Kosten zu senken, und machte so Investitionen wieder rentabel. Der Computer ermöglichte Telefonvermittlung fast zum Nulltarif, Autovermieter und Fast-Food-



Ketten wurden erst dank IT-gestützter Logistik rentabel.

Nachdem IT alle für sie möglichen Arbeitsschritte rationalisiert hat, tritt die Wirtschaft auf der Stelle; es gibt weniger, wofür es sich lohnt, rentabel zu investieren. Deswegen sinken die Zinsen, und weil sie so niedrig sind, bekam ein mittelloser Amerikaner in den USA einen Kredit für ein Haus, den er nicht zurückzahlen kann; weil die Zinsen so niedrig sind, konnte sich Griechenland weit über seine Leistungsfähigkeit hinaus verschulden, und wegen der niedrigen Zinsen geht das Geld in die Spekulationsblasen mit Aktien, Gold und Öl – das ist der Hintergrund für die derzeitige instabile Lage der weltweiten Finanzmärkte, ein ganz normaler Vorgang am Ende eines Kondratieffzyklus.

### *Die meisten Ökonomen denken vor allem über Geld, also über Preise, Zinsen oder Staatsausgaben, nach – deswegen tun sie sich schwer damit, diese realwirtschaftliche Sicht in ihr Weltbild zu integrieren.*

Die meisten Ökonomen denken vor allem über Geld, also über Preise, Zinsen oder Staatsausgaben, nach – deswegen tun sie sich schwer damit, diese realwirtschaftliche Sicht in ihr Weltbild zu integrieren. Dabei sind monetäre Größen eher Folge, aber nicht die Ursache für wirtschaftliche Entwicklung. Motor der Wirtschaft sind Verbesserungen im realen Leben. Sie sparen den Menschen Zeit und Kraft, um damit etwas anderes anzufangen – so entstehen rentable Arbeitsplätze und mehr Wohlstand: Bis sie alle Bereiche des Lebens durchdrungen haben – dann treten die Unternehmen wieder auf der Stelle.

Vielleicht wäre es der Weltwirtschaft besser ergangen, hätte diese real orientierte Sichtweise in der monetär ausgerichteten Wirtschaftswissenschaft über Schumpeter hinaus mehr Unterstützung bekommen. Denn sie liefert einen Hinweis, in welche Richtung sich das Leben in Zukunft verändert: Je knapper ein Produktionsfaktor wird, umso größer sind die Anstrengungen, den Flaschenhals mit anderen Organisationsstrukturen und anderer Ausrüstung zu beseitigen. Als Transport die Knappheitsgrenze für die Wirtschaft war, musste demnach die Eisenbahn gebaut werden; als die Informationsflut explodierte, brauchten wir einen elektronischen Rechner wie den Computer.

Was also ist denn nun die nächste Knappheit im Arbeitsprozess, die zu überwinden ist, soll es wieder bergauf gehen? Viele meinen: Energie und Rohstoffe. Doch je weniger zum Beispiel Öl zur Verfügung steht, umso mehr werden regenerative Energiequellen rentabel – Kohle aus Klärschlamm, Solarfelder in Afrika, höhere Wirkungsgrade. Dies wird die Verluste ausgleichen, die durch teureres Öl und Gas entstehen, es ersetzt aber nur eine Energie- und Mobilitätsform durch eine andere, es ist nicht wirklich eine höhere Stufe des Wohlstandes. Wer Energie verbrauchen darf, das entscheidet sich am Markt letztlich daran, wer sie am effizientesten verwendet – und das hängt ab von der Qualität der Wissensarbeit.

### **Die größte Knappheit: Der Mensch**

Die größte Knappheit werden gebildete Menschen sein und ihre Problemlösungs-Wertschöpfung. Diese werden nur dann ihr Wissen motiviert einbringen

und über 67 hinaus frei mitarbeiten, wenn die Arbeitsstrukturen darauf eingestellt werden: Weniger Druck im Alter bei angepasster Bezahlung, flexiblere Arbeitszeiten, Weiterbildung bis zur Rente und darüber hinaus. Weil Bildung zu einer teuren, Jahrzehnte langen Investition wird, muss sie sich auch länger amortisieren – die Nachfrage nach Gesunderhaltung wird so stark, dass sie einen Aufschwung tragen kann. Zwar wird auch wieder Hardware zum nächsten Strukturzyklus beitragen – Gentechnik, Nanotechnologie in der Medizintechnik, andere materielle Gesundheitsinvestitionen. Aber das ist nur das dienende Drumherum um die aktuelle Knappheit: Intelligente, unstrukturierte, kooperative Informationsarbeit. Da es keine Maschine mehr geben wird, die unsere Gedanken produktiver macht, wird die immaterielle Wertschöpfung der Informationsarbeiter zur wichtigsten Grundlage des Wohlstandes – und die hängt vor allem vom Sozialverhalten ab, von unserer seelischen Gesundheit.

Die politischen (Standort)Debatten dagegen schlagen noch immer die Schlachten der alten Industriegesellschaft, anstatt sich auf das neue Paradigma einzustellen: In einer globalisierten Wirtschaft kann längst jeder überall Kapital aufnehmen, verfügt jeder per Internet schnell über alle Informationen und jedes Wissen, kann sich jeder auf einem freien Weltmarkt jede Maschine kaufen und seine Produkte weltweit vermarkten. Der entscheidende Standortfaktor wird die Fähigkeit der Menschen vor Ort sein, mit Information umzugehen – und das ist in der Regel auch Umgang mit anderen Wissensarbeitern, Projektpartnern, Kunden, Kollegen. Der wirtschaftliche Wettbewerb wird zu einem Wettbewerb der Kulturen und der sie prägenden Religion; er erzwingt Verhaltensänderungen, die überall weh tun werden, besonders aber in jenen Regionen der Welt, wo sie gruppenreligiöse oder andere traditionelle Werte-Gebäude zum Einsturz bringen.

### **Kampf (innerhalb) der Kulturen**

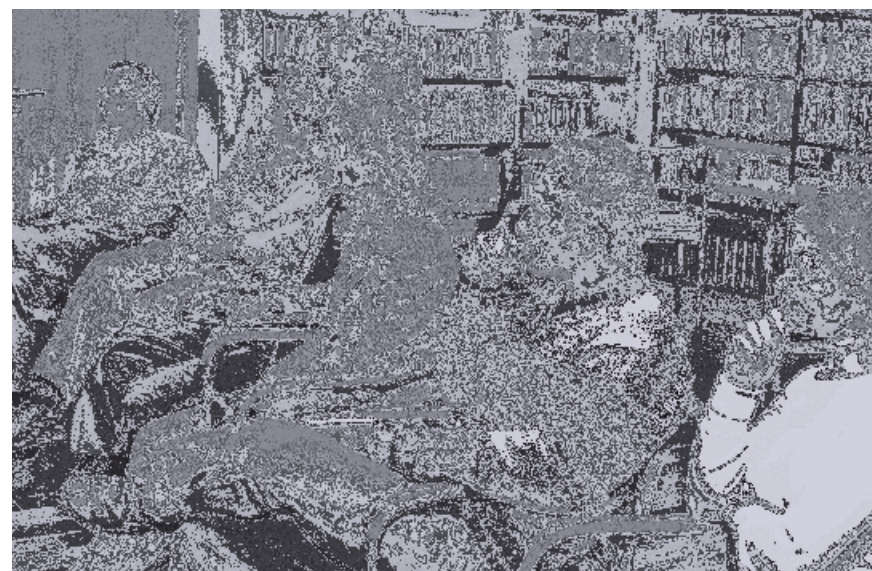
Weltweit am weitesten verbreitet ist noch ein Sozialverhalten, eine Ethik, eine religiöse Weltanschauung, die auf die eigene Gruppe bezogen bleibt wie die Jahrtausende zuvor – nationalistisch, rassistisch, eben gruppenethisch. Unter dem sozioökonomischen Druck besserer Wissensarbeit werden sie nun aufbrechen. In patriarchalischen Kulturen und in Stammeskulturen werden

alte gesellschaftliche und religiöse Hierarchien entwertet, die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen völlig neu geordnet (das ist der Hintergrund für die wütende Gegenreaktion erzürnter Taliban, die Mädchenschulen niederbrennen).

Dabei wird es nicht zu einem Kampf der Kulturen kommen, etwa an der Bruchstelle zwischen USA, islamischer Welt, Asien oder Europa. Sondern alle Kulturen sind nun wirtschaftlich gezwungen, effizienter mit Informationen umzugehen. Das führt zu einem Kampf innerhalb der Kulturen, an den Fronten zwischen Gruppenethik („Ich mache alles für mein Volk/meine Religion, und wer außerhalb davon steht, darf gnadenlos bekämpft werden“), Individualethik („Ich mache, was ich will, was mir gut tut und verfolge meine Interessen“) und Universalethik („Ich habe ein echtes Interesse am gleichberechtigten Wohlergehen des anderen“, „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“). Das ist auch eine religiöse Auseinandersetzung, wohlgeklärt: vor allem eine innenpolitische, eine inner-religiöse Auseinandersetzung, zum Beispiel von einem universalistischen Christentum gegen ein gruppenethisches Christentum. Doch sie trifft die Unternehmen mit ganzer Wucht: Schließlich sind sie ein Teil ihres gesellschaftlichen Umfeldes.

### *Wenn ein Inder zu der Auffassung kommt, er werde jetzt nicht machen, was der Vorarbeiter ihm anschafft, weil dieser aus einer niederen Kaste kommt, und dessen Vorfahren Jahrtausende lang der eigenen Kaste gedient haben, dann kostet ein solches Denken viel Geld.*

Wenn ein Inder zu der Auffassung kommt, er werde jetzt nicht machen, was der Vorarbeiter ihm anschafft, weil dieser aus einer niederen Kaste stammt, und dessen Vorfahren Jahrtausende lang der eigenen Kaste gedient haben, dann kostet ein solches Denken viel Geld. Und wird entweder zur Entlassung und zur Verhaltensänderung führen, oder aber zur wirtschaftlichen Stagnation. Ebenso ergeht es, wer nicht mit Frauen



*Die Zuhörer hatten sich in der Bibliothek der Akademie versammelt. Nach dem Vortrag entspann sich eine Diskussion zwischen dem Referenten und den Teilnehmern.*

oder „Ungläubigen“ zusammenarbeiten will, weil ihm dann zu viele Synergien fehlen werden. Wenn ein islamischer Theologe anfängt, in seinem Land den Koran kritisch zu hinterfragen – was hat Mohammed von Juden und Christen übernommen, was muss man aus dem Zeitkontext verstehen – dann könnte er Morddrohungen bekommen und nach Europa emigrieren müssen. Mir gefällt auch nicht alles, was so mancher Theologe in der Katholischen Kirche schreibt oder sagt. Aber wenn es in einem System nicht erlaubt ist, Dinge kritisch zu hinterfragen, dann wird es nicht produktiv sein.

Auch die Gruppenethik der Japaner und Chinesen, die damit früher sehr erfolgreich waren, stößt an eine Grenze: In einer globalisierten Wirtschaft mit ständig wechselnden Partnern, Kunden und Lieferanten ist eine Gruppenethik nicht mehr produktiv. Gleichzeitig breitet sich in Japan, in den Tigerstaaten und in chinesischen Städten ein kulturell neues Phänomen aus: der Individualismus, nicht als moralisches Laster, sondern als Folge selbstverantwortlicher Informationsarbeit. Das wird zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen, die sich wirtschaftlich zunächst negativ auswirken werden. Die Amerikaner, zu deren Gründungsmythos der Individualismus gehört, geraten mit einer zu starken Vereinzelung unter Veränderungsdruck: Dass ein Viertel der Gefängnisinsassen der Welt in den USA einsitzt, zeigt, dass sie ihre sozialen Probleme in die Haftanstalten entsorgt haben. Zu starke Mobilität zerreißt das Gesellschaftsgefüge – erschrocken vor einem Zuviel an Individualismus reagieren Teile der US-Bevölkerung mit einem Rückschritt hin zu einer religiösen oder politischen Gruppenethik, wie sie vor 30 Jahren nicht vorstellbar war.

### **Die Zukunft ist europäisch vielfältig**

Für Europa scheint das neue Paradigma leichter zu bewältigen zu sein als für andere Weltregionen – wegen seiner kulturellen Wurzeln im Christentum. Es hat in seiner Geistesgeschichte eine Menge hinter sich gebracht, was dem kollektiven Gedächtnis anderer Völker in dieser Breite fehlt: Es hat schmerzhaft Erfahrungen gemacht mit Gruppenethiken wie Nationalismus, Faschismus, Stalinismus. Es hat die Nachteile einer rein individuell-intellektualistischen oder einer rein materialistischen Lebensweise kennen gelernt. Es hat durch die Jahrhunderte die verschiedenen Extreme von fundamentalistischer Enge und militantem Atheismus durchgekämpft. Im Gegensatz zu vielen Regionen der Welt ist der Einzelne stärker befreit von religiösen, staatsideologischen oder kulturellen Einschränkungen. Im Idealfall ist das eine Freiheit, die nicht beim eigenen Ich stehen bleibt, sondern eingeordnet wird auf die selbstverantwortete Zusammenarbeit mit anderen Wissensarbeitern. Ausgehend von Teamsitzungen, gemeinsamen Projekten und Treppenflurinformationsproduktivität kann der nächste Strukturzyklus in Europa eine ungeheure Erfolgsgeschichte werden, von der die anderen Teile der Welt ebenso profitieren, weil sie irgendwann ineinander verschwimmen.

### **Umbruch von der Industrie- zur Wissensarbeit: Ihr seid die Ersten von morgen**

Der Umbruch von der Industrie- zur Wissensarbeit destabilisiert die gewohnten Erfolgsmuster, ohne dass sich schon die neuen gefestigt hätten. So wie eine bestimmte Dichte an Autos irgendwann feste Verkehrsregeln nötig machte, so bilden sich unter dem schmerzhaften



Veränderungsdruck der neuen Anforderungen an Arbeit neue Verhaltensmaßstäbe heraus. Sie haben weniger mit Fachkompetenz oder Organisation zu tun, sondern mit ethischer Qualität.

Solange diejenigen die tollen Typen waren, die wussten, wie man eine Eisenbahn baut oder später ein Auto, solange der gesellschaftliche Fortschritt von technischen Verbesserungen abhing, solange waren ethische und religiöse Fragen aus dem gesellschaftlichen Leben vorwiegend ins Private verdrängt. In der Öffentlichkeit brach man fast ein Tabu, wenn man Glaubensfragen thematisierte. Das ändert sich nun mit dem neuen sozioökonomischen Paradigma, in dem immer komplexere Probleme in der Zusammenarbeit von immer mehr Spezialisten gelöst werden müssen. Ausgerechnet die Wirtschaft rückt daher solche Themen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung: Wie sollen wir uns verhalten? Wie werde ich gesund/heil? Wie finde ich meine Ausgeglichenheit wieder (das nannte man früher „inneren Frieden“)? Das gehört zum Erfahrungsschatz der christlichen Kirche(n), und ihre Konzepte sind besser als die, die ebenfalls Vorstellungswelten anbieten, in denen es jedoch fast nur um den Einzelnen geht. Dabei kommt ihnen entgegen, dass die Ethik, die sich derzeit über Versuch und Irrtum in der Berufswelt unter leidvollen Verlusten evolutionär herausbildet, in der Theorie die christliche Ethik des Evangeliums ist. Der österreichische Zukunftsforscher Professor Hans Millendorfer (1921 – 2001) sagte schon bei Vorträgen in den 70er und 80er Jahren vorausschauend über die Christen: „Ihr seid nicht die Letzten von vorgestern, sondern ihr seid die Ersten von morgen.“

Es geht künftig nicht darum, Mitarbeiter zu manipulieren und Kunden über den Tisch zu ziehen. Eine langfristige vertrauensvolle Zusammenarbeit wächst nur dann heran, wenn jemand weiß, dass er sich im Guten wie im Schlechten darauf verlassen kann, dass der andere auch wirklich meint, was er sagt, dass dieser keine Informationen vorenthält oder die Wahrheit nach seiner momentanen Nützlichkeit manipuliert. Das entspricht dem Evangelium: „Euer Ja sei ein Ja, euer Nein sei ein Nein. Was darüber hinausgeht, ist vom Bösen“ (Mt 5,37).

Während Lügen ein bequemer Weg sind, Spannungen zu unterdrücken oder zu verzögern, werden sie durch Wahrhaftigkeit entschleiert und zu offen ausgetragenen Konflikten – diese sind völlig normal. Die Frage ist nur, in welchem Stil sie ausgefochten werden, ob mit dem Ellenbogen zur Vernichtung anderer oder ehrlich und sachlich nach dem besseren Argument, gerechtem Interessenausgleich und objektiv vereinbarten Spielregeln. Fair ausgetragene Konflikte bauen die Spannungen ab und führen zum Frieden. Die Menschen in der Wirtschaft leiden inzwischen stark unter den ungelösten Konflikten, die hintenherum weiter geschürt werden, seelische Kraft binden und Synergien verhindern. „Hat aber Dein Bruder gegen Dich gesündigt, so geh hin und weise ihn zurecht zwischen Dir und ihm allein. Hört er auf Dich, so hast Du Deinen Bruder gewonnen. Hört er aber nicht, so nimm noch einen oder zwei mit Dir, damit aus dem Mund von zwei oder drei Zeugen festgestellt sei jede Sache. Hört er auch auf diese nicht, dann sag es der Kirche; hört er auch auf die Kirche nicht, dann sei er für Dich wie der Heide und wie der Zöllner“ (Mt 18,15-17). Das heißt aber in der humorvollen Logik Jesu, der gerade zu den Sündern gekommen ist: Bemühe Dich weiter um ihn. Umgekehrt gilt, sich mit seinem Gegner ohne Zögern zu

versöhnen, „solange du noch mit ihm auf dem Weg bist“ (Mt 5,22).

### Gestörte Informationsbeziehungen heilen lassen

Für die komplexe Wirtschaft der Informationsgesellschaft ist es wichtig, dass sich gestörte Beziehungen heilen lassen. Sie kann es sich nicht leisten, dass jemand sagt: Mit dem arbeite ich nicht mehr zusammen. Deswegen wird sich am Ende der langen ökonomischen Restrukturierung eine Kultur herausbilden, in der man das eigene Verhalten redlich prüft, Schuld zugibt und andere um Vergebung bittet; eine Kultur, in der Schuld vergeben werden kann, „sieben Mal siebzimal“ (Lk 17,3-4).

### Reaktion eines Teilnehmers

„Mit großem Interesse habe ich gestern den Vortrag zum Thema „In Zukunft viel Arbeit“ verfolgt. Auch wenn die ökonomische Argumentationslinie der Kirche fremd ist, so liegen doch die Folgerungen für den menschlichen Umgang im Geschäftsleben voll auf der Linie des Evangeliums. Gerade angesichts der Krise der Großkirchen ist es mehr als verwunderlich, dass solche neuen Impulse nicht viel stärker von den Kirchen aufgenommen werden. Aber vielleicht war der gestrige Abend ja ein erster Schritt in diese Richtung.“

Dr. Guido Stehr

Statt der hierarchischen Führungskultur des Industriezeitalters braucht die Informationsgesellschaft eine dienende Führungskultur. Die Fachkompetenz – früher war sie ganz oben angesiedelt – rutscht in der Wissensarbeit herunter auf die Ebene der Sachbearbeiter. Die Aufgabe der Chefs wird es nun sein, den Informationsfluss zu gestalten, die Leute zu fragen: Was braucht ihr, um eure Aufgabe zu erfüllen? Wie wirkt sich das bei euch und beim Kunden aus, wenn wir in der Geschäftsleitung so entscheiden würden? Während Chefs der Industriestruktur andere herunkommandiert haben, werden die Chefs der Wissensgesellschaft anderen partnerschaftlich auf Augenhöhe begegnen, ihre Macht nicht als Besitz betrachten, sondern als Leihgabe, und sie dienend ausüben. „Die Könige der Heidenvölker spielen den Herrn über sie, und die Gewalthaber lassen sich ‚Gnädige Herren‘ nennen. Ihr seid nicht so; sondern der Größte unter Euch werde wie der Kleinste und der Gebietende wie der Dienende“ (Lk 22,25-26). Und nach diesem Zitat wusch Jesus die wohl ziemlich dreckigen Füße seiner Jünger. Das Wort Gehorsam ist belastet, seit es in Kadavergehorsam umgewertet wurde. In der 1500 Jahre alten christlichen Regel des Benediktinerordens jedoch wird Gehorsam verstanden als genau hinhorchen, oft auch übersetzt mit „Bereitschaft zum Dialog“, also Kooperationsfähigkeit.

Die ist wichtig, weil die wenigsten Fehler dort entstehen, wo mehrere Blickwinkel in einem Team verhindern, dass sich jemand in einen Irrweg verrennt. Das funktioniert nur, wenn keiner automatisch kraft seines Status von vorneherein immer recht hat. Denn dann würden die anderen nicht mehr mitsprechen und ihre Ideen und Sichtweisen nicht mehr motiviert vortragen. Das Christentum geht davon aus, dass jeder Mensch fehlerhaft ist, dass sich jeder Mensch irren kann – „Nur einer ist gut, Gott“ (Mt 19,17). Deswegen ist das Christentum eine Dialogkultur.

Kontraproduktiv ist inzwischen, wenn jemand nur den Menschen und den Kollegen im Betrieb nützlich ist, die ihm selber auch wieder nützlich sein

könnten. Denn Informationsarbeiter sind so hoch spezialisiert, dass sie oft Leuten helfen, die ihnen selbst keinen Nutzen zu bieten haben; andererseits helfen ihnen andere weiter, die sie mit ihrem Wissen nicht unterstützen können. Die Wirtschaft braucht daher eine freigiebige Kultur der Informationsweitergabe. Denn wir können die Folgen unseres Tuns nicht überblicken (Mt 5,46-47).

### Die Konsequenzen für die Kirche

Wenn bewusste Christen früher im Arbeitsleben gegen den Strom schwammen, ehrlich waren, sich für den Gesamtnutzen einsetzten und jeden Menschen unabhängig von seinem hierarchischen Status sowohl respektierten (die „Niederrangigen“) als auch kritisierten (die hierarchisch Höheren und Mächtigeren), hatten sie es schwer. In Strukturen von Befehl und Gehorsam und einem Paradigma, in dem der Fortschritt von Technik abhing, ging ihr Verhalten unter. Das ist jetzt anders, wenn sie versöhnen, Wahrhaftigkeit erstreiten, anderen authentisch begegnen, Spannungen klären, Kritik nicht runterbügeln. Das neue sozioökonomische Paradigma bewegt sich auf Verhaltensmuster zu, die exakt der christlichen Ethik entsprechen. Darin liegt für die christlichen Kirchen eine große Chance. Unklar ist aber, ob sie diese auch wahrnehmen. Denn noch hängt das innerkirchliche Verhalten in den Strukturen vorheriger Kondratieffs fest.

Nicht alles darin entspricht dem Geist des Evangeliums. Das ist der Grund, warum Wahrhaftigkeit, Nächstenliebe und Demut heute nicht in dem Maße mit Christentum und Kirche gleichgesetzt werden, wie es sein könnte.

### Glaube liefert die Begründung für eine Ethik

Religion ist mehr als ihre Ethik – sie ist die Begründung für ihre Ethik. Und die ist im Christentum das Verhalten Gottes, wie es im Evangelium dargestellt wird.

Man stelle sich den antiken Götterhimmel vor dem Christentum vor: Herrisch, eitel, selbstüchtig, andere gebrauchend. Mit welchem Kontrastprogramm warteten dagegen die ersten Christen auf: Dieser eine gute Gott will Gemeinschaft mit den einfachsten, ärmsten Menschen. Er vergewaltigt nicht, weil Liebe nur echt ist, wenn sie nicht erzwungen, sondern in Freiheit selbst gewählt ist. Er kennt seine Leiden und wird in Jesus selber Mensch, um den Weg zu dieser Gemeinschaft vorzuleben. Er heilt und beschenkt. Er reißt das geknickte Schilfrohr nicht ab, er drückt den glimmenden Docht nicht aus. Nicht überheblich tritt Jesus auf, sondern er lässt sich vom sträubenden Johannes taufen und wäscht seinen Jüngern die Füße. Das Kreuz ist so auch das Symbol für Gottes Konsequenz seiner Demut: Bis zur letzten Todessekunde begegnet Gott in der Person Jesu Christi den Menschen auf derselben Augenhöhe. Keine Energiefelder schützen ihn vor den Torturen des Kreuzwegs. Jesus lebt, wie wir anderen begegnen sollen: Er dominiert den Menschen nicht. Bei der Samariterin am Brunnen mit ihren fünf vergangenen Lebenspartnern fängt Jesus nicht an, von Todsünde zu predigen. Sondern er bietet ihr „lebendiges Wasser“ (Joh 4,10) an, um ihre Bedürfnisse nach Liebe und Geborgenheit zu stillen.

### Die Kirche von morgen

Der neue Strukturzyklus wird auch die Kirche verändern. Die Kirche vor 50 oder mehr Jahren war geprägt von

Dörfern und engen Gemeinschaften, in denen man sich angepasst verhalten musste – sonst riskierte man, die soziale Unterstützung zu verlieren. Als nach dem Krieg das Auto für viele erschwinglich wurde, konnte man der Nachbarschaft und der Großfamilie davonfahren und endlich die schrägen Leute treffen, die dieselben Interessen hatten. Und wenn einem der Pfarrer am Dorf, der früher die ganze Bandbreite der Spiritualität abdecken musste, zu liberal oder zu konservativ war, ist man eben mit dem Auto drei Dörfer weiter gefahren, weil einem da die Predigten besser gefallen. So hat das Auto den Individualismus ermöglicht und auch in die Kirche getragen, was dort zu Spannungen führt. Das liegt aber nicht daran, dass die Menschen heute schlechter oder besser sind als früher: Sondern dass auch Kirche eingebettet ist in die sozioökonomischen Strukturveränderungen.

Das ist der Grund, warum es im Kirchengeschehen so knarzt: Wissensarbeiter müssen in ihrem Bereich ständig selber entscheiden und damit Verantwortung übernehmen – die zu hütenden Schäfchen sterben aus. Unter mehr oder weniger vorgehaltener Hand machen viele Amtsträger den Individualismus für die Kirchenkrise verantwortlich, doch sie irren: Das ist ein notwendiger Entwicklungsschritt. Nur wer sich selber kennt, kann in Freiheit zum „Du“ gelangen. Individualismus wird die Kirche langfristig nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken, weil reflektierte Haltungen stabiler sind. Individualismus ist nur eine Zwischenstation hin zu einem kooperativen Individualismus, das ist dann die Universalethik. Bis dahin wird die Kirche wie die ganze Gesellschaft noch einen aufreibenden Veränderungsprozess erleben.

Je mehr aber in der Wirtschaft die autokratische Führung durch eine moderierende und sinnorientierte Führung abgelöst wird, umso besser als bisher wird dies auch in der Kirche gelingen. Je mehr Wirtschaft und Gesellschaft – aus einer ökonomischen Notwendigkeit heraus – in die Kooperationsfähigkeit der Menschen investieren, um so mehr werden diese nicht Unterschiede, sondern Gemeinsamkeiten auch im Glauben betonen – übrigens mit Rückwirkungen, wie innerkirchlich und zwischenkirchlich miteinander umgegangen wird. Je mehr die Menschen im Berufsleben lernen, Spannungen auszuhalten und bei Gegensätzen die jeweils ändern nicht zu verteuern, umso weniger werden Glaubensgegensätze in Einzelfragen zu emotionalen oder gar organisatorischen Brüchen führen. Und je weniger rein individualistisches Verhalten ohne Rücksicht auf universalethische Aspekte gesellschaftlich akzeptiert ist, um so weniger stark wird der Rückhalt für individualistisch-überschießende, theologische Entwürfe sein, die sich nicht integrieren lassen. Offensichtlich scheint es doch so etwas wie Heilsgeschichte zu geben. □

Der KKV – Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, Landesverband Bayern, wird zusammen mit dem KAB-Bundesverband diese neuen Regeln der Zusammenarbeit sammeln und im Internet diskutieren unter der Webadresse [www.neuearbeitskultur.de](http://www.neuearbeitskultur.de) – Mitwirkende anderer Verbände oder Einzelpersonen sind herzlich willkommen.

Weitere Infos unter: [haendeler@kondratieff.biz](mailto:haendeler@kondratieff.biz) [www.kondratieff.biz](http://www.kondratieff.biz)



# „Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde“

Kurz vor Weihnachten, in einer Zeit, in der Engel allerorten „Hochkonjunktur“ haben, sei es als Werbeträger, sei es als Weihnachtsschmuck, oder als Träger biblischer Botschaft, luden die Junge Akademie, die Hochschulgemeinde Freising und das Diözesanmuseum der Erzdiözese München und Freising zur dortigen Ausstellung „Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde“ ein.

## I.

Prof. Dr. Gregor Ahn, Religionswissenschaftler an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, führte mit einem Vortrag in den Abend ein. Nach der Genese und Entwicklung der Engelvorstellungen seit der Antike betrachtete Ahn besonders Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Hier ergaben sich erstaunliche Einsichten. Am Beispiel einer Modenschau, bei der Models mit Engelsflügeln ausgestattet wurden, stellte sich die Frage: „Sind Engel, nur weil sie verkauft werden, nicht mehr religiös konnotiert?“ Denn der Leserbrief eines Mannes, der die mediale Inszenierung als Sieg der Engel feiert, die „Sendezeit bekommen“ hätten, zeigt, dass selbst Vorstellungen, die säkular inszeniert werden, von Einzelnen wieder religiös konnotiert werden können.

Die literarische Rezeption des Engelmotivs in Texten des 20. Jahrhunderts erschütterte mit Beispielen der menschlichen „Vereinnahmung“ der Engel, z. B. in Robert Walsers „Der Engel“. „Was zuvor überirdisches Geistwesen war, wird hier zum Konstrukt menschlichen Daseins“, so Ahn. Denn Walser schreibt: „So ein Engel tut gut, wenn er wartet, bis man ihm mitteilt, man bedürfe seiner. ... Ich möchte nicht er sein, den ich zum Engel machte.“

Patrick McGraths Erzählung „Der Engel“ beschreibt das Schicksal eines Engel, der – zuerst makellos schön – tragisch der Verwesung ausgesetzt ist, da sein ewiger, unsterblicher Lebensfunke in einen verwesenden Körper eingesperrt ist.

Wie harmlos klingt da – als Schlusspunkt des Vortrags vorgestellt – eine Website, die esoterisch angehauchte Religiosität vertritt, u. a. mit einer Anleitung, wie man durch richtige Atmung, Visualisierung und Bitten seinen Schutzengel zu Hilfe ruft. „Solche Seiten stehen nicht nur außerhalb des Christentums, ihre Betreiber sind meist auch der Auffassung, dass sie das Christentum besser verstehen würden“, urteilte Ahn.

## II.

Nach dem Vortrag waren die Teilnehmer zu einem kurzen individuellen Erkundungsgang in die mehr als 500 Objekte umfassende Ausstellung des Diözesanmuseums eingeladen. Jeder konnte dabei für sich ein Objekt wählen, das ihn spontan interessierte. Die auf diese Weise ausgewählten Kunstwerke wurden von Dr. Carmen Roll, der stellvertretenden Leiterin des Diözesanmuseums und Kuratorin der Ausstellung, in der anschließenden Führung erläutert. Dabei ergab sich ein lehrreicher Streifzug durch die Kunstgeschichte, über Renaissance und Barock bis zu Darstellungen des 20. Jahrhunderts. Der Austausch über persönliche Eindrücke angesichts der vielfältigen Darstellungen machte den Rundgang zu einem besonders interessanten Erlebnis. Bei Brot und Wein fand der Abend einen heiteren Ausklang.

Die Ausstellung „Engel. Mittler zwischen Himmel und Erde“ im Diözesanmuseum für christliche Kunst der Erzdiözese München und Freising läuft noch bis 1. Mai 2011.

*Carolin Neuber*



*Einfühlsam stellt Professor Gregor Ahn die Engel als Mittler in religiösen und säkularen Kontexten vor.*



*Engagiert führt Dr. Carmen Roll durch die Ausstellung in Freising, deren Kuratorin sie ist.*



# Spiritual Care

**Schwerkranke Menschen brauchen neben intensiver medizinischer Betreuung, die ihre Leiden lindert und ihnen Schmerzen nimmt, auch Labsal für die Seele. Diese spirituelle Betreuung, Spiritual Care, hat sich als Fachbegriff etabliert, ist auch für pflegende und mitleidende Angehörige von im-**

**menser Bedeutung. Wie ist diese interdisziplinäre und interprofessionelle Aufgabe zu erfüllen? Dieser Frage widmete sich am 25. Januar 2011 eine Abendveranstaltung in der Akademie mit dem Titel „Spiritual Care“. Nachstehend finden sich die beiden Referate des Abends.**

## Spiritual Care – eine gemeinsame Aufgabe in Krankenpflege, Medizin und Seelsorge

Eckhard Frick SJ

### Modewort oder Zeichen der Zeit?

Viele Menschen fragen uns seit der Errichtung unserer Professur: Warum wird das englisch benannt? Gibt es keinen deutschen Begriff für Spiritual Care wie im Niederländischen, wo sich inzwischen *geestelijk verzorging* eingebürgert hat?

Zunächst eine Kindheitserinnerung zum Teil-Begriff „Care“: In meiner Kindheit ging zwar die Zeit der Pakete zu Ende, die von der Hilfsorganisation CARE („Cooperative for American Remittances to Europe“) zwischen 1946 und 1960 nach Deutschland, Österreich und anderen europäischen Staaten geschickt wurden. Aber das Wort, ausgesprochen wie das deutsche „Kehren“, wurde von den Erwachsenen immer noch gebraucht. Ich verstand weder das Akronym der Hilfsorganisation noch das englische Zeitwort und fragte mich, was wohl *Besen* und *Pakete* miteinander zu tun hatten. Als wichtigster Bestandteil, gewissermaßen als Überrest des CARE-Paketes, spielte noch Jahre später die berühmte Corned-Beef-Dose eine Rolle, erkennbar an der Blechlasche, in die ein schlüsselförmiges, geschlitztes Drehwerkzeug eingesteckt wurde, um einen Streifen der Dosenwand „aufzuwickeln“ und so einen Deckel abzuheben.

Für die hungernden Menschen der Nachkriegszeit hatte das Wort „Care“ ohne Zweifel einen positiven, rettenden Klang. Heute sind zusammengesetzte Fremdwörter mit dem englischen Wort „care“ in Mode: Autohäuser nehmen den mehr oder weniger alten Wagen zum „Car Care“ entgegen, Baumfällen und -beschneiden firmiert unter „Tree Care“. Und selbstverständlich boomt das Caring in der Medizin: z.B. Intermediate Care, „Medi Care“ als Synonym für Medizinische Fußpflege und Nageldesign und nicht zuletzt Palliative Care und Spiritual Care.

„Care“ hängt sprachgeschichtlich mit dem althochdeutschen *chara* (klagen), dem gothischen *kara* (Kummer), dem deutschen *karg* und auch der Vorsilbe

*Kar-* (z.B. Karfreitag) zusammen. Im englischen Zeitwort „to care“ schwingt das „Sich-Kümmern-um...“ mit, die Sorge für andere und für sich selbst. In der Medizin umfasst Caring sowohl die Pflege als auch die Tätigkeit anderer Berufsgruppen, die sich um den Patienten „kümmern“. Deshalb ist Care auch zum Schlüsselwort für die interdisziplinäre und interprofessionelle Zusammenarbeit geworden.

Spiritual Care: In den Gesundheitswissenschaften setzt sich inzwischen „Spiritualität“ als Breitbandbegriff durch, obwohl es sich ursprünglich um einen Binnenbegriff der katholischen Kirche handelt. Religion und Religiosität stehen eher für Gruppen und Institutionen mit ihren Überlieferungen, Ritualen und ihrer sozialen Unterstützung. Eine „Internationale Gesellschaft für Gesundheit und Spiritualität“ ist gerade in Gründung. Ihre wichtigsten

Aufgaben werden sein: Herausgabe einer Zeitschrift für Spiritualität in den Gesundheitsberufen mit dem Titel „Spiritual Care“ sowie die Weiterführung eines Konsensprozesses zu den verschiedenen Konstrukten, welche mehr oder weniger bewusst unseren medizinisch-therapeutischen Spiritualitätsbegriff ausmachen. Wer von Ihnen daran interessiert ist, den laden wir herzlich ein, sich an der Arbeit dieser Gesellschaft zu beteiligen!

Spiritual Care bedeutet: Gemeinsame Sorge für den kranken Menschen, in all seinen Dimensionen, neben der physischen und psychosozialen Dimension auch in seiner spirituellen. Darauf hat sich die WHO nicht nur in ihrer Definition von Palliative Care verständigt, sondern seit der Charta von Bangkok auch für die gesamte Heilkunde. Medizin und Pflege anerkennen die spirituelle Dimension ihrer Patienten und erklären sich für zuständig in spirituellen Dingen, nicht allein und nicht gegen die Kompetenzen von Seelsorge, Psychotherapie und Sozialer Arbeit, sondern in Zusammenarbeit mit den anderen Gesundheitsberufen.

Warum Spiritual Care und nicht „Ärztliche Seelsorge“, wie Viktor Frankl oder „Weltliche Seelsorge“, wie Sigmund Freud formulierte? Lassen Sie mich mit Martin Heidegger antworten: Es geht um eine „vorauspringende“ (Für-)Sorge, nicht um eine „einspringende“. „Einspringen“ würde heißen, dass wir genau wissen, welche Spiritualität für unsere Patienten gut ist, ob und wie sie zu beten, zu meditieren, zu hoffen haben. „Einspringen“ wäre ein Kurzschluss zwischen Ergebnissen der Faith-Faktor-Forschung und dem ärztlichen Rat, etwa so: Weil Kirchgänger länger leben, einen niedrigeren Blutdruck haben und seltener depressiv sind, raten wir unseren Patienten zum Kirchgang.

Wie gesagt: Spiritual Care ist keine einspringende Sorge für den kranken Menschen, sondern eine vorausspringende. Wir fragen: Welche spirituellen Ressourcen hat der Patient? Könnten diese ihm oder ihr bei Krankheitsbewältigung und Sinndeutung helfen? Ist die bisherige Sinndeutung in eine Krise geraten? Welche Rolle geben die Patienten ihren Behandlern im Feld der Spiritualität? Caring heißt auch Selbstsorge: Welche spirituellen Ressourcen haben die Mitglieder des therapeutischen Teams, möglicherweise auch: welche Krisen?

### Zunächst aber: Was heißt überhaupt „Spiritualität“?

Der Begriff „Spiritualität“ hat biblische Wurzeln: Der Geist Gottes – Ruah, Pneuma, Spiritus: Atem, Wind, Geist – steht für die Entdeckung des inneren Menschen, die gleichzeitig und spannungsreich sowohl in der griechischen Philosophie als auch im biblischen Denken geschieht. Für Paulus ist der pneumatische, der spirituelle Mensch eine neue Schöpfung – eine ausdrückliche Anspielung auf die Schöpfung durch göttliche Mund-zu-Nase-Beatmung in Genesis 2,7. Der spirituelle Mensch ist der für die Transzendenz offene. Transzendenz heißt Grenzüberschreitung: Trotz aller Angst und Skepsis und Selbstbescheidung ist dies für die jüdisch-christliche Spiritualität ein hoffnungsvoller Weg. Wir wollen heute mit Ihnen darüber nachdenken, ob dieser Transzendenzbezug auch innerhalb der Medizin legitim, vielleicht sogar notwendig ist oder aber eine unzulässige, vielleicht gefährliche Grenzüberschreitung darstellt.

Inzwischen stellen die christlichen Kirchen und Theologen erstaunt, manchmal auch erschreckt fest: Es gibt

nicht nur die „dwellers“, wie Charles Taylor diejenigen nennt, die im Haus der Kirche „wohnen“. Die „seekers“, die spirituellen Sucher und Wanderer scheinen zuzunehmen, auch innerhalb der Kirchen. Der Spiritualitätsbegriff wird in den Gesundheitswissenschaften, in Medizin, Pflege und Psychotherapie, definiert und operationalisiert. Ein Begriff, der für die eigene Erfahrung steht, für Frömmigkeit und Transzendenzbezug, kommt „von außen“ auf die jüdisch-christliche Tradition zurück. Ganz besonders der spirituelle Bumerang, den Paulus in die Welt geworfen hat, trifft nun auf Kirchen und Theologen, die nun mit der fremden-eigenen Spiritualität zurechtkommen müssen. Der evangelische Neutestamentler Gerd Theißen diagnostiziert: „Während ‚Kirche‘ auf dem semantischen Markt der Kultur ein Verlierer ist, ist ‚Spiritualität‘ ein Gewinner“ (Theißen 2007, 118).

Ist Spiritualität ein Modewort oder ein Zeichen der Zeit? So fragte der Jesuit und Mystikspezialist Josef Sudbrack schon vor 12 Jahren (Sudbrack 1998). Er entschied sich mutig und klar für die zweite Alternative. Er wusste, dass die Einteilung unseres Lebens in kirchlichen Binnenraum und Welt draußen zu einfach ist und letztlich der Angst entspringt. Die Begriffsentwicklung von „Spiritualität“ ist noch nicht abgeschlossen. Der Aufprall des Bumerangs führt zu Verunsicherungen und Konflikten. Er nötigt uns auf neue, interdisziplinäre und interprofessionelle Wege, zu einem Konsensprozess als Voraussetzung für Forschung und Praxis.

All dies gilt in hochaktueller Weise für unsere neue Professur. Das englische Wort Spiritual Care deutet darauf hin, dass wir die internationalen Konsensprozesse der WHO aufgreifen, die längst die spirituelle Dimension einer bio-psycho-sozialen Medizin berücksichtigen. Spiritual Care ist in Analogie zu Palliative Care gebildet: Palliative Care ist nicht nur Palliativmedizin, sondern das Zusammenwirken verschiedener Berufsgruppen mit Patienten und Angehörigen, also von Medizin, Pflege, Sozialer Arbeit, Seelsorge und Psychotherapie, die einen gemeinsamen Auftrag in Patientenversorgung, Lehre und Forschung haben.

Schon für Cicely Saunders, Krankenschwester, Ärztin, Sozialarbeiterin, unvergessene Pionierin der Hospiz- und Palliativbewegung, ist Spiritual Care eine der Säulen von Palliative Care. Die WHO hat dies in ihrer Definition von Palliative Care übernommen. Mit ihrem Konzept von „total pain“ beschreibt Saunders nicht nur den körperlichen Schmerz, sondern das Leiden des ganzen Menschen. Sie weist auf spirituelle Ressourcen in einer säkularisierten Umfeld hin, neben der fortbestehenden religiösen Verwurzelung einzelner. Und sie warnt vor wohlmeinender, aber schädlicher Grenzverletzung.

### Wer ist zuständig/wer sollte es sein?

Wer aber übernimmt diese neue Aufgabe „Spiritual Care“ und wer ist kompetent dafür? Und wer sollte sie übernehmen? Welche Kompetenz und welche Ressourcen sind dafür gegebenenfalls erforderlich?

Die erste Frage ist eine empirisch-deskriptive. Eine jüngere palliativmedizinische Studie (Hanson et al. 2008) belegt sowohl bei den „Anbietern“ von Spiritual Care als auch bei den spirituellen Inhalten eine große Bandbreite: Spiritual Care ging ebenso von Familien und Freunden aus (41%) wie von Ärzten und Krankenschwestern (29%) und erst an letzter Stelle von Seelsorgern (17%). In der Restgruppe nannte 7% der Befragten „Gott / eine höhere Macht“ als Quelle von Spiritual Care – irritierend



für die Forscher, weil Gott nicht in die Kategorien Alter, Geschlecht, Rasse usw. einzuordnen ist. Inhaltlich umfassende Spiritual Care 1. die Hilfe beim Ordnen von *Beziehungen* zu anderen Menschen und zu Gott; 2. das *Verstehen* der eigenen Lebensgeschichte, von Sinn (losigkeit), Angst und Selbstwert, 3. das *Coping*, 4. *Praktiken* wie Gebet, Liturgie und Glaubensgespräch und 5. *zusätzliche Aktivitäten* wie Fürbittgebet und Trost. Die Zufriedenheit mit dem Spiritual-Care-„Angebot“ hing nicht von den erhobenen Charakteristika der „Anbieter“ ab. Entgegen allen Erwartungen war die Zufriedenheit sogar geringer, wenn Anbieter und Empfänger denselben Glauben teilten. Die Autoren werten dies als Beleg für einen ökumenischen, bekenntnisübergreifenden Spiritual-Care-Ansatz.

Mit diesen empirischen Daten habe ich eine vorläufige Antwort auf die deskriptive Frage gegeben, wer (faktisch) für Spiritual Care innerhalb eines modernen Palliative-Care-Konzeptes zuständig ist: Spiritual Care wird nicht, wie traditionell üblich, an die Seelsorge delegiert, sondern wird als gemeinsame Aufgabe aller an Palliative Care beteiligten Berufsgruppen gesehen – in enger Abstimmung mit den Patienten und ihren Angehörigen.

Wenden wir uns nun der – schwierigeren – normativen Frage zu, wer für Spiritual Care verantwortlich sein *sollte* und welche Kompetenzen und Ressourcen er oder sie dafür benötigt. Sie alle tragen dadurch etwas zur Antwort bei, dass Sie heute mit uns die Errichtung der Professur für Spiritual Care feiern: Unsere Professur gehört zum Lehrstuhl für Palliativmedizin. Wir verstehen dies jedoch nicht in einem exklusiven Sinn, sondern in Kooperation mit den vielen Bereichen von Medizin, Pflege und Psychotherapie, in denen es um Spiritualität geht: Nicht erst am Lebensende, sondern überall da, wo Chronifizierung, Schwellsituationen und schwere Erkrankung die Fragen nach Sinn, Begrenzung und Transzendenz aufwerfen. Also: Krisen im Lebenszyklus, für die es keine einfachen Rezepte gibt, mit Karl Jaspers gesprochen: Grenzsituationen, die der Deutung bedürfen.

Als Medizinische Fakultät sind wir in Fragen der Spiritualität auf die Kooperation mit unseren Theologischen Fakultäten angewiesen, die von Anfang an die Konzeptbildung und Ausschreibung unserer Professur unterstützt haben. Aber auch diese kirchliche Verwurzelung verstehen wir nicht in einem exklusiven Sinne. Seit Beginn unserer Professur bemühen wir uns um eine möglichst tragfähige Vernetzung mit der jüdischen Spiritualitätspraxis und -tradition, sowie mit Persönlichkeiten aus anderen Spiritualitäten, seien sie mit einer Religion verbunden oder nicht. Wir freuen uns über das rege und konstruktive Echo.

Trotz allen Wohlwollens bleibt jedoch die grundsätzliche Frage, die auch eine ethische Frage ist: Sollen, dürfen Ärzte und andere Gesundheitsberufe die Verantwortung für Spiritual Care übernehmen? Spiritualität hat es mit Transzendenz, Grenzüberschreitung durch den Patienten zu tun. Das ist seine, ihre Freiheitsentscheidung, die wir zu respektieren, in wohlwollender Neutralität zu begleiten haben. Was aber heißt es, wenn wir als Ärzte, Krankenschwestern, Psychotherapeuten eine spirituelle Anamnese erheben, uns an spirituellen Interventionen beteiligen? Ist *diese* Grenzüberschreitung mit den Prinzipien des ärztlichen Berufes vereinbar, ist sie legitim oder gar geboten?

Sloan et al. haben die Frage so formuliert: „Should physicians prescribe medical activities?“ Sie referieren gewisse Ergebnisse der health-outcome



Viele Interessierte waren zu den Vorträgen über Spiritual Care in die Akademie gekommen.



Prof. Dr. Gian Domenico Borasio, Professor für Palliativmedizin an der Universität München (li.), Förderer der Gedanken des Spiritual Care und Initiator der Einrichtung des Lehrstuhls

Forschung, die religiöse Zugehörigkeit und Praktiken mit längerem Leben, niedrigerem Blutdruck, geringerer Depressivität usw. assoziiert sehen. Sloan et al. warnen davor, solche empirischen Assoziationen kausal zu interpretieren. Sie wenden sich gegen den Kurzschluss zwischen der Faith-Factor-Forschung und der Forderung nach spirituellen Interventionen durch den Arzt, gegen die „unheilige Allianz zwischen Religion und Medizin“.

Der Arzt und Philosoph Karl Jaspers wendet sich gegen das Aufgreifen der Sinnfrage durch den Arzt. Er kritisiert nicht nur die zeitgenössische Logotherapie, Viktor Frankls „Ärztliche Seelsorge“. Indirekt lehnt er damit jegliche sinnorientierte Psychotherapie ab, aber auch jegliche Psychotherapie, insofern sie, wie Freud sagte, „weltliche Seelsorge“ ist.

Jaspers steht in einer langen Tradition, die ich mit Jobin, Professor für Spiritualität und Medizin in Laval, als die hippokratische Unterscheidung bezeichnen möchte, nämlich die Trennung von Tempelmedizin mit ihren Frühformen von Psychotherapie und wissenschaftlicher Medizin. Die Tempelmedizin existierte eine Zeitlang mit der empirisch-wissenschaftlichen Medizin. Der religiöse Aspekt kommt auch in der Präambel des hippokratischen Eides vor, durch die Anrufung von Apoll,

für Spiritual Care an der Universität München, nahm an der Tagung teil. Hier spricht er mit Professor Roser und anderen Teilnehmern.

Hygieia, Panakeia und Asklepios. Aber ansonsten ist der Eid säkular und er bleibt es durch die Jahrhunderte der Medizin im jüdisch-christlichen Kulturkreis. Zwar macht die Ethik gewisse Anleihen bei der Religion, aber die Medizin wird betrieben „etsi Deus non daretur“ (auch wenn es Gott nicht gäbe).

In den 60er Jahren des XX. Jahrhunderts taucht die Bioethik auf, ein bürgerschaftlicher Diskurs über Medizin, Gesundheit und Werte, der zur Demokratisierung des ärztlichen Paternalismus führt und spürbare Konsequenzen für die Arzt-Patienten-Beziehung hat. Heute lehren wir unsere Studierenden nicht mehr, was uns noch beigebracht wurde: Den Patienten über seine infauste Diagnose im Unklaren zu lassen, ihm ein Theater vorzuspielen, weil das besser für ihn ist. Zwei wichtige Daten sind noch zu nennen: Das Paradigma der bio-psycho-sozialen (Engel 1977) und der bio-psycho-sozio-spirituellen (Sulmasy 2002) Medizin. Die Medizin insgesamt und unsere Professur im Speziellen befindet sich im Spannungsfeld zwischen zwei ethischen Positionen, die beide gute Gründe auf ihrer Seite haben: einerseits die hippokratische Trennung zwischen Religion und Medizin und die Tradition der ärztlichen Neutralität, andererseits ein ganzheitlicher bio-psycho-sozio-spiritueller Ansatz.

## „Leben ist gleich Körper plus x“

Unabhängig davon, ob wir das Spirituelle als eine Teilmenge des Psychosozialen oder um eine eigenständige Erweiterung des ärztlichen Paradigmas auffassen, es geht um ein x, das über den objektivierbaren Körper hinausgeht. Die Kurzformel (Unschuld 2003) bringt es auf den Punkt: Die Medizin hat es mit dem messbaren, physikalisch und biochemisch beeinflussbaren Körper zu tun. Aber sie weiß auch, dass zum Leben ein steuerndes Zentrum, ein „x“ gehört, das nicht auf das organische Substrat zentralnervöser Funktionen, z.B. im Hirnstamm, reduzierbar ist. Dieses x kann die Medizin nicht objektivieren und messen wie den Körper, aber sie kann es respektieren, auch in der Diagnostik und Therapie von Krankheiten. Je nach kulturellem Hintergrund nennt sie es Seele, Geist, Psyche, Qi, Out-of-body-experience usw. Die Medizin kennt Psychosomatik, Somatopsychik, Psychiatrie, Psychotherapie und Psychoanalyse. Der Arzt hat keine Definitionshoheit über das x, aber er versucht, dem lebendigen Menschen gerecht zu werden, der als Patient(in) zu ihm kommt.

Der Respekt vor dem x ist kein Rückfall in den Vitalismus vergangener Tage. Vielmehr geht die Anerkennung des x durchaus mit der Anerkennung eigener methodischer und theoretischer Grenzen einher, ganz besonders, wenn die Grenzen der Therapierbarkeit erreicht sind. Entscheidend ist, wie der Mensch, ob Arzt oder Patient, mit den Grenzen umgeht. Der Mensch ist das nicht-feststellbare Wesen, sagte Friedrich Nietzsche. Er entzieht sich unserer Objektivierung, ist unserem Zugriff verborgen, ein „Geheimnis“, und zwar ein Geheimnis, das über die eigenen Grenzen hinausgreift, ein Wesen der Transzendenz also.

## Wie mit dem unbestimmbaren x umgehen?

Wie gesagt: Die Medizin kann keine Feststellungen über das Nicht-Feststellbare machen. Wie aber sollte sie mit dem Unbestimmbaren umgehen? Der Soziologe Armin Nassehi antwortet: In authentischer Weise, nicht mit den Antworten, Traditionen und Ritualen der Religionen, sondern in einer Art gemeinsamen Nicht-Wissens, besonders wenn es um die Sinnfrage, um die Absurdität des Leidens geht, um die Unausweichlichkeit des Todes. Hier zeigt sich die Stärke des neueren Spiritualitätsbegriffes, der sich von der sozialen Gestalt institutionalisierter Religionen löst und damit für die Medizin einer pluralistischen, multikulturellen Gesellschaft besonders geeignet erscheint: Das spirituelle Interview des Arztes und anderer therapeutischer Professionen muss patientenzentriert sein, die Sprache des Patienten lernen, sein spirituelles Coping, seine Bindungen erfassen. Vor allem muss es erfassen, welche Rolle die Patienten uns im spirituellen Feld zuweisen. Sicher gilt es dann auch, eigene professionelle Grenzen anzuerkennen und dem Patienten deutlich zu machen. Aber die Patienten erwarten von uns eine spirituelle Grundkompetenz, die weder an die Seelsorge noch an die verschiedenen x-Fächer zu delegieren ist.

## Das Unbestimmte als postsäkulare Gestalt des Unbewussten

„Bewusstsein von dem was fehlt“ sind die Gespräche überschrieben, die Jürgen Habermas mit Professoren der Hochschule für Philosophie der Jesuiten geführt hat. „Fehlen“ ist hier nicht im Sinne einer logischen Negation verstanden, als Wegfall irgendeiner Luxuseigenschaft (Brieskorn 2008). Vielmehr geht es um Steresis, Privatio, Beraubung, um



die Amputation einer Dimension des Menschlichen, die eigentlich dazu gehört, aber schmerzlich vermisst wird.

Es gibt den Bezug auf den „unbekannten“, „abwesenden“ Gott. Der Verfasser der Apostelgeschichte (17,23) lässt Paulus den Begriff „unbekannter Gott“ in der nur hier berichteten Predigt auf dem Athener Areopag verwenden, und zwar *ohne Artikel*: „Denn als ich umherging und mir eure Heiligtümer ansah, fand ich auch einen Altar mit der Aufschrift: EINEM UNBEKANNTEN GOTT (*Agnósto theó*). Was ihr verehrt, ohne es zu kennen (*agnoúntes*, [als] nicht erkennende), das verkünde ich euch“.

### Die positiven Dogmen, Traditionen und Rituale der jüdisch-christlichen Theologie helfen beim Verstehen der spirituellen, häufig religionskritischen Orientierung moderner Gott-Sucher.

Die Verneinung der Erkenntnis (*a-gnósis*) zeugt von einer Reflexionsstufe, die zu beträchtlicher Abstraktion fähig ist: Unabhängig vom kultischen Kontext objektiv vorhandener Heiligtümer wird mit einer Leerstelle des erkennenden Denkens gerechnet, mit einem Gott, den es zwar geben mag, der aber entweder noch nicht erkannt oder aber grundsätzlich unerkennbar ist. Dies steht im Gegensatz zur esoterischen Strömung der Gnosis, die zur Zeit des Neuen Testaments eine Art Geheimwissen im Sinne antiker Mysterien-(event-)Religionen versprach und die möglicherweise einen gewissen Einfluss auf das Johannesevangelium hatte. Eine weitere Konsequenz des Konzeptes ist die *Namenlosigkeit* des unbekanntes Gottes, die ihn von den Mitgliedern der antiken Götterfamilien unterscheidet. Diese Namenlosigkeit ist alttestamentlich-jüdisches Erbe. Denn der Name des Gottes Israels wurde mit so großem Respekt behandelt, dass er in der alltäglichen Sprache nicht ausgesprochen werden durfte, auch nicht in der religiösen Sprache.

Der skizzierte Absprung von üblichen Erkenntnis-kategorien des feststellenden Denkens lässt den „unbekannten Gottes“ als seelisches Symbol deutlich werden. In der analytischen Arbeit mit Träumen und religiösen oder „atheistischen“ Biografien ermöglichen die Traditionen der Menschheitsreligionen einen amplifizierenden Umgang mit individuellen Inhalten, z.B. die Lösung von fixierten Gottesbegriffen in der buddhistisch inspirierten Meditation. Die *positiven* Dogmen, Traditionen und Rituale der jüdisch-christlichen Theologie helfen beim Verstehen der spirituellen, häufig religionskritischen Orientierung moderner Gott-Sucher.

Die *negativen* Theologien helfen, den unbekanntes, aber dennoch thematisierten Gott als innerpsychischen und kollektiven Altar zu schützen. Er macht zwar manche Prediger ratlos, hält aber die Erinnerung an eine unbeantwortete Frage offen, hilft uns „authentisch mit dem Unbestimmten umzugehen“ (Nassehi 2009).

Bevor das, was fehlt, bewusst werden kann, ist es un-bewusst, wie Freud und Jung mit der Philosophie des XIX. Jahrhunderts formulierten. Freud selbst bezeichnete die Psychoanalyse als „weltliche Seelsorge“, was er sicher nicht in einem bewusst religiösen Sinn verstand: „Ich weiß nicht, ob Sie das geheime Band zwischen der ‚Laienanalyse‘ und der ‚Illusion‘ erraten haben. In der

ersten will ich die Analyse vor den Ärzten, in der anderen vor den Priestern schützen. Ich möchte sie einem Stand übergeben, der noch nicht existiert, einem Stand von *weltlichen* Seelsorgern, die Ärzte nicht zu sein brauchen und Priester nicht sein dürfen. Herzlich Ihr alter Freud“ (an Oskar Pfister 25.11.28).

Bereits zwei Jahre zuvor hatte Pfister das Folgende an Freud geschrieben: „Ohne Zweifel wird es ein außerkirchliches Seelsorgeramt geben, sogar ein nichtreligiöses. Wenn nur Menschen gut und glücklich gemacht werden, mit oder ohne Religion, wird der liebe Gott freundlich lächelnd dieser Arbeit zu-nicken“ (Pfister an Freud 10.9.26).

Spätere Psychoanalytiker haben deutlich formuliert, dass das Fehlen und Unbewusstwerden eine spirituelle Dimension hat: „Unter all meinen Patienten jenseits der Lebensmitte, das heißt jenseits 35, ist nicht ein Einziger, dessen endgültiges Problem nicht das der religiösen Einstellung wäre. Ja, jeder krank in letzter Linie daran, dass er das verlor hat, was lebendige Religionen ihren Gläubigen zu allen Zeiten gegeben haben, und keiner ist wirklich geheilt, der seine religiöse Einstellung nicht wieder erreicht, was mit Konfession oder Zugehörigkeit zu einer Kirche natürlich nichts zu tun hat.“

Am weitesten vorgewagt hat sich wohl der Psychoanalytiker W.R. Bion, der eine Art Mystik des Fehlenden, des Transzendenten, des „O“ entworfen hat. Mit dieser Abkürzung meint er das Unbekannte, „Nicht Wissbare“ jenseits der Grenze. Damit können Arzt und Patient vertrauensvoll umgehen. „Faith in O“ nannte es Bion, einen authentisch-vertrauensvollen Umgang mit dem Spirituellen möchte ich es nennen. □

#### Literatur:

Brieskorn, Norbert (2008): *Vom Versuch, eine Beziehung wieder bewußt zu machen*. In: Reder, Michael, Schmidt, Josef (Ed.): *Ein Bewußtsein von dem, was fehlt. Eine Diskussion mit Jürgen Habermas*. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 37-50.

Engel, George L. (1977): *The need for a new medical model: a challenge for biomedicine*. *Science* 196:129-136.

Hanson, Laura C., Dobbs, Debra, Usher, Barbara M., Williams, Sharon, Rawlings, Jim, Daaleman, Timothy P. (2008): *Providers and types of spiritual care during serious illness*. *Journal of Palliative Medicine* 11:907-914.

Nassehi, Armin (2009): *Spiritualität. Ein soziologischer Versuch*. In: Frick, Eckhard, Roser, Traugott (Ed.): *Spiritualität und Medizin. Gemeinsame Sorge für den kranken Menschen*. Kohlhammer, Stuttgart, 35-44.

Sudbrack, Josef (1998): *Spiritualität - Modewort oder Zeichen der Zeit? Geist und Leben* 71:198-211.

Sulmasy, D.P. (2002): *A biopsychosocial-spiritual model for the care of patients at the end of life*. *Gerontologist* 42:24-33.

Unschuld, Paul U. (2003): *Was ist Medizin? Westliche und östliche Wege der Heilkunst*. Beck, München.

## Spiritual Care als Forschungs- und Lehrgebiet. Perspektiven und Ausblicke

Traugott Roser

Gestatten Sie mir aus gegebenem Anlass – ich war lange Seelsorger auf der Palliativstation des Klinikums Großhadern und bin als Seelsorger im Seniorenwohnstift Augustinum München-Neufriedenheim tätig – folgende klärende Vorbemerkung: Die Professur für Spiritual Care betreibt selbst keine Seelsorge und auch kein Konkurrenzmodell zur Seelsorge an den Universitätskliniken der LMU. Sie ist nicht Praxis, sondern Theorie derselben. Dennoch ist ihr Ausgangspunkt Praxis im Sinne empirischer Forschung. Praxis ist auch ihr Ziel in der Lehre.

### I.

Die Praxis im Gesundheitswesen ist multiprofessionell bestimmt. Der Verbund der Professuren am Lehrstuhl für Palliativmedizin entspricht dem in Forschung und Lehre und setzt damit das Konzept von *total pain* wie auch die WHO-Definition von Palliative Care in akademische Realität um.

Dabei stellt die Professur für Spiritual Care an der Medizinischen Fakultät in Kooperation mit den theologischen Fakultäten ein universitätspolitisches Novum dar. Erlauben Sie mir deshalb einen Ausflug in die Historie, und zwar die Universitätsgeschichte Berlins:

Vor genau 200 Jahren, im Jahr 1810, wurde in Berlin die Reformuniversität gegründet. Die Gründung war tief geprägt von den Gedanken des Berliner Theologen Friedrich Schleiermachers.

Er hatte mit anderen ein kohärentes Universitätskonzept erarbeitet, das Wilhelm von Humboldt als Wissenschafts-administrator politisch durchsetzte. Der bis vor kurzem noch amtierende Präsident der Humboldt-Universität, der Theologe Christoph Marksches, hat unlängst die Grundprinzipien dieses Konzepts herausgearbeitet, die für ein Konstrukt wie unsere Professur erhellend sind. Es geht, sehr verknüpft, um berufsbezogene Ausbildung, um Bildung all-gemein und um die Einheit der Forschung.

Gerade letzteres Anliegen, die Einheit der Wissenschaft, bedeutet eine mehrfache Grenzüberschreitung zwischen Disziplinen und Wissenschaftskulturen.

Die Einheit der Wissenschaft geschieht nach Ansicht der Berliner Reformer bei gleichzeitiger Gestaltung neuzeitlicher Differenzierungsprozesse in unterschiedliche Disziplinen. Wilhelm von Humboldt schreibt: „Damit die gelingende Tätigkeit des einen den anderen begeistere [...], so muß die innere Organisation dieser Anstalten ein ununterbrochenes, sich immer selbst wieder belebendes, aber ungezwungenes und absichtsloses Zusammenwirken hervorbringen und unterhalten.“ Und dies gilt für die Forschung in gleicher Weise wie für die Lehre. Die Ausbildung von Spezialwissen an der Universität ist auf die Einheit der Wissenschaft bezogen, als ein Denken und Deuten über Disziplingrenzen hinweg in Zusammenhängen.

### II.

Die Ausschreibung einer Professur für Spiritual Care, die Mediziner und Theologen zur Bewerbung einlädt, macht die



Prof. Dr. theol. Traugott Roser, Professor für Spiritual Care an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Grenzüberschreitung zum Prinzip. Grenzüberschreitung in Lehre und Forschung ist notwendig im Anschluss an die genannten Grundprinzipien. Wir tragen bei zur Ausbildung primär von Ärztinnen und Ärzten, aber auch von Seelsorgenden. Es geht um Bildungsprozesse, das Denken und Deuten in Zusammenhängen, die Kombination von Spezialwissen mit der Fähigkeit zum Perspektivwechsel. Deshalb bemühen wir uns in der Lehre gezielt um interdisziplinäre Angebote, die Mediziner, Theologen, Philosophen und Psychologen denk- und sprachfähig machen sollen. Unsere Fallbesprechungsseminare verbinden Sachkompetenz mit Diskursfähigkeit. Damit ist die Grundlage der gemeinsamen Sorge um den kranken Menschen gelegt. Und darum geht es im Herzen bei Spiritual Care, um die gemeinsame Sorge dafür, dass kranke Menschen an einem als sinnvoll empfundenen Leben teilhaben und teilnehmen können, und Leben bezieht dabei alle Aspekte von Körper *plus X* mit ein.

Vor allem in der Forschung geht es darum, das Feld Spiritualität im Gesundheitswesen zu erkunden, ganz im Sinne Schleiermachers und seiner Reden über die Religion, die sich bekanntlich an die Gebildeten unter ihren Verächtern wandten, also die Skeptischen, Rationalen und Kritischen.

Wir möchten mittels verschiedener Forschungsmethoden das nach wie vor unscharfe Feld Spiritualität vermessen, wissend, dass Vermessung ein kritisches Unterfangen ist – ganz im Sinne meiner Heimatdisziplin Praktischer Theologie als *kritischer Theorie religiös vermittelter Praxis in der Gesellschaft*. Es geht um die Vermessung gelebter spiritueller und religiöser Praxis in der Gegenwart, insbesondere im Gesundheitswesen. Es geht, um mit dem Münchner Praktischen Theologen Wolfgang Steck zu sprechen, um Topographie.

### III.

Die kritische Auseinandersetzung beginnt mitten in der Palliativmedizin,



wenn es darum geht, wie das Sterben in unserer Gesellschaft gedeutet wird. Deutungshoheit bedeutet auch ein Vorrecht einer, etwa der medizinischen Behandlung gegenüber anderen Interventionen.

Bei einem Symposium an der Duke University wurde wie folgt formuliert: „Dying is a spiritual event with medical implications.“ – Sterben ist ein spirituelles Geschehen mit medizinischen Implikationen. Dies bestätigt der Soziologe Armin Nassehi: „Das Sterben ist keine primär medizinische Angelegenheit mehr. [...] Gerade deshalb beginnen sich die traditionellen professionellen Standards zu verändern, was an der Palliativmedizin besonders gut zu beobachten ist.“ Darüber und vor allem über die Konsequenzen einer solchen Aussage lässt sich trefflich streiten. Und genau dies wollen wir im Sinne der genannten Grundkonzeption tun, im Verbund mit anderen Disziplinen und in Gestalt von Kooperationen.

Dies möchte ich konkret anhand einiger unserer Forschungsvorhaben verdeutlichen.

1. Die Auseinandersetzung mit Spiritualität als einem Modewort oder Zeichen der Zeit nötigt zu einer Beschreibung dessen, was mit dem spirituellen Feld gemeint ist. Aktuell werden in den USA, in Europa und Deutschland zahlreiche Definitionen diskutiert. Wir werden uns mit diesen Definitionen befassen und an einem breit angelegten Konsensprozess mit internationalen Vertretern unterschiedlicher Berufsgruppen arbeiten, der den spezifisch europäischen Kontext im Blick hat.

Die Aufgabe einer wissenschaftlichen Theoriebildung ist es, Arbeitsdefinitionen begriffsgeschichtlich einzuordnen und zugleich die Breite des Bedeutungsspektrums zu verdeutlichen. Im Sinne der Kritik gilt es, aufmerksam zu sein für Gefahren auf medizinischer wie auf theologischer Seite, etwa einer Instrumentalisierung für institutionelle Zwecke oder einer Auflösung in therapeutische Verfahren oder religiöse Praxis. Die Arbeit am Begriffsfeld Spiritualität bleibt auch bei den folgenden Vorhaben das zentrale Forschungsfeld.

2. Spiritualität im Gesundheitswesen bezieht sich nicht nur auf die Spiritualität des Patienten. Sie lässt sich auf verschiedenen Ebenen beschreiben und beforschen. Auf der Mikroebene wird die Spiritualität des Einzelnen, insbesondere von Patienten, beforscht, etwa im Rahmen der Coping-Forschung im Anschluss an Pargament. Es geht aber auch um die Spiritualität der Betreuer angesichts der ständigen Konfrontation mit Krankheit, Sterben und Trauer.

Vor allem die Ebene des Einzelnen steht im Vordergrund folgender Projekte:

3. Bindung beschreibt die frühe interpersonale Beziehung, die Sicherheit vermittelt. Die früh entwickelten Bindungsmuster werden lebenslang in Krisen- und Übergangssituationen aktualisiert. Eine sichere Bindungserfahrung spiegelt sich im Gottesbild wider, Unsicherheiten werden dadurch kompensiert. Ein Verständnis für unterschiedliche Bindungsstile und die entsprechenden Gottesbilder ermöglicht auf Patienten und Angehörige zugeschnittene Interventionen.

4. Unsere Mitarbeiterin *Tanja Stiehl* befasst sich mit der Spiritualität im Bereich der pädiatrischen Palliativmedizin. Mithilfe einer computerbasierten Ontologie wertet Tanja Stiehl Patientenakten aus. So entsteht ein präzises Abbild der spirituellen Ressourcen und Bedürfnisse der betreuten Kinder und ihrer Familien. Wir erhoffen uns Aufschluss darüber,



Ein Team von BR-alpha zeichnete die Tagung auf und wird –wahrscheinlich im Frühsommer – einen 45-minütigen

wie sich diese Informationen auf die Betreuung durch Kinderpalliativmediziner auswirken. Vor allem erhoffen wir uns aber, damit ein handhabbares Mittel zu erhalten, in diesem herausfordernden Bereich die seelischen Ressourcen von Kindern und ihren Eltern zu fördern.

5. Bei einem weiteren Projekt sind wir Kooperationspartner von Dr. Inga Wermuth am Lehrstuhl des Neonatologen Prof. Andreas Schulze. *Inga Wermuth* wird die spirituellen Ressourcen und Bedürfnisse von Mitarbeitenden und Eltern in der Neonatologie untersuchen. Wie gehen Mitarbeiter mit den Belastungen in ihrem Arbeitsfeld um, und welche Konsequenzen hat dies für das Team und seine Leitung? Wie wirkt sich spirituelle Begleitung langfristig aus, etwa auf Trauerverläufe?

6. Auf der Meso-Ebene geht es um die Spiritualität im System. Wie wird in Teams über Spiritualität kommuniziert? Unbestimmtheit, ob am Anfang oder am Ende des Lebens, bedarf bestimmter Kommunikationsformen, um handhabbar zu sein. Wir wollen diese Kommunikation und ihre Regeln erfassen, verstehen und gegebenenfalls verbessern helfen. *Margit Gratz* wird im Sinne der Versorgungsforschung die Integration von Spiritual Care in der ambulanten

Beitrag zum Thema *Spiritual Care* senden. Den genauen Sendetermin werden wir noch mitteilen.

Hospiz- und Palliativversorgung untersuchen. Der ambulante Bereich ist die künftige Herausforderung an Multiprofessionalität und Interdisziplinarität. Bislang gibt es nur wenige Daten über Erfahrungen, Praxis und Koordination spiritueller Betreuung Schwerstkranker zuhause. Die Erhebung soll Aufschluss geben über das, was Teams in der ambulanten Versorgung an *Spiritual Care Training* brauchen.

7. Ein Projekt wird sich gezielt mit der Rolle von Seelsorgern im System befassen. In Zusammenarbeit mit dem Arzt und Medizinethiker *Ralf Jox* untersuchen wir die Einbeziehung von Seelsorgern in Ethikberatung, Ethikkomitees und bei Therapiezielkonferenzen. In einer bundesweiten Umfrage wollen wir herausfinden: Welche Rolle wird ihnen zugemessen, die des Ethikexperten oder des authentischen religiösen Sprechers? Worin besteht ihre Kompetenz, wie sicher sind sie und fühlen sich ausgebildet? Wie zufrieden sind sie mit ihrem Beitrag zu medizinischen Entscheidungsfindungen?

8. Am Ort des Subjekts, beispielsweise eines religiösen Patienten im Krankenhaus, geraten unterschiedliche Systeme miteinander in Berührung, miteinander in Konkurrenz. Kulturell-religiöse Prägung und medizinische Funktionalität müssen aufeinander abgestimmt

## Spiritual Care: Auch für junge Menschen ein Thema

Eine Frau pflegt ihre Mutter, die einen Schlaganfall erlitten hat. Sie droht unter der mehrfachen Belastung – Pflege der Mutter, Beruf, eigene Kinder – und unter der ablehnenden Haltung der Mutter zusammenzubrechen. Um den Teufelskreis von Schuldgefühlen und Überforderung zu durchbrechen, ist ein Ansatz nötig, der die Frau „da abholt, wo sie selbst steht.“

Dieses Fazit zog eine engagierte Helferin, die regelmäßig mit der pflegenden Frau im Gespräch ist. Sie schilderte ihre Erfahrungen am 25. Januar in der Jungen Akademie, wo sie mit mehreren Kommilitonen und anderen jungen Leuten zu Gast war. Denn vor der Abendveranstaltung zum Thema *Spiritual Care* öffneten Professor Eckhard Frick und Professor Traugott Roser ihr universitäres Seminar zur „Gemeinsamen Sorge um den

kranken Menschen“ für interessierte junge Gäste. Das Vorstellen dieses realen Beispiels ermöglichte ein intensives Gespräch zwischen den Studierenden aus dem Seminar, den Teilnehmern der Jungen Akademie und den beiden Professoren. Es bot so einen exemplarischen Einblick in das, was *Spiritual Care* meint und ermöglichte eine intensive Analyse der schwierigen Pflege- und Beziehungssituation.

Solche interdisziplinären Fallseminare, die die Professoren Frick und Roser jedes Semester an der Universität anbieten, geben nicht nur praktische Hilfestellung für eine spirituelle Sorge um den Menschen, sie dienen durch ihre Interdisziplinarität auch dazu, „unterschiedliche Sachkompetenz zusammenzubringen, um Perspektivwechsel und Diskurs zu ermöglichen“, erläuterte Prof. Roser. *Carolin Neuber*

werden, sind aber nicht ohne weiteres harmonisierbar. Das Projekt von *Michael Petery* kann dies verdeutlichen. Petery wird in den jüdischen Gemeinden Bayerns die *Spiritual Care* im Judentum untersuchen, wie sie in der Praxis der *Chewra kadisha* ausgeprägt ist. Hier übernehmen ausgewählte Ehrenamtliche aus den jüdischen Gemeinden Aufgaben der Krankenpflege, der spirituellen Begleitung, der Betreuung der Angehörigen und der Beerdigung. Manche Handlungen, die durch die Religionsgemeinschaft bestimmt und durchgeführt werden, finden schon in der Klinik statt. Die professionellen Gesundheitsfachkräfte müssen dem Platz machen, auch wenn dies die eigenen Handlungsabläufe beeinträchtigt. Wir erhoffen uns Erkenntnisse für eine verbesserte Koordination religiöser Betreuung zwischen Klinik und religiöser Gemeinschaft.

9. Spiritualität auf der Makroebene schließlich fragt, wie spirituelle Begleitung Eingang findet in Standards und Verfahrensabläufe innerhalb von Kliniken oder Pflegeeinrichtungen.

Auch hier sei eines der angelaufenen Projekte benannt: In Zusammenarbeit mit dem George Washington Institute for Spirituality in Health Care (GWish) werden wir SPIR, ein Tool für eine kurze und operationalisierbare Spirituelle Anamnese validieren. Ziel ist es, dass Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte im Rahmen der Aufnahmegespräche wichtige Informationen über spirituelle Ressourcen und Bedürfnisse abfragen können und damit eine geregelte Übergabe für spirituelle Begleitung möglich wird. Anamnese, Diagnostik und Intervention bedürfen auch im Bereich von *Spiritual Care* der Validierung.

### Zusammenfassung

In unseren Vorträgen wollten wir Ihnen zeigen, dass die spirituelle Dimension zu medizinischer Anthropologie gehört und darum *Spiritual Care* als eine interdisziplinäre Aufgabe der Gesundheitsberufe nötig macht. Die Grenzen von *Spiritual Care* wie jeder medizinischen Behandlung liegen in der Autonomie des Patienten, in seinen Optionen und Bedürfnissen. *Spiritual Care* stellt durch die Unbestimmtheit des Feldes ein Modell für universitäre Kooperation dar, eine Chance, der wir in der Einheit von Forschung und Lehre entsprechen möchten: Unser Ziel ist es, in der Palliativmedizin, aber auch darüber hinaus in den verschiedenen medizinischen Fachgebieten aufzeigen zu können: Spiritualität ist auf allen Ebenen eine mögliche Ressource bei unserer gemeinsamen Sorge um den kranken Menschen. □

### Literatur:

Gwen London, zitiert in: Swinton J, Payne R (2009) *Christian Practices and the Art of Dying Faithfully*, in: diess. (Hrsg.) *Living Well and Dying Faithfully. Christian Practices for end-of-Life-Care*, Grand Rapids/Cambridge, XV-XXIV, XV

Markschies C (2009) *Die Theologie in der Humboldtischen Universität*, in: *ThLZ* 134:1, 3-12.

Otto G (1986), *Grundlegung der Praktischen Theologie*, München

Steck W (2000) *Praktische Theologie. Horizonte der Religion – Konturen des neuzeitlichen Christentums – Strukturen der religiösen Lebenswelt*, Band I, Stuttgart et al.



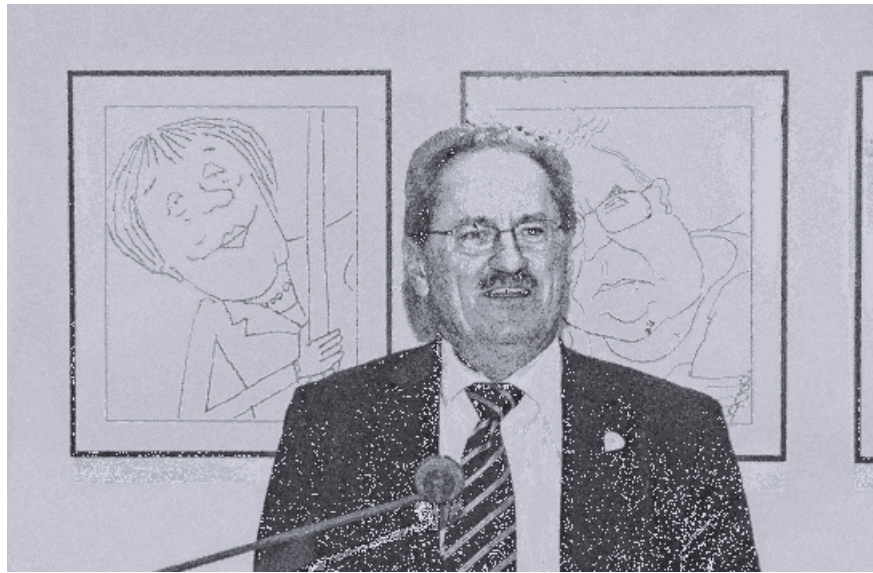
# Gabor Benedek. „Schwarz auf Weiß“

Er gilt als einer der besten politischen Karikaturisten Deutschlands: Gabor Benedek. Eine Auswahl von rund 60 seiner so prägnanten Werke ist in der Ausstellung „Gabor Benedek. Schwarz auf Weiß“ in der Katholischen Akademie zu sehen. Bei der Vernissage am 19. Januar 2011, zu der rund 400 Gäste kamen, hielt Münchens Oberbürgermeister Christian Ude einen sehr

kurzweiligen Einführungsvortrag. „zur Debatte“ dokumentiert das Referat, erklärt die Entstehung der Karikatur und zeigt mit einigen Bildern, wie der Abend in der Akademie verlief. Die Ausstellung ist bis zum 25. Februar 2011, montags bis freitags, jeweils von 9 bis 17 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.

## Eine Einführung

Christian Ude



Christian Ude, SPD-Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, stand bei seiner Einführung zwischen den CDU-Kanzlern Merkel und Kohl.

Ja, vielen Dank für diese doch sehr anspruchsvolle Einführung. Mir ist als erstes eingefallen, dass es uns Protestanten erst seit gut 200 Jahren in München gibt. Bei den Katholiken habe ich jetzt wieder bei der Kreierung des Münchner Erzbischofs zum Kardinal erleben dürfen, dass die katholische Kirche in Jahrtausenden denkt und fühlt. Deswegen nimmt es Sie hoffentlich nicht wunder, dass ich nicht mehr quer durch die Jahrhunderte galoppiere, sondern mich mit den letzten Jahrzehnten zufrieden geben muss, genauer gesagt, mit den vier Jahrzehnten, die Gabor Benedek aufgespießt hat.

### I.

Aber bevor man auf die Person kommt, stolpert man ja schon über den Beruf. Das ist ja wirklich eine Münchner Besonderheit, genauer gesagt eine Süddeutsche Zeitungs-Besonderheit, dass so viele Karikaturisten Architekten sind oder umgekehrt so viele Architekten sich auch als Karikaturisten verstehen und betätigen. Nun habe ich bei einer anderen Ehrung – es war für Ernst

Maria Lang - darüber nachzudenken versucht, warum das so ist, und ich gebe zu, meine Erklärung war erschreckend platt. Aber als Journalistenkollege hat man so ein bisschen mitbekommen, wie diese bedeutenden Kreationen honoriert werden, und da habe ich mir gedacht, dass Karikaturisten, und wenn sie die begabtesten und talentiertesten des Kontinents sind, halt einen Brotberuf brauchen, von dem man leben kann, weil es jedenfalls für 50 Mark die Woche doch sehr schwer fällt.

Da wiederum fällt mir der Karl Valentin ein, der sich bei einer „Nacht der Amazonen“, also dieser nationalsozialistischen Kulthandlung mit nackten Weibern auf echten Pferden, die er beschrieben hat, erkundigt hat, was man dafür bekommt. Dann sagte sie: 1 Mark. Dann sagt Karl Valentin noch: In der Woche oder im Monat? Und dann sagt die Amazone: Nein, im Jahr. Dann sagt Karl Valentin: Da heißt's einteilen!

So ähnlich stelle ich mir das Leben von Karikaturisten vor, die nur Karikaturisten sind. Ich erzähle jetzt aus der Zeit, die ich aus der Nähe beobachten konnte. 50 Mark in der Woche verdie-

nen, da muss man dann einfach noch Häuschen bauen, um leben zu können. Aber natürlich ist das eine zu platte Erklärung, und deswegen habe ich weiter nachgedacht, ob es für diese auffällige Kombination zweier Berufe, die zwar beide mit dem Zeichenstift, zumindest früher einmal, ausgeführt worden sind, ansonsten aber von ihrem Charakter her und vom Anforderungsprofil an die Arbeiten eigentlich wenig gemeinsam haben, ob es für diesen Umstand nicht noch eine andere Erklärung gibt.

### II.

Die Antwort ist für Journalisten eher bitter. Wir Journalisten leiden ja darunter, dass unsere ganze Produktion, und wenn es 5-Spalter über einen Liederabend sind, schon am Tag danach nur noch dazu dienen, am Viktualienmarkt die Fische einzuwickeln, während das, was Architekten schaffen, manchmal sogar ärgerlicherweise 60, 80, 100 Jahre einfach stehenbleibt. Es gilt fast schon: ‚Was aber bleibt, stiften die Architekten? Wie gesagt, manchmal ist es uns gar nicht recht, dass das so lange das Stadtbild prägen muss, aber beeindruckend ist die Dauer schon, die Architektenwerke an den Tag legen.

Da gibt es jetzt aber eine interessante Wendung: Manchmal ist es umgekehrt. Manchmal ist es so, dass man manche Baukomplexe in München, wenn man sie schon nicht vergessen kann, dann wenigstens vergessen möchte, ob es Hochhäuser in Freimann sind oder stattliche Höfe auf den Pschorr-Höhen, während die Werke derselben Schöpfer auf dem Karikaturenblatt eine unglaubliche Ausdauer in unserem Gedächtnis an den Tag legen und wir ihnen ein langes Leben wünschen. Also genau umgekehrt wie in der banalen Feststellung, dass Zeitungswerk am Tag danach schon veraltet ist, Architektur hingegen Generationen prägt. Nein, manchmal sind Bauwerke zum Vergessen, Karikaturen aber fast so etwas wie der Ausdruck unseres Gedächtnisses.

Wer kann denn noch genau erklären, was in der Frühgeschichte von Michail Gorbatschow geschah, oder wie viele Krisen die Sozialdemokratie schon alle durchgemacht hat, oder wie es mit den Grünen genau angefangen hat, und welche Akteure da eine Rolle spielten, oder wie die Konstellation internationaler Konflikte, die uns zeitweise Angst und Schrecken gemacht haben, genau verlaufen ist. Das ist alles längst unklar geworden, aber eine Karikatur, die gut war, die treffend war, schafft es, gleich-

zeitig die Akteure und die Konstellation und die Unstimmigkeiten dessen, was damals offiziell vorgetragen worden ist, wieder ins Gedächtnis zurückzuholen.

Ich behaupte, dass das den Wert der guten Karikatur ausmacht: nicht das schenkelklopfende Gelächter, weil irgendjemand in die Pfanne gehauen wird – das ist ein paar Tage später schon Schnee von gestern –, sondern die Analyse einer Situation, die Enthüllung der beteiligten Charaktere, die Erklärung von Zusammenhängen, ohne dass man wie ein Leitartikel furchtbar

*Meine These ist also: Manche Architekten fühlen sich vielleicht zur Karikatur hingezogen, weil sie auch Bleibendes schaffen wollen.*

viele Worte dafür benötigt, und auf diese Weise ein optisches Gedächtnis zu schaffen für Zeitgeschichte, die man als Leser selber miterlebt hat, aber so schnell wie mit einem Blick auf ein Blatt Papier niemals wieder hervorrufen könnte, niemals wieder Revue passieren lassen könnte. Deswegen ist nicht nur die Zeichnung von heute oder gestern gut und wichtig, sondern gerade eine solche Ausstellung, die tatsächlich Jahrzehnte und ihre Akteure in unserem Gedächtnis und in unserem Bewusstsein wieder hervorrufen kann.

Meine These ist also: Manche Architekten fühlen sich vielleicht zur Karikatur hingezogen, weil sie auch Bleibendes schaffen wollen. Das ist jetzt vielleicht noch böser als die banale Erklärung, von Honoraren könne man nicht leben. Aber es ist sicherlich etwas Wahres dran. Die Häufung bei der Süddeutschen Zeitung ist ja noch mit weiteren Namen zu belegen: Gustav Peichl, dem wir immerhin das hoffentlich bleibende Werkstattgebäude, das Werkraumtheatergebäude der Kammerspiele verdanken, ist als Ironimus auch ein wichtiger Karikaturist und fast der einzige, der die österreichische Politik seit Bruno Kreisky Revue passieren ließ. Ernst Hürliemann hat, glaube ich, das Münchner Wesen, Münchner Alltagsgeschehen, die kleine beachtliche Hinterfortzigkeit der Münchner, aber auch ihre liebenswerten Züge, erfasst wie kaum ein Schriftsteller mit zwei- oder dreihundertseitigen Büchern. Jede Hürliemann-Zeichnung ist praktisch ein Münchner Mikrokosmos. Das ist bleibende Kunst, und ich nehme



Nach den kurzen und kurzweiligen Reden blieb Zeit, um sich dem Wichtigsten des Abends zu widmen: den Karikaturen von Gabor Benedek.



an, dass man auch in Jahrzehnten manchen Münchner Charakterzug oder manche Münchner Unsitte mit einer Hürlimann-Zeichnung wird besser erklären können als mit langatmigen Texten.

### III.

Zu diesen Architekten und Karikaturisten, allesamt bei der Süddeutschen Zeitung, was einfach auffällt – woran es liegt, weiß ich jetzt nicht noch genauer zu erklären – gehört Gabor Benedek, und das seit über 40 Jahren. Allein die Dauer nicht nur der künstlerischen Tätigkeit, sondern auch der Beziehung zu einem Auftraggeber, spricht dafür, dass es neben der Frage der Dotierung noch andere Kriterien gibt, warum es Spaß macht, für eine Zeitung zu arbeiten. Da muss zum Beispiel künstlerische Freiheit gewährt werden, und die scheint ja beachtlich zu sein. Er hat selber erzählt, dass es in den 40 Jahren nur zwei Entwürfe gab, die nicht angenommen worden sind. Einmal muss er nicht ganz auf der Höhe der Zeit gewesen sein, weil

*Aber einen solchen persönlichen Stil hat Gabor Benedek ganz zweifellos entwickeln können. Das Kennzeichen ist: ein dünnes Linienwerk.*

die Karikatur um 17 Uhr nicht mehr gestimmt hat. Dann bleibt also ein einziger Fall in 40 Jahren, wo eine Karikatur aus inhaltlichen Gründen nicht überzeugen mochte oder dem Blatt nicht recht gewesen ist. Das ist schon ein unglaublicher Freiraum, der ihm entweder dort großzügig gewährt wurde, oder den



*Gabor Benedek bedankte sich in seiner kurzen Rede für die Einladung und die Einführung.*

er sich geschaffen hat. Auf jeden Fall gab und gibt es ihn. Das ist doch eine erfreuliche Arbeitsbedingung.

Über die Architekten hat Kurt Wilhelm, der es wissen muss, gesagt: „Bildende Künstler werden in Bayern – Sie stellen gleich fest, dass der Autor eher dem konservativen ästhetischen Spektrum zuzuordnen ist – nur bemerkt, wenn sie teuren Blödsinn machen, Schauspieler, wenn sie Skandale verursachen, und Architekten, wenn sie nebenbei Karikaturen zeichnen.“ Das halte ich nun doch für etwas übertrieben und möchte es ein wenig ins Lot bringen.

Gabor Benedek hat schon auch als Architekt in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Das sollte hier zumindest erwähnt werden, etwa das BMW-Werkstattengebäude von 1985, die Produktionsanlagen des Hofbräuhauses in Riem, die Postbank in der Bayerstraße,



*Mit rund 400 Gästen war die Vernissage sehr gut besucht und ...*



*... der Saal war so voll, dass viele leider stehen mussten.*

## Der Erfinder der Karikatur

Wir reden so selbstverständlich von „Karikaturen“. Seit wann gibt es aber Karikaturen, abgesehen einerseits von Grotesken, von Deformationen menschlicher Köpfe, wie sie z.B. schon Leonardo aufs Papier gebracht hat, aber andererseits auch von bildlichen Pamphleten, wie z.B. jener antichristlichen Ritzzeichnung aus dem dritten Jahrhundert im Wachlokal der Prätorianergarde am Fuß des römischen Palatinhügels? Die zeigt einen Esel am Kreuz mit der griechischen Inschrift: „Alexamenos sebethe theon“, „Alexamenos betet seinen Gott an“. Oder denken Sie an die Kampfholzschnitte der frühen Reformationszeit: der Papst mit Schweinsgesicht oder Eselsfüßen.

Nein, der Erfinder von Karikaturen ist ein Kollege von Gabor Benedek – einer, der wie er Architekt war. Und weil dieser Mensch anscheinend auch das Wort „Caricatura“ erfunden hat, haben Sie schon erraten, dass es ein Italiener gewesen sein muss. Und weil wir uns hier in der Katholischen Akademie befinden, gebe ich gerne bekannt, dass dies in Rom, im päpstlichen Rom der Barockzeit geschah, Es war niemand anderer als Gian Lorenzo Bernini, der sich seine römischen Zeitgenossen vornahm, Soldaten, Kardinäle, Päpste – durchaus auch unter deren wohlwollenden Augen. Vielleicht könnte dies ja eine weitere Parallele sein zwischen Barockpäpsten und Ihnen, Herr Oberbürgermeister.

Berninis Sohn Domenico beschreibt, dass sein Vater die Karikierten sehr wirklichkeitsnah dargestellt hat: „similissimi“, und zugleich, was sie eigentlich waren: „quali in sostanza essi erano“.

Der Biograph Berninis aus dem 17. Jahrhundert, Filippo Baldinucci, macht deutlich, dass Bernini die Gesichter zwar scherzhaft verzerrte, ohne ihnen jedoch ihre Würde zu nehmen: „senza togliere la somiglianza, e la maestà“.

Damit sind wir genau bei Gabor Benedek, dem klassischen Karikaturisten heute in der Tradition seines Vorgängers Bernini. Nebenbei bemerkt: ich hoffe nur, dass Ihnen, lieber Herr Benedek, was Ihre Architekturen angeht, nicht ein ähnliches Missgeschick wie ihrem Vorgänger passiert ist. Der musste bekanntlich auf Befehl Papst Urbans VIII. dem Pantheon zwei ziemlich missglückte Türmchen anbauen, die der gallige römische Volksmund gleich „le orecchie d'asino“ nannte, „Esels-ohren“, deren Statik Gott sei Dank aber so schlecht berechnet war, dass sie bald wieder abgetragen werden mussten.

In Ihren Karikaturen findet sich der berninische Dreiklang: die Überzeichnung der äußeren Defekte oder typischen Merkmale, die unverwechselbare Persönlichkeit und deren soziale, politische Rolle. Auch Ihren Stil führt Bernini weiter: nur die Umrisslinien zählen, auf malerische Binnenmodellierung wird verzichtet. Und so sind wir jetzt bereit, in die Karikaturen Gabor Benedeks einzutauchen, bzw. sie uns vorführen zu lassen. Und ich bin sehr gespannt, ob Sie auch darin wiederfinden, was Berninis Sohn Domenico beim Vater Gian Lorenzo so rühmte: „ricavare il bello dal deforme“, „das Schöne im Hässlichen aufzuspüren“, „e dalla sproporzione la simmetria“, „und von der Unförmigkeit aus die (innere) Symmetrie“.

*Florian Schuller*

das Fernmelderechenzentrum der Post in Perlach, dann hier in der Schwabinger Occamstraße das Hotel La Maison und die Wohnanlagen in der Panzerwiese West. Die darf man jetzt nicht mehr so nennen, weil sich das schlecht vermarkten lässt, eine ehemalige Panzerwiese. Das heißt jetzt Nordheide. Oder die Adams-Lehmann-Straße in West-Schwabing. Dafür gab es die Preise des Bundes Deutscher Architekten in Bayern und sogar den Deutschen Architekturpreis. Wir wollen hier also nicht den Verdacht aufkommen lassen, er habe zeichnen müssen. Nein, es ist so, dass er es sich leisten konnte, zusätzlich und außerdem zu zeichnen, und das auch mit großen Erfolgen. Dafür steht die „Goldene Feder“ des niederländischen Cartoon-Festivals, aber auch der Deutsche Preis für politische Karikatur.

### IV.

Über diese Karikaturen möchte ich noch einiges sagen, weil sie unverwechselbar sind. Das allein ist ja eine Kunst, in einem Land, das eine lange Tradition hat, seit den napoleonischen Zeiten eigentlich, und in München mit dem Simplicissimus ganz besonders intensiv, überhaupt eine unverwechselbar eigene Handschrift zu entwickeln und durchzuhalten. Aber einen solchen persönlichen Stil hat Gabor Benedek ganz zweifellos entwickeln können. Das Kennzeichen ist: ein dünnes Linienwerk. Da wird also nichts ausgemalt und ausgestaltet, was aber auch seinen Reiz haben kann. Wenn zum Beispiel Horst Haitzinger die Verdammnis der Atomindustrie zeichnet oder ökologische Träume in Urwaldlandschaften

wahr werden lässt, dann sind das fast mittelalterliche Gemälde mit Detailgenauigkeit bis in die letzten Winkel des Blattes hinein. Gabor Benedek kommt sparsam, mit wenigen Strichen aus, obendrein mit sehr karg wirkenden Strichen, die manchmal durchaus auch etwas eckig und kantig sein können, und es trotzdem schaffen, Unverwechselbares von Gesichtern, von Mimik und Gestik deutlich werden zu lassen.

Da ist es jetzt eine glückliche Fügung, auf die ich noch gar nicht eingestell war, als ich mir den Text überlegt habe: Sie können ja, während Sie hier sitzen, in den Bildern, die hinter mir hängen, herumwandern und feststellen: Gabor Benedek, ist der einzige bundesdeutsche Karikaturist, und wäre er ein Kabarettist, wäre er sogar der einzige deutsche Kabarettist, der Angela Merkel unverwechselbar zeigen kann, ohne herabhängende Mundwinkel besonders überzubetonen. Sehen Sie, sie schmunzelt vergnügt, und es ist doch unverwechselbar Angela Merkel. Oder schauen Sie sich andere Gesichter an; selbst ohne Zutaten, ohne chronologischen und thematischen Bezug sind sie in ihrem Wesen wunderbar getroffen. Dass nicht nur Kohl birnenförmig ist, sondern in Koalitionstreue auch Hans-Dietrich Genscher, finde ich besonders gelungen.

George W. Bush ist schon als Porträt allein von treffender Analyse. Noch besser wird es dann allerdings, wenn er als Fernsehgröße aus dem Bildschirm heraus einen Klingelbeutel hält, um bei den europäischen Lesern Geld für den Irakkrieg zu sammeln, natürlich in der Pose eines frommen Gottesdieners, wie es sich für die amerikanische Rechte ge-





Der Künstler (li.) erklärte sein Werk, Oberbürgermeister Christian Ude und Akademiedirektor Dr. Florian Schuller waren davon sehr angetan.

hört. Da ist unglaublich viel Hintergrundwissen in einer einzigen entlarvenden Szene zusammengefasst: Er lässt bei den Europäern den Klingelbeutel herumgehen, gibt sich also extrem fromm; es geht aber um die Finanzierung eines bevorstehenden Angriffskrieges.

Ich will damit zeigen: Gabor Benedek ist nicht immer so freundlich, wie die schmunzelnde Angela Merkel vermuten lässt. Er kann schon auch richtig streng abrechnen, und so geht es nicht nur vielen Politikern, so geht es fast allen Militärs, wenn sie mit ihrem wenig segensreichen Wirken in Benedek-Karikaturen thematisiert werden. Und so geht es ganz besonders scheinheiligen Menschen, bei denen das wohlgefällige Reden krass auseinanderfällt mit dem, was sie tatsächlich tun.

Welche Karikatur Ihre Lieblingskarikatur werden wird, werden kann, das müssen Sie selbst entscheiden. Da gibt es aber schon mehrere, die sich anbieten. Gerade jetzt nach der Finanzkrise schaut man sich gerne an, wie er mit den Finanzgrößen umgeht. Wenn zum Beispiel die Hypo- und die Vereinsbank sich zu vereinen beginnen, dann ist bei ihm nur klar, dass einer von zwei Arbeitsplätzen wegfällt. Und wenn es zu noch größeren Fusionen noch bedeutenderer Kreditinstitute kommt, wenn sich also zwei Hochhäuser einander liebevoll zuwenden, um sich zu umarmen, dann fallen aus den Fenstern schon einmal die ersten Bewohner heraus. Und wenn in Dubai ein größenwahnsinniger Turm errichtet wird, dann zeigt der Schuldenturm aus Münzen, dass er zwar eine recht kümmerliche Figur macht, aber trotzdem auch schon eine atemberaubende Höhe erreicht. Das ist auf einen so einfachen Punkt gebracht, dass es in der Erinnerung haften bleibt. Ich kann mir das Hochhaus in Dubai gar nicht mehr vorstellen, ohne gleichzeitig im Hinterkopf zu haben, dass der Schuldenturm aus aufgetürmten Münzen fast genauso aussieht, aber auch fast genauso hoch ist.

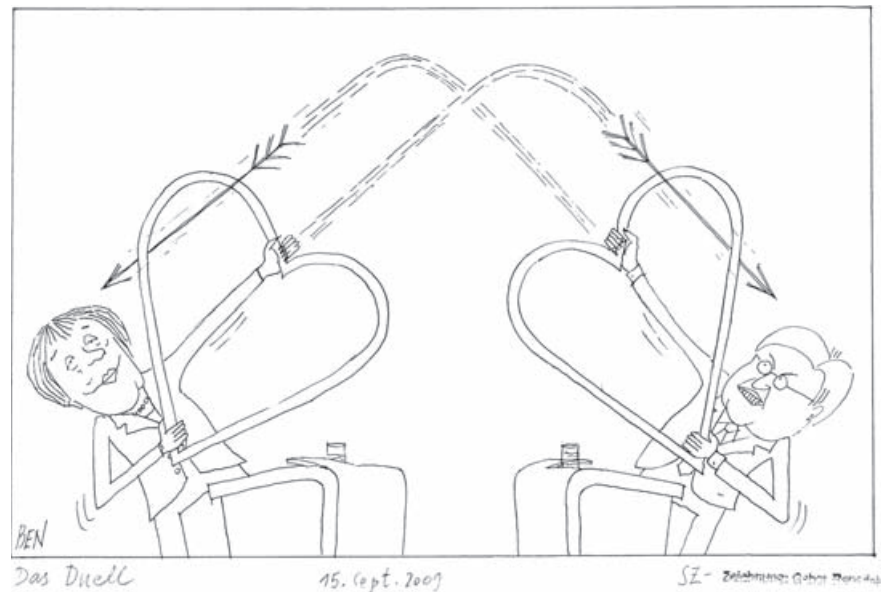
Das ist dann das größte Kompliment, das man einer Karikatur machen kann, dass sie nicht nur beim Wiedersehen politische Sachverhalte in Erinnerung ruft und kritisch analysiert, sondern dass sie als Entlarvung von Sachverhalten, die schöneredet werden oder hochpoliert werden oder Suggestivkraft entwickeln sollen, als Dementi der offiziellen Lüge nebenherlaufen, die sonst über alle Medien mitgeteilt wird. So gesehen sind Karikaturisten Aufklärer. Das ist eine wichtige Aufklärungsfunktion in einer Zeit, in der gerade das

Medienangebot immer größer, aber immer überschwemmender wird, es uns geradezu überrollt und überflutet, und wir uns im Internet überhaupt nicht mehr Zusammenhänge herausdestillieren können. Da sind die großen Destillatoren die Karikaturisten, die Sachverhalte noch kritisch durchleuchten und erklären und entlarven können.

#### V.

Ich schließe mit einer indiskreten Mitteilung und einer Anregung. Die indiskrete Mitteilung: Man fragt sich, ob jemand, der ständig Menschen entlarvt, es dann eigentlich noch aushalten kann, unter deren Regiment weiterleben zu müssen. Gabor Benedek hat dazu selber gesagt: „Wenn man 40 Jahre lang beruflich das Negative suchen muss und sieht, dass Eitelkeit, Habgier und Machtstreben – damit sind schon einmal drei seiner Lieblingsmotive genannt – sich unverändert großer Beliebtheit erfreuen – natürlich bei den Akteuren, nicht beim Publikum, muss ich einfügen –, wird man zwangsläufig zu einem schizophrenen und pessimistischen Zeitgenossen.“ Damit sind wir also im zweiten Tiefparterre angekommen, was die Seelenlage des Entwurfsverfassers angeht. Aber natürlich kommt das Happy End gleich hinterher, denn er veröhnt uns mit dem beruhigenden Nachsatz: „Dass es bei mir noch nicht zu einer schwerwiegenden Persönlichkeitspaltung gekommen ist, liegt wohl nur daran, dass ich seit 38 Jahren mit einer Psychoanalytikerin verheiratet bin.“ Nun weiß ich nicht, wie ich mir die Therapiestunden genau vorstellen muss; jedenfalls beglückwünsche ich ihn zur getroffenen Wahl, die es ihm ermöglicht, als Karikaturist ständig zu enthüllen und zu entlarven, ohne dabei seelisch selber vor die Hunde zu gehen.

Und dann schließe ich mit einer Anregung, weil ja die Katholische Akademie nicht nur eine schwabingerische, sondern auch eine münchenerische Kultureinrichtung ist. Zu den grandiosen Karikaturen von Gabor Benedek gehören auch jene, mit denen er nicht Dienstag für Dienstag das Zeitgeschehen kommentiert, sondern einmal ganz gründlich die nicht nur in München, aber vor allem in München tätigen Architekten und ihre Werke vorgeführt hat. Oft werden sie eins mit ihren Bauwerken, oft sind aber die Bauwerke mit ein paar Übertreibungen restlos entlarvt als Show-Werke, die gelegentlich in postmodernen Kulissenschieberzeiten auch ein wenig überschätzt werden. Ich



Das Duell 15. Sept. 2009 SZ-Zeichnung: Gabor Benedek



Der Junge kann und das Meer 23. März 2010 SZ-Zeichnung: Gabor Benedek

könnte mir vorstellen, dass wir zum Beispiel 50 Jahre Gabor Benedek – das heißt ja nicht, dass er noch so jung wäre, sondern dass er dann 50 Jahre als Karikaturist tätig ist – mit einer Ausstel-

lung über Bauwerke Münchner Architekten hier in der Katholischen Akademie würdigen können. Das wäre doch eine schöne Zukunftsperspektive. Viel Spaß bei den Zeichnungen! □

## Vernissage Gabor Benedek

### Süddeutsche Zeitung

21. Januar 2011 – Seit mehr als 40 Jahren ist Gabor Benedek, 1938 in Budapest geboren, politischer Karikaturist der Süddeutschen Zeitung, und das lässt sogar Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator, neidisch werden. Die Karikatur sei, wenn sie sitzt, auch ohne Sprache der beste Kommentar, den man sich vorstellen könne, so Prantl, „der kürzeste Weg zwischen der Zeitung und dem Hirn des Zeitungslesers.“ Wie unterhaltsam und klug dieser Weg ins Hirn sein kann, zeigt nun eine Ausstellung mit politischen Karikaturen von Benedek aus vier Jahrzehnten in der Katholischen Akademie in Schwabing. „Schwarz auf Weiß“ lautet der schlichte Titel der Schau, reduziert auf das Wesentliche, wie die Zeichnungen Benedeks. Farbige Werke kämen dem Karikaturisten nie in den Sinn, weil er in einer Zeit angefangen hat zu arbeiten, in der die Zeitungen sowieso ganz in Schwarz-Weiß gehalten waren; und zweitens, weil „schwarzer Humor nicht bunt gemacht werden sollte“, findet Benedek.

Judith Liere

## zur debatte

### Themen der Katholischen Akademie in Bayern

Herausgeber, Inhaber und Verleger: Katholische Akademie in Bayern, München  
 Direktor: Dr. Florian Schuller  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Robert Walser  
 Layout: Josef Breuer, Augsburg  
 Fotos: Akademie  
 Anschrift von Verlag u. Redaktion: Katholische Akademie in Bayern, Mandlstraße 23, 80802 München  
 Postanschrift: Postfach 40 10 08, 80710 München,  
 Telefon 089/381020, Telefax 089/38102103,  
 E-Mail: info@kath-akademie-bayern.de  
 Druck: Kastner AG – Das Medienhaus, Schloßhof 2, 85283 Wolnzach.  
 zur debatte erscheint zweimonatlich. Kostenbeitrag: jährlich € 35,- (freiwillig). Überweisungen auf das Konto der Katholischen Akademie in Bayern, bei der LIGA Bank: Kto.-Nr. 2 355 000, BLZ 750 903 00. Nachdruck und Vervielfältigungen jeder Art sind nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig.